
PROPERTY OF
University of
Michigan
Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS



Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Frankfurt a. M.

vom 21. bis 27. Oktober 1894.

Berlin 1894.

Verlag der Expedition des „Vorwärts"

(Th. Glocke).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung r Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich geben eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hülfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen nnd davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens ³/₄ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 21. Oktober 1894, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und der Tages-Ordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 22. Oktober 1894, und die folgenden Tage;

1. Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: R. Fischer.
4. Die Maifeier 1895. Berichterstatter: C. Meist.
5. Agrarfrage und Sozialdemokratie. Berichterstatter: Dr. Bruno Schoenlank und Georg von Vollmar.
6. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwickelung. Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Schwartz, Lübeck. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Antrick, Königsberg N.-M.
Bruhns, Bremen.
Geyer, Leipzig.
Gradnauer, Dresden.
Hug, Bant.
Hülle, Erfurt.
Kunert, Halle an der Saale.
Lütgenau, Dortmund.
Oertel, Nürnberg.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Ehrhardt, Ludwigshafen.
Feldmann, Langenbielau.
Koenen, Hamburg.
Lorenz, Chemnitz.
Nathusius, Rand.-Greifenh.
Timm, Berlin.
Frau Zetkin, Stuttgart.

Neuner-Kommission:

Birk, München.
Blos, Stuttgart.
Hülle, Erfurt.
Frau Ihrer, Niederbarnim.
Koenen, Hamburg.
Legien, Hamburg.
Neumann, Elberfeld.
Peus, Dessau.
Quarck, Frankf. a. M.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

1. Zu Punkt 5: Agrarfrage und Sozialdemokratie: Die Parteigenossen des 1. hessischen Wahlkreises, Gießen-Grünberg-Nidda. Zur Landagitation: Es ist eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung in den einzelnen Theilen Deutschlands, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitzvertheilung und Betriebstechnik zu sammeln und zu prüfen hat. Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms sowie zur zweckmäßigsten Betreibung der Landagitation zu machen. Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf; wenn nöthig, in verschiedenen Theilen Deutschlands. Sie kann Unterkommissionen nach sachlichen oder örtlichen Gesichtspunkten ernennen und diesen besondere Berichte übertragen. Sie ist berechtigt, auch außerhalb der Partei stehende Fachleute gutachtlich zu hören.

2. Parteigenossen von Frankfurt a. M.: Zur Landagitation: Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Veranstaltung einer Erhebung über die Lage der kleinbäuerlichen Landarbeiterbevölkerung in Deutschland ist Sache des Reichs und der Einzelstaaten. Die Fraktion hat beim Reichstag zu beantragen, daß die Befugnisse der Reichskommission für Arbeiterstatistik in diesem Sinne erweitert werden.

2. Gegen den vom „Deutschen Landwirthschaftsrath“ im März dieses Jahres dem Bundesrath überreichten Gesetzentwurf, die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse betreffend, ist der schärfste Protest im Namen der deutschen Landarbeiter einzulegen. Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen ungeheuerlichen Versuch der Vergewaltigung deutscher Landarbeiter im Interesse der Großgrundbesitzer und ist mit allen Kräften zu bekämpfen. Dagegen ist zu verlangen: a) Abschaffung der Gesinde-Ordnungen; b) freies Koalitionsrecht; c) ländliche Schiedsgerichte, die auch für die Streitigkeiten der kleinbürgerlichen Bevölkerung untereinander und mit dem größeren Grundbesitz zuständig sind, nach Analogie der Gewerbegerichte.

3. Der Vorstand wird beauftragt, ein Spezialprogramm für die ländliche Agitation nach der Art desjenigen auszuarbeiten, welches die französischen Genossen auf ihrem letzten Marseiller Kongreß festgestellt haben; außerdem soll er die Herausgabe billiger Kalender für die Landbevölkerung in größerem Maßstabe unterstützen.

Programm.

3. Parteigenossen in Düsseldorf: Dem Parteitag wird anheimgegeben sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion deutlicher auszusprechen und den hierauf bezüglichen Passus im Programm so zu ändern, daß einer irrthümlichen Auslegung ein für allemal der Boden entzogen wird.

4. Parteigenossen in **Aachen**: Der § 6 des Parteiprogramms (Erklärung der Religion zur Privatsache) soll eine präzisere Fassung erhalten.

5. Parteigenosse **Keye, Berlin, 4. Wahlkreis**: Der Passus 6 des Erfurter Programms „Erklärung der Religion zur Privatsache" soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs entschiedenste die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

6. Parteigenossen in **Lahr i. B.**: Dem Satze „Erklärung der Religion zur Privatsache" ist anzufügen: Die Sozialdemokratie bekämpft die Religion bezw. ihre Vertreter nur dann, wenn sich dieselben den Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse gegenüberstellen (oder ihren Beruf dazu ausnutzen, um Haß und Zwietracht in die Bevölkerung zu säen).

7. Parteigenossen in **Solingen**: Die heutige vom sozialdemokratischen Volksverein für Solingen einberufene öffentliche Versammlung richtet an den Parteitag zu Frankfurt a. M. den Antrag, Punt 6 des Parteiprogramms **wird gestrichen, da derselbe geeignet ist, unter den Parteigenossen Mißhelligkeiten hervorzurufen.**

8. Parteigenossen in **Ohligs**: Ziffer 6 des Parteiprogramms zu streichen.

9. Kreiskonferenz für den Wahlkreis **Friedeberg-Büdingen**:

1. Das Parteiprogramm ist durch ein landwirthschaftliches Programm zu ergänzen, welches die seitens der Partei im besonderen Interesse der Landarbeiter und Kleinbauern zu erhebenden Forderungen zusammenfaßt.

2. Zur Vorbereitung dieses Ergänzungsprogramms wählt der Parteitag eine Kommission von mindestens 12 Mitgliedern aus den verschiedenen Theilen Deutschlands, welche den betreffenden Entwurf dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

3. Diese Kommission tritt sofort nach ihrer Wahl zusammen zur Aufstellung einer Geschäftsordnung und eines Arbeitsplanes, den sie noch dem diesjährigen Parteitag zur Genehmigung vorzulegen hat.

10. Parteigenossen in **München**: Den Satz: „Erklärung der Religion zur Privatsache" aus dem deutschen sozialdemokratischen Programm **zu streichen** und durch den im bayerischen Landtags-Wahlprogramm befindlichen Satz: „**Trennung von Staat und Kirche**", zu ersetzen.

Organisation.

Parteitag.

11. Parteigenossen des Kreises **Niederbarnim, Berlin 1 und 3**: Den alljährlichen Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen oder in der Pfingstwoche abzuhalten.

12. Parteigenossen in **Neustadt i. O.**: Den nächsten Parteitag in Breslau abzuhalten.

13. Parteigenossen des **Teltow-Beeskower** Wahlkreises: Diejenigen Reichstags-Abgeordneten, welche nicht als Delegirte gewählt sind, haben die Kosten ihrer Anwesenheit auf dem Parteitag selbst zu tragen, nicht die Parteikasse.

14. Parteigenossen in **Barmen**: Der Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes solle für die Folge 6 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages veröffentlicht werden, um den Genossen Gelegenheit zu geben, sich über denselben auszusprechen resp. Anträge dazu zu stellen.

15. Parteigenossen in **Bochum, Leipzig**: Den nächsten Parteitag in den genannten Städten abzuhalten.

16. Parteigenossen in **Lengenfeld**: Der Parteitag möge beschließen, daß zu den Parteitagen keine Reichstags-Abgeordneten als Vertreter der Wahlkreise hingeschickt werden dürfen, sondern daß dieselben von dem Partei-Vorstand eingeladen werden müssen.

17. Parteigenossen in **Hamburg 8**: Die Parteileitung wird beauftragt, alle Anträge, welche auf dem Parteitag zur Verhandlung kommen, 6 Wochen vorher im „Vorwärts" zu veröffentlichen, wovon die Provinzial-Parteiblätter Abdruck zu nehmen haben, damit sämmtliche Anträge dem Volke zur Kenntniß gelangen und zur Berathung stehen. Ferner soll die Abhaltung des Parteitages drei Monate vorher veröffentlicht werden, damit die Anträge früh genug an die Parteileitung abgeschickt werden können und, wie oben angegeben, der Parteileitung zur Verfügung gestellt werden können. Doch ist bei nicht vorhergesehenen Fällen davon Abstand zu nehmen.

Parteibeamte.

18. Parteigenossen des 1. **Berliner** Wahlkreises:

a) Der Parteitag hat eine Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen, welche die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure einer Revision unterzieht; jedoch dürfen derselben weder Parteibeamte noch Redakteure angehören.

b) Der Parteitag setzt das Maximalgehalt der Parteibeamten und Redakteure auf 3000 Mk. jährlich fest; für diejenigen Beamten u. s. w., die im Parteiinteresse eine größere Wohnung halten müssen, sind selbstverständlich Zuschläge zu gewähren.

Die Einkünfte der Genossen aus der Parteiliteratur bleiben außer Betracht.

c) Fest angestellte Beamte der Partei dürfen keine Reichstags-Diäten beziehen.

19. Parteigenossen des **Teltow-Beeskower** Wahlkreises: Das Gehalt des Geschäftsführers der Partei-Buchhandlung des „Vorwärts" ist auf 3000 Mk. festzusetzen.

20. Genossen des 4. **Berliner** Wahlkreises: Der Parteitag beschließt, daß an Reichstags-Abgeordnete, die als Beamte der Partei fungiren und ein Gehalt von 4000 Mk. und darüber beziehen, keine Extradiäten zu zahlen sind.

21. Parteigenosse Ludwig Marx, **Essen**: Der Parteitag möge beschließen: An solchen Orten, wo die Parteipresse direktes Parteieigenthum ist, haben die Genossen das Recht, die Redakteure selbständig zu wählen. Jedoch ist die Parteileitung berechtigt, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

22. Parteigenossen des **Teltow-Beeskower** Wahlkreises: Den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte soll der „Vorwärts" gratis überwiesen werden.

23. Parteigenossen in **Duisburg**: Den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts" gratis, auf Parteikosten, zu liefern.

24. Parteigenossen **Berlin 4**: Die Gehälter des Partei-Vorstandes, der Redakteure des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat" als Zentralorgane, sowie die Gehälter der Angestellten der Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts" bestimmt der Parteitag in Frankfurt a. M.

25. Parteigenossen in **Crefeld** und **Kempen**: die Gehaltsfrage der Parteibeamten soll untersucht und nach Bedürfniß geregelt werden.

Parteigeschäfte.

26. Parteigenossen des 4. **Berliner** Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, da die Reaktion immer kühner auftritt und die Entstehung eines neuen Ausnahmegesetzes mehr als je wahrscheinlich ist, hat die Neugründung von sogenannten Parteigeschäften (Buchdruckereien, Buchhandlungen u. s. w.) zu unterbleiben.

27. Parteigenossen des Kreises **Niederbarnim**: Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie die Uebertragung der Druckarbeiten des „Vorwärts" und der anderen bei Bading gedruckten Parteiliteratur in Regie der Partei sich empfiehlt, dem nächsten Parteitag hat die Kommission dann Bericht zu erstatten.

Allgemeines.

28. Parteigenossen in Aachen: Die Provinzial-Parteitage finden in Zukunft vor dem allgemeinen Parteitage statt.

29. Parteigenossen in Hanau: Alle Parteigelder sind möglichst der am Ort ernannten Vertrauensperson zu überweisen.

30. Die Genossen des 76. Bezirks des 2. Hamburger Wahlkreises beantragen: Der Parteitag wolle beschließen, der § 4 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Das Wort „alljährlich" ist zu streichen, statt dessen heißt es fortan: „auf ein Jahr". Ferner vor dem Absatz 1 einen neuen Absatz einzufügen, welcher folgendermaßen lautet: Wiederwahl ist nur zulässig nach einem Zeitraum von zwei Jahren.

31. Parteigenossen in Delitzsch: Dem § 9 Absatz 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf. Absatz 2 und 3 wie bisher. Absatz 4: Der Parteitag setzt die Diäten für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse auszuzahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, nach Maßgabe der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.

32. Parteigenossen in Heiligenhafen: Beantragen hinter § 9, Absatz 1 des Organisationsplans zu setzen: In Zukunft ist darauf zu achten, daß jeder Wahlkreis durch einen Delegirten vertreten wird, der in demselben seinen Wohnsitz hat.

33. Parteigenossen in Mainz: § 9, Absatz 5: Die Delegirten für die städtischen Wahlkreise sind in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen. Bestimmt eine Wahlkreis-Konferenz die Delegirten zum Parteitag, so sind die Delegirten zu dieser Wahlkreis-Konferenz in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen.

34. Parteigenossen in Bolkenhain: Zur Förderung der Agitation auf dem Lande und kleineren Städten, wo keine Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen sind, Zelte auf Kosten der Parteikasse (versuchsweise vorläufig einige) anfertigen zu lassen und den Genossen der betreffenden Gegenden gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

35. Parteigenossen in Barmen und Düsseldorf, Frauen-Agitationskommission in Stuttgart: Der Parteitag möge den Passus beschließen, wonach auch in öffentlichen Frauen-Versammlungen Delegirtinnen gewählt werden können.

36. Der Partei-Vorstand in Berlin: In § 18 al. III zweite Zeile statt ¼ zu setzen „25".

37. Parteigenossen in München: Die in öffentlichen Frauen-Versammlungen gewählten Delegirten nehmen an den Verhandlungen des Parteitages mit dem gleichen Rechte theil, wie die Delegirten der Wahlkreise.

38. Parteigenossinnen in Duisburg und Ohligs schließen sich dem Antrage auf Wiederherstellung der Organisationsbestimmung über die Frauendelegirten auf den Parteitagen an.

39. Parteigenossen in Aschersleben: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Partei-Vorstand gehalten ist, bei event. Anträgen oder Gesuchen, wenn dieselben nicht von der Vertrauensperson des Ortes gestellt resp. gezeichnet sind, dessen Vermittlung in Anspruch zu nehmen.

40. Parteigenossen in Leipzig: Der Parteitag wolle beschließen, die Zahl der Delegirten für die zukünftigen Parteitage in geeigneter Weise zu beschränken, um die praktische Arbeit dieser Vertretung unserer Partei immer noch mehr fördern zu helfen.

Presse.

Zentral-Organ.

41. Parteigenossen des 1. Berliner und des Teltow-Beeskower Reichstags-Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, das Abonnement des „Vorwärts" auf 1 Mk. zu ermäßigen.

42. Parteigenosse C. T. in Inowrazlaw: Das Programm der sozialdemokratischen Partei soll täglich an der Spitze des „Vorwärts" veröffentlicht werden.

43. Parteigenosse Scheidemann in Marburg: Der Parteitag möge beschließen, daß unser Wochenblatt „Der Sozialdemokrat" mit Rücksicht auf die bessere Möglichkeit des Sammelns und Nachschlagens vom 1. Januar 1895 ab in handlicherem Format (z. B. wie die „Neue Zeit" oder auch in Quart, gespalten) erscheint.

44. Parteigenossen in Essen: Dem „Sozialdemokrat" einen mehr populäreren, zur besseren Agitation geeigneten Charakter zu geben.

Unterhaltungsliteratur.

45. Parteigenossen in Rudolstadt: Die Parteileitung hat für die Herausgabe einer Zeitschrift Sorge zu tragen. Dieselbe soll ungefähr in Form der „Neuen Welt" gegen einen geringen Extrabeitrag als wöchentliche Beilage der Parteiblätter erscheinen, jedoch auch als selbständiges Blatt gehalten werden können. Der Preis ist so billig als möglich zu stellen. Der Inhalt soll zur Hälfte aus populären naturwissenschaftlichen Aufsätzen und zur anderen Hälfte aus leichtverständlichen Abhandlungen über praktisches Lehr- und Erziehungswesen bestehen. Ueberhaupt soll sie dazu dienen, wirkliche Volksbildung unter der arbeitenden Bevölkerung fördern und ausbreiten zu helfen.

Korrespondenz-Bureau.

46. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Depeschen-Bureau durch die Partei einrichten zu lassen, welches alle wichtigeren Nachrichten, insbesondere solche, welche die Ereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung betreffen, den gesammten Parteiblättern entweder gratis oder doch für einen möglichst niedrig gehaltenen Betrag übermittelt.

Kalender.

47. Parteigenossen in Gießen: Einen Kalender herauszugeben für die Landbevölkerung zum Preise von 30 Pf.

48. Parteigenossen in Hanau: Eine billige Ausgabe eines Kalenders zum Preise von 10 Pf. mit Rücksicht auf die Landbevölkerung herauszugeben.

49. Vom Partei-Vorstand, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Preis des „Neue Welt-Kalender" beträgt 40 Pf.

Flugblätter.

50. Parteigenossen des Wahlkreises Glogau: In Kürze ein Flugblatt herauszugeben, das in gemeinverständlicher Sprache die Begriffe Militarismus und Volkswehr erklärt, zahlenmäßig die Kosten des stehenden Heeres und die Schäden desselben an der Wohlfahrt des Volkes, sowie die Vorzüge der Volkswehr veranschaulicht und endlich neben den scheinbaren Gründen, die die heutigen Regierungen gegen die Einführung der Volkswehr vorbringen, auch die wahren enthüllt, welche sie nicht offen auszusprechen wagen.

Protokoll.

51. Genossen in Elberfeld: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, die dem Vorstand oder der Reichstagsfraktion zur Erwägung oder Berücksichtigung überwiesenen Anträge nach Erledigung derselben nebst dem Resultat im nächsten Protokoll zu veröffentlichen.

52. Parteigenossen in Leipzig: Das Protokoll des Parteitages ist zum Selbstkostenpreis zu verkaufen.

Broschüren.

53. Parteigenossen in Duisburg: Zu einem billigen Preise einen Rathgeber in solchen Rechtsstreitigkeiten, in welche die Arbeiter häufiger verwickelt werden (grober Unfug, Beleidigung u. s. w.), herauszugeben und gleichzeitig die wichtigsten bisher vorliegenden Urtheile derartiger Fälle zu sammeln und mit zu veröffentlichen, um den Arbeitern die meistens sehr hohen Anwaltskosten zu sparen.

Allgemeines.

54. Parteigenosse H. Pistorius in Braunschweig: Der Parteitag zu Frankfurt a. M. wolle beschließen, daß künftig sämmtliche im Dienste der Partei stehenden Preßorgane, die zur Zeit noch in Händen von Privateigenthum sind, Parteieigenthum werden.

55. Parteigenossen in Straßburg i. E.: Dahin zu wirken, daß die elsaß-lothringische Partei durch Vermittelung des Parteitages baldmöglichst ein eigenes elsaß-lothringisches Parteiorgan erhält, gleichviel, ob besagtes Parteiblatt in Elsaß-Lothringen oder in Baden erscheint.

56. Parteigenosse Emil Huth in Zürich: Es möge zur Behandlung von Fragen der Erziehung (in physischer, intellektueller und moralischer Hinsicht) ein Organ geschaffen und, entweder wie die „Neue Welt", dem „Vorwärts" beigegeben oder aber durch niedrigen Abonnementspreis jedem Genossen zugänglich gemacht werden. Ueber die Anlage dieses Organs, das in volksthümlicher Sprache gehalten sein müßte, entscheidet eine Kommission pädagogisch gebildeter Genossen. Die Redaktion wird einem mit der pädagogischen Wissenschaft und Praxis vertrauten Genossen übertragen.

57. Parteigenosse H. Nachtigall in Elberfeld: Dem Parteitag in Frankfurt a. M. diene zur Kenntniß, daß, trotzdem der Parteitag in Berlin die „Solinger Resolution" angenommen hat, dennoch die „Schwäbische Tagwacht" in Nr. 210 vom 9. September 1893 im Inseratentheil eine „Einladung" an die Einwohnerschaft von Stuttgart, durch das „Stadtschultheißen-Amt" über die Dauer der Anwesenheit „Ihrer Majestäten" 2c. „die Gebäude zu beflaggen" ergehen läßt. Da dies eine Umgehung des Beschlusses ist, so bitte ich den Parteitag, dies entschieden zu verurtheilen.

Agitation.

58. Parteigenossen des 1. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratischen Reichs- und Landtags-Abgeordneten sind zu verpflichten, während der Parlamentsferien in den politisch noch zurückstehenden Wahlkreisen eine mindestens 14tägige Agitationstour zu unternehmen, für welche die Gesammtpartei resp. der Partei-Vorstand die Kosten übernimmt."

59. Parteigenossen in Wiesbaden: Die Agitationstouren der einzelnen Redner sind in Zukunft auf engere Kreise zu beschränken, damit nicht blos die größeren Städte, sondern besonders die Landorte, wo uns Säle zur Verfügung stehen und Vortheile für uns zu erringen sind, mehr berücksichtigt werden können. Die Touren und Redner sollen vorher im „Vorwärts" bekannt gemacht werden, und hat sich jeder Redner mit dem Vertrauensmanne des Bezirks in Verbindung

zu setzen. Letzterem müssen von den Genossen des Wahlkreises alle uns zur Verfügung stehenden Säle bekannt gegeben werden.

60. Parteigenossen in Freiburg i. B.: Der Partei-Vorstand möge in der Anordnung von Agitationstouren bestrebt sein, solche in den für Versammlnugen geeigneteren Jahreszeiten stattfinden zu lassen. Ebenso spricht der Parteitag den Wunsch aus, die Generalkommission der Gewerkschaften möge in ihrer Agitation in gleicher Weise verfahren.

61. Parteigenossen in Münster i. W. und Neustadt i. Schl.: Der Partei-Vorstand solle in Zukunft mehr wie bisher die Genossen in solchen Wahlkreisen, welche aus eigenen Mitteln zu schwach sind, unentgeltlich mit Broschüren, Schriften und Versammlungen unterstützen, um eine kräftigere Agitation entfalten zu können.

62. Parteigenossen in Lahr: Eine thatkräftige und nachhaltige Agitation durch Flugblätter und Redner in Süddeutschland und speziell in Baden auf Kosten der Gesammtpartei zu entfalten. Um diese Thätigkeit wirksamer zu machen und zu ihrer Förderung sollen die Genossen in Baden, Bayern und Württemberg mit einander in Verbindung treten.

63. Parteigenossen in Neuwied: In den Orten, in welchen die Partei bereits selbständige Organisationen hat, Land-Agitationskomitees einzurichten, welche sich mit den Genossen auf dem Lande in Verbindung setzen und ihnen unentgeltlich Material, als Flugblätter und gelesene Zeitungen, liefern.

64. Parteigenossen Paul Hoffmann-Hamburg und Heinrich Steiner-Bremerhaven: Die Vertreter der Partei, sowie die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise sind zu beauftragen, für eine wirksame Agitation unter den Seeleuten Sorge tragen, sowie die Bestrebungen zur Organisation der Seeleute und die Herbeiführung der Revision der Seemanns-Ordnung durch den Reichstag thatkräftig zu unterstützen.

65. Parteigenosse H. Poludnik-Barmen: Der Frankfurter Kongreß der sozialdemokratischen Partei, resp. die deusche Sozialdemokratie überhaupt möge zu der nunmehr chronischen und zunehmenden Arbeitslosigkeit Stellung nehmen.

Taktik.

66. Parteigenossen zu Kaiserslautern: Alle Streitigkeiten unter den Parteigenossen, sowie Auseinandersetzungen, welche zu persönlichen Reibereien ausarten, sind aus der Parteipresse fortzulassen. Die Entscheidungen über allenfallsige Differenzen sind den allgemeinen Parteitagen zu überlassen.

67. Parteigenossen in Mannheim: Der Parteitag wolle die Differenzen der badischen Parteigenossen schlichten resp. untersuchen oder untersuchen lassen und Entscheidung treffen. Da die badischen Parteigenossen auf der Offenbacher Parteikonferenz sich nicht einigen konnten, ist die Entscheidung des Parteitages im Interesse der badischen Partei dringend geboten.

68. Die Parteigenossen Aug. Dreesbach, R. Fentz, Alex. Rapp und G. Pfeiffer aus Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Verhalten des Dr. Rüdt bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus.

2. In gleicher Weise mißbilligt der Parteitag das Verhalten des „Offenburger Volksfreund", weil er durch seine einseitige, durch die gegnerische Presse beeinflußte Stellungnahme den Streit unter den badischen Parteigenossen entfacht und eine persönliche Verbitterung in deren Reihen hineingetragen hat, die für die Agitation und weitere Verbreitung unserer Ideen entschieden schädigend wirken muß.



69. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Dafür zu sorgen, daß der Parteitag den badischen Landtagsabgeordneten Stegmüller aus der Partei ausschließen und ihn seines Landtagsmandats, soweit er dasselbe wenigstens als Sozialdemokrat auszuüben wünscht, verlustig erklären möge.

70. Die Parteigenossen in Berlin 1, 3 und 4, Halle und Weimar: In Rücksicht darauf, daß die bayerischen Landtagsabgeordneten für den Etat gestimmt haben, möge der Parteitag in einer Resolution die prinzipielle Stellung der Partei zu den Gesammt-Etats der Landtage festsetzen.

71. Parteigenossen in Celle: Der Parteitag wolle beschließen, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien die Genossen nicht aufzufordern, für eine der in Frage kommenden Parteien zu stimmen.

72. Parteigenossen in Burscheid: Es dürfen Gelder zur Errichtung von Denkmälern für verstorbene Parteigenossen nicht mehr gesammelt werden.

73. Parteigenossen in Limmer bei Hannover: Gegenüber den volksthümlichen Bewegungen wie: Vegetarismus, Naturheilkunde, Impfgegnerei, Freireligion, Freidenkerthum, Thierschutz und Antivivisektion 2c., sofern sie nicht politische Parteien bilden, sich nicht in absprechender oder gar höhnender Weise zu äußern, weder mündlich noch schriftlich, um Blamage für sich und Abschreckung für solche Personen, welche uns und unseren Ideen sich nähern, zu verhüten.

74. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag wolle sich klar darüber aussprechen, ob sozialdemokratische Abgeordnete in Kommunal- oder Landesvertretungen bei etwa vorkommender Einführung von Kirchensteuern für oder gegen dieselben zu stimmen haben.

75. Parteigenossen in Hanau: Der Parteitag möge beschließen: In allen gesetzgebenden Körperschaften, in welchen Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt sind, haben dieselben nur solchen Geldforderungen zuzustimmen, die zu Kulturaufgaben und gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind. Bei Abstimmungen über Gesammt-Etats, in welchen Forderungen enthalten sind, welche der heutigen Gesellschaft die Mittel gewähren zu ihrer weiteren Existenz und zur Bekämpfung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, haben die Parteigenossen mit Nein zu stimmen.

76. Parteigenossen in Bochum: Der Parteitag möge den sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages bezüglich deren Haltung bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat eine Rüge ertheilen, und einen Beschluß fassen, der einer Haltung dieser Art für die Zukunft vorbeugt.

Maifeier.

77. Die Parteigenossen des 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Partei-Vorstand wolle alljährlich ein Flugblatt ausarbeiten, welches die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter näher darlegt.

78. Parteigenossen in Weimar: Die Maifeier 1895 in der gleichen Weise wie in diesem Jahre zu begehen.

79. Parteigenossen in Frankfurt a. M., Offenburg i. B. und Barmen: Der Parteitag möge beschließen: Daß es das Parteiprinzip verlangt, daß in allen Geschäften, wo für die Partei Arbeiten hergestellt werden, der 1. Mai als Feiertag erklärt und sämmtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern die Bezahlung als Feiertag zugesichert wird.

Parlamentarisches.

80. Die Parteigenossen in Friedberg i. H.:

a) Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, einen Gesetzentwurf dahingehend einzubringen, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht mehr den Verlust der staatsbürgerlichen Ehrenrechte zur Folge habe.

b) Angesichts der empfindlichen Verluste, welche die bäuerliche Bevölkerung bei schlechter Witterung in Folge des Mangels an ausreichenden Räumen zur gleichzeitigen Bergung der Getreide-Ernte oftmals erleidet, ist durch die gesetzgebenden Körperschaften darauf hinzuwirken, daß aus öffentlichen Mitteln für jede Gemeinde ausreichende Schuppen errichtet werden, in denen das Getreide rasch geborgen und zugleich gedroschen werden kann.

81. Parteigenossen in Berlin 1., 2., 3., 4. Wahlkreis: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dem Reichstage eine Interpellation oder einen Initiativantrag zu unterbreiten, welcher die reichsgesetzliche Regelung des Fabrikinspektorats zum Gegenstande hat. Die Fassung der Interpellation oder des Initiativantrages bleibt der Fraktion überlassen, ebenso wie die Fraktion selbst darüber entscheiden soll, ob damit gleichzeitig eine Erweiterung des Fabrik-Inspektorats, sowie die Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu fordern ist.

82. Parteigenossen in Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen auszudehnen.

83. Parteigenossen in Werdau: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den früheren sozialdemokratischen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, der Neuzeit entsprechend abgeändert, wieder im Reichstage einzubringen.

84. Parteigenossen in Gießen: Die Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend einheitliche Gestaltung der gesammten Arbeiterversicherung auf Grundlage der organisirten Ortskrankenkassen.

85. Parteigenossen in Guben: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auch in diesem Winter die Regierung zu interpelliren, was sie der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit gegenüber zu thun gedenkt.

86. Parteigenossen von Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag eine alle Arbeiter Deutschlands umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beantragen.

87. Parteigenossen in Ottensen: Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden soll, periodische Aufnahmen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zu veranstalten.

88. Parteigenossen des 17. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion im Reichstag zu beauftragen, in der nächsten event. nächstfolgenden Session des Reichstages immer auf Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes antragen, insbesondere auf Herabsetzung der Altersgrenze.

89. Parteigenossen in Duisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf für Arbeitslosen-Versicherung und -Statistik auszuarbeiten und denselben baldmöglichst der Reichsregierung vorzulegen.

90. Parteigenossen in Lübeck: Der Parteitag möge die Fraktion veranlassen, im Reichstage einen Antrag zu stellen, durch welchen die Regierung veranlaßt wird, von fünf zu fünf Jahren eine Statistik der ländlichen Betriebe aufzunehmen, um unzweifelhafte Beweise zu erlangen, in welcher Weise auf der Landgebiete die Konzentration des Kapitals sich vollzieht.

91. Parteigenossen in Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließe[n] der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 de[s] Reichstagswahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhinder[t] sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenige[n]



Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvorschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie die Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ortsstatutarische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht 2c. oder Verurtheilung zu Schadenersatzleistung können von Jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbe-Ordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszuschänken oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

92. Parteigenossen in Essen und Elberfeld: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den zweiten Theil unseres Programms in Form von geeigneten Gesetzentwürfen im Reichstage einzubringen.

93. Parteigenossen in Barmen und Kaiserslautern: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

94. Parteigenossen in Berlin 1: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion aufzufordern, in der nächsten Session im Reichstage die ungerechten Zustände in der Auslegung der Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten gegen unsere Parteigenossen zur Sprache zu bringen.

95. Parteigenossen des Saarreviers beantragen:

Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Befremden darüber aus, daß der auf dem Erfurter Parteitag angenommene Antrag, behufs Abschaffung

des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphen, sowie der Vereins-, Preß- und Versammlungs-Gesetze mit so wenig Nachdruck befolgt wurde, und beschließt, daß die Fraktion die Abschaffung der genannten Gesetze mit aller Energie betreiben soll, mindestens soll die völlige Einführung der Gewerbe-Ordnung, des Reichs-Preßgesetzes und Abschaffung des Diktatur-Paragraphen durchzusetzen versucht werden.

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, nach dem Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstags die Reichsregierung zu interpelliren, ob sie mit dem Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die auf Grund des Genossenschafts-Gesetzes errichteten sogenannten „Bergmanns- oder Arbeiter-Kasinos" einverstanden ist.

96. Parteigenossen in Kaiserslautern: Unsere Abgeordneten haben zu beantragen: Für jede Fabrik, Werkstatt oder Arbeitsstätte, in welcher in der Regel Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abtheilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter „müssen" besondere Arbeits-Ordnungen erlassen werden 2c.

97. Parteigenossen in Berlin 3: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts einzubringen: Sämmtliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß des Gesindes zu seinem Arbeitgeber, d. h. die sogenannten Gesinde-Ordnungen sind aufgehoben.

98. Parteigenossen in Berlin 2: Der Parteitag möge die Fraktion ersuchen, auf ein gesetzliches Verbot der Gesindevermiethungs-Komptoire und Einführung eines unentgeltlichen Dienstnachweises hinzuwirken.

99. Parteigenossen in Lübeck und Schwerin: Daß die ländlichen Arbeiter unter die Gewerbe-Ordnung gestellt werden; daß für die ländliche Bevölkerung Gewerbegerichte errichtet werden.

100. Parteigenossen in Berlin 4: Der Parteitag in Frankfurt a. M. wolle beschließen, der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihrem Wohnorte auszuüben, gestattet ist, ihr Wahlrecht an demjenigen Orte auszuüben, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden bezw. in Arbeit stehen.

Resolutionen.

101. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Die völlige Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit ist zur Aufklärung des Volkes unerläßlich. Die Bestrebungen, die schon jetzt so vielfach eingeschränkte Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit noch weiter einzuengen, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Zu diesem Zwecke erscheint es erforderlich, überall mündlich wie schriftlich eine besondere Agitation zu entfalten, um die weitesten Kreise von der Nothwendigkeit völliger Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit zu überzeugen und gegen die jetzigen Beschränkungen dieser Freiheiten, wie auch ganz besonders gegen eine noch weitere Verkümmerung derselben zu protestiren. Außerdem ist auch dagegen Verwahrung einzulegen, daß mit Hilfe der aus der Klassenwahl hervorgegangenen Landtage jene Anträge gegen den Willen der großen Masse des arbeitenden Volkes zum Gesetz erhoben werden. Es ist daher das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu allen Wahlen, also auch für die Landtage und

Gemeindevertretungen zu verlangen, um eine solche Vergewaltigung unmöglich zu machen. Aus diesen Gründen beantragen wir: Auf die Tagesordnung zu setzen: Unsere Aufgabe gegenüber den volksfeindlichen Bestrebungen, eine noch weitere Schmälerung der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit herbeizuführen, näher zu präzisiren.

102. Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal:

1. Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat zu verhalten haben.

2. Der „Vorwärts" möge dem auf dem Kölner Parteitag gefaßten Beschluß: Die alljährlich beim „Vorwärts" erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts zu verwenden, damit der „Vorwärts" seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialistischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als dies bisher möglich war", mehr wie bisher nachkommen.

3. Die Parteileitung möge für die Verbreitung und Verwirklichung unserer Ideen mehr Sorge tragen. Ebenso die besseren agitatorischen Redekräfte mehr auf diejenigen Ortschaften resp. Wahlkreise verwenden, wo noch schwache Organisationen sind.

103. Parteigenosse Ed. Schröter, Berlin 4: In Erwägung, daß der Partei dadurch, daß sie dem Kapitalismus die ungehinderte Ausbeutung der Konsumtionskraft des Proletariats überläßt, anstatt letztere den Parteizwecken nutzbar zu machen, ungeheure Vortheile im Befreiungskampfe verloren gehen, beschließt der Parteitag, die Parteileitung wird beauftragt, eine Kommission von etwa 15 Mitgliedern zu ernennen, die dafür Sorge zu tragen hat, daß die Konsumtionskraft des Proletariats, soweit es möglich ist, den Zwecken der Partei dienlich gemacht wird. Zu diesem Behufe sind in den für uns zunächst geeigneten Produktionszweigen Betriebe zu organisiren, in welchen die Produktion durch Genossen stattzufinden hat, und Maßnahmen zu treffen, daß die verfertigten Gegenstände und diejenigen Konsumartikel, die von Genossen nicht hergestellt werden können, in der geeignetsten Weise ihren Absatz finden. Ueber die Verwendung des nach Ablauf bestimmter Zeiträume festzustellenden Gewinnes entscheidet obige Kommission; doch soll als Richtschnur dienen, daß ein Theil zu Erweiterungen von bereits bestehenden Betrieben resp. Neugründungen benutzt, während der Rest, der größere Theil, an die Parteikasse zwecks Agitation 2c. überwiesen wird. Die Anlagekapitalien müssen von Genossen aufgebracht werden und kann auf Wunsch eine spätere Zurückzahlung erfolgen.

104. Die Genossen in Elberfeld: Der Parteitag ersucht die Genossen und Genossinnen, überall da, wo es möglich ist, daß in die Agitationkomités auch Genossinnen gewählt werden können, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, da die Frau sich sehr wohl zur Agitation eignet, aber recht oft nicht die nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aus sich selbst besitzt.

105. Parteigenosse P. Glißmann, Kiel: Der Parteitag wolle prüfen, ob es zweckmäßig sei, an dazu geeigneten Orten oder mindestens an einem dazu [ge]igneten Orte eine Schule aus Parteimitteln zu errichten, worin der Lehrstoff, [w]ie der Unterricht selbst, ganz im sozialistischen Sinne gegeben, wo keine dog[ma]tische, sondern eine rein wissenschaftliche Weltanschauung gelehrt wird.

106. Parteigenossen Lehmann und Kokisch in Mittweida: Es ist eine [E]rfahrung, daß mit Ausnahme der reichen Leute jeder überzeugter Sozialist [wi]rd, sobald er die Wahrheit über unsere Grundsätze sowie über seine soziale [und] politische Lage erkennt. Es ist Thatsache, daß die Verbreitung dieser Wahrheit [bei de]n Erwachsenen, besonders bei den weiblichen infolge politischer Theil-

nahmslosigkeit und Rechtlosigkeit, auf innerliche und gegenwärtig in steigendem Maße auf äußerliche Hindernisse stößt.

Es ist Allen bekannt, daß die herrschende Klasse mit allen Mitteln die Ausbreitung unserer Prinzipien zu hindern sucht und neuerlich die Schulen benutzt, um der lernfähigen Jugend unsere einfachen und leicht begreiflichen Lehren entstellt oder verhüllt wiederzugeben.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Parteitag als Gegengewicht und behufs Verbreitung unserer sozialpolitischen Wahrheiten unter der heranwachsenden Jugend, sowie zur Beförderung der sozialistischen Ueberzeugung der Massen allerorts eine „Schulwacht" zu organisiren, welche den Unterricht auf alle sozialistenfeindlichen Verdrehungen und Fälschungen zu prüfen hat, um letzteren in der weitesten Oeffentlichkeit die Wahrheit gegenüber zu stellen.

107. Parteigenossen in Cronach: Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Thatsache, daß in den verschiedenen Ländern, in denen die moderne Großproduktion Platz gegriffen hat — eine gewisse Sozialgesetzgebung stattfindet, wie es auch Thatsache ist, daß da, wo es gelungen ist, die Gemeindevertretung im sozialistischen Geiste zu erwählen, mehrfach Gesetze und Gesetzeskraft habenden Verordnungen erlassen werden, die den Arbeitern bedeutende Vortheile sichern — ist der Vorstand der Partei gehalten, dem Parteitag alljährlich einen Bericht zu erstatten über den Stand und Fortgang derartiger Gesetze und Gesetzeskraft habenden Verordnungen in den verschiedenen Ländern.

108. Parteigenossen des Brandenburger Provinzial Parteitages: Resolution. „Zur Durchführung einer wirksamen Agitation auf dem Lande ist die Kenntniß der ländlichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen und den einzelnen Berufszweigen die unmittelbare Voraussetzung. Um diese Kenntniß zu vermitteln, erklärt die Parteikonferenz eine eingehende beschreibende, nicht blos rein statistische Untersuchung für nothwendig, die sich auf die ländlichen Verhältnisse erstreckt, aber auch die Verhältnisse der gewerblichen Wanderarbeiter, Sachsengänger und Ziegeleiarbeiter, sowie der Hausindustriellen berücksichtigt, weil diese als die geeignete Brücke zwischen der industriellen und der rein ländlichen Bevölkerung erscheinen. Da das Agitationskomitee der Provinz Brandenburg und anderer Provinzen zur Einleitung dieser Untersuchung nicht im Stand ist, so überweist die Provinzialkonferenz die Untersuchung der sozialpolitischen Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung dem Parteitage Frankfurt a. M. zur Berücksichtigung. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung empfiehlt es sich, wenigstens mit einem beschränkten Bezirke oder einer bestimmten Arbeiterbranche den Anfang zu machen."

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines. Die auf dem vorjährigen Parteitag in Köln gewählte Parteileitung trat unmittelbar nach Schluß der Verhandlungen zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Die in der letzteren gefaßten Beschlüsse, nach welchen im abgelaufenen Berichtsjahr Briefe und Geldsungen an die bereits aus dem Vorjahre bekannten Adressen, Beschwerden der Parteigenossen über den Partei-Vorstand oder dessen Geschäftsführung an den Genossen Meister in Hannover zu richten waren, wurden den Parteigenossen durch Bekanntmachung des Partei-Vorstandes in Nr. 261 des „Vorwärts" vom 5. November 1893 zur Kenntniß gebracht.

Die Revisionen der Parteikasse wie die der Bücher des „Vorwärts" und der Vorwärts-Buchhandlung wurden im verflossenen Geschäftsjahr durch die Kontroleure nach den jedesmaligen Quartals-Abschlüssen vorgenommen.

Eine Aenderung in der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes trat kurz nach dem Kölner Parteitag insofern ein, als einer der Schriftführer, Genosse Fischer, aus dem Partei-Vorstand ausschied, um die Leitung der Vorwärts-Buchhandlung zu übernehmen. Die letztere Stelle war durch die Entlassung des früheren Leiters der Buchhandlung plötzlich vakant geworden und wählte der Vorstand unter den gemeldeten Bewerbern den Genossen Fischer als den Geeignetsten für den obigen Posten aus. Die Kontroleure mußten daher nach § 16 unseres Organisationsstatuts zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um die Neuwahl eines Schriftführers vorzunehmen. Diese Sitzung fand am 20. November v. J. statt und fiel die Wahl auf den Genossen Pfannkuch, bis dahin in Hamburg, der am 1. Januar 1894 nach Berlin übersiedelte und in den Partei-Vorstand als Schriftführer eintrat.

Nach den gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im vorjährigen Wahlkampf gemacht hatte, entstand in den Kreisen der Genossen überall das Verlangen, die durch die Wahlagitation gewonnenen Verbindungen und Beziehungen auch für die zwischen den Wahlen liegende Zeit nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Wie stark und allseitig das Bestreben, die Außenposten dauernd mit den Zentren der Bewegung zu verbinden, war, erhellt am besten aus den zahlreichen Landes- und Provinzialparteitagen, die auch im verflossenen Berichtsjahre wieder stattgefunden haben.

Größere Parteitage wurden abgehalten für das Großherzogthum Hessen, für ...leswig-Holstein mit Lauenburg nebst Fürstenthum Lübeck und Hamburg, ... beiden Mecklenburg und Lübeck, Schlesien und Posen, das Rheinland, das ...iche Westfalen und die Lippe'schen Fürstenthümer, Bremen und die benach...ten Wahlkreise, das Königreich Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar, Unter...nken, Elsaß-Lothringen, Meiningen und Koburg, die Pfalz, den Agitations...irk Liegnitz, Schwaben und Neuburg, Thüringen, Schwarzburg-Rudolstadt, ...inland und Westfalen, das Herzogthum Gotha, Brandenburg, Württem... Anhalt, Braunschweig, Pommern, Bayern.

Neben diesen Parteitagen, die sämmtlich stark besucht und vom besten Geiste beseelt waren, haben fast in jedem Wahlkreise, in dem die Partei eine nennenswerthe Zahl von Anhängern besitzt, größere oder kleinere Kreiskonferenzen stattgefunden, die allesammt rühmliches Zeugniß dafür ablegen, daß die Parteigenossen selbst nach einer Kampfperiode, die fast jedem Einzelnen besondere Opfer auferlegte, sich die Ausbreitung unserer Ideen, die Befestigung und den Ausbau der Organisation nach Kräften angelegen sein lassen.

Dieser regen Thätigkeit der Gesammtpartei entsprach auch der Verkehr, den die Parteigenossen mit dem Partei-Vorstand gepflogen haben. Zwar erreichen die Zahlen der ein- und ausgegangenen Briefe nicht diejenigen des Vorjahres, in dem infolge der Reichstagswahlen ein besonders lebhafter Verkehr der Parteigenossen mit dem Partei-Vorstande stattfand, weisen jedoch gegen das Jahr 1892 eine wesentliche Steigerung auf. Es gingen ein im Berichtsjahr 1892 3842 Briefe und Karten, im Berichtsjahr 1893 6232 Briefe und Karten und im Berichtsjahr 1894, d. h. in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894 4248 Briefe und Karten. In denselben Zeiträumen gingen aus 3494, 4730 und 4100 Briefe und Karten. Nicht mit eingerechnet in diesen Zahlen sind die durch den Vorstand zur Versendung gebrachten Drucksachen, Zirkuläre u. s. w. Regelmäßige Sitzungen zur Erledigung der laufenden Geschäfte hielt der Vorstand wöchentlich zwei ab, außerdem noch zahlreiche Extrasitzungen, Konferenzen u. s. w. Wie aber der Kassenbericht des Partei-Vorstandes die Summen nicht erschöpft, welche im Laufe eines Jahres für Parteizwecke ausgegeben werden, weil er nur die Ausgaben der Zentralkasse, nicht aber die sich wesentlich höher beziffernden lokalen Ausgaben aufführt, so umfaßt auch der Bericht des Partei-Vorstandes nicht die gesammte geschäftliche Thätigkeit, welche die Partei bei ihrem heutigen Umfange bereits erfordert. Sind doch, wie aus dem Bericht des Landes-Vorstandes der württembergischen Sozialdemokratie zu ersehen ist, allein bei diesem im verflossenen Geschäftsjahr 1500 Briefe eingegangen und gegen 1800 Briefe zur Versendung gelangt. Wenn nun auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß der Geschäftsverkehr der übrigen Komitees u. s. w. mit den Genossen ihrer Bezirke ein wesentlich geringerer als der des württembergischen Landes-Vorstandes ist, so beweisen doch die obigen Zahlen zur Genüge, welche Ausdehnung die Parteithätigkeit in den einzelnen Landestheilen erlangt hat, und daß es lediglich praktische Bedürfnisse waren, die eine gewisse Dezentralisation der Partei herbeigeführt haben.

Daß trotz dieser Dezentralisation im Innern die Partei nach Außen in voller Einheit und Geschlossenheit dasteht, haben die seit dem Hallenser Parteitag verflossenen Jahre zur Genüge bewiesen. Die von der gegnerischen Presse unzählige Male und auch jetzt wieder für den Parteitag in Frankfurt angekündigte Spaltung unserer Partei wird immer nur ein frommer Wunsch unserer Feinde bleiben.

* * *

Die **Maifeier** ist auch im verflossenen Jahre, nachdem durch die auf dem Parteitag in Köln angenommene Resolution die Einheitlichkeit der Feier verbürgt war, wieder in würdigster Weise verlaufen. Konnten auch bei der Ungunst der Verhältnisse nur wenige Arbeiterkategorien die Feier in der entsprechendsten Form, durch Arbeitsruhe, begehen, so ist doch die der Maifeier zu Grunde liegende Idee des Achtstundentags und der internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes in hundert und aber hundert Versammlungen in allen Theilen Deutschlands mit elementarer Macht zum Ausdruck gebracht worden. Mag das Unternehmerthum sich zur Zeit auch noch so gegen den Achtstundentag sträuben, die Erkenntniß von der Nothwendigkeit desselben bricht sich mit jedem Tage in immer weiteren Kreisen Bahn.

Außer den Arbeitern sind es in erster Linie einsichtige Männer der Wissenschaft, die, wie noch jüngst auf dem Kongreß für Hygiene und Demographie in Wien, immer lauter ihre Stimme für den Achtstundentag erheben. Wie daher auch immer die Form der Maifeier in den nächsten Jahren beschaffen sein möge, sicher ist heute schon, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe für eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung nicht erlahmen werden, bis der dem krassesten Egoismus und der Beschränktheit entspringende Widerstand der Bourgeoisie gebrochen ist.

Neben der Maifeier bot auch der vom 25.—31. März d. J. in Wien abgehaltene Parteitag unserer österreichischen Bruderpartei uns wieder Gelegenheit, die internationale Solidarität des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Da die diesmaligen Verhandlungen unserer österreichischen Genossen, wegen des von ihnen zur Erzwingung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes geführten Kampfes, besonders bedeutungsvoll waren, entsendete der Vorstand als Vertreter der Partei die Genossen Bebel, Singer und Gerisch.

* * *

Der Größe der Partei entsprechend, war auch im verflossenen Jahre das Verlangen nach möglichst intensiver **Agitation**, der mündlichen sowohl wie der schriftlichen. Von Seiten des Partei-Vorstandes wurden größere Agitationstouren veranstaltet im Rheinland, Baden, Thüringen und Harz, Schlesien, die Lausitz, Provinz Sachsen, Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein. Neben diesen größeren Touren hat der Partei-Vorstand noch Redner zu zahlreichen kürzeren Touren und Einzelversammlungen entsendet, wie er auch bestrebt gewesen ist, die Agitation in den für unsere Bewegung noch zu erschließenden Gegenden zu betreiben. Nicht minder zahlreich waren auch die Versammlungen, welche durch die Agitationskomitees und Landesausschüsse arrangirt wurden. Rechnet man dazu noch die agitatorische Thätigkeit der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, sowie die durch die Vertrauenspersonen veranstalteten Versammlungen, dann kann man sagen, daß auch im verflossenen Jahre nach Möglichkeit Alles geschehen ist, um unsere Ideen durch das lebendige Wort in die breiten Schichten des Volkes zu tragen. Wenn trotzdem auch im vergangenen Jahre hie und da Klagen über „Vernachlässigung“ einzelner Bezirke laut wurden, weil der Vorstand nicht immer in der Lage war, Redner entsenden zu können, deren bloßer Namen schon eine große Anziehung auf den politisch indifferenten Theil der Bevölkerung ausübt, so ist bereits in früheren Berichten wiederholt dargelegt worden, wie unmöglich es ist, all den Wünschen, die mit Bezug auf die Person der Referenten geäußert werden, nachzukommen.

Leider konnte die mündliche Propaganda in vielen Gegenden aus dem Grunde nicht in wünschenswerther Weise betrieben werden, weil Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen entweder gar nicht oder nur unter sehr erschwerenden Umständen zu erlangen waren. Unsere Gegner, die nicht genug über den „Terrorismus“ der Arbeiter jammern können, wenn diese durch Anwendung des Boykotts sich gegen das systematische Abtreiben der Säle zu schützen suchen, üben ihr wirthschaftliches Uebergewicht überall in der brutalsten Weise aus, um den Arbeitern die Benutzung des ohnehin schon kümmerlichen Versammlungsrechtes unmöglich zu machen. Da ferner auch die Behörden vielfach einen starken Druck auf die Wirthe ausüben, die letzteren in Städten mit Garnisonen überdies noch mit dem Militärboykott zu rechnen haben, ist es in vielen Orten unseren Genossen überhaupt nicht möglich, irgendwelche größere Räumlichkeiten zu Versammlungen zu bekommen. Die unter solchen Zuständen leidenden Genossen sind nun vielfach auf den Gedanken verfallen, eigene Säle zu bauen, oder solche käuflich zu erwerben, und wollten zu diesem

Zwecke die Hilfe der Parteikasse in Anspruch nehmen. Der Partei-Vorstand hat sich jedoch allen derartigen Gesuchen gegenüber strikte ablehnend verhalten. Als politische Kampfpartei können wir uns nur in Ausnahmefällen mit wirthschaftlichen Gründungen vorgedachter und ähnlicher Art befassen und in denselben ganze Vermögen festlegen. Abgesehen davon waren die geforderten Summen so bedeutende, daß sie, zusammengerechnet, den allgemeinen Einnahmen des Berichtsjahres gleichkommen, wenn nicht gar sie übertreffen. Ist es an einzelnen Orten unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, dann müssen eben die übrigen Formen der Agitation desto energischer zur Anwendung gebracht werden.

Als Ersatz für das gesprochene Wort und zur Vertiefung der durch die mündliche Agitation empfangenen Anregung dienen unsere Parteischriften, von denen die älteren, wie Bracke's „Nieder mit den Sozialdemokraten" auch im verflossenen Jahre wieder in Massen-Auflagen hergestellt und den Genossen entweder zum Selbstkostenpreis oder auf Antrag auch völlig unentgeltlich überlassen wurden. Von neuen, für den Massenbetrieb berechneten Schriften wurden im Dezember v. J. die Reden Bebel's und Liebknecht's zum Reichshaushalt-Etat unter dem Titel: „Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern" und im März unter dem Titel: „Christenthum und Sklavenfrage" die bezüglichen Verhandlungen des Reichstags über die Kolonialpolitik.

An dem durch die Erfahrung bewährten System, einzelnen Orten oder Provinzen zur Betreibung nachhaltiger Agitation feste Zuschüsse zu gewähren, wurde auch im verflossenen Jahre festgehalten. Anderen Kreisen oder Provinzen wurden auf Antrag, je nach den Umständen, größere oder kleinere Summen als einmalige Beihilfe zur Agitation bewilligt. Ferner hat der Partei-Vorstand wie früher, so auch im verflossenen Jahre einzelne Genossen unterstützt, die durch ihr Eintreten für unsere Ideen existenzlos geworden waren, und deren Verbleiben auf besonders wichtigen Posten im Interesse der Agitation geboten erschien.

Ueber die zu diesem Zweck verwendeten Gelder giebt der Kassenbericht näheren Aufschluß.

Rege Sorgfalt wurde von den Genossen im vergangenen Jahre auch wieder der Landagitation zugewendet. Wenn es sich bei Betreibung der letzteren auch um die Bearbeitung eines schwierigen Gebietes handelt, so ist die in früheren Jahren aufgewendete Mühe doch nicht erfolglos gewesen, sondern hat theilweise schon gute Früchte getragen. Auf verschiedenen der Konferenzen und Kreistagen wurde mit Genugthuung konstatirt, daß Bezirke, in denen Boden zu fassen früher kaum möglich war, nunmehr durch Delegirte vertreten waren, ein sichtbarer Beweis dafür, daß auch dort, aller Hindernisse ungeachtet, die Bewegung Wurzel geschlagen hatte. Dieses allmähliche und stete Vordringen der sozialistischen Ideen auf dem flachen Lande wird auch von unseren Gegnern, allerdings unter Aeußerungen starken Mißbehagens, zugegeben. Wie das berufendste Organ der Junker, die „Kreuz-Zeitung" vor Kurzem ausführte, bleiben nach den sozialistischen Hochfluthen, genannt Wahlagitationen, überall auf dem Lande kleine Tümpel zurück, aus denen heraus sich der sozialistische Bazillus entwickelt, um dann seine weitere Umgebung zu infiziren. Wenn die Bewegung auf dem Lande sich zunächst in diesem Rahmen vollzieht und [illegible] Landproletarier nicht in geschlossener Masse zu den Armeen der aufgeklär[illegible] Industriearbeiter stoßen, so liegt dies an der Eigenart der ländlichen Verhä[illegible] nisse, die eine Entwicklung und Ausdehnung der Bewegung in dem Temp[illegible] wie wir es bei der industriellen Arbeiterschaft gewöhnt sind, überhaupt nic[illegible] zuläßt. Andererseits aber auch an dem Umstande, daß wir uns bei der Lan[illegible] agitation auf einem Gebiete bewegen, das der Mehrzahl der Genossen me[illegible] oder weniger fremd ist. Auch in dieser Beziehung sind, wie die Debatt[illegible]

auf den Provinzial-Parteitagen bewiesen haben, die letzten Jahre nicht ungenützt vorübergegangen, indem Methoden der Landagitation, die bei allen mit den ländlichen Verhältnissen Vertrauten im vornherein schwere Bedenken erregten, als nicht zweckentsprechend aufgegeben, und bessere dafür zur Anwendung gebracht wurden. Sicher werden die Debatten über Agrarfrage und Sozialdemokratie auf dem Parteitage in Frankfurt weitere Klärung schaffen und damit auf die Landagitation befruchtend einwirken.

Von den Nachwahlen zum Reichstage, die im vergangenen Jahre stattgefunden haben, kamen für unsere Partei nur die im 23. sächsischen und im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis ernstlich in Betracht. In beiden Kreisen waren bei der vorjährigen Wahl so starke Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß der Reichstag noch kurz vor Schluß der diesjährigen Session Gelegenheit nahm, die Mandate der beiden Abgeordneten, die obige Kreise vertraten, zu kassiren. War durch diese Ungiltigkeitserklärung der beiden Wahlen auch das Urtheil über die Praktiken, die bei der vorjährigen Wahl in beiden Kreisen von den Behörden zur Anwendung gebracht wurden, gesprochen, so fanden die Neuwahlen doch insofern unter ungünstigen Bedingungen für unsere Partei statt, als seit der letzten Wahl noch kein Jahr verflossen war und daher in beiden Kreisen die alten Wählerlisten wieder zur Anwendung gelangten. Gleichwohl haben wir sowohl im 23. sächsischen, wie auch 6. schleswig-holsteinischen Kreise den Sieg an unsere Fahnen geheftet. In beiden Kreisen haben unsere Gegner die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, ihre Position zu behaupten, wodurch beide Wahlkämpfe zu ausgesprochenen Kraftproben wurden. Unsere schließlichen Erfolge sind daher auch um so bedeutungsvoller. Durch dieselben haben wir einen Wahlkreis, der uns im vorigen Jahre durch den Ansturm der gesammten koalirten Gegnerschaft verloren gegangen war, zurückerobert, einen neuen, seit Jahren heißumstrittenen Wahlkreis hinzugewonnen und damit die Zahl unserer Vertreter im Reichstage auf 46 gebracht.

An Landtagswahlen hat sich die Partei mit Erfolg betheiligt in Hessen und neuerdings in Sachsen-Weimar. In Hessen waren die in sozialdemokratischem Besitze befindlichen Mandate für Offenbach-Land und Gießen-Land für ungiltig erklärt worden. Bei der Nachwahl wurde Offenbach-Land behauptet, während Gießen-Land verloren ging. In Sachsen-Weimar wurde von unseren Genossen der Landtagswahlkreis Apolda behauptet. Ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in die Kommunalverwaltungen hat auch im verflossenen Jahre stattgefunden. Unbestrittenen Erfolg haben wir auch in zahlreichen Wahlen zu den Gewerbegerichten erzielt. Arbeiter und Sozialdemokrat sind in vielen Industriezentren bereits sich so völlig deckende Begriffe geworden, daß den von unserer Seite aufgestellten Listen anderweitige Kandidaten überhaupt nicht entgegentraten. Daß wir aber auch auf diesem Gebiete noch viele Arbeit zu leisten haben und nicht auf den errungenen Erfolgen ausruhen dürfen, hat der Ausfall der Gewerbegerichtswahlen in Dortmund bewiesen.

Als eine weitere, für das Vordringen der Sozialdemokratie in den Kreisen der Kleingewerbtreibenden und Handwerker charakteristische Erscheinung verdienen auch die verschiedenen Wahlen sozialdemokratischer Arbeitgeber als Gewerbegerichtsbeisitzer hervorgehoben zu werden.

Angesichts dieser vorstehend skizzirten Thätigkeit unserer Partei und den von ihr erzielten Erfolgen konnte die längere Zeit von unseren Gegnern beliebte Darstellung, als ob die sozialdemokratische Bewegung sich im Stadium des Rücklaufes befinde, nicht länger aufrecht erhalten werden. Bereits im November v. J. war unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, in der Lage, ein streng vertrauliches Rundschreiben des preußischen Ministeriums des Innern abzudrucken, in dem Graf zu Eulenburg sich über Gang und Stand unserer Parteibewegung folgendermaßen ausließ:

„Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie an Orten, wo sie bisher überhaupt nicht oder nur wenig aufgetreten war, insbesondere auf dem flachen Lande, Eingang gefunden oder an Umfang zugenommen hat. Für die hier und da hervortretende Stimmung, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt erreicht habe, fehlt es an thatsächlichen Anhaltspunkten. Vielmehr läßt sich mit Sicherheit voraussehen und wird durch Wahrnehmungen der jüngsten Zeit bestätigt, daß die Organisation und Agitation in verstärktem Maße fortgesetzt und bis zu den entlegensten Gegenden sowie auf immer weitere Schichten der Bevölkerung ausgedehnt wird."

In den weiteren Ausführungen des Rundschreibens macht der Minister es den Behörden zur „unabweislich ernsten Pflicht, nicht nur die sozialdemokratische Bewegung aufmerksam zu verfolgen, sondern auch unausgesetzt ihrem Umsichgreifen mit allen zulässigen Mitteln zu steuern".

Daß wir es bei diesem Vorgehen des preußischen Ministers des Innern nicht mit einer Einzelerscheinung, sondern mit einem Stück des „politischen Generalmarsches" der Behörden gegen die Sozialdemokratie zu thun haben, dafür sprechen weiter das vor Kurzem bekannt gewordene geheime Rundschreiben der württembergischen Regierung und ähnliche dieselbe Tendenz verfolgenden Erlasse der bayerischen und sächsischen Ministerien. Sachsen, von jeher das Musterland der „Ordnungsparteien", d. h. der Hatz gegen die klassenbewußten Arbeiter, organisirte neuerdings wieder ein förmliches Kesseltreiben. Hatte der preußische Minister in seinem Rundschreiben zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nur die Anwendung sogenannter „zulässiger Mittel" empfohlen, so erklärte der sächsische Minister des Innern offen, daß es nur den Intentionen der Regierung entspricht, wenn die Behörden bei ihren Maßnahmen der Sozialdemokratie gegenüber das Recht nach politischen Gesichtspunkten handhaben.

In Sachsen ist also die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, soweit es sich um die Anwendung desselben durch die Verwaltungs-Behörden handelt, aufgehoben, die Sozialdemokratie steht thatsächlich unter einem Ausnahmezustand, wie er einer Despotie, aber nicht einem Kulturstaat, der ein Rechtsstaat sein soll, entspricht.

Fast in jeder Nummer berichten unsere sächsischen Parteiorgane von neuen Maßregelungen der Behörden gegen unsere Partei. Eine Maßregelung ist schlimmer als die andere, aber eine auch ungeheuerlicher als die andere. Mit einem Scharfsinn, der einer besseren Sache würdig wäre, müssen die fadenscheinigsten und absurdesten Begründungen herhalten, um die gewagtesten Maßregeln zu rechtfertigen.

Diese kleinliche und erbärmliche Kampfweise, weit entfernt die Partei zu schädigen, führt ihr nur neue Anhänger und Kämpfer zu. Dafür spricht nicht nur die bisherige Entwicklung der Dinge in Sachsen, dafür spricht insbesondere der kalt lächelnde Muth, mit dem unsere sächsischen Parteigenossen die gegen sie geführten Schläge pariren und zu immer neuen Angriffen gegen das System, das ihre Verachtung herausfordert, ausholen.

Das Beispiel Sachsens findet auch in anderen deutschen Staaten vielfach Nachahmung.

So sind wir durch die rigorose Auslegung, welche die bayerischen Behörden dem dortigen Vereinsgesetz geben, gezwungen worden, unsern Parteitag, ni[cht] wie ursprünglich geplant war in Nürnberg, sondern in Frankfurt a. M. [ab]zuhalten.

Wenn dieses ganze Vorgehen der Behörden sich unter dem lau[ten] Beifall der deutschen Bourgeoisie vollzieht, so offenbart sie damit nur ihr[es] Wesens Wesenheit. Diese Klasse, aller Ideale und aller politischen Grundsät[ze] baar, die sie einst selbst vertheidigte, wird nur noch von der unbezähmte[n] Gier nach Profit beherrscht. Das Geld ist ihr Gott und die Ausbeutung i[hr]

Religion. Und da das klassenbewußte Proletariat diesem Treiben entgegentritt und nach der Verwirklichung menschenwürdiger Zustände strebt, so begrüßt sie jede Maßregel mit frenetischem Jubel, die ihr eine Sicherung ihrer Herrschaft und Ausbeutungfreiheit zu gewähren scheint.

Aber der Tag kommt, wo sie trotz alledem besiegt am Boden liegt.

* * *

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres, was die Zahl der erscheinenden Blätter anbelangt, eine wesentliche Aenderung nicht erfahren; dagegen ist die erfreuliche Thatsache zu konstatiren, daß die Zahl der Tagesblätter gegen das Vorjahr um 5, von 32 auf 37, gestiegen ist. Den Stand der Partei- und Gewerkschaftspresse in den letzten 4 Jahren zeigt folgende Aufstellung.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	37
„ 3 „	23	20	25	20
„ 2 „	7	6	7	9
„ 1 „	10	12	11	8
alle 14 Tage 1 „	1	—	—	—
				74

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894
wöchentlich 3 Mal	1	1	1	1
„ 2 „	—	1	—	—
„ 1 „	24	28	23	27
monatlich 3 „	3	3	2	2
alle 14 Tage	22	20	19	19
monatlich 1 Mal	4	3	5	4

Zu diesen Blättern kommt noch die in Stuttgart bei J. H. W. Dietz erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit", die beiden Witzblätter „Der wahre Jakob" (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon" (München) sowie das in einer Auflage von ca. 166,000 erscheinende und einer Reihe von Parteiblättern als Sonntagsbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt". Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender" ist in seiner neuesten Ausgabe (1895) in einer Auflage von 130000 hergestellt.

Zwei Blätter, der „Bote von der Saar" und das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen", von denen das erstere als Ableger der „Mannheimer Volksstimme", das letztere als Kopfblatt des Volksblatts für Teltow erschien, sind eingegangen. Die beiden Blätter erforderten im Vorjahre einen Zuschuß von zusammen 3144 Mk. 50 Pf., im Berichtsjahre einen solchen von 3855 Mk. 41 Pf.

Das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen" war fast nur auf den letzteren [La]ndestheil beschränkt geblieben, da die ostpreußischen Genossen sich in der [K]önigsberger Volkstribüne" ein eigenes Organ geschaffen hatten. Die Auflage [des] Blattes konnte daher naturgemäß nur eine kleine sein, und standen die auf[ge]wende[t]en Kosten in keinem Verhältniß zu dem durch das Blatt erzielten Nutzen.

Aehnlich verhielt es sich mit dem „Boten von der Saar".

Der Partei-Vorstand beschloß daher, als durch die Gründung des „So[zi]aldemokrat" ein theilweiser Ersatz geschaffen war, beide Blätter nicht weiter [ers]cheinen zu lassen.

Die auf dem Parteitage in Köln beschlossene Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorgans wurde, nachdem die nöthigen Vorarbeiten erledigt waren und Genosse Schippel die Redaktion übernommen hatte, vom Partei-Vorstand im Januar d. J. zur Ausführung gebracht. Die Probenummer der neuen Zeitung, für die der Partei-Vorstand den Titel „Der Sozialdemokrat“ wählte, erschien am 25. Januar. Abonnements wurden vom 1. Februar an entgegen genommen.

Daß der „Sozialdemokrat“ berufen war, eine empfindliche Lücke in unserer Parteipresse auszufüllen, wird jetzt, nachdem einige 80 Nummern desselben erschienen sind, wohl auch von den Genossen zugegeben werden, die sich seiner Zeit gegen die Gründung eines Partei-Wochenblattes ausgesprochen haben, zumal Klagen darüber, daß der „Sozialdemokrat“ der Parteipresse in der Provinz Abbruch gethan habe, bisher nicht laut geworden sind.

Naturgemäß erforderte die Einführung des Blattes zunächst einen bedeutenden Zuschuß in Höhe von 8429 Mk. 20 Pf., der sich im 2. Quartal auf 1501 Mk. ermäßigte. Den speziellen Nachweis über den derzeitigen geschäftlichen Stand des „Sozialdemokrat“ finden die Genossen hinter dem Bericht über den Stand des „Vorwärts“. Es ergiebt sich aus demselben, daß der „Sozialdemokrat“ bisher nicht in dem Maße Verbreitung gefunden hat, wie es sowohl im geschäftlichen Interesse, als auch in Rücksicht auf den Inhalt und die Bedeutung des Blattes selbst wünschenswerth wäre. Der Partei-Vorstand hat sich deshalb bereits mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise dem Blatte ein größerer Abonnentenkreis zugeführt werden kann, und wird der Parteitag in die Lage versetzt werden, unsere diesbezüglichen Vorschläge zu erörtern und zu entscheiden.

Ein weiterer, dem Partei-Vorstand vom Kölner Parteitag zur Berücksichtigung überwiesener Antrag betraf die Umwandlung der bis dahin dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ in eine selbständige Tageszeitung. Der Partei-Vorstand hat diesem Antrage entsprochen und erscheint daher die „Rheinische Zeitung“ seit dem April d. J. täglich. Der Zuschuß, den die Zeitung seit dieser Umwandlung erforderte, muß als ein sehr hoher bezeichnet werden (pro Quartal 5000 Mk.), und wenn auch an der vollzogenen Thatsache zunächst nichts geändert werden kann, so dürfte doch die in diesem Falle gemachte Erfahrung in Zukunft bei eventuellen Anträgen ähnlicher Art zur größten Vorsicht mahnen. Mag der Werth einer Tagespresse für einzelne Orte oder Bezirke noch so groß sein, die Inanspruchnahme der Gesammtpartei wird sich immer nur bis zu einer gewissen, im Kölner Falle wider Erwarten weit überschrittenen Grenze rechtfertigen lassen.

Gleichfalls zur Berücksichtigung war dem Partei-Vorstande von dem letzten Parteitage der Antrag überwiesen worden, die Mittel zum täglichen Erscheinen der „Elsaß-Lothringischen Volks-Zeitung“ zu gewähren. Der Partei-Vorstand lehnte die Ausführung dieses Antrages ab aus Gründen, deren Erörterung heute hinfällig geworden ist, da die „Elf.-Lothr. Volks-Zeitung“ in der Zwischenzeit dem Diktaturparagraphen zum Opfer gefallen ist.

Die Hinneigung, welche die „wiedergewonnenen Brüder“ für die Sozialdemokratie bekunden, und die es uns ermöglichte, bei den letzten Wahlen neben der Behauptung des Mülhausener Wahlkreises auch noch den Straßburger hinzuzugewinnen, mag wohl in maßgebenden Kreisen sehr unangenehm bemer[kt] worden sein, so daß es nur eines Vorwandes bedurfte, um das Organ d[er] Sozialdemokratie in den Reichslanden, die „Elf.-Lothr. V.-Z.“, zum Verstumme[n] zu bringen. Zur Begründung der Unterdrückungsmaßregel mußte dem Statt[-] halter von Elsaß-Lothringen ein Artikel über „Modernen Götzendienst“ dienen[,] der in der Osternummer der „Elf.-Lothr. V.-Z.“ (21. März 1894) enthalte[n] war und nicht einmal strafrechtlich verfolgt werden konnte. Eine neue, im April unter dem Titel „Elsaß-Lothringische Volkswacht“ angemeldete Zeitun[g]

wurde, weil angeblich nur Fortsetzung der verbotenen „Elſ.-Lothr. V.-Z.", bereits vor ihrem Erscheinen durch den Bezirkspräsidenten in Colmar verboten. Da die letztere Maßregel keinen Zweifel darüber ließ, daß es auf die grundsätzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse in den Reichslanden abgesehen war, wurden zunächst weitere Versuche mit Neugründungen sozialdemokratischer Zeitungen nicht gemacht, von den Genossen in Elsaß-Lothringen vielmehr der „Offenburger Volksfreund" als Parteiorgan eingeführt.

Die für die Presse im verflossenen Jahre im Allgemeinen bewilligten Unterstützungen müssen, wenn wir die Ausgaben für die „Rheinische Zeitung", die einmaligen Ausgaben für die Einführung des „Sozialdemokrat", sowie die durch die Unterdrückung der „Elſ.-Lothr. V.-Z." nothwendig gewordenen bedeutenden Ausgaben in Abzug bringen, als relativ niedrige bezeichnet werden.

Diese geringere Inanspruchnahme der Parteikasse ist dem Umstande zu verdanken, daß es verschiedenen unserer Preßunternehmungen in den letzten Jahren gelungen ist, sich allmählich geschäftlich zu konsolidiren. So erfreulich diese Thatsache auch ist, so wollen wir doch die oft ertheilte Mahnung, mit Preßgründungen vorsichtig zu sein, auch an dieser Stelle wiederholen.

Was den Inhalt unserer Parteipresse anbelangt, so ist ein reges Streben nach Vervollkommnung unverkennbar. Wenn hier und da noch Verschiedenes verbesserungsfähig ist, so ist schon des Oefteren dargelegt worden, unter welch prekären Umständen die Redaktion der meisten Parteiblätter geführt und wie viel agitatorische Thätigkeit von der in vielen Fällen ungenügend besetzten Redaktion geleistet werden muß. Ein weiteres Eingehen auf diese Materie erscheint überflüssig.

* * *

Ueber den Stand unseres **Zentralorgans „Vorwärts"**, geben wir für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894 nachstehend die Abrechnung. Es geht aus derselben hervor, daß der diesmalige Ueberschuß **Mark 47504,50** gegen Mark 40655,10 im Vorjahre beträgt. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September ist ein Gewinn von **Mark 13796,80** erzielt worden und kommt dieser im nächsten Geschäftsjahr in Anrechnung.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" beträgt zur Zeit 45000. Zum 1. April hat der Verlag auf Beschluß der Preßkommission ein Flugblatt herausgegeben, das von den Berliner Parteigenossen mit der unsere Partei auszeichnenden Uneigennützigkeit und Opferbereitschaft in einer Auflage von 500000 Exemplaren in der promptesten Weise unentgeltlich verbreitet wurde. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Die schlechten Erwerbsverhältnisse des Winters, die furchtbare Arbeitslosigkeit hatten natürlich auch auf den Abonnentenstand des „Vorwärts" ihre Einwirkung ausgeübt — mit dem Frühjahr wurde jetzt nicht nur der frühere Stand wieder erreicht, sondern sogar überschritten, und auch der Berliner Bierboykott, weit entfernt einen Rückgang herbeizuführen, brachte trotz der von gegnerischen Interessengruppen systematisch betriebenen Abonnenten-Abtreibung noch einen weiteren Aufschwung in der Abonnentenzahl.

Die von den Berliner Genossen gewählte Preßkommission für den lokalen Theil des „Vorwärts" hat in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstand und unter [Hin]zuziehung des Redaktions- und Expeditionspersonals am ersten Dienstag [de]s jeden Monats ihre Sitzungen abgehalten, in welchen alle eingegangenen [Be]schwerden und Wünsche nach eingehendsten Berathungen durch entsprechende [Be]schlußfassung ihre Erledigungen fanden. — Es erübrigt uns noch mitzutheilen, daß der Ausgabeposten für „Gerichtskosten und Strafen" in diesem Jahre gewaltig gestiegen ist. Während wir in den Jahren 1891/92 **Mark 2125,50**, 1892/93 **Mark 1231,15** Strafen und Kosten zu zahlen hatten, belief sich diese Aus[gab]e für das Jahr 1893/94 auf **Mark 5584,95.**

	Juli-September 1893		Oktober-Dezember 1893		Januar-März 1894		April-Juni 1894	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder durch die Expedition	90113	25	84001	70	83958	75	89565	15
Abonnementsgelder durch die Post . .	10574	60	9502	80	9101	50	7755	80
Inseraten-Einnahme	18611	85	23693	35	20491	20	24352	65
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			1271	35				
Gesammt-Einnahme Mk.	119299	70	118469	20	113551	45	121673	60
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufbursche der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher u. Formulare, Flugblätter rc.)	2768	—	*) 6347	80	*) 7763	80	3849	40
Zeitungs-Abonnement	311	05	405	35	283	75	264	—
Berichterstatter-Honorar	3878	30	5671	45	5362	05	7095	80
Feuilleton	559	30	721	40	180	—	417	80
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	9867	90	10411	15	8477	40	9540	—
Depeschen und Parlamentsberichte . .	457	50	1737	15	930	—	847	80
Neue Welt	6957	50	6103	90	6094	70	6370	10
Gehälter der Expedition	2181	50	2153	—	2300	—	2346	—
Miethe	933	10	1219	30	1012	50	1012	50
Gerichtskosten und Strafen	749	80	1910	45	1716	90	1207	80
Redaktions-Bibliothek	217	—	—	—	188	65	207	25
Druckrechnung	76840	55	73144	20	68415	80	74058	80
Gesammt-Ausgabe Mk.	105721	50	109825	15	102725	55	107217	25
Gewinn . . . . . „	13578	20	8644	05	10825	90	14456	35
wie oben unter A Mk.	119299	70	118469	20	113551	45	121673	60

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Revidirt und für richtig befunden.

H. Meister. Fritz Herbert. H. Koenen. Karl Oertel.
August Kaden. Wilhelm Klees.

Bericht über den Stand unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“:

	Febr.-März 1894		April-Juni 1894	
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder	4843	17	6831	89
Parteizuschuß	3429	40	1501	—
Gesammt-Einnahme Mk.	8272	57	8332	89
B. Ausgänge:				
Druckrechnung	3204	45	3424	50
Redaktion	1550	40	1650	40
Expedition	518	05	655	07
Mitarbeiter	364	44	1139	84
Diverse Unkosten: (Bureau-Utensilien, Miethe, Steuer, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement) . .	1449	35	373	39
Porto: (Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion und Expedition)	1185	88	1089	69
Gesammt-Ausgabe Mk.	8272	57	8332	89

*) inkl. Neueinrichtung der Redaktion.

Unter den Ausgaben befinden sich ca. 1800 Mk., welche als einmalige Ausgaben angesehen werden müssen. Dieselben betreffen Druck und Versand der Agitationsnummer, welche in einer Auflage von 50 000 Expl. erschien, sowie Einrichtung der Redaktion und Expedition u. s. w. Der Abonnentenstand ist zur Zeit **5700**, davon entfallen auf das Ausland rund 600. Der für die Monate Juli-September erforderliche Zuschuß bezifferte sich auf 3604 Mk. 71 Pf., dem Außenstände in Höhe von 3140 Mk. gegenüberstanden.

* * *

Die **Buchhandlung des „Vorwärts"** schließt ihren Jahresumsatz vom 1. Juli 1893 bis zum 30. Juni 1894 ab mit der Summe von 136 389 Mk. gegen 144 069 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Durch Neuzugänge hielt sich der Lagerbestand auf der Höhe von 30 763 Mk. gegen 30 500 Mk., und das Vermögen der Buchhandlung beziffert sich auf 48 247 Mk. gegen 45 000 Mk. im letzten Geschäftsjahre. Aus dem Reingewinn im Betrage von 9247 Mk. gegen 13 193 Mk. im Vorjahre konnten wieder 6000 Mk., wie im letzten Jahr, an die Parteikasse abgeführt werden.

Ueber die Entwicklung der Buchhandlung seit ihrer Gründung giebt folgende Gegenüberstellung aus den letzten 4 Jahren Auskunft. Es betrug:

	Umsatz	Lagerbestand	Geschäftsvermögen.	Reingewinn
1890/91 . . .	66 118 Mk.	13 231 Mk.	11 948 Mk.	9 426 Mk.
1891/92 . . .	120 175 „	30 000 „	31 067 „	19 138 „
1892/93 . . .	144 069 „	30 503 „	45 000 „	13 913 „
1893/94 . . .	136 389 „	30 763 „	48 247 „	9 274 „

Der Rückgang im Geschäftsumsatz erklärt sich einerseits aus dem Umstande, daß nach Abschluß der in Lieferungen erscheinenden Lassalle-Ausgabe nicht sofort mit einem neuen Lieferungswerke begonnen werden konnte, wodurch dieses für die nichtperiodische Broschürenliteratur nur in beschränktem Maße zugängliche Absatzgebiet zum Theil verloren ging; andererseits erklärt er sich aus der durch den allgemeinen Geschäftsrückgang und die vermehrte Arbeitslosigkeit geschwächten Kaufkraft der Massen. Daneben wirkt auch die Thatsache ein, daß in letzter Zeit der Büchermarkt durch billige Erscheinungen der verschiedensten Art überschwemmt wurde.

Auch im laufenden Jahre war die Partei-Buchhandlung bestrebt, durch Herausgabe neuer oder durch Neuauflage von im Buchhandel vergriffenen Agitationsschriften an der Verbreitung unserer Ideen in den breiten Massen und an ihrer Vertiefung in den Reihen der Genossen mitzuarbeiten. An Agitationsschriften zur Massenverbreitung wurden neu herausgegeben: „Gegen den Militarismus und die neuen Steuern" in einer Auflage von 55 000 Expl.; „Christenthum und Sklavenfrage" (30 000 Expl.); Bebel: „Antisemitismus und Sozialdemokratie" (10 000 Expl.). Auf die „Maizeitung" liefen im letzten Jahre Bestellungen in der Höhe von 340 000 Expl. ein und von der Broschüre: „Die Polizei und die Arbeitslosen" (Fall Brausewetter) wurden 14 500 Exemplare abgesetzt.

Weiter sind neu erschienen: Engels: „Internationales aus dem Volksstaat"; Effner: „Das platte Land und die Sozialdemokratie"; Lafargue: „Kommunismus und Kapitalismus"; Plechanow: „Anarchismus und Sozialismus"; das Protokoll des Kölner Parteitages (in 30 000 Expl.); der „Bericht über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Brüssel" und „Seemann's Leben und Leiden". Auch dem in weiten Kreisen empfundenen Bedürfniß nach kleinen Theaterstücken, die sich zur Aufführung bei Arbeiter-

festen 2c. eignen, entsprach der Verlag durch Ausgabe von 2 Heften: Kegel: „Tochter des Staatsanwalts“ und Krauß: „Wieder ein Kämpfer“.

Neu und zum Theil wiederholt aufgelegt wurden: Bracke; „Nieder mit den Sozialdemokraten“; Kautsky-Schoenlank: „Grundsätze und Forderungen; „Dietzgen: „Zukunft der Sozialdemokratie“; Douai: „A B C des Wissens“ und „Eine Antwort an die Bekenner des Theismus“; Engels-Marx: „Kommunistisches Manifest“; Lafargue: „Entwicklung des Eigenthums“; die „Rathschläge zur Benutzung des Vereinsrechtes“; das Protokoll des Berliner Parteitags und „Der Zeitgeist“ (konfiszirt).

Die Gesammtausgabe der Lassalle'schen Reden und Schriften wurde im Laufe des Jahres zu Ende geführt; leider konnte der bei Ankündigung des Werkes in Aussicht genommene Schlußband (Briefwechsel Lassalle-Marx) bis jetzt nicht ausgegeben werden, weil Genosse Engels wegen Fertigstellung des III. Bandes von Marx' „Kapital“ bis jetzt nicht die zur Sichtung des in seinem Besitz befindlichen Briefwechsels erforderliche Zeit fand. Inzwischen ist die Buchhandlung zur Herausgabe des Leipziger Hochverraths-Prozesses wider Bebel-Liebknecht-Hepner geschritten. So erfreulich auch die Abnehmerzahl dieses neuen Lieferungswerkes ist, im Verhältniß zur Stärke der Partei und Bedeutung dieses Quellenwerkes zur Kenntniß der Parteigeschichte sollte sie doch noch höher sein.

Von einem Weitererscheinen der in Parteiverlag übergegangenen Berliner Arbeiter-Bibliothek glaubte die Buchhandlung im Einverständniß mit dem Herausgeber absehen zu sollen; ein lokales Bedürfniß lag unter den geänderten Verhältnissen nicht mehr vor und für die allgemeinen Bedürfnisse glaubten wir der Ausgabeform in der einheitlichen Ausstattung unserer übrigen Verlagsartikel den Vorzug geben zu sollen. Eine Reihe von Heften wurde auch im laufenden Jahre neu aufgelegt: Bellamy: „Rückblick“; Fischer: „Ostende von London“; Kampffmeyer: „Soziale Frage auf dem Lande“ und „Junker und Bauer“; Lux: „Prostitution“; Schippel: „Die wirthschaftliche Umwälzung“ und „Fort mit dem Dreiklassensystem“; Zetkin: „Arbeiterinnen- und Frauenfrage“ und „Der Sozialismus in Frankreich“.

Die billige Ausgabe der für die Arbeiterkreise hauptsächlich in Betracht kommenden Reichsgesetze (mit erläuternden Anmerkungen) hat die Buchhandlung durch Neu-Ausgabe der Gewerbeordnung, die durch Aufnahme der bis in die jüngste Zeit erlassenen amtlichen Ausführungs-Bestimmungen erweitert worden ist, fortgesetzt und wird diese Sammlung auch künftig weiter geführt werden.

Wenn wir noch hinweisen auf die Herausgabe von Henckell's „Buch der Freiheit“, das trotz des durch Umfang und Ausstattung bedingten hohen Preises in der Partei die beste Aufnahme gefunden hat, so glauben wir sagen zu dürfen, daß diese Seite der Aufgabe der Partei-Buchhandlung voll erfüllt worden ist.

Eine Erweiterung des Geschäftsbetriebes hat die Buchhandlung insofern angebahnt, als sie ihr Sortiment ausdehnte auf die unsere Parteikreise besonders interessirenden Erscheinungen aus dem Gebiete der Nationalökonomie, Geschichte und Naturwissenschaften und dementsprechend auch den im Juli 1894 ausgegebenen neuen Katalog erweiterte und nach den verschiedenen Wissensgebieten spezialisirte. Durch Erwerb einer Reihe von werthvollen Werken zu herabgesetzten Preise sieht sie sich in den Stand gesetzt, den Genossen besonders aber den Verein- bibliotheken, die Anschaffung von Werken zu ermöglichen, deren Ankauf zu d[illegible] Original-Ladenpreisen bei den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln sons[illegible] kaum möglich.

Zur Unterstützung der Agitation wurden wie in früheren Jahren au[illegible] den Mitteln der Buchhandlung wie auf Anweisung des Partei-Vorstandes Zeh[illegible] tausende von Flugschriften und kleineren Agitationsbroschüren gratis zur V[illegible]

sendung gebracht, ebenso in zahlreichen Fällen die Bibliotheken kleinerer Vereine durch Ueberlassung geeigneter Schriften unterstützt.

Im Allgemeinen darf also Gang und Stand der Partei-Buchhandlung als zufriedenstellend betrachtet werden.

* * *

Das Partei-Archiv hat, nachdem geeignete Räume für dasselbe gefunden waren, nunmehr neben dem Bureau des Vorstandes Aufstellung gefunden. Da seit dem letzten Bericht, der über dasselbe an einem Parteitage erstattet wurde, ein Jahrzehnt verstrichen ist, dürften zunächst einige Worte über Entstehung und Zweck des Archivs am Platze sein. Bereits im Jahre 1878 regte Genosse Bebel im „Vorwärts“ Nr. 21 vom 20. Februar die Errichtung einer Partei-Bibliothek an. Es sollte in derselben neben den eigentlichen sozialistischen Werken, Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren und Flugschriften, auch diejenige Literatur Platz finden, die zwar nicht direkt mit der sozialen Frage sich beschäftigt, deren Studium aber doch für das volle und ganze Verständniß der Neubildung der menschlichen Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage von Wichtigkeit ist. Als dahingehend wurden Werke aus der Geschichte, der Naturwissenschaften, Statistik u. s. w. bezeichnet.

So ungetheilten Beifall der Plan auch damals fand, seine Ausführung wurde durch die Ereignisse des Jahres 1878 vereitelt. Erst einige Jahre später, als die schwersten Schläge des Sozialistengesetzes überwunden waren, wurde im „Sozialdemokrat“ vom Jahre 1882 die Frage vom Genossen Schlüter von Neuem angeregt. Seitdem ist erst in Zürich, später in London fleißig für das Archiv gesammelt worden. Bei der jetzigen Aufstellung handelte es sich nun in erster Linie darum, eine Sichtung des Vorhandenen vorzunehmen. Der Eifer und der gute Wille der Parteigenossen hatte dem Archiv neben vielen außerordentlich Werthvollem auch mancherlei Spreu zugeführt. Hier ist mit schonender Hand Auslese gehalten worden.

Wenn es auch kaum ein Gebiet des menschlichen Wissens giebt, das nicht direkt oder indirekt mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht werden kann, so ist doch, wenn auch die Grenzlinie sich nicht immer scharf einhalten läßt, eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des dem Archiv Einzuverleibenden dringend geboten. Nach diesem Grundsatz ist bei der Aufstellung und Katalogisirung des Archivs verfahren worden und wird dasselbe in kurzer Zeit den Interessenten zugängig gemacht werden. Der Katalog weist zur Zeit gegen 4000 Nummern auf, eingetheilt nach den verschiedenen Materien.

An den Genossen allerorts ist es nun, nach Kräften dafür zu sorgen, daß dem Archiv möglichst viele Zuwendungen gemacht werden, damit es mehr und mehr wird, was es eigentlich sein soll, das geistige Arsenal der Partei.

* * *

Kassenbericht. Die seit Jahren herrschende wirthschaftliche Depression mit ihrem Gefolge von Noth und Arbeitslosigkeit für tausende und abertausende von Proletariern hat auch auf den Eingang der von unseren Genossen geleisteten freiwilligen Beiträge ihren Einfluß geltend gemacht. Die Allgemeinen Einnahmen sind gegen das Vorjahr, in dem der Reichstagswahlen halber die Gelder allerdings reichlicher flossen, um 37 659,32 Mk. zurückgegangen. Wenn trotzdem der Kassenabschluß als ein sehr günstiger erscheint, so ist dies nur den starken Darlehns-Rückzahlungen, die im verflossenen Jahre stattgefunden haben, sowie den Ueberschüssen des „Vorwärts“ zu danken.

Von den Millionen, die uns unsere Gegner beständig andichten, enthält der Kassenbericht freilich nichts, wohl aber erzählt er von der Opferfreudigkeit, die unsere Genossen auch im verflossenen Jahre wieder bethätigt haben.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Ueberschuß der Buchhandlung		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1893														
Oktober	33069	82	4024	84	8962	—	504	78	13578	20	6000	—	—	—
November	16710	26	15710	26	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	12259	39	7107	59	5050	—	—	—	—	—	—	—	11	80
1894														
Januar	47238	50	29509	62	8600	—	460	—	8644	05	—	—	24	83
Februar	9277	14	4834	14	3550	—	815	30	—	—	—	—	77	70
März	19295	60	15615	60	750	—	2930	—	—	—	—	—	—	—
April	38568	97	25461	35	2244	37	—	—	10825	90	—	—	37	35
Mai	23260	94	9870	94	13150	—	240	—	—	—	—	—	—	—
Juni	16825	21	5805	21	10500	—	20	—	—	—	—	—	—	—
Juli	53263	39	6897	04	26000	—	410	—	14456	35	6000	—	—	—
August	10643	06	9143	06	1500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
September	50964	90	27146	60	23425	39	392	91	—	—	—	—	—	—
	330877	18	160716	25	104781	76	5772	99	47504	50	12000	—	151	68

	330 877,18 Mk.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1893	3 964,15 Mk.
	334 841,33 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt Mk.	Pf.	Unterstützungen Mk.	Pf.	Prozeß- und Gefängnißkosten Mk.	Pf.	Allgemeine Agitation Mk.	Pf.	Wahlagitation Mk.	Pf.	Reichstagskosten Mk.	Pf.	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben Mk.	Pf.	Darlehns-Konto Mk.	Pf.	Preß-Unterstützungen Mk.	Pf.	Archiv Mk.	Pf.
			Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																	
1893																				
Oktober	17994	45	1450	—	585	40	3638	10	1692	50	—	—	1836	05	5400[4])	—	3892	40	—	—
November	21680	67	2122	—	656	17	3186	80	935	—	3000	—	1120	30	5200[5])	—	5395	40	45	—
Dezember	27111	86	1478	—	1754	86	2424	30	1887	—	1700	—	1740	70	10000[6])	—	6127	—	—	—
1894																				
Januar	14339	90	1905	—	331	65	2932	05	167	30	4500	—	2881	45	—	—	1733	45	188	80
Februar	10307	79	922	—	1283	87	1838	—	1200	—	2500	—	1214	72	—	—	1219	20	130	—
März	12726	08	1416	—	568	83	649	50	2660	—	5000	—	1233	25	—	—	1000	—	198	45
April	29955	64	1585	50	1487	54	2818	15	635	—	2000	—	1192	25	11000[7])	—	8929	50	307	70
Mai	8233	02	1666	50	1025	30	2671	10	1806	85	—	—	931	27	—	—	—	—	132	—
Juni	9755	88	2328	—	1705	68	1740	—	2471	50	—	—	1228	85	—	—	—	—	286	85
Juli	12501	05	520	50	63	55	3578	40	212	50	42	50	2844	60	2500	—	2801	—	136	—
August	13723	46	575	25	1023	70	4299	17	200	—	—	—	1181	34	8000[8])	—	3300	—	144	—
September	20274	35	726	40	289	68	4540	40	457	40	—	—	1203	05	2000[9])	—	10877	22	180	—
	198604	10	16690	15[1])	10976	43	34315	97[2])	14845	25	18742	50	17407	83[3])	39100	—	45275	17[10])	1750	80

	198 604,10 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	133 774,20 Mk.
Kassenbestand am 30. September 1894	2 463,03 Mk.
	334 841,33 Mk.

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Revidirt und für richtig befunden.

Die Kontroleure: H. Meister. H. Koenen. Fritz Herbert. Carl Oertel. August Haden. Wilhelm Klees.*)

*) Der Kontrolleur Genosse Meist war durch einen schweren Erkrankungsfall in seiner Familie verhindert, an den Schlußrevisionen theil zu nehmen.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

Inwieweit die Parteigenossen der einzelnen Orte, bezw. Wahlkreise zu dem vorliegenden Ergebniß beigetragen, oder auch nicht beigetragen haben, siehe die diesem Bericht folgende Tabelle Seite 40—45.

Erläuterungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen werden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden. Wenn die in diesem Jahre gezahlten Unterstützungen gegen das Vorjahr ein Mehr von 1494,20 Mk. aufweisen, so ist durch diese Steigerung von Neuem bewiesen, welch schwere Verfolgungen unsere in vorderster Reihe kämpfenden Parteigenossen von dem Unternehmerthum, das sich vielfach zu diesem Zwecke unter sich und mit den Behörden verbunden hat, zu erdulden haben.

[2]) Unter diesen Ausgaben befinden sich 2050 Mk., welche den holländischen Genossen als Preß-Unterstützung, und 1000 Mk., welche den norwegischen Genossen zur Betreibung der Wahlagitation bewilligt wurden.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich neben den gewöhnlichen Ausgaben, wie Gehälter, Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, dem Telephon, Telegramm- und Portogebühren, den Druckkosten, den Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revisionen der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung u. s. w. folgende besondere Posten: Im Dezember für Umzugskosten des neugewählten Schriftführers 500 Mk. Im Januar diverse Ausgaben für den Parteitag in Köln 214,25 Mk.

[4]) Von diesem Betrage sind 5000 Mk. als Kaution gegeben worden für den Genossen Block in Dortmund, die nach kurzer Zeit zurückgezahlt wurden.

[5]) Von dieser Summe wurden 5000 Mk. als Kaution für den Genossen Thiele in Breslau gestellt, die ebenfalls nach kurzer Zeit in die Kasse zurückgeflossen sind.

[6]) Diese Summe wurde gezahlt als Kaution für die „Elf.-Lothr. Volks-Ztg." Nach Unterdrückung des Blattes wurde die Summe zurückgezahlt.

[7]) Von diesem Betrage sind ebenfalls 10 000 Mk. nach Mülhausen i. E. als Kaution für die „Elf.-Lothr.-Volkswacht" gegeben worden. Da diese Zeitung bereits vor ihrem Erscheinen verboten wurde, flossen die 10000 Mk. in die Kasse zurück. Den weiteren Betrag von 1000 Mk. erhielt als Darlehen die „Rheinisch.-Westf.-Arb.-Ztg." in Dortmund. Auch diese Summe wurde nach kurzer Zeit zurückgezahlt.

[8] und [9]) Diese Beträge entnahmen die Berliner Genossen leihweise, zur Unterstützung der durch den Boykott gemaßregelten Arbeiter.

[10]) Den Nachweis über die den einzelnen Parteiorganen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Bergische Arbeiterstimme"	Mk.	450,—
„Bote von der Saar"	„	2255,56
„Elsaß-Lothring.-Volkszeitung" und „Volksfreund"	„	10091,66[1])
„Hofer Volksblatt"	„	300,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	500,—
„Märkische Volksstimme"	„	2728,—[2])
„Neue Wurzener Zeitung"	„	2719,80[3])
„Rheinisch-Westfälische-Arbeiter-Zeitung"	„	8975,40[4])
„Rheinische Zeitung"	„	10000,—[5])
„Der Sozialdemokrat"	„	4930,40
„Unterfränk. Volkstribüne" u. „Bamberg. Volks-Ztg."	„	500,—
„Volksblatt für Ost- und Westpreußen"	„	1599,85
„Volksblatt für Teltow"	„	1200,—
„Volksblatt für Hessen"	„	1000,—
„Vorwärts" (Basel)	„	1000,—[6])
„Wurzener Zeitung"	„	427,—
„Zeitzer Volksbote"	„	1600,—
	Mk.	45275,17

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Die Zuschüsse, welche die für Elsaß-Lothringen bestimmte sozialdemokratische Presse in diesem Jahre erforderte, sind, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde, wegen Unterdrückung der „Els.-Lothr.-Volks-Ztg." besonders hohe. Der Partei-Vorstand glaubte jedoch bei der großen Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung in den Reichslanden dieses Opfer bringen zu müssen.

[2]) Den Genossen in Frankfurt a. O. wurden, als sie mit der bis dahin in ihrem Besitz befindlichen Druckpresse nicht mehr imstande waren, die „Märkische Volksstimme" herstellen zu können, die Mittel zur Anschaffung einer neuen Maschine bewilligt. Außerdem wurde ihnen ein Motor im Werthe von ca. 500 Mk. aus der Dortmunder Druckerei zur Verfügung gestellt.

[3]) Nachdem der Verleger der „Wurzener Ztg.", Thiele, in Konkurs gerathen war, gaben die Wurzener Parteigenossen die „Neue Wurzener Ztg." heraus. Da die Herstellung derselben während mehrerer Monate in Leipzig erfolgen mußte, waren die Kosten ziemlich bedeutende, so daß sich der Partei-Vorstand genöthigt sah, helfend einzugreifen.

[4]) Das Blatt ist durch diese Aufwendung auf eine gesunde geschäftliche Basis gestellt worden, so daß es bereits in der Lage war, 875,40 Mk. zurückzuerstatten. Für den inhaftirten Redakteur des Blattes wurde, wie im Vorjahr so auch in diesem Jahre, das Gehalt mit 150 Mk. per Monat bezahlt.

[5]) Ueber diese Zeitung siehe die unter der Rubrik „Parteipresse" gemachten Ausführungen.

[6]) Wie im Vorjahre gegen die österreichischen, so hatte die deutsche Partei in diesem Jahre gegen die schweizer Genossen die Pflichten internationaler Solidarität zu bethätigen, indem sie den Basler Genossen zur Umwandlung des „Vorwärts" in ein Tageblatt obigen Betrag bewilligte.

Tabellarische Uebersicht
der
seit dem Kölner Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge
1. Oktober 1893 bis 30. September 1894.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.
Aachen	—	—	178,60	—	—	—	—	10,00	—	—	25,00	—
Adlershof-Köpenick	—	—	—	14,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Aken	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Altenburg	150,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Altenwerder u. Umgegend	—	—	—	—	—	—	—	—	11,25	—	—	—
Altona	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Apolda	—	—	—	21,32	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Aschaffenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,25	—
Aschersleben	44,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Aue	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,95
Auerbach i. V.	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—	—	1,90	—
Augsburg	—	10,00	—	—	12,00	20,00	13,06	—	—	—	—	—
Bamberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Bant	3,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bant, 2. Oldenburg. Wahlkr.	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Barmbeck	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen	—	—	—	—	—	4,70	—	—	—	100,00	100,00	100,00
Bautzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—
Beckum i. W.	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergedorf	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I.	—	—	—	260,00	—	—	—	—	—	—	—	—
" II.	—	617,19	—	—	600,00	—	600,00	—	300,00	—	600,00	—
" III.	300,00	600,00	250,00	200,00	—	—	—	—	1000,00	—	300,00	—
" IV.	—	729,72	1400,00	1200,00	700,00	1100,00	500,00	1500,00	500,00	1855,45	500,00	500,00
" V.	—	—	—	—	—	—	150,00	—	—	176,00	—	—
" VI.	101,65	1650,00	553,00	511,80	550,00	500,00	1313,00	1100,00	800,00	200,00	450,00	652,00
Berlin, div.	693,36	501,96	606,76	703,65	290,85	766,22	822,25	441,18	175,65	454,04	375,35	186,05
Beuthen	—	—	—	3,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Bielefeld	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Bischofswerda	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—
Blumenau in Schlesien	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Bochumer Bez.	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Bonn a. Rh.	5,15	—	30,00	—	—	—	21,43	—	—	—	—	—
Boppard	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
Borne	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Brambach i. V.	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bramsche	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—
Bredow	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	3,20	—	—
Bremen	—	—	—	9,50	—	4,17	—	—	—	—	—	—
Bremerhaven	—	3,82	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Breslau, Ost	—	—	—	—	100,00	—	—	300,00	100,00	—	—	—
Breslau	—	—	—	1,50	100,00	—	—	—	—	35,90	1,00	10,[illegible]
Breslau, West	—	—	—	—	—	—	—	300,00	200,00	—	—	—
Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,[illegible]

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Bruch i. W.	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buckau	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buckow	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Bühlau bei Weißer Hirsch	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—
Bulach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Bunzlau	—	20,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Cassel	8,07	5,38	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Charlottenburg	—	—	—	2,60	—	2,40	—	—	12,80	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	200,00	4,00	35,00	—	—	7,05	—
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkreis	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coburg	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Conradsthal	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	5,00	2,00	—
Cottbus	—	100,00	—	10,00	10,00	100,00	—	121,31	—	15,95	—	25,00
Crimmitschau	—	—	—	10,00	—	200,00	—	12,35	—	—	200,00	—
Cronberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—
Culm a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,10	—	—
Cummersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,75
Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Deetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Delmenhorst	—	—	—	—	56,70	—	—	—	—	—	—	—
Deutschendorf i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—
Döbeln	—	19,00	—	—	—	9,30	—	—	—	—	20,00	—
Dornbusch	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—	—	—	—
Dresden-Altstadt	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	10,00	—	13,00	6,70	—	1,20	325,00	—	22,00	—	—	—
Dresden, 4. sächsischer Wahlkreis	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Durlach	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eberswalde	—	—	—	—	—	2,80	—	—	—	—	—	—
Eimsbüttel-Hambrg.	—	25,00	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisdorf	—	—	—	—	—	—	—	14,22	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	300,00	—	—	—	—	—	300,00	—	23,05	400,00
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	50,40	—	—	—	—
Ellerbeck-Wellingdrf.	—	117,78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Endingen	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—	—
Ernstthal	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—
Eutingen	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	—
Eving	—	—	—	5,30	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Falkenberg/Oberschl.	—	—	—	2,00	—	1,00	—	—	2,00	—	—	3,00
Falkenstein i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	54,60	—	—	—
Finsterwalde	15,00	—	—	10,00	—	—	—	51,48	—	—	20,00	—
Flensburg	—	—	—	—	5,70	—	—	—	50,00	—	50,00	—
Forchheim	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst in der Lausitz	—	150,00	—	202,50	—	—	—	200,00	—	—	220,00	—
Frankfurt a. M.	—	30,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	1,50	—
Frankfurt a. O.	—	—	—	—	—	—	1,00	1,00	—	10,00	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Friedrichsfelde	—	3,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frohburg i. S.	—	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Fürstenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	23,00	—	—	—
Fürtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.
Geestemünde .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gelenau. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gera (Reuß) .	100,00	50,00	50,00	50,00	100,00	—	—	182,00	50,00	50,00	50,00	—
Gernsheim . .	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Gersdorf . . .	—	—	—	15,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Glauchau . . .	—	—	22,65	1,50	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Göppingen . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Görlitz	—	—	—	—	50,00	—	1,10	—	—	—	3,80	—
Gotha.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabow i. M.	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Grafenstaden .	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz	1,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Grimma . . .	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—
Großenhain .	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Groß-Lichterf.	4,00	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—
Guben.	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Güstrow . . .	—	—	—	—	—	—	—	3,25	—	—	—	—
Hagen.	—	100,00	—	100,00	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Hainichen. . .	—	—	—	—	—	—	—	10,00	200,00	—	—	—
Halbe	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halberstadt . .	—	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Hamburg I. .	1000,00	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—
" II. .	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	1500,00	—	—
" III. .	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg div.	168,00	174,55	477,46	21,60	65,79	11180,00	160,00	126,09	67,45	113,30	1150,40	223,00
Hanau Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00	—	—	—
Hannover. . .	—	500,00	—	504,80	500,00	—	500,00	500,00	—	500,00	500,00	1000,00
Harburg . . .	—	—	—	—	5,70	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg, 17. hannov. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Hartha	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Haspe i. W. .	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidelberg . .	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidingsfeld .	11,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heiligenstadt .	—	—	—	—	—	—	—	5,60	—	—	—	—
Hildesheim, 10. hannov. W. .	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst a. M. .	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Höchst-Using.-Homburg . .	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Hohenstein-E.	—	—	16,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Ilmenau . . .	—	10,00	—	10,30	7,60	5,00	—	—	—	—	15,00	10,00
Kappel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,11
Karlsruhe. . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	15,00
Kellinghusen .	—	—	—	31,29	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	—	—	3,11	10,00	—	—	3,00	—	—	4,30	—	—
Kirchberg i. S.	—	—	10,43	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchheimbol. .	—	—	—	—	—	—	—	4,30	—	—	—	—
Königsberg . .	—	—	—	—	—	—	—	20,00	10,00	10,00	10,00	—
Köpenick . . .	—	—	—	70,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz . . .	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Kupferdreh . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—
Lägerdorf . . .	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lamprecht . .	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landau	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	9,50	—	10,00	—	—
Langenbielau	—	—	—	3,25	—	—	—	2,50	—	—	—	—
Lauenburg a. d. Elbe	—	—	3,00	—	—	—	—	—	3,60	—	—	—
Lausigk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Leer (Ostfriesland)	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	5,00	—	—
Legan	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lehe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	7,00	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Lichterfelde	—	—	—	—	—	—	—	—	2,66	—	—	—
Liegnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,75	—	—
Limmer b. Hannover	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lohmen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—
London	41,31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Loschwitz	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde (Wahlkr.)	—	—	—	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	6,30	40,00	6,20	13,41	—	—	1,50	—
Lübeck (Wahlkreis)	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	200,00	2,75	—
Lüneburg	—	—	—	—	0,80	—	—	—	—	—	—	—
Lünen an der Lippe, Westfalen	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lütjendortmund	—	2,00	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Lugau	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Malchin	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malchow i. M.	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Marburg i. H.	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	6,95	—	—
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—
Merscheid	—	—	—	—	—	—	—	2,40	—	—	—	—
Metz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,65	—
Minden-Lübbecke	—	20,00	20,00	20,00	20,00	—	—	20,00	—	—	—	—
Moritzdorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—	—	—	—
Mühlhausen i. Th.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	—	—	—	3,00	—	20,40	—	309,00	—
München	—	—	—	8,81	—	—	—	—	500,00	—	100,00	—
Münden (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—	—	3,30	—
Münster i. W.	—	—	—	—	—	—	7,25	—	—	—	—	—
Mündenheim bei Ludwigshafen	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	3,50	10,00	6,20	6,60	—	10,60	1,71	2,00	2,00	—	—	—
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,90	—
Neubrandenburg	35,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neudamm	6,00	6,00	4,00	6,00	6,00	—	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00	—
Neuendorf b. Nowawes	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	1,00
Neuhaldensleben	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	—	2,65	—	—	—	400,00	—
Neu-Rochwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—
Neustadt (Coburg)	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt O.-Schl.	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—
Neu-Trebbin	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuwied	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	12,60	—

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Nieder-Schönweide	—	—	—	—	—	—	—	7,40	—	—	—	—
Nienburg a. W	—	17,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Norden	—	—	—	—	—	—	—	11,65	—	—	—	—
Norderney	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	—	300,00	—	—	—	200,00	—	300,00	—	—	—
Ober-Langenbielau	—	—	3,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Oberstein	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—
Oerlinghausen	—	35,00	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach-Dieburg, Wahlkreis	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00	50,00	50,00	—
Offenburg i. B.	—	—	—	—	—	—	30,00	7,00	33,00	8,50	10,50	—
Ohlau	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Ostrowo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Paris	—	—	—	—	—	—	—	16,00	—	—	—	—
Pforzheim	—	10,00	—	6,00	—	—	1,80	—	—	—	—	—
Pilzen bei Schweidnitz	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Pirna a. d. Elbe	—	—	—	—	14,50	—	—	—	—	—	—	—
Plauen i. V.	2,00	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	3,00	—
Pohlitz	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Posen	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Prenzlau	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Quaritz	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	—	—	2,00	—	51,10	—	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—	—	—	—	17,50	—	—	—
Ratibor	—	—	—	—	—	—	21,20	—	—	—	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Reichenau i. S.	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Reichenbach i. V.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Remscheid-Hasten	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—	—	—
Richrath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Rixdorf	—	8,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixheim bei Mülhausen i. Elsaß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Rostock	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ruhla	—	—	—	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—
Saarburg b. Trier	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Sagan	—	—	—	—	—	—	—	—	2,80	—	—	—
Schönberg i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Schönebeck a. E.	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöneberg	3,00	6,00	—	—	2,20	—	—	—	2,00	—	—	3,00
Schönheide i. E.	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Schönlanke	—	—	—	—	—	—	31,50	—	—	—	—	—
Schwabach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—
Schwedt a. O.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin i. M.	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwiebus	—	9,00	10,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sebnitz i. S.	—	—	2,47	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Seehausen	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Solingen . . .	—	—	—	—	—	—	—	302,00	—	100,00	—	—
Sonnenburg . .	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Sorau N.-L. . .	—	—	—	—	25,—	—	27,15	—	—	—	—	—
Spandau . . .	—	—	2,20	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Spremberg . .	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Staßfurt . . .	—	—	—	—	50,—	50,00	—	—	—	—	—	—
Steglitz	60,00	—	—	30,00	—	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Stettin	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	150,00	—	—
Steundorf . . .	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Johann . .	—	—	—	—	—	—	—	4,80	—	—	—	—
St. Ludwig . .	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	4,41	—
Straßburg i. E. .	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	10,00	—	50,00
Striegau . . .	—	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart, aus Sch.	—	—	—	300,00	—	—	—	—	100,00	100,00	100,00	—
Tambach (G.) .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Teltower Kreis .	—	—	400,00	—	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—
Tempelhof . . .	12,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Thorn	—	4,58	5,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tiefenfurth . .	—	8,00	—	—	—	—	1,80	8,35	—	—	—	—
Travemünde . .	—	—	—	—	—	—	—	1,10	—	—	—	—
Treuen	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Tübingen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—
Uebigau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—
Unna	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vegesack . . .	—	—	2,35	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—
Velten i. M. . .	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,85	—
Waldheim . . .	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck . .	—	—	—	503,50	—	—	94,85	—	—	—	300,00	—
Waren	—	—	4,26	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wattenscheid . .	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Weißenfels . .	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Werdau . . .	1,05	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	3,00
Wilhelmsburg 17. hann. Kreis	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilkau i. S. . .	—	—	1,55	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—
Wilmersdorf . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Winsen	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	2,20	—	—
Witten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,50
Wittenberge . .	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	14,80	—	—
Wolfenbüttel . .	—	—	—	—	—	4,11	7,80	—	—	—	7,80	—
Woltersdorf . .	—	—	—	—	—	—	—	7,70	—	—	—	—
Zehdenick . . .	—	—	—	—	—	—	—	55,00	—	—	—	—
Zielenzig . . .	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Mann im Mond	—	1000,00	—	—	—	750,00	—	—	500,00	—	500,00	250,00

Außerdem gingen ein: Nordische Wasserkante im Januar: 20000,— Mk., im April: 20000,— Mk., im September: 20000,— Mk. — Vorwärts-Ueberschuß Juli/September 1893: 13578,20 Mk., Oktober/Dezember 1893: 8644,05 Mk., Januar/März 1894: 10825,90 Mk., April-Juni 14456,35 Mk. — Vorwärts-Buchhandlung im Januar 1894: 6000 Mk., im Juli: 6000 Mk. — Werther: November 1893: 3000,— Mk., Januar 1894: 3000,— Mk., Mai: 3000,— Mk., September: 3000,— Mk. — Diverse Beiträge 1893: November: 10,— Mk., Dezember: 200,— Mk., 1894: Januar: 525,— Mk., Mai: 0,70 Mk., Juni: 200,— Mk., Juli: 50,10 Mk., August: 1400,— Mk., September: 300,— Mk.; zusammen 134190,30 Mk.

Waren die vorstehenden Ausführungen der Thätigkeit und den Erfolgen der Partei gewidmet, so wollen wir zum Schluß noch die Opfer aufführen, die der Partei im verflossenen Jahre „Von Rechts wegen" auferlegt wurden.

Nach Monaten geordnet ergiebt die Straftabelle folgendes Bild:

Monat	Strafen in				
	Gefängniß			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Mark	Pf.
Oktober	4	3	27	3 536	—
November	4	4	22	3 388	—
Dezember	2	—	21	1 273	—
Januar	4	10	10	1 179	—
Februar	5	8	9	3 202	—
März	3	5	24	1 421	—
April	5	3	7	2 907	—
Mai	4	9	15	1 887	—
Juni	6	3	7	12 660	—
Juli	6	2	23	6 951	—
August	6	11	8	2 849	—
September	4	4	13	2 394	—
Zusammen	58	8	6	43 747	—

Die besonders auffällige Höhe der Geldstrafen erklärt sich durch die Massenverurtheilungen unserer sächsischen Genossen wegen der bekannten „Mai-Spaziergänge".

Insgesammt sind seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes nach den von uns „Unter dem neuen Kurs" veröffentlichten Straflisten für „Vergehen und Verbrechen", die im engsten Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung stehen, von deutschen Gerichten 351 Jahre 8 Monate 11 Tage Freiheitsstrafen und 114519 Mk. 20 Pf. Geldstrafen ausgesprochen worden.

Alle diese auf Grund des „gemeinen Rechtes" ergangenen Verurtheilungen haben zwar den einzelnen Genossen schwere Opfer auferlegt und manche Existenz vernichtet, den Vormarsch der Gesammtpartei aber nicht im mindesten zu hemmen vermocht. Im Gegentheil! Die Art und Weise, wie in einzelnen besonders krassen Fällen das Gesetz angewendet und „Recht" gesprochen wurde, stand in so schroffem Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, daß der moralische Gewinn auf unserer Seite war. Wenn man, wie im Falle Eichhorn-Dresden, einen schwerkranken Proletarier, dessen ganzes Verbrechen darin bestand, die Interessen ausgesperrter Arbeiter vertreten zu haben, wegen „Erpressung" in Untersuchungshaft nimmt und die Qual dieser Haft noch um Wochen verlängert, weil einer der intellektuellen Urheber des Prozesses sich zur Erholung in den Tiroler Bergen befindet, so ist dies eine Drachensaat, welche unseren Gegnern sehr unerwünschte Früchte tragen wird. Und wenn, wie es gleichfalls in Dresden geschah, Hunderte angeklagt und verurtheilt werden, weil sie sich an einem harmlosen Spaziergang am 1. Mai betheiligt haben, während Kegelklubs, Skatspielervereine und andere ähnlichen edlen Zwecken dienenden Verbindungen des Spieß- und Mastbürgerthums in geschlossenen Zügen und behütet und beschirmt von den Behörden aufmarschiren, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Masse des Volkes das Gerede vom „Rechtsstaat" nur noch als hohle Phrase betrachtet.

So besorgen die berufensten Vertreter des heutigen Staates, während sie sich abmühen, die Sozialdemokratie zu vernichten, wider Willen deren Geschäfte. Ob dieser Kleinkrieg gegen die Sozialdemokratie noch länger geführt, oder ob zur Abwechslung wieder einmal größere Aktionen geplant sind, darüber wird die nächste Zeit Aufklärung bringen.

Was man aber auch immer, jetzt oder künftig gegen uns zusammenbrauen möge, die Sozialdemokratie sieht den kommenden Dingen mit stolzer Ruhe entgegen. Wir sind bisher mit unseren Gegnern fertig geworden, und wir werden auch jeden neuen Angriff zu begegnen wissen. Mit uns die Entwicklung, mit uns das Recht und mit uns auch der endliche Sieg.

Berlin, im Oktober 1894. **Der Partei-Vorstand.**

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
der Reichstags-Fraktion.

Die Hauptaufgabe des am 16. November 1893 zu seiner II. Session zusammengetretenen Reichstages war die Beschaffung der für die neue Heeresvorlage nothwendigen Mittel. Nach einem reiflich und allseits wohl überlegtem Plane hatten die Majoritätsparteien im vorigen Sommer die Militärvorlage der Regierung angenommen, ohne sich vorher darüber verständigt zu haben, durch welche neuen Steuern das hierzu nöthige Geld aufgebracht werden solle. Sie wußten, daß diese Verständigung nicht möglich war, sie wußten, daß an dieser Frage die Militärvorlage scheitern müsse; daher begnügten sie sich, die Militärvorlage kurzweg zu bewilligen, denn nachher mußten ja die Mittel beschafft werden. Aber auch so hatte die Entscheidung bekanntlich an einem Fädchen gehangen; schließlich gaben die Antisemiten, im Treubruch gegen das ihren Wählern gegebene Versprechen, den Ausschlag für die Annahme der Militärvorlage, nachdem sie vom Reichskanzler die schönklingenden Worte zu hören bekommen hatten:

> „Wir wollen versuchen (!), die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. Und endlich wollen wir angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirthschaft sich befindet, danach trachten, das landwirthschaftliche Gewerbe von neuen Steuern frei zu lassen."

Natürlich wurden diese Worte von der Rechten mit lebhaftem Bravo, von der Linken mit ebenso lebhaftem Lachen aufgenommen. Und der zweite Theil der Kanzlerworte ist auch hübsch in Erfüllung gegangen. Die Großgrundbesitzer, die „Edelsten und Besten der Nation", die seit Jahrhunderten von der preußischen Regierung sorgsam gehegten und gepflegten, am Staatskörper schmarotzenden preußischen Junker wurden nicht blos von Steuern verschont, auch ihre „Liebesgaben" werden behutsam weiter geschirmt und weiter behütet. Der erste Theil des Kanzlerversprechens aber, die Schonung der schwächeren Kräfte, die Vertheilung der Steuerlasten auf die leistungsfähigen Schultern, verflüchtigte sich in die Vorlagen der Stempel-, Quittungs- und Frachtsteuer, der Tabaksteuer, der Weinsteuer — lauter Vorlagen, gegen die sich der allgemeine Volkswillen mit solch elementarer Gewalt erhob, daß sogar die Nationalliberalen vorerst noch nicht den Muth des bedingungslosen Jasagens fanden.

* * *

Begreiflicherweise warfen diese neuen Steuervorlagen ihre Wellen sofort in die Etatsberathungen hinein. Von Jahr zu Jahr steigern sich die Ausgaben des Reiches, bedingt durch die von Jahr zu Jahr erhöhten Ausgaben für die kulturfeindlichen Zwecke des Militarismus. Während im Vorjahre der Gesammtetat sich belief auf 1 257 600 611 Mk., beträgt er für das Jahr 1894/95

1 286 536 060 Mk.

Und zwar betragen im ordentlichen Etat die Ausgaben:

fortdauernde	1 079 937 442	Mk.
einmalige	76 323 243	„
im außerordentichen Etat die einmaligen Ausgaben	130 275 375	„
Insgesammt also	1 286 536 060	Mk.
Dazu für das Patentamt ein Nachtragsetat von . .	10 400	Mk.
und f. d. deutschen Schutzgebiete ein (Kolonial-)Etat von	7 343 000	Mk.

Sieht man bei diesem Milliardenbudget näher nach, für welche Zwecke denn eigentlich diese Hunderte und Aberhunderte von Millionen verwendet werden, so zeigt sich Jahr für Jahr, seit Gründung des Reiches, daß das „herrliche Kriegsheer" und die neuerdings von gewisser Seite so aufdringlich in den Vordergrund gestellte Marineschwärmerei den Löwenantheil verschlingen.

Die Reichsausgaben von mehr als einer Milliarde zweihundertsechsundachtzig Millionen Mark vertheilen sich im Einzelnen wie folgt:

		Ordentlicher Etat. Ausgaben. Fortlaufende Mk.	Ordentlicher Etat. Ausgaben. Einmalige Mk.	Außerordentl. Etat. Ausgaben. Einmalige Mk.
I	Bundesrath	—	—	—
II	Reichstag	422 953	—	—
III	Reichskanzler und Reichskanzlei	153 460	60 000	—
IV	Auswärtiges Amt	10 303 840	4 697 000	—
V	Reichsamt des Innern . . .	27 213 055	4 305 270	20 710 000
VI	Verwaltung des **Reichsheeres**	**480 021 905**	**38 332 940**	**92 728 425**
VII	Verwaltung der **Marine** . . .	**50 696 124**	**18 995 650**	**4 231 200**
VIII	Reichsjustizverwaltung	2 065 752	1 000 000	—
IX	Reichsschatzamt	360 528 435	161 400	—
X	Reichseisenbahn-Amt	334 840	—	12 605 750
XI	Reichsschuld	**71 739 800**	—	—
XII	Rechnungshof	631 583	—	—
XIII	Allgemeiner Pensionsfonds . .	**48 245 438**	—	—
XIV	Reichs-Invalidenfonds . . .	**27 258 492**	—	—
XV	Durchführung d. Altersstufensyst.	321 765	—	—
XVI	Post- u. Telegraphen-Verwaltung	—	8 699 983	—
	a) Reichsdruckerei	—	71 000	—

Es wurden demnach ausgegeben für das **Reichsheer** 616 083 270 Mk., für die **Marine** 73 922 974 Mk., rechnet man noch den Pensions- und Invalidenfonds mit 48 245 438 Mk. bez. 27 258 492 Mk. und die zur **Verzinsung der Reichsschulden** nöthigen 71 739 800 Mk. hinzu — da ja die Anleihen größtentheils zur Deckung der Militärausgaben nothwendig wurden — so ergiebt sich, daß **mehr als vier Fünftel** der jährlichen Ausgaben des Reiches (da das Reichsschatzamt über 230 Millionen bloßer Durchgangsposten aufführt), also: im laufenden Jahre von 1 055 703 060 Mk.

832 249 964 Mk. für Militärzwecke

verwendet werden. Daß die Ablehnung des Gesammtetats für unsere Fraktion eine Pflicht war, bedarf keiner näheren Erörterung, dazu zwangen allein schon die Einnahmequellen, aus welchen das Reich diese Riesensummen für Militärzwecke aufbringt.

Der Etat veranschlagt die **Einnahme** des Reichs für 1894/95 folgendermaßen:

	Mk.
Zölle und Verbrauchssteuern . .	**621 935 560**
Reichsstempelabgaben	34 045 000
Post- und Telegraphenverwaltung . . .	28 404 017
Reichsdruckerei	1 436 800
Eisenbahnverwaltung	23 081 100
Bankwesen	7 244 800
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen .	12 539 163
Reichs-Invalidenfonds	27 258 492
Zinsen aus belegten Reichsgeldern . .	46 000
Veräußerung von ehemal. Festungsterrain	1 400 000
Ueberschüsse aus früheren Jahren . . .	1 372 033
Matrikularbeiträge	**397 497 420**
Außerordentl. Deckungsmittel (Anleihen)	130 275 375
Summa	**1 286 536 060**

Die Hälfte der für die Ausgaben des Reiches erforderlichen Mittel werden auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht, also vorzugsweise von denjenigen Bevölkerungsschichten, welche nach Maßgabe ihres Einkommens am wenigsten zur Steuerleistung befähigt sind. Der Reichstag setzte nämlich als Mindestergebniß nach Abzug der Erhebungskosten für:

	Mk.
Zölle (auf Getreide, Fleisch, Vieh, Holz, Petroleum)	349 706 000
Tabaksteuer	11 082 000
Zuckersteuer	75 406 000
Salzsteuer	42 742 000
Branntweinsteuer a) Maischbottich und Branntweinmaterialsteuer	17 988 000
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben	100 098 000
Brausteuer u. Uebergangsabgabe von Bier	24 856 000
Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern	52 560
Zusammen	621 985 560

Ist auch bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags weder an eine Schmälerung des Militärbudgets zu denken, denn Kapitalismus und Militarismus ergänzen und bedingen sich gegenseitig, und ist ferner auch eine gerechtere Steuervertheilung nicht zu hoffen, da die Vertreter der besitzenden Klasse im Parlamente selbstverständlich die herrschenden Klassen von der Steuerleistung möglichst befreien, so ergiebt sich darum gerade für unsere Partei um so strenger die Pflicht der rücksichtslosen Kritik und offensten Klarlegung dieser Thatsachen.

Die Generaldiskussion des Etats gab hierzu willkommenen Anlaß. Unsere Redner nahmen sofort Stellung gegen den Versuch der Regierung, die offiziellen und nichtoffiziellen Loyalitätskundgebungen bei den zahlreichen Kaiserreisen als Demonstrationen für die Heeresvermehrung auszunützen. 4 233 000 Wähler hatten gegen die Militärvorlage ihre Stimme abgegeben und nur 3 225 000 hatten Freunde der Militärvorlage gewählt. Gegen diese Logik der Thatsachen konnte die Stilblüthe der Thronrede nicht Stand halten. Die Mißstimmung der breiten Massen des Volkes gegen die allmälig zur Unerträglichkeit sich steigernden Militärlasten konnten auch die bürgerlichen Parteien nicht leugnen. Sie steigt von Jahr zu Jahr und erhält Tag für Tag neue Nahrung. Man braucht nur die Steigerung der Militärausgaben in den letzten zehn Jahren zusammenzustellen, um das Wachsen dieser Mißstimmung, die sich logischerweise allmälig auf das ganze Regierungs- und Gesellschaftssystem überträgt, zu begreifen. Es betrugen die Ausgaben für

	1884 Mk.	1894 Mk.	also Steigerung
Heereszwecke	338 823 000	482 060 000	40 pCt.
Marine	32 824 000	51 869 000	59 "
Pensionsfonds	20 597 000	48 245 000	134 "
Reichsschulden	15 830 000	72 269 000	360 "

Mit Recht wiesen unsere Redner darauf hin, wie alle diese Hunderte von Millionen aufgebracht werden hauptsächlich von den Aermsten der Armen, während die reichen und besitzenden Klassen, die alle Vortheile von unseren staatlichen Einrichtungen genießen, bisher so gut wie nichts zu den Steuerlasten des Reiches beigetragen haben, vielmehr nach der jetzigen Art der Reichsbesteuerung noch ihre Taschen füllen konnten aus den Ergebnissen der Branntwein- und Zuckersteuerprämien, den Getreide-, Vieh- und Industriezöllen. Dem gegenüber wäre es nicht bloß eine Sache der Gerechtigkeit, sondern eine Frage des persönlichen Ehrgefühls, daß endlich die Vertreter der besitzenden Klassen einer Steuerform zustimmten,

die die unteren Klassen, denen es schließlich gleichgültig sein könnte, von wem sie regiert werden, von den drückendsten Steuerrn (Salz-, Petroleum-, Zuckersteuer) entlastete und Diejenigen zur Steuer heranzöge, welche allein an dem Bestande des Reiches ein Interesse hätten, für die es auch in erster Linie gegründet wurde: die reichen und besitzenden Klassen! Aber die Regierung sowohl, wie sämmtliche bürgerliche Parteien — und bezeichnender Weise unter Führung des Zentrums — gaben sofort unter lebhaftem Proteste die Erklärung ab, daß sie für eine direkte, progressive Einkommensteuer unter keinen Umständen zu haben seien, als unser Vertreter einen dahingehenden spezialisirten Vorschlag machte.

Die Etatsdebatten gaben unseren Rednern weiterhin Anlaß, unsere grundsätzliche Gegnerschaft abermals zu bekunden nicht blos gegenüber dem Militarismus, sondern auch gegenüber der gesammten Regierungspolitik, die im letzten Grunde, trotz allen monarchisch-absolutistischen Gepräges, auf nichts Anderes hinausläuft, als auf die Wahrung und Sicherung der Interessen und Ausbeutungsprivilegien der herrschenden Kapitalistenklasse. Es war daher kein Zufall, daß einzig und allein der Vertreter unserer Partei es war, der energisch Protest erhob und für die bedrohten Verfassungsrechte des Reichstags eintrat gegen den preußische Kriegsminister, der dem Reichstag sogar das Recht der Meinungsäußerung absprach, als die skandalösen Vorgänge des Hannover'schen Spielerprozesses, die Begnadigung und Dekorirung des wegen Ueberfalls eines Redakteurs verurtheilten Generals v. Kirchhoff seitens unserer Redner zur Sprache gebracht wurden. Und nicht minder charakteristisch für unsere parlamentarischen und politischen Zustände ist es, daß wiederum unsere Partei vor allen anderen es war, die gegen die Ueberhebung des militärischen Geistes und gegen die nackte Proklamation des Faustrechts seitens des preußischen Kriegsministers sich erhob, ebenso wie ein Sozialdemokrat den evangelischen Pastor Schall auf die Lehren des Christenthums verweisen mußte, als dieses strebsame Pfäfflein das ausdrücklich im Strafgesetz geahndete Verbrechen des Mordes und Todschlags auf dem Duellweg für die Offiziere als Standesrecht vertheidigte!

Der Militarismus wird allmälig für alle bürgerlichen Parteien ein Kräutlein Rührmichnichtan, weil sie von ihm allein noch die Rettung ihrer von der aufsteigenden Sozialdemokratie bedrohten Ausbeuterrechte erwarten.

* * *

Bei der Berathung der Einzel-Etats traten unsere Genossen nach Möglichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse ein. Für den Etat des Innern wurde der Gehalt für einen weiteren Direktorposten gefordert; wir stimmten für denselben, weil auch wir eine Erweiterung der Thätigkeit dieses Amtes für nothwendig halten, namentlich auch eine raschere Erledigung der dringenden Arbeiten verlangen, die nur allzu oft mit der bequemen Ausrede der Arbeitsüberbürdung abgelehnt werden konnte. Freilich, großen Hoffnungen dürfen wir uns auch in Bezug auf den guten Willen dieses Amtes nicht hingeben, wenn es sich um Arbeiten handelt, bei denen das Unternehmer-Interesse berührt wird. Seit drei Jahren warten wir auf die Ausführung der Sonntagsruhebestimmungen; seit Jahren erheben wir die Forderung auf reichsgesetzliche Regelung der Gewerbe-Inspektion, auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren für gewisse Industriezweige u. s. w. Soweit die Regierung diese Forderungen n[illegible] selbst direkt ablehnt, läßt sie sich durch den Widerstand der Unternehmerkla[illegible] als deren Hauptwortführer auch in den diesjährigen Debatten König Stu[illegible] auftrat und dem Widerstreben des Ausbeuterthums gegen jede wirkliche Arbei[illegible] schutzbestimmung brutalen Ausdruck lieh, zur gewohnten Verschleppungspol[illegible] drängen. Wie ganz anders die Reichsregierung Tempo und Wirkung beschleuni[illegible] kann, wenn es sich um den Schutz der Junkerinteressen handelt, haben die Vorla[illegible] betr. Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife bewiesen,

durch den deutsch-russischen Handelsvertrag die steuergesetzlich geschützten Vortheile der Agrarier bedroht schienen. Auch die Regierungsvorlage betr. den Fortbildungsunterricht an Sonntagen zeigte, mit welch' verschiedenem Maße Arbeiter- und Unternehmer-Interessen gemessen werden. Der Druck von Unten muß seitens der Arbeiterklasse noch gewaltig verstärkt werden, bis nach der Richtung hin das kaiserliche Wort der Februar-Erlasse durch die Reichsregierung eingelöst wird.

* * *

Der **Post-Etat** gab unseren Fraktionsrednern Gelegenheit, das kapitalistische Ausbeutungssystem, das in der Postverwaltung praktizirt wird, in der schärfsten Weise zu kennzeichnen. Auf der einen Seite der Stillstand und die Rückständigkeit gegenüber allen Anforderungen des gesteigerten Verkehrs, auf der andern Seite eine Ueberschußpolitik auf Kosten der niedrig gelohnten Unterbeamten und fast ausschließlich für die Zwecke des Militarismus. Die Unsicherheit der Existenz der überwiegenden Mehrzahl der Post-Angestellten (von ca. 140000 Postbediensteten sind ca. 100000 nicht etatsmäßig oder blos zur Aushilfe angestellt); das System, Beamtenarbeit durch minderbezahlte Unterbeamte verrichten zu lassen; die schlechten Löhne, die nur zu häufig zum Verbrechen der Unterschlagung führen; die Vernichtung des gesetzlich garantirten Koalitionsrechtes für die Postbeamten; die elenden und ungleichartigen Stellvertretungsverhältnisse, die Ausbeutung der Angestellten im Sonntags- und Nachtdienst, die ungleiche Stellung in Gehalt und Rechten der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber den männlichen — alle diese Thatsachen wurden unserseits in eingehendster Weise zum Gegenstand rücksichtsloser Beschwerde gemacht. Und wenn wir auch von heute auf morgen keine Abhilfe erwarten können, weil auch hier die kapitalistischen Parteien im eigenen Interesse die Ausbeutungspolitik der „staatlichen Musterbetriebe" unterstützen und vertheidigen müssen, wir werden diese Klagen so lange erheben, bis das herrschende System unter der Wucht dieser Angriffe zusammenbricht. Und unser Verhalten hat heute schon den Erfolg, daß die Postbeamten und Postangestellten von Tag zu Tag klarer erkennen, daß nur die Sozialdemokratie allein gewillt ist, ihre Stellung zu bessern und ihrer traurigen Lage ein Ende zu bereiten.

* * *

Beim **Etat des Auswärtigen** wiederholten wir unsere prinzipielle Gegnerschaft zur Kolonialpolitik. Abermals war für dieselbe eine Mehrforderung von $3^1/_2$ Millionen eingebracht. Unsere Redner wiesen darauf hin, wie die nothwendigsten Kulturaufgaben im Reiche mangels an Mitteln Schaden litten, während hier zwecklos Jahr für Jahr Millionen in den afrikanischen Sand geworfen würden. Wären diese seit 10 Jahren vergeudeten Millionen für die Wohlfahrt im Innern verwendet worden, welche Resultate hätten damit erzielt werden können. Und so? Die scheußlichen Mißhandlungen der Schwarzen, die brutale Ausbeutungspolitik, die Mißwirthschaft der Leist und Wrochem, die zu offenen Aufständen führte, die öffentliche Auspeitschung der Negerweiber, die Sklaventransporte der deutschen Firma Wölber u. Brohm, die scheußliche Niedermetzelung von Weibern und Kindern bei den Kämpfen in Südwestafrika — und all' das angeblich zur Ausbreitung von Kultur und Christenthum. Gegenüber all' diesen Angriffen konnte die Regierung nur auf das Versprechen sich berufen, eine eingehende Untersuchung dieser dem deutschen Reich zur Schmach gereichenden Vorkommnisse einzuleiten, aber ihre Aufgabe, als Sachwalterin der besitzenden Klassen deren Interessen zu vertreten, zwingt sie, auf der mit Blut und Schande gepflasterten abschüssigen Bahn der Kolonialpolitik immer weiter zu gehen, wenn auch heute schon alle jene Hoffnungen gescheitert sind, mit denen seinerzeit die Kolonialpolitik eingeleitet wurde: die afrikanischen Kolonien zu Absatzmärkten für deutsche Industrieprodukte zu machen. In der gegenwärtigen Hetzjagd... [lngsthetze] gegen die Umsturzparteien taucht denn auch bereits wieder das Gespenst der Strafkolonien auf.

Soweit es nicht bei der Generaldiskussion des Etats geschehen war, benutzten wir die Berathung des Militär-Etats, den im Reiche herrschenden Militarismus anzuklagen und zu bekämpfen. Die Soldatenmißhandlungen, die Verwendung von Soldaten zu den Treibjagden der Offiziere, die behördlichen Schwarzen Listen der Rekruten und Gestellungspflichtigen, den Duellunfug, die privilegirte Stellung der in übermäßiger Anzahl ausgebildeten Militärmusiker, die in neuerer Zeit so häufig vorkommende und den Pensionsfond so schwer belastende Pensionirung von höheren Offizieren, die nicht selten kaum ein Jahr zuvor befördert worden waren — alle diese Schäden und Auswüchse des heutigen Militarismus, die tief ins bürgerliche Leben einschneiden und eigentlich von den bürgerlichen Parteien bekämpft werden müßten, wurden von Seiten unserer Partei zur Sprache gebracht. Die übrigen Parteien verlieren in Militärangelegenheiten immer mehr den Muth der öffentlichen Kritik.

Die Spiel- und Prunksucht in verschiedenen Militärkasinos, deren Endfazit im bekannten Spielerprozeß zu Hannover sich ergab, wo die Blüthe des deutschen Adels, die als Offiziere sonst gerne pochen auf ihr feiner geartetes und gesteigertes Ehrgefühl, mit gesellschaftlichen Auswürfen verächtlichster Sorte im vertrautesten Verkehre stehend sich erwies und in einer Nacht Tausende am Spieltisch vergeudete, konnte vom Regierungstisch sowenig bestritten werden als die Häufigkeit der Soldatenmißhandlungen. Wenn der Kriegsminister aber deren Allgemeinheit in Abrede stellte und darauf hinwies, daß allgemeine Verordnungen und spezielle Kaiser-Erlasse da Wandlung geschaffen haben oder schaffen würden, so konnten unsere Redner mit Recht darauf hinweisen, daß diese Erscheinungen im System des Militarismus wurzeln und daß die öffentlichen Brandmarkungen im Reichstage seitens unserer Partei mehr zu ihrer Verminderung beitrügen als alle amtlichen Verfügungen. Den besten Beweis für diesen Geist der militärischen Ueberhebung lieferte der Kriegsminister selber, als er in der Sitzung vom 8. März anläßlich der Besprechung des Falles Kirchhof offen erklärte:

> „Wenn Ihnen die Braut und Frau oder die Tochter öffentlich beleidigt oder beschimpft wird von irgend Jemandem — das traue ich Ihnen doch zu — Sie schlagen ihn nieder; **und da haben Sie das Recht dazu.**"

Damit hatte er offen und rückhaltlos das Faustrecht proklamirt. Und es war nur die Konsequenz der Worte des Kriegsministers, wenn Gen. Bebel daraus folgerte: daß, wenn diese Auffassung korrekt wäre, jeder Anarchist, wenn er sich von Polizei und Richtern beeinträchtigt fühlt, zur Waffe greifen und jeder Soldat, der von seinem Vorgesetzten schwer mißhandelt wird und unter der gegenwärtigen Militärstrafprozeßordnung keine genügende Sühne erwarten zu dürfen glaube, von seiner Waffe Gebrauch machen und seinen Vorgesetzten über den Haufen schießen dürfte.

Besser konnte der Widerstreit des militärischen mit dem bürgerlichen Geiste, der Widerspruch zwischen Militärstaat und Rechtsstaat nicht illustrirt werden, als durch die Thatsache, daß der Sozialdemokrat die bestehenden Institutionen und die Beobachtung der Formen des bürgerlichen Rechtsstaats gegen einen Königlich preußischen Minister in Schutz nehmen mußte.

* * *

Die Art und Weise, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber Jus[tiz] geübt wird, wurde beim Etat der Reichsjustizverwaltung vor das Forum d[es] Reichstags gebracht. Bekanntlich hatte das Chemnitzer Amtsgericht Part[ei]genossen, welche am Sonntag Flugblätter verbreitet hatten, wegen groben Unfu[gs] verurtheilt, weil sie während des Gottesdienstes diese Vertheilung vorgenomm[en] und dadurch die religiösen Gefühle Anderer verletzt hätten. Das Landgeri[cht] trat dieser Auffassung bei, aber das Oberlandesgericht in Dresden — [die] oberste gerichtliche Instanz in Sachsen — verwarf diese Begründung und f[...]

den groben Unfug darin, daß die Flugblätter frei und sichtbar auf dem Arm getragen und unberufen und ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung in die Wohnungen eingelegt wurden. Dadurch sei der häusliche und öffentliche Frieden gestört und die Freiheit der politischen Ueberzeugung anderer durch die aufdringliche Darlegung des sozialdemokratischen Parteistandpunktes gefährdet worden. Durch dieses Urtheil war einfach der § 43 der Gewerbeordnung aus der Welt geschafft, der die Vertheilung von Druckschriften und Stimmzetteln zu Wahlzwecken für die Wahlperiode und die nicht gewerbsmäßige Schriftenverbreitung in geschlossenen Räumen (also Wohnungen) überhaupt freigiebt. Unsere Fraktion brachte daher eine Resolution ein, worin der Reichstag die Erklärung abgiebt, daß dieses Urtheil dem Wortlaut und Sinn des § 43 der Reichsgewerbeordnung widerspreche, und an den Reichskanzler das Ansuchen stellt, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen werden. Aus formalen Gründen konnte diese Resolution in vorliegender Fassung nicht Annahme finden und wurde daher am Schlusse der Diskussion zurückgezogen, aber für die Sache war es charakteristisch, daß außer dem sächsischen Bundes-Bevollmächtigten kein Mensch im Reichstage für die sächsischen Gerichte und Behörden eintrat. Unsere Redner aber legten an Hand erdrückenden Thatsachenmaterials dar, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber „doppelte Buchführung" gehandhabt werde. Was allen anderen Parteien gestattet ist, was seit Jahr und Tag anstandslos gethan werden konnte, ist heute für unsere Partei nicht blos unmöglich, sondern auch strafbar. Daß in Sachsen auf dem Wege der Rechtsprechung oder Beschwerde dagegen nichts zu machen ist, wissen wir, zum Ueberfluß aber hat es der sächsische Justizminister in der ersten sächsischen Kammer am 18. Januar auch offen und vorbehaltlos ausgesprochen, als er erklärte:

> „Wie bekannt ist, ist ja das Ministerium als Justizverwaltungsbehörde nicht in der Lage, den Gerichten ihre Entscheidungen vorzuschreiben. Die Gerichte sind ganz selbständig. Aber das Justizministerium wird, wie es seither schon gethan hat, auch künftighin jederzeit etwaige unrichtige Rechtsprechungen wenigstens außeramtlich, ich kann nicht sagen: korrigiren, aber doch zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache mit den betreffenden Beamten machen."

Und jeder Tag zeigt uns in Sachsen, wie diese „außeramtliche" Einwirkung des über Anstellung und Beförderung maßgebenden Justizministers in der Praxis sich gestaltet; unser Redner gab daher dem allgemeinen Parteiempfinden Ausdruck, als er seine Ausführungen mit den Worten schloß: „So, wie die Praxis in Sachsen sich gestaltet hat, kann und darf es nicht weiter gehen! Hier muß der Willkür und Vergewaltigung des politischen Gegners ein Riegel vorgeschoben werden."

• • •

Ein Seitenstück zur sächsischen Justiz gab der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Herrn von Polenz im 23. sächsischen Wahlkreise. [...]r v. Polenz ist aus der Geschichte der sächsischen Wahlkämpfe als einer jener [...]waltungsbeamten bekannt, die den ganzen Verwaltungsbeamten-Apparat [...] den ganzen behördlichen Einfluß jeweilen in den Dienst der „Ordnungspartei" [...]len und hierbei sich von keinen anderen Rücksichten leiten lassen als denen [...]s Erfolges. Schon früher hatte die Wahlprüfungskommission ungesetzliche [U]ebergriffe des Herrn von Polenz konstatirt. Bei dieser Wahl konnte er — [...] er selber in seiner Amtshauptmannschaft als Ordnungskandidat figurirte — [ni]cht Wahlkommissar sein, aber sein „Geist schwebte über den Gewässern". Die [Wa]hlbeeinflussungen seines Stellvertreters erschienen dem Reichstag als solche, daß

sogar der nationalliberale Abg. Pieschel offen erklären mußte: in der Wahlprüfungskommission sei man nicht blos darüber einig gewesen, daß eine Ungesetzlichkeit vorgelegen, sondern sogar darüber, daß eine offenbar in hohem Grade ungesetzliche Handlung begangen worden ist. Der Stellvertreter des Herrn von Polenz, der ihm dienstlich unterstellte Bezirksassessor Dr. Gottschalk, hatte kurzerhand zwischen Haupt- und Stichwahl die Vertheilung der Stimmzettel und Wahlaufrufe, sowie das Ankleben von Plakaten verboten. Und der Kandidat von Polenz hatte in seiner Eigenschaft als Amtshauptmann bei einer Zusammenkunft von Gemeindevorständen wenige Tage später diesen nachdrücklich ins Gewissen geredet, doch ja das von seinem Stellvertreter erlassene Verbot gegen die sozialdemokratische Partei strenge zu handhaben. Nach langer Debatte und trotz heftigen Widerstrebens der Konservativen wurde die Wahl für ungültig erklärt. Herr v. Polenz, der bis zur letzten Minute trotz aller Beanstandungen sein Mandat ausgeübt hatte, hatte freilich, als er die Kassation als unvermeidlich erkennen mußte, noch schnell versucht, zwischen der Abstimmung seine Mandatsniederlegung durch einen Freund erklären zu lassen, aber der Reichstag wies dies Kunststückchen zurück und komplimentirte Herrn von Polenz zum Reichstag hinaus. In der Nachwahl wurde dann auch, dem Parteistärkeverhältniß entsprechend, unser Genosse Gerisch gewählt.

Auch die Wahl des konservativen Herrn Grafen von Moltke war am selben Tage — 18. April — für ungültig erklärt worden, weil die Wahllisten für einen Theil des 6. holsteinischen Wahlkreises gar nicht im Wahlkreise selber, sondern im 8. Wahlkreise, in der Stadt Altona zur Auslage gekommen waren. Gegen diese Praxis, die unter Umständen die gerade für unsere Partei so wichtige Auslegung der Wählerlisten zum bloßen Humbug machen kann, nahmen unsere Redner energisch Stellung und wir führten durch unsere Abstimmung auch die Ungültigkeitserklärung herbei. In der Nachwahl wurde auch hier der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Elm gewählt, während in der Hauptwahl bekanntlich Genosse Mohlkenbuhr unterlegen war. Bei den Wahlen der Abgeordneten E. Will (1. Coesliner Wahlkreis), von Bismarck (3. Magdeburger), Rothbart (14. Hannoverscher) und Holleufer (5. Liegnitzer Wahlkreis) traten wir für die Beanstandung der Wahlen, bez. Veranstaltung eingehender Erhebungen ein, weil überall Ungehörigkeiten vorgekommen waren. Entweder war die Oeffentlichkeit und Kontrole der Wahlhandlung ausgeschlossen oder die Geheimhaltung der Stimmabgabe vereitelt worden, indem die Stimmzettel (für Bismarck) äußerliche Kennzeichen, z. B. ein Wasserzeichen trugen, oder der Einfluß der Arbeitgeber auf die Arbeiter hatte die freie Stimmabgabe gehindert, im 14. Hannoverschen Wahlkreis hatten Arbeitgeber offen ihren Arbeitern die Entlassung angedroht, falls Rothbart nicht gewählt würde. Leider konnte unsere Partei in die Wahlprüfungs-Kommission während der letzten Session nur ein Mitglied entsenden und auf die wünschenswerthe Beschleunigung der Wahlprüfung nicht jenen Einfluß ausüben, den wir alle erstreben. Soweit es möglich war, den gewerbsmäßigen Wahlbeeinflussungen und Wahlfälschungen der Ordnungsparteien einen Riegel vorzuschieben, hat unsere Partei von jeher ihre Kräfte eingesetzt, und wird es auch künftig thun — in der Wahlprüfungs-Kommission sowohl wie im Plenum des Hauses.

* * *

Die Finanzreform und die **neuen Steuervorlagen**, die behufs Deckung der Militärvorlage dem Reichstage zur Annahme vorgelegt wurden, waren nach ihrem Zwecke wie nach ihrer Anlage für uns unannehmbar. Die Finanzreform, die mit offiziösen Posaunenstößen als Meisterwerk des pfiffigen Finanzgenies Miquel angekündigt worden war, stieß übrigens bei fast allen Parteien auf solchen Widerstand, daß in jedem einigermaßen konstitutionell geregelten Staatswesen der Vater eines solchen Mißerfolges in der ministeriellen Senkgrube mit ver-

schwunden wäre, in die sein Werk gefallen ist. Er würde dann die Muße finden, sein politisches Testament zu schreiben: das in Aussicht gestellte Buch gegen den Sozialismus; bezüglich dessen freilich unser Redner Singer den Herrn Finanzminister die mahnenden Worte zurief: „Ich will (Herrn Miquel) nur wünschen, daß es ihm nicht ebenso ergeht wie dem Herrn Abgeordneten Richter, der mit seiner „Sparagnes" die Sozialdemokratie bekanntlich vernichten wollte, und der, was seine Partei anlegt, in einem der Vernichtung sehr ähnlich sehenden Zustande hier wieder ins Haus gekommen ist. Aber das kann ich dem Herrn Finanzminister von Preußen versichern: ich wünsche ihm auf das dringendste, daß er sobald als möglich die Muße zur Abfassung dieses Buches bekomme; denn nach meiner Ueberzeugung kann der Herr Finanzminister dem deutschen Volke als Schriftsteller nicht entfernt soviel Schaden schaffen, wie er es als Finanzminister thut."

Diese Finanzreform hatte bekanntlich den Zweck, das Reich von den Einzelstaaten finanziell unabhängig zu machen. Der Weg, den der ehemalige kommunistische Verschwörer, nachherige nationalliberale Parlamentarier und Gründer und jetzige preußische Finanzminister einschlug, lief aber im Grunde darauf hinaus, dem Reichstag den besten Theil des einzigen Rechtes, das er besitzt, das Budgetrecht, hinwegzueskamotiren. Der Kampf gegen die Finanzreform wurde daher zu einem Kampfe um das Budgetrecht des Reichstages. Dem Reiche sollten ein- für allemal so viel Einnahmen zugeführt werden, daß die sogen. Matrikularbeiträge der Einzelstaaten bez. das Mehr, das diese über die ihnen aus den Zöllen zufließenden Quoten an das Reich abzuliefern haben, künftig in Wegfall kommen könnten. Damit also in den Einzelstaaten die *direkten Steuern* nicht erhöht zu werden brauchen, sollen von Reichswegen die *indirekten Steuern* erhöht werden, die direkten Steuerzahler, die besitzenden Klassen, sollen entlastet werden zu Ungunsten der indirekten Steuerzahler, der armen, nichtbesitzenden, nothleidenden Klassen.

Im Ganzen forderte Herr Miquel rund hundert Millionen neuer Steuern, die *Tabaksteuer* sollte ein Mehrergebniß liefern von ca. 45 Millionen, die *Weinsteuer* von ca. 17½ Millionen, die *Stempelsteuer* von ungefähr 35 Millionen.

Gegen die Erhöhung der *Börsensteuer* hätten auch wir nichts einzuwenden, wenn ihr gegenüber eine Entlastung der indirekten Steuerzahler stattfände und ihr Erträgniß nicht für Zwecke des Militarismus verwendet würde. Angesichts des Zweckes der Börsensteuer aber mußten wir gegen dieselbe stimmen, unbekümmert darum, daß daraus wieder der alberne Anlaß hergeleitet werden würde, die Sozialdemokratie stehe im Dienste des Judenthums. Wenn *eine* Partei den Kampf gegen die Börse ernst zu führen in der Lage und Willens ist, so die Sozialdemokratie, die den Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft führt. Innerhalb der heutigen Gesellschaft aber kann von Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen, ein ernsthafter Kampf gegen die Börse überhaupt nicht geführt werden, weil die Börse gleichsam das Herz der bürgerlichen Gesellschaft ist. Dieselben Leute, die angeblich diesen Kampf führen wollen, machen Geschäfte an der Börse, müssen die Börse benützen zu ihren geschäftlichen Manipulationen, müssen diese nach [de]n Aktionen jener richten; dieselbe Regierung, die zu diesem Kampfe auf[ge]fordert werden soll, ist der beste Kostgänger der Börse, der Staat muß seine [An]leihen, seine Konversionen durch die Börse begeben und von dieser die Be[din]gungen sich diktiren lassen. Wer also heute von einem ernsten Kampfe gegen [di]e Börse spricht, versteht das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft nicht oder [re]klamirt mit demagogischen Hintergedanken.

Nach den Worten des Reichskanzlers sollten die „leistungsfähigen Schultern" [zur] Steuer herangezogen, die „schwächeren Kräfte geschont" werden. Daß die

Quittungssteuer, die Frachtstempelsteuer aber vorzugsweise den Handwerkerstand treffen müßten, der heute in aussichtslosem Ringen mit dem Großkapital von Stufe zu Stufe des bürgerlichen Wohlstandes heruntersinkt, bis er im besitzlosen Proletariate untergeht, darüber waren sogar die bürgerlichen Parteien gegen die Regierung einig.

Anders bei der Tabakfabrikatsteuer. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichskanzlers konnten die Brau- und Branntweinsteuer nicht leicht mehr in Frage kommen, ohne das Ansehen der Regierung allzusehr zu erschüttern. Von einer direkten Einkommensteuer, von einer Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Kosten der Militärvorlage wollten weder die Regierung, noch weniger die herrschenden Parteien, die Vertreter der besitzenden Klassen, etwas wissen. Aufgebracht müssen die Mittel aber werden; deshalb ist auch die Stellung der bürgerlichen Parteien, von gewissen Interessenkreisen abgesehen, der Tabaksteuer gegenüber eine solche, daß sich deren Annahme, wenn auch nicht in der Fassung und Ausdehnung der Regierungsvorlage, befürchten läßt.

Unsere Stellung war natürlich gegeben, und unsere Redner gaben unserem Standpunkt auch energischen Ausdruck. So oft der Tabak „bluten" mußte, waren es immer die Arbeiter, die die Zeche in Gestalt verminderter Löhne zu zahlen hatten, niemals die Großfabrikanten. Noch 1892 hatte der Reichskanzler erklärt, von einer Erhöhung der Tabaksteuer sei in jeder Form Abstand genommen, und jetzt liege ein Gesetz vor, das den Tabak mit 66⅔%, die Zigarren mit 33⅓% höher besteuere. Das heiße die Industrie ruiniren. Durch die Festsetzung von 33% auf den Fakturawerth der Zigarre lege die Regierung geradezu eine Prämie auf Lohnreduktion, denn 89% der gesammten Zigarrenproduktion umfassen die billige Zigarre für den Massenkonsum. Die Regierung selbst nehme einen Rückgang des Konsums um 25% an, das heiße in der heutigen Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit 30—40000 Arbeiter dauernd existenzlos machen. In Wirklichkeit treffe diese Maßregel aber 40—50000 Arbeiter, also mit den Familiengliedern 100000 Personen, die dem Elend, der Noth, dem Verderben überliefert werden. Und das in einem Augenblicke gegenüber den Aermsten der Armen, wo dieselbe Regierung den Reichsten der Reichen die „Liebesgaben" scheffelweise zusichert. Wäre für unsere Partei nur der Gesichtspunkt maßgebend, daß eine solche Maßregel Verbitterung und Haß, Noth und Elend erzeugen und verbreiten müsse, dann müßten wir eigentlich für Annahme eines solchen Gesetzentwurfes eintreten, weil derselbe, wie kein anderer, revolutionär zu wirken geeignet ist.

Die Furcht vor diesen Konsequenzen mag es wohl auch gewesen sein, daß der Tabaksteuerentwurf nach der ersten Berathung für diese Session begraben blieb, aber Nationalliberale und Zentrum haben sich zum Schachern bereit erklärt, und wenn ihnen ihre Wähler nicht mit aller Energie auf den Leib rücken, wird der Tabak, trotz aller schönklingenden Redensarten von den leistungsfähigen Schultern und der Schonung der schwächeren Volksklassen „mehr bluten müssen".

Auch die Weinsteuer lief in der Miquel'schen Fassung auf Existenzlosmachung der kleinen Besitzer hinaus, gerade wie die prozentuale Besteuerungsform die kapitalskräftigen Weinhändler gegenüber den wirthschaftlich Schwächere zu stärken geeignet war, da sie ersteren es möglich macht, manche Wein unterhalb der Steuergrenze einzuführen, für welche der Kleinhändler schon d hohe Steuer entrichten muß.

Auch dieser Entwurf wurde in einer Kommission begraben, so daß von dem ganzen Steuerbouquet vorerst nur die Börsensteuer-Erhöhung Gesetzeskraf erlangt hat.

Die sogenanten „Kleinen" Handelsverträge (mit Spanien, Serbien und Rumänien) wurden von den Agrariern benutzt, gegen den „neuen Kurs" Sturm zu laufen, um womöglich sowohl den Kanzler zu stürzen, als insbesondere den Handelsvertrag mit Rußland zu Fall zu bringen. So gleichgiltig uns dieser Streit der beiden feindlichen Brüder lassen konnte, so stimmten wir doch, wie seiner Zeit für den österreichischen Handelsvertrag auch hier sowohl für die Verträge mit Spanien, Serbien und Rumänien, wie für den russischen Handelsvertrag. Machten sie dem wirthschaftlichen Ausnahmezustand, dem das deutsche Reich durch die Schutzzoll-Aera unterworfen wurde, auch kein Ende, so legten sie doch in das System der Raubpolitik zu Gunsten der ostpreußischen Junker Bresche und verhinderte die systematische Lebensmittelvertheuerung. Dagegen nahmen wir Stellung gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, weil diese Maßregel nur den Zweck hatte, den ostpreußischen Junkern und Händlern für ihr Getreide über den Weltmarktpreis hinaus noch den Zollbetrag zu sichern — auf Kosten der ostpreußischen Konsumenten, also hauptsächlich der Industriearbeiter in den Städten und aller in Geldlohn stehenden ländlichen Arbeiter. Nach den Grundsätzen des gegenseitigen Händewaschens stimmten die „großen Parteien" natürlich für diese neue Liebesgabe.

* * *

Mit der Erledigung des Etats, der Handelsverträge und der Steuervorlagen war die Hauptaufgabe des Reichstags in dieser Session erfüllt. Aus der Mitte des Hauses gelangten noch zur Erledigung die vom Zentrum eingebrachten Anträge auf Aufhebung des Jesuitengesetzes und Abänderung des Wahlgesetzes, ebenso der Antrag auf Abänderung des Handelsgesetzes in Bezug auf die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen.

Für die Aufhebung des Jesuitengesetzes trat auch unsere Fraktion ein als Gegnerin jeglichen Ausnahmegesetzes und Verfechterin des Grundsatzes: Gleiches Recht für Alle. Bei der Abänderung des Wahlgesetzes handelte es sich um Sicherung des Wahlgeheimnisses, insofern als die Stimmzettel in amtlichen Kouverts verschlossen abgegeben werden sollen und zu diesem Zweck in jedem Wahllokal für den Wähler ein sowohl dem Wahlbüreau wie den Parteien unzugänglicher Isolirraum geschaffen werden soll. In der Theorie sind ja alle Parteien für die Wahlfreiheit, in der Praxis steht es freilich für die Arbeiter anders. Wir stimmten für diese Abänderungen, obgleich sie nicht alle unsere Wünsche erfüllt und obgleich unsere Forderung, den Wahltag auf den Sonntag zu verlegen, rundweg zurückgewiesen wurde. Bei Abänderung des Handelsgesetzes galt es, erstens eine Minimalkündigungsfrist von 4 Wochen für die Gehilfen zu erlangen und den Grundsatz der gleichen Kündigungsfristen für Prinzipal und Gehilfen aus der Gewerbeordnung zu übernehmen und endlich das Recht des Gehilfen auf ein Zeugniß über Art und Dauer seines Engagements festzusetzen. Unser Antrag, die Kündigung auf den ersten Monatstag zu bedingen, wurde abgelehnt; ein anderer, für Krankheitsfälle die Lohnzahlung und Unterhaltspflicht auf die Dauer der Kündigungszeit dem Prinzipal aufzuerlegen, in zweiter Lesung angenommen, in dritter aber wieder abgelehnt. Trotzdem stimmten auch wir für den Antrag, der eine thatsächliche Besserung der heutigen Verhältnisse für die Gehilfen bedeutet. Bei der heutigen Stellung des Bundesrathes indeß kaum daran zu zweifeln, daß mindestens die ersten beiden Anträge [illegible]n Zustimmung nicht finden, sondern in den Papierkorb wandern werden.

Eine Reihe anderer Anträge aus der Mitte des Hauses gelangten nicht [illegible] Abschluß: der von den Konservativen bez. dem Zentrum eingebrachte Antrag [illegible] Revision des Invaliditäts und Altersversicherungsgesetzes wendete [illegible] in der Form gegen das Markensystem, ging aber in seiner Absicht darauf [illegible]us, die Beitragspflichten zu dieser Versicherung von den Schultern der [illegible]ustriellen und Landwirthe abzunehmen und das Versicherungsgebiet ein-

zuengen, während wir bekanntlich eine Vereinfachung der Organisation und Ausdehnung der Leistungen fordern. Der Zentrumsantrag gegen die Erwerbsgenossenschaften-Konsumvereine u. dgl., von dessen Wirkungslosigkeit die Antragsteller wohl selbst überzeugt sind, konnte von uns selbstverständlich auch nicht unterstützt werden, wohl aber der ebenfalls vom Zentrum ausgehende Antrag, den Berufs-Vereinigungen jurististische Rechte zu verleihen. Unsere Redner wiesen auf die Willkür der Behörden in ihren Maßregeln gegen rein gewerkschaftliche Organisationen hin, zeigten wie häufig in den großen wirthschaftlichen Kämpfen um bessere Löhne, günstigere Arbeitsverhältnisse, kürzere Arbeitszeit die Behörden offen Partei für die Unternehmer ergriffen, geißelten die völlige Rechtlosigkeit großer Arbeiterkategorien, z. B. der Schiffer, der in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter (soweit diese mit der Landwirthschaft verbunden) und der ländlichen Arbeiter überhaupt. In der Diskussion kam auch bei dieser Gelegenheit der ganze Haß und die ganze brutale Unterdrückungssucht des deutschen Unternehmerthums gegen Alles, was Koalitionsrecht der Arbeiter heißt, wieder einmal zum Vorschein.

Gegen die Anträge der Agrarier auf Erlaß eines Heimstätten-Gesetzes und Einführung des Getreidemonopols vertraten wir dort die Interessen der Arbeiter, hier die der Konsumenten. Für das Heimstättengesetz ist nur östlich der Elbe ein Bedürfniß vorhanden — bei den adligen Großgrundbesitzern. Diese verlangen billige Tagelöhner, und um ihnen diese gegen entsprechend schlechte Bezahlung und noch elendere Behandlung zu sichern, soll aus allgemeinen Mitteln eine neue Art Hörigkeit, die Schollenpflichtigkeit geschaffen werden. Noch unverhüllter trat die Begehrlichkeit der gehätschelten ostelbischen Junker beim Getreidemonopol zu Tage. Um ein paar tausend Rittern von der traurigen Oekonomie, wie unser Redner sich ausdrückte, aus der Tasche der armen Konsumenten einen jährlichen die Produktionskosten weit übersteigenden Mindestpreis zu garantiren, soll der Staat zum privilegirten Kornwucher gezwungen werden. Die Herren Junker, die mit ihrem Antrag die augenscheinliche Ueberflüssigkeit des ganzen landwirthschaftlichen Unternehmerthums aufs Unwiderleglichste dokumentirten, verlangten dafür vom Staate noch eine Schmarotzerprämie. Daß aber auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, um diese künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise auszugleichen, durch Gewährung politischer und wirthschaftlicher Aktionsfreiheit in den Stand gesetzt werden müsse, ihre Löhne zu erhöhen, davon wollen diese Landsknechte der Reaktion natürlich nichts wissen. Für sie Schmarotzerprämien — für die Arbeiterklasse Ausnahmegesetze!

Unsere Fraktions-Anträge:

1. Regelung und Vermehrung der Wahlkreise.
2. Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Volksvertretungen in allen Bundesstaaten.
3. Einheitliche und freie Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes und Sicherstellung der Koalitionsfreiheit.
4. Einführung der Gewerbeordnung und des Reichsgesetzes in Elsaß-Lothringen.
5. Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung (betr. Verhaftung und Verfolgung der Mitglieder des Reichstags.)

ebenso ein von Fraktionsmitgliedern gestellter Antrag auf

Aufhebung des Impfzwanges.

kamen in der verflossenen Session überhaupt nicht mehr zur Berathung. Ein[illegible]al ist die Möglichkeit, Anträge aus der Mitte des Hauses zur Behandlung zu bringen, eine durch die Geschäftsordnung und Praxis des Hauses ohnehin [illegible]hr beschränkte; dann gelangen die Anträge an den sogenannten „Schwerinstag[illegible]“, die je nach der Fülle der dem Hause vorliegenden und zur Erledigung zu bringen[illegible]en Arbeiten auch häufig in Ausfall kommen, in der Reihenfolge des Eingang[illegible]

Erledigung. In der letzten Session aber hatte sowohl das Zentrum wie die Konservativen bereits sofort nach Zusammentritt des Reichstags ihre aus der letzten Session zurückgestellten Anträge wieder beim Präsidium des Reichstags eingebracht und waren somit uns wie allen übrigen Parteien zuvorgekommen. Wenn wir auch für die nächste Session des Reichstags uns gegen derartige Eventualitäten zu sichern vermögen, so dürfen wir uns doch der Thatsache nicht verschließen, daß es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags für unsere Fraktion geradezu weggeworfene Mühe und Arbeit wäre, wollten wir, wie einzelne es Genossen jeweilen in ihren Anträgen zum Parteitag wünschen, die von uns an das Parlament zu stellenden Forderungen immer in Form von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen dem Hause vorlegen. Bei dem Fehlen jeglicher Aussicht für die Annahme unserer Anträge müssen wir uns darauf beschränken, die Nothwendigkeit der von uns geforderten legislativen Schritte nachzuweisen und zu betonen, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Einzelnen aber müssen wir von der Regierung bezw. den Faktoren verlangen, die ihrer Stellung nach für solche Arbeiten berufen sind und dafür vom Reiche besoldet werden.

Der auch im letzten Winter auf der Arbeiterbevölkerung lastende furchtbare Nothstand veranlaßte unsere Fraktion, auf dem Wege einer **Interpellation** am 22. Januar an die Regierung die Frage zu stellen:

> „Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um den notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht.“

Die mit früheren Interpellationen gemachten Erfahrungen hatten unser Vertrauen in die Einsicht und den guten Willen der Regierung nicht allzuhoch gespannt; aber auch die Antwort des Regierungsvertreters, Staatssekretär Dr. **Böttcher**, zeigte, daß die Arbeiterklasse nach dieser Richtung hin **gar nichts zu erwarten** hat. Die Regierung weiß nichts von einem allgemeinen Nothstand, sieht keinen; wo, wie in den großen Städten, auf industriellem Gebiet theilweise ein Nothstand vorhanden, da trifft er — auch den Unternehmer; dagegen ist in einer ganzen Reihe von Industrien der Geschäftsgang ein günstiger: in der Zuckerindustrie, in einem großen Theile der chemischen Industrie, in der Schuhwaarenindustrie, in den Brauereien, in der Textilindustrie, im Bergbau. Nur daß hier die armen Millionär-Ringbrüder mit gedrückten Preisen zu kämpfen haben. Ja, die Herren Arbeitgeber werden in ganz unregechtfertigter Weise von den Sozialdemokraten verdächtigt, denn sie sind — immer nach Herrn v. Böttcher — zum Theil mit sehr schweren Opfer bemüht gewesen, **die Löhne zu erhalten.** Auch die ewigen Klagen über die schlechten Löhne sind grundlos. „**Seit Jahren bewegen** — immer wieder nach Herrn v. Böttcher — **in der Industrie die Löhne sich auf dem aufsteigenden Aste**“ „**verfolgen eine erfreulich steigende Tendenz**“. Und wenn an einzelnen Orten Arbeitsmangel herrscht, in ganzen Provinzen, in Ostpreußen, in Ober-, Mittel- und Unterfranken, in Schwaben, in Sachsen herrscht **Arbeitermangel!** Und der Herr Minister, der bekanntlich auf einem Festessen seinerzeit den rheinischen Industriebaronen die charakteristischen Worte zugeraunt hatte: „**Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!**“ rief hier den nothleidenden Arbeitern zum Schluß die triviele Phrase zu: „Wenn nur Jeder an sich selbst bessert, dann wird es besser werden.“ Unter dem Beifallsgeschrei der „nothleidenden“ Agrarier und der armen Ausbeuter Stumm, Krupp, Hammacher und Konsorten.

Von dem wenige Tage vorher stattgehabten Ueberfall auf eine in aller Ruhe auseinandergehenden Arbeitslosen-Versammlung und den dabei vorgekommenen Gewaltakten — Vorgänge, über welche die gesammte Berliner Presse ohne jede Ausnahme und ohne Unterschied der Parteirichtung entrüstet war und

wobei nur durch die Disziplin unserer Genossen ein so vielerseits ersehntes Blutbad verhindert wurde — von alledem war dem Herrn Minister „amtlich nichts bekannt".

In der auf unseren Antrag stattgehabten Besprechung der Interpellation gab diese Antwort natürlich Anlaß zur Kritik unseres ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Unser heutiger Staat ist eben ein Staat der Reichen, ein Reich der Kapitalisten. Nichts kennzeichnet das besser als der Schneckengang unserer „Sozialrefom". Nach drei vollen Jahren sind die paar schwächlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Arbeiter noch nicht einmal durchgeführt. Der Staat, die staatlichen Musterbetriebe sind es, die in kapitalistischer Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte den Unternehmern vorangehen. Die Ersparnisse des Eisenbahnetats sind vielfach erzielt auf Kosten der Arbeiter: Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen, Verschärfung des Nothstandes, sind die Kehrseiten dieser „Reform". Staat und Staatsbetriebe marschiren nicht selten an der Spitze der Lohndrückerei: das über den Schellenkönig gepriesene „soziale Königthum" hat seinen Kanossagang gemacht. Es zeigte sich eben wieder einmal, daß die sozialen Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft die entscheidenden Faktoren sind, der Kapitalismus hat sich stärker erwiesen denn das „soziale Königthum". Aber das Reich soll nicht blos ein Reich der Reichen sein; unser Staat wird getragen und erhalten von den Arbeitern; die Arbeiter haben das Recht vom Staat zu verlangen, daß er ihnen gegenüber seine Pflicht erfülle. Der Minister leugnet den Nothstand — aber er verweigert im Namen der Regierung die Veranstaltung einer Arbeitslosenstatistik. Er weist Hand in Hand mit dem Ausbeuterthum die Forderung des Achtstundentags, die Vornahme von Staatsarbeiten, die Durchführung großer durchgreifender sozialer Gesetze zurück, er weist Alles zurück, was seitens der Vertreter der Arbeiterklasse im Interesse der Arbeiter verlangt wird.

Die Arbeiter werden für dieses Verhalten der Regierung und ihrer Vertreter zur gegebenen Stunde die Rechnung ausstellen und die sozialdemokratische Partei, die auch in dieser Frage wieder den Beweis dafür erbracht, daß sie allein die Vertretung der Arbeiterinteressen übernommen hat, wird sie prompt präsentiren.

* * *

So beschränkt nun auch bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags der Thätigkeitskreis für unsere Fraktion im Parlamente ist, wir glauben von uns sagen zu dürfen, daß wir unsere Pflicht nach besten Kräften erfüllt haben. Wo die Interessen der Arbeiterklasse in Frage standen, sind wir dafür eingetreten, wo eine Gelegenheit zur Anklage, zur Kritik der gesellschaftlichen und politischen Zustände gegeben war, wurde sie geübt. So oft es möglich war, von der Tribüne des Parlaments die breiten Massen über unsere Ziele, über Absichten und Pläne der Gegner aufzuklären, ist es nach bestem Können geschehen — nie wurde das Endziel unserer Bestrebungen aus dem Auge gelassen: daß all' unser parlamentarisches Wirken blos ein Stück der großen Aufgabe ist, die der Sozialdemokratie als Mission zufiel: die Massen zu unterrichten und aufzuklären, ihnen die Nothwendigkeit des Klassenkampfes zu zeigen und sie für denselben zu organisiren, um sie in den Stand zu setzen, an Stelle der kapitalistischen Wirthschaftsweise, die den Arbeiter zum Sklaven des Besitzers der Arbeitswerkzeuge macht und den Interessengegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten bedingt und stetig steigert, die sozialistische Wirthschaftsordnung zu setzen, gegründet auf die Solidarität und Interessengemeinschaft Aller: „Alle gleich und Alle frei!"

Protokoll.

Vorversammlung
am Sonntag, den 21. Oktober 1894, im Saale des Lokales „Weiße Lilie“ zu Bornheim, Frankfurt a. M.

Um 7 Uhr Abends traten die Delegirten zu der Vorversammlung zusammen. Das Lokalkomitee hatte für die würdige Ausschmückung des Hauses und des Saales Sorge getragen. Am Portal begrüßt folgender Spruch die Eintretenden: Den Kampfplan zu berathen für künft'ge Geistesthaten, zu kämpfen unverdrossen, seid uns gegrüßt, Genossen! Der Saal selbst ist reich mit Tannengewinden und rothen Fahnen dekorirt. Vor der Bühne, auf der das Bureau Platz nimmt, steht die roth ausgeschlagene Rednertribüne, die von den Büsten Lassalle's und Marx' flankirt wird. Hinter der roth ausgeschlagenen Rednertribüne grüßen die lebensgroßen Porträts von Marx und Lassalle die Delegirten. Die Marx'schen Worte: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ leuchten in weißer Schrift auf rothem Grund von der Rückwand durch den weiten Raum. Von der Gallerie wehen die alten und neuen Fahnen der Sozialdemokratie Frankfurts, Offenbachs, Hanaus, Darmstadts, Mannheims und Gießens herab, rothe und schwarz-roth-goldene Banner, die zum Theil noch aus dem Jahre 1848 stammen.

Nachdem der Arbeiter-Sängerbund Lassallia die Delegirten mit dem Gesange: „Brause mein Sang, im jubelnden Klang, der Freiheit zu Ehren!“, begrüßt hatte, heißt Brühne-Frankfurt im Namen des Lokalkomitees den Parteitag willkommen: Die Ehre, den Parteiteitag zu begrüßen, kam uns einigermaßen überraschend. Aber in Nürnberg verhinderten ihn die Behörden durch das Verbot der Zulassung von Genossinnen auf Grund des bayerischen Vereinsgesetzes. Auch hier waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Nur ein verhältnißmäßig kleines Lokal konnten wir erhalten, so daß tausende von Arbeitern, die zuhören wollten, umkehren mußten. Und selbst dieses Lokal suchte man uns zu nehmen. Erst mit der Waffe des Bierboykotts erkämpften wir es uns. Nicht zum ersten Male tagt in Frankfurt ein Arbeitertag. 1865 fand hier der zweite Parteitag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt, ebenso tagte hier im Jahre 1878 die 12. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Seit 1884 wird Frankfurt durch einen Vertreter der wahren [illegible]mokratie, einen Sozialdemokraten, im Reichstag vertreten. Wir werden uns [illegible]s Mandat nimmer entreißen lassen. Mögen uns Haß und Verfolgungen [illegible] so sehr treffen, die Wuth unserer Gegner wird zerschellen an der Festigkeit [illegible]erer Partei wie Wogenschaum am Felsen! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Partei[illegible]tung erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

In der Geschichte der Sozialdemokratie spielt Frankfurt nicht zum ersten [illegible]ale eine bedeutungsvolle Rolle. — Seit langem ist Frankfurt, die Stadt der [illegible]n und Freien, eine Stätte der Freiheitsliebe, ein Hort der Freiheit. Hier

hat das Bürgerthum gekämpft, als es anderswo noch schlief oder seine Fahnen bereits verlassen hatte. Zur Zeit der größten Schmach des Bundestages war es hier, in der geschichtlichen und natürlichen Hauptstadt des Deutschen Reiches, wo die Freiheit ungebeugt ihr Haupt erhob; hier war es, wo das freiheitliche Ideal des Bürgerthums, das vor hundert Jahren von Frankreich aus seinen Ausgang genommen hatte, in die That umgesetzt werden sollte. Zweimal in der neueren Zeit wurde hier mit den Waffen in der Hand heldenmüthig für Deutschland und die Freiheit gekämpft: im April 1833 und im September 1848. Aber das Bürgerthum brachte seine Ideale nicht zur Erfüllung, und es konnte sie auch, gemäß der wirthschaftlichen Entwicklung, nicht zur Erfüllung bringen. Das erste deutsche Parlament hat vor fast einem halben Jahrhundert hier in Frankfurt getagt. Die damalige bürgerlich-demokratische Bewegung verhält sich zur sozialdemokratischen Bewegung der Gegenwart ähnlich wie im Großen die bürgerliche Revolutions-Bewegung vor 100 Jahren zur modernen sozialistischen Bewegung. So wenig wie die französische Revolution konnte sie die Aufgabe lösen, ein freies staatliches Gemeinwesen zu schaffen. Sie scheiterte an der Entwickelung des Kapitalismus einerseits und andererseits an den Utopien und der Schwäche, die dem Bürgerthum jetzt in der ganzen Welt anhangen. Das Bürgerthum ist im Freiheitskampf abgelöst worden von der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie hat das Werk aufgenommen. Im Mai 1863 hielt hier Lassalle seine im Arbeiterlesebuch veröffentlichten Reden, und seit von ihm der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, gab es hier und in der Umgebung, in Offenbach und Mainz, sozialdemokratische Gemeinden. In dieser Ecke zwischen Main und Rhein fand die Sozialdemokratie einen guten Nährboden; die Gedanken, die zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führten, haben hier in Frankfurt, wo derselbe zwei Generalversammlungen abhielt, kräftige, unausrottbare Wurzeln geschlagen.

Noch eines anderen Tages gedenken wir heute — am 24. September 1864 war es, wo in London die Internationale Arbeiter-Assoziation ins Leben trat. Die mehr nationale, von Lassalle angebahnte Bewegung und die internationale standen sich in Deutschland eine Zeit lang fremd und ablehnend gegenüber, es fanden Reibungen und sogar heftige Konflikte zwischen den beiden Strömungen statt. Aber nachdem im Jahre 1868 in Nürnberg bereits die ersten Versuche zu einer Einigung angebahnt und 1869 von beiden Seiten diese Versuche mit Nachdruck erneuert worden waren, die beiden Strömungen zu vereinigen, Versuche, die durch den Krieg unterbrochen worden sind, kam im Jahre 1875 in Gotha endgiltig die Einigung zu stande; das deutsche Proletariat zeigte sich in seiner ganzen Macht. Mit der Niederwerfung der Kommune hatten unsere Gegner bereits die ganze internationale Bewegung vernichtet geglaubt, und nun erhob das Proletariat so machtvoll sein Haupt, einmüthig stand es gegen die Bourgeoisie zusammen. Seitdem ist unser Proletariat unbesiegbar — außer durch sich selbst — außer wenn Proletarier gegen Proletarier brudermörderisch die Hand erheben. Daher ist auch das Bestreben der Gegner von jeher darauf gerichtet gewesen, Spaltungen und Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft zu erzeugen; aber alle Versuche, den Bruderkrieg in den Reihen des Proletariats zu entfachen, sind noch immer kläglich gescheitert, und werden stets scheitern. Kein Wunder, daß unsere Gegner nach unserer Einigung alles Mögliche aufboten, und die Mittel der brutalsten Gewalt in Anwendung brachten, um unsere Organisationen zu sprengen, unsere Genossen zu maßregeln. Bereits im Jahre 1872 wurde gegen einzelne von uns der bekannte Hochverrathsprozeß in Szene gesetzt, der schon 1870 eingeleitet worden war. Immer wieder wurden darauf die Versuche wiederholt, uns auf dem Boden des gemeinen Rechtes zu erdrosseln, aber dies gelang nicht, konnte nicht gelingen. Es blieb unseren Feinden blos

das Bekenntniß ihrer Unfähigkeit, uns ehrlich, mit Waffen des Geistes, zu bekämpfen. Und das bringt uns vor einen anderen Gedenktag:

Genau auf den Tag vor 16 Jahren, am 21. Oktober 1878, wurde das Ausnahmegesetz eingeführt, diese moralische Bankrotterklärung der Gegner, die nun zur plumpen, rohen Gewalt griffen, das Vereins- und Versammlungsrecht für uns aufhoben, unsere Presse und Organisationen zerstörten und zahllose Existenzen vernichteten. Die deutschen Sozialdemokraten hatten ihrerseits nur den Muth der Ueberzeugung, ihre Opferkraft, ihr gutes Recht und die Logik der Thatsachen. Wir nahmen den Kampf auf gegen den seit Napoleon vielleicht mächtigsten Mann: gegen Bismarck. Alle Machtmittel waren in den Händen der Feinde. Zwölf Jahre dauerte der Kampf. Und der Ausgang? Bismarck ist ein todter Mann; er gehört der Vergangenheit an, und die Sozialdemokratie hat schon die Gegenwart, und ihr gehört die Zukunft.

Alle Mittel der Gewalt zerschellten an der inneren Kraft der Sozialdemokratie, die unbesiegbar ist, weil sie aus der wirthschaftlichen Entwicklung logisch herausgewachsen ist. Und heut ist die Sozialdemokratie, die vor dreißig Jahren ein winziges Häuflein war, die stärkste Partei Deutschlands. Als das fluchbeladene Ausnahmegesetz endlich fiel, wollte die Bourgeoisie sich zum Kampf mit „geistigen“ Waffen aufraffen. Aber sie gab ihn bald auf. Die geistigen Waffen gehören uns. Und in der Hand unserer Gegner haben sie sich stets gedreht gegen die Brust unserer Gegner; — und jetzt stehen diese abermals vor einer allgemeinen Bankrotterklärung. Die geistigen Waffen sind bei Seite gelegt. Ein neues Ausnahmegesetz oder die sogenannte „Verschärfung“ alter Gesetze soll helfen. Da sitzen in diesem Augenblick eben die Vertreter der bankrotten Gesellschaft beisammen (Stürmischer Beifall) und berathen, wie man uns vernichten könne. Die einzige Lehre der Geschichte scheint für gewisse Herren zu sein, daß sie aus der Geschichte nichts lernen. Das schmachvolle Absterben, Verfaulen des Sozialistengesetzes, die schamlose Korruption, die es erzeugt hat, sie scheinen spurlos vorübergegangen zu sein an unseren Gegnern. Abermals versuchen sie es mit dem alten Mittel. Wohlan! Mögen sie es thun! Mögen sie zu Schanden werden!

Die Sozialdemokratie ist an Kämpfe gewöhnt; in Kämpfen ist sie stark geworden. Als über das alte Sozialistengesetz berathen wurde, da riefen wir der Regierung zu: Das Gesetz, mit dem ihr uns tödten wollt, es wird eine Schule für uns sein! Es wird die unreinen Elemente von uns abstreifen, es wird alle diejenigen von uns entfernen, welche nicht Mannesmuth genug besitzen, um mit aller Kraft, mit allem Können, mit Leib und Leben im Kampfe zu stehen. Ihr wollt uns vernichten, und Ihr stärkt uns!

Und so geschah es. Die Partei wurde gesäubert. Aus Eisen wurde Stahl zurecht gehämmert. Und so wird es allezeit sein. Das Sozialistengesetz war eine Schule der Disziplin und der Charakterstärke für uns. Es schuf uns Kerntruppen für unsere Sache, eine Armee von Männern, die keine Furcht kennen, vor keiner Pflicht zurückschrecken. Und glücklicherweise ließen die Gegner auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Verfolgungen nicht. Kein Capua der Geister nahm uns gefangen. Kein sanftlebiges Fleisch konnte aufkommen. Eine Partei wie die unserige ist nicht zu ü[illegible]wältigen. Die nationale und internationale Sozialdemokratie ist hervorg[illegible]chsen aus dem Boden der Verhältnisse. Sie ist nichts willkürlich Ges[illegible]ffenes, sie ist die wirthschaftliche und geschichtliche Nothwendigkeit, die an d[illegible] Gesellschaft zur Rettung der Gesellschaft herantritt. Wenn nicht der Soziali[illegible]us die menschliche Gesellschaft rettet, dann wird sie durch den Kapitalismus in [illegible]ie Barbarei zurückgeworfen. Der Kapitalismus, das ist der wahre Umst[illegible], und alle unsere Gegner, alle kapitalistischen Parteien sind die Umstürzler, w[illegible]enen wir Sozialdemokraten, die menschliche Gesellschaft befreien wollen.

Noch hat der Kapitalismus die mechanischen Machtmittel, aber der wirthschaftliche Entwicklungsprozeß entzieht ihm seine eigenen Hilfsmittel und Stützen, indem er die Masse der Gesellschaftsmitglieder zu Grunde richtet und sie zur Einsicht zwingt, daß im Sozialismus das einzige Heil ist. So warten wir in Ruhe der Dinge, die da kommen.

Ich brauche nicht erst zu sagen, daß dieser Kongreß seine Schuldigkeit thun wird. Jede Mahnung wäre eine Beleidigung.

Während in Berlin sich die Gewitterwolken zusammenballen, während neue Karlsbader Beschlüsse gegen uns im Werke sind, während die Reaktion versucht, uns Spinnweben in den Weg zu legen, damit wir darüber stolpern, hat die belgische, hat die österreichische Sozialdemokratie uns ein herrliches Beispiel gegeben. Vor acht Tagen hat das belgische Proletariat seinen souveränen Willen bekundet und die Gegner niedergeschmettert, und heut ist der zweite Schlachttag, der wohl ein noch glänzenderer Siegestag werden wird. In Oesterreich hat der Kampf um das allgemeine Wahlrecht sich zur Entscheidung zugespitzt. Die proletarischen Massen sind auf der Bühne erschienen, und wenn die Machthaber nicht eine furchtbare Katastrophe über das Land heraufbeschwören wollen, werden sie den Forderungen der Arbeiter nachgeben müssen. Ueberall dringt die Sozialdemokratie siegreich vor. Da können wir die Versuche unserer Gegner, uns zu vernichten, mit vollster Gleichgültigkeit, mit verachtendem Spott betrachten. Mögen sie thun, was sie wollen und können; wir wissen, daß wir unbesiegbar sind. Unser Ziel vor Augen ordnen wir die Person der Sache unter. Wir lassen uns nicht aufhalten. Wir marschiren weiter auf der Bahn, die uns bisher von Sieg zu Siege geführt hat. Voran denn zum Siege, vorbereitet auf Alles, fürchtend nichts und mit der Losung: Niemals zurück — immer vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Ulrich's Singer und Schwarz-Lübeck durch Zuruf gewählt.

Zugleich im Namen von Schwarz dankt Singer für die Ehre der Wahl. Wir werden — sagt er — uns bemühen, mit Ihrer Unterstützung die Geschäfte so zu führen, daß die großen und wichtigen Aufgaben und Arbeiten des Kongresses gefördert werden. Auch dieser Kongreß wird, wie seine Vorgänger, ein Merkstein in der Parteigeschichte sein. Lassen Sie uns im Anschluß an die Worte unseres Veteranen unsere Arbeit beginnen mit dem festen Entschluß, nicht zu wanken und zu weichen, bis wir unser Ziel erreicht haben und mit unserem alten Ruf, der heute noch als Schlachtruf die Welt durchhallt, einst aber unser Siegesruf sein wird: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Dreimal stimmen die Versammelten begeistert in diesen Ruf ein.

Es folgt die Wahl der Schriftführer. Ulrich schlägt folgende Delegirte vor: Antrick, Geyer, Oertel, Bruhns, Landgraf-Burgstädt, Gradnauer, Emmel und Müller-Darmstadt und beantragt Wahl durch Akklamation. Gegen Emmel und Müller-Darmstadt erhebt sich Widerspruch, infolgedessen Beide, um nicht unnütz die Verhandlungen aufzuhalten, verzichten. An ihrer Stelle werden Lütgenau-Dortmund und Hug-Bant vorgeschlagen und die Wahl wird durch Akklamation vollzogen.

Für die Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission werden vorgeschlag[illegible] und ohne Widerspruch durch Akklamation gewählt: Feldmann-Oberlang[illegible] bielau, Frau Zetkin, Timm, Könen, Lorenz-Chemnitz, Ehrhardt u[illegible] Nathusius-Randow-Greifenhagen.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: von 9—1 und von 3—[illegible].

Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist derselbe wie in den Vorjahre[illegible] und wird auch unverändert angenommen, nachdem Slomke-Bielefeld vergebe[illegible]

verlangt hat, man möchte bei jedem Antrag dem Einbringer für die Begründung 5—10 Minuten Zeit gönnen, **bevor** die nothwendige Unterstützung des Antrages durch 20 Stimmen untersucht werde.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt.

Punkt 1, 2, 3, 4, 5, 6 werden genehmigt.

Slomke-Bielefeld schlägt vor, als Punkt 7 die „Stellung unserer Abgeordneten in den Einzel-Landtagen zum Budget", wenn angängig, zu behandeln.

Fischer-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit bei Punkt 3: „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit" zur Verhandlung kommen dürfte.

Ein bestimmter Antrag ist nicht gestellt.

Punkt 7 wird nach dem ursprünglichen Vorschlag genehmigt; ebenso die Punkte 8 und 9. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß $8^1/_4$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 22. Oktober 1894 — **Vormittags-Sitzung.**

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer begrüßt den Genossen **Silberberg** aus Budapest, den Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie; **Victor Adler**, der Vertreter der österreichischen Parteigenossen, ist durch die Ereignisse in Wien noch zurückgehalten und wird erst heute Abend erwartet. „Mögen die energischen Kämpfe der österreichischen und ungarländischen Bruderparteien endlich zum Siege führen, so daß sie nach Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in einer ihrer Stärke entsprechenden Zahl in die Parlamente Einzug halten." (Beifall.)

Von den zahlreich eingelaufenen Telegrammen und Begrüßungsschreiben werden besonders beifällig aufgenommen das der „sozialdemokratischen Rekruten", der vom „Winterschlaf erwachenden Bauern am Bodensee" und das von Iglesias aus Spanien.

Silberberg-Budapest: Zum ersten Mal ist die ungarländische Arbeiterpartei auf dem deutschen Parteitag vertreten. Betrachten Sie dies als ein Zeichen, daß die Zwistigkeiten bei uns endlich beseitigt sind. Herzliche Grüße an den Kongreß! (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung zusammengefaßt und damit die Berathung der Anträge 17—28, Parteibeamte und Parteigeschäfte, verbunden.

Den **Bericht des Partei-Vorstandes** erstattet hierauf Gerisch: Der Bericht liegt gedruckt vor, nur Einzelheiten sind zu ergänzen. Die Geschäftsführung des Vorstandes war darauf berechnet, alle Anträge, alle Briefe so rasch als möglich zu erledigen. Verzögerte sich die Erledigung der Anträge hin und wieder, so wurde es verursacht durch die Praxis, erst den Bericht und das [illegible]heil der betreffenden Vertrauensleute über diese Anträge einzuholen. In [illegible]g auf die Organisation ist wenig zu bessern, das beweisen die geringe [illegible]l von Abänderungsanträgen: sie hat im Ganzen allen Anforderungen [illegible]sprochen. Zum ersten Mal hat man jetzt auf diesem Parteitag für eine [illegible]he von Anträgen die Rubrik „Parteibeamte" einrichten müssen, diese An[illegible]e kommen hauptsächlich aus Berlin und seiner Umgebung. Gerade dieser [illegible]tand muß die Genossen außerhalb Berlins zu der Meinung bringen, daß [illegible] alles in Ordnung ist, wenn die Genossen des Ortes, wo der Partei[illegible] seinen Sitz hat, Veranlassung zu solchen Anträgen nehmen. Deshalb

ist es nothwendig, daß diese Frage hier gründlich erörtert wird und hoffentlich wird diese ausführliche Erörterung alle unkontrolirbaren Gerüchte als unbegründet erweisen. Besonders ist es das Ausscheiden Fischer's aus dem Partei-Vorstande und sein Eintritt in die Parteibuchhandlung unmittelbar nach dem Kölner Parteitag gewesen, was Verwunderung und Befremden in einzelnen Kreisen erregt hatte. Hinterher schob man uns unter, man habe dem Parteitag die Möglichkeit entziehen wollen, sich selbst den Parteisekretär zu wählen. Man brachte auch die Ablehnung der Gehaltserhöhung durch den Kölner Parteitag in Verbindung mit dem Austritt Fischer's aus dem Partei-Vorstande. Wir müssen entschieden gegen die Unterschiebung solcher Motive protestiren. Wären diese Vermuthungen richtig, so wäre der Partei-Vorstand nicht werth, weiter die Parteigeschäfte zu führen. Wir sahen Fischer sehr ungern aus dem Partei-Vorstande scheiden, weil wir in dem Verkehr mit der Parteipresse, mit den Schriftstellern eines Fachmannes bedürfen. Andererseits braucht die Parteibuchhandlung, wegen ihrer großen Bedeutung für unsere ganze Bewegung, eine besonders hervorragende Kraft. Als wir nach dem Falle des Ausnahmegesetzes die Buchhandlung einrichteten, waren wir uns klar darüber, daß wir zur Leitung derselben eines sachkundigen Mannes bedürfen. Die Frage, ob der Betreffende Parteigenosse ist, konnte erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Der Fachmann nun, den wir damals mit einem Gehalt von 4000 Mk. engagirten, und mit dessen Leistungen wir nicht einmal zufrieden waren, schied aus, weil wir ihm 5000 Mk., wie er verlangte, nicht zahlen wollten. Auch mit der provisorischen zweiten Leitung, die wir einem Parteigenossen anvertrauten, machten wir schlimme Erfahrungen, so daß bald wieder eine Lücke eintrat und wir die Stelle abermals ausschreiben mußten. Unter den gemeldeten Bewerbern kam blos Fischer ernstlich in Frage, und wir sind überzeugt, damit einen sehr glücklichen Griff gethan zu haben, da er ein gründlicher Kenner der Parteiliteratur ist. Das ist die einfache Geschichte. Es ist klar, daß wir Fischer zum mindesten dasselbe Gehalt geben mußten, das früher gezahlt wurde. Die wenigen hundert Mark, die Fischer jetzt mehr erhält, können nicht in Betracht kommen bei einer Stelle, wo oft in einem Monate der Verlust vom Zehnfachen durch Geschicklichkeit vermieden werden kann. Wenn die Parteigenossen die Gehaltsfrage Fischer's mit den Beschlüssen in Köln in Zusammenhang bringen, so befinden sie sich also auf durchaus falscher Fährte. Es ist ein rein äußerliches Zusammentreffen von Umständen ohne jeden inneren Zusammenhang. Für uns kam nur die Frage in Betracht, daß Fischer seinen Mann stellt, und daß hier jede Knauserei eine Ersparniß am unrechten Orte gewesen wäre.

Noch ein weiteres Mitglied des Partei-Vorstandes wurde durch die Anträge auf Festsetzung eines Maximalgehaltes von 3000 Mark betroffen. Es ist Genosse Auer, über dessen Einkommen ebenfalls Beschwerden laut geworden sind. Nach früheren Beschlüssen der Parteileitung waren bisher alle Briefe an Auer zu richten, er war also die sichtbare Spitze des Vorstandes. Dadurch war er in der Wahl seiner Wohnung, die mit den Räumen des Parteibureaus verbunden sein mußte, sehr beschränkt. Das gab natürlich für ihn allerlei Mehrausgaben, die kein anderes Vorstandsmitglied hatte. We[illegible] mußten wir eine innigere Beziehung zwischen dem „Vorwärts" und dem Par[illegible] Vorstand einrichten, um das Zentralorgan in den Stand zu setzen, sich im[illegible] aufs Beste über die Vorgänge im Vorstand zu unterrichten. Die Vermittl[illegible] zwischen Vorstand und Zentralorgan fiel Auer zu, wodurch ihm wieder [illegible] Ausgaben erwuchsen, die eine Entschädigung nothwendig machten; wir ha[illegible] ihm daher eine monatliche Zubuße von 125 Mark auf Konto des „Vorwä[illegible] zugebilligt. Daraus haben wir nie ein Geheimniß gemacht und die Antr[illegible] steller wiederholt über unsere Motive unterrichtet.

Was die Anträge anbelangt, die dem Vorstand vom vorigen Kongreß zur Erledigung aufgetragen waren, so kommt in erster Linie die **Gründung des „Sozialdemokrat“** in Betracht. Vielleicht war es ein Fehler, daß die Partei mit der Gründung des Wochenblattes so lange gewartet hat. Die Verbindungen mit dem Auslande waren unterbrochen, worauf es wohl zurückzuführen ist, daß nur eine Auflage von 5—6000 erreicht wurde, und daß voraussichtlich ein jährlicher Zuschuß von 8000 Mark sich erforderlich macht. Diesen Zuschuß fanden auch wir zu hoch, deshalb glauben wir, daß wir die Beilage auf einen halben Bogen kürzen können. Bei dem jetzigen Modus fahren auch die Spediteure und Kolporteure sehr schlecht, sie legten oft Geld zu, deshalb übernahmen wir die Portokosten auf unser Konto. Diese Mehrbelastung gleicht die Beilage-Ersparniß aus, aber sie wird die Verbreitung des Wochenblattes fördern und daher den Zuschuß in absehbarer Zeit verringern.

Auch die **„Rheinische Zeitung“** erfordert einen viel zu hohen Zuschuß. Die Bedenken, die wir im vorigen Jahre gegen die Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung in Köln hatten, haben sich leider vollständig erfüllt. Es fehlt an den nöthigen Kräften für die geschäftliche Leitung des Blattes. Hätten die Genossen, die im vorigen Jahre den Beschluß faßten, die „Rheinische Zeitung“ in dieser Form ins Leben zu rufen, die Opfer geahnt, die nothwendig wurden, dann wäre ihr Beschluß wohl anders ausgefallen. Durch künstliche Mittel läßt sich nichts erreichen. Wenn die Bewegung nicht von innen heraus so erstarkt ist, daß sie eine täglich erscheinende Zeitung tragen kann, läßt es sich von außen nicht machen. Es ist sehr thöricht, wenn die Genossen glauben, durch derlei Experimente die Konkurrenz mit der kleinen Lokalpresse und den „Generalanzeigern“ aufnehmen zu können, zumal unsere Presse im geschäftlichen Gebahren andere Grundsätze verfolgen muß wie diese. Nach dem Parteitag wird der Vorstand sich mit den Kölner Genossen in Verbindung setzen müssen, um eine bessere geschäftliche Basis einzuführen, damit der Zuschuß geringer werde.

Was die **Broschüre über die Gesinde-Ordnung** betrifft, die der vorige Parteitag beschloß, so stellten sich große Schwierigkeiten heraus; giebt es doch 50—60 verschiedene Gesinde-Ordnungen in Deutschland, die Broschüre hätte also ein dickes Buch werden müssen. Wir beschlossen deshalb, zunächst das nördliche Deutschland zu behandeln. Die Broschüre, welche die Gesinde-Ordnungen dieser Landestheile behandelt, wird demnächst erscheinen.

Auch die **Broschüre über das Dreiklassen-Wahlsystem** ließ sich erst jetzt fertigstellen.

Der Wunsch, mit dem der Berichterstatter des Vorstandes seinen Bericht über unsere Thätigkeit im vorigen Jahre schloß, daß nämlich die Genossen im Lande häufiger Postanweisungen an den Kassirer abgehen lassen möchten, hat sich leider nicht erfüllt. Aeußerlich ist der Kassenabschluß ja sehr günstig; aber lassen Sie sich dadurch nicht täuschen; es sind durchgehende große Summen — Darlehen u. dgl. — darin, die vorher schon als Einnahmen gebucht waren. Zieht man diese ab, so sieht man, daß die freiwilligen Beiträge arg eingeschrumpft sind. Noch bedenklicher wird das Bild, wenn wir die Ueberschüsse unserer großen Zeitungen in Abzug bringen. Wenn die Dinge f[illegible]weiter gehen, kann die Parteikasse künftig die Anforderungen nicht mehr e[illegible]llen, die an sie gestellt werden, besonders wenn die Anträge auf Verb[illegible]gung des „Vorwärts“ angenommen werden. Wir sind auf diese Uebersch[illegible]ffe angewiesen. Wenn die Beiträge, die Berlin und Hamburg leisten, abg[illegible]gen werden, so hat das gesammte übrige Deutschland nur 31 450 Mark a[illegible]gebracht; wir dürfen uns deshalb die großen Einnahmequellen nicht verf[illegible]fen lassen. Redner schließt mit der Versicherung, daß der Vorstand nach b[illegible] Ermessen im Interesse der Partei gehandelt zu haben glaube.

Berichterstatter der Kontroleure Meister: Die Hauptkasse, die Buchhandlung, die Geschäftsführung des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ sind bei viermaliger Revision durchaus in Ordnung gefunden worden. Kleine Monirungen sind durch gegenseitige Aussprachen erledigt worden. Von uns aus sind Ausstellungen gegen die Parteileitung nicht gemacht worden, dagegen sind von den Genossen fünf Beschwerden gegen den Partei-Vorstand eingelaufen, von denen sich zwei auf die Presse, zwei auf Unterstützungen bezogen. Die Gründe, die den Vorstand bei diesen Ablehnungen geleitet hatten, sind auch von uns akzeptirt worden. Besonderes Eingehen auf die Beschwerde gegen den Vorstand, die in Berlin auch gegen die Kontrolleure in öffentlichen Versammlungen erhoben worden ist, verdient die Besetzung der Stelle in der Partei-Buchhandlung mit Fischer. Als die Kontroleure zur Wahl des Parteisekretärs zusammengerufen wurden, bemühten wir uns zunächst, Fischer zum Verbleiben im Partei-Vorstande zu bewegen. Die Gründe, die Fischer vorbrachte, waren schließlich aber auch für uns ausschlaggebend, — und wir haben uns durch die Kontrolle überzeugt, daß in der Partei-Buchhandlung Fischer der rechte Mann auf dem rechten Flecke sei. Auch bezüglich der Honorirung Fischer's mußten wir uns auf die Seite des Vorstandes stellen; während der erste Buchhändler kündigte, weil er nicht 5000 Mk. erhielt, bekommt Fischer 4000 Mk., so viel wie der erste Buchhändler anfangs erhalten hatte. Von Dr. Arons und 21 anderen Genossen war sodann eine Beschwerde eingegangen, die sich gegen die Wahl des zweiten Parteisekretärs richtete. Die Beschwerdeführer wollten die Stelle unbesetzt und von den übrigen Partei-Vorstandsmitgliedern kommissarisch verwaltet wissen. Auf Grund der Bestimmungen der Partei-Organisation war das aber einfach nicht möglich, und Genosse Pfannkuch wurde von den Kontroleuren einstimmig zum Parteisekretär gewählt. — In öffentlichen Versammlungen wurde sodann monirt, daß Auer für seine Thätigkeit am „Vorwärts“ noch eine Extrahonorirung von 125 Mk. monatlich erhielte. Diese Extrahonorirung ist aber keineswegs etwas Neues, sondern ist bereits seit 3 Jahren in Uebung, ohne daß bisher daran Anstoß genommen worden ist. Wir sind davon überzeugt, daß die innige Verbindung zwischen Partei-Vorstand und Zentralorgan unumgänglich nothwendig sei. Da nun aber die hierauf bezügliche Thätigkeit Auer's außerhalb der Geschäftsstunden des Parteisekretärs fällt und ihn häufig von 6 bis 11 Uhr Abends in Anspruch nimmt, so versteht es sich ganz von selbst, daß diese besondere Thätigkeit auch besonders honorirt werden mußte Wir halten diese Thätikeit Auer's im Parteiinteresse unumgänglich nothwendig. Die übrigen Beschwerden gegen den Partei-Vorstand sind abgelehnt worden, weil sie zum Theil persönlicher Natur waren, zum Theil nicht gerechte Forderungen enthalten. Andere Beschwerden richteten sich gegen die Presse, so zunächst die der Köpenicker Genossen, die sich über die Mitarbeiterschaft des Sonntagsplauderers am „Vorwärts“ beschwerten, der angeblich ein Gegner von uns sei. Auch wir mußten die Gründe des Vorstandes akzeptiren; da uns die Sache aber zunächst nichts anging, verwiesen wir die Beschwerdeführer an die Berliner Preßkommission, die an dieser Mitarbeiterschaft gleichfalls keinen Anstoß nahm. — In letzter Stunde kamen auch noch Beschwerden bezüglich des Solinger und des Dortmunder Blattes; bei beiden mußten wir uns auf die Seite des Vorstandes stellen. Die Dortmunder wollten über die Besetzung der Redaktionsstellen selbst entscheiden und berufen sich hierbei auf die Abmachungen mit dem Partei-Vorstande, wir sind dagegen der Meinung, daß der Partei-Vorstand so lange freie Hand behalten muß, so lange die Dortmunder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben.

Auch dieses Jahr hat die Parteipresse leider erhebliche Aufwendungen erfordert. Der Grund für diese mißlichen Zustände liegt aber zumeist [illegible]

Genossen selbst, die entgegen den entgegenstehenden Parteibeschlüssen häufig in geradezu leichtsinniger Weise mit Neugründungen vorgehen. Besonders ist es zu bedauern, daß man im Rheinland zum Schaden der „Rheinischen Zeitung" überall Kopfblätter, womöglich in jedem Orte haben will; und die einzelnen Organe machen sich gegenseitig die schärfste Konkurrenz. Es grassirt eine förmliche Wuth, Neugründungen vorzunehmen. Wo die Genossen leichtsinnig Gründungen vornehmen, muß von dem Vorstande kategorisch Nein gesagt werden, auch wenn diese Gründungen nachher in ärgste Bedrängniß gerathen.

Die an die Gründung des Wochenblattes geknüpften Hoffnungen haben sich im Allgemeinen nicht erfüllt, und besonders ist die Zahl der Abonnenten im Ausland, für die man in erster Linie ein Wochenblatt nothwendig hielt, auf der bescheidenen Höhe von 523 stehen geblieben, und die Zahl der Abonnenten in Deutschland hat sich über 5700 nicht erhoben. Da gewisse Uebelstände in der Verbreitung beseitigt werden, so ist zu hoffen, daß sich die Zuschüsse ermäßigen werden, denn ein gutes Organ, wie es der „Sozialdemokrat" ist, muß erhalten bleiben. Zum Schluß beantragt Meister, der Parteileitung Decharge zu ertheilen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Alle Anträge, die sich auf „Parteibeamte" und „Parteigeschäfte" beziehen, finden die nöthige Unterstützung, mit Ausnahme des Antrages 25. Zunächst erhalten die Antragsteller der Reihe nach das Wort.

Timm-Berlin begründet den Antrag 18 der Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises. Der Antrag hat keine persönliche Spitze. Seine Schuldigkeit thut jeder. Es wird gesagt, es sei nöthig, daß der Abg. Auer mit 125 Mk. extra besoldet wird, damit er die Verbindung zwischen Vorstand und „Vorwärts" herstelle. Das sehen wir nicht ein. Die Geschäfte können im Vorstand so vertheilt werden, daß Auer noch völlig Zeit findet, sich dem „Vorwärts" zu widmen. Fischer erhält jetzt 4000 Mk. Ist das nicht zu hoch? 3000 Mk. sind ausreichend, um die Bedürfnisse in vernünftiger Weise zu befriedigen. Die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangenen Genossen haben in ihren früheren Stellungen sicherlich weniger gehabt. Und wir haben keine Veranlassung, für die Genossen, die aus anderen Kreisen stammen, besonders gut fundirte Stellen zu schaffen. Schoenlank erhält von den Leipziger Parteigenossen 6000 Mk., und es heißt, bei einer fähigen Kraft gehe es nicht anders. Ebenso gut könnte man da ja auch 10 000 Mk. zahlen. Wir verlangen von unseren Genossen Idealismus bei ihrer Thätigkeit. Anders liegen die Dinge bei der Liebknecht'schen Gehaltsfrage. Liebknecht hat jahrelang seine besten Kräfte zur Verfügung gestellt, zu einer Zeit, wo die Partei nicht mehr als 30 Thaler monatlich zahlen konnte. Da wäre es aber verkehrt, bei Liebknecht den allgemeinen Maßstab anzulegen. Wir schlagen deshalb die Wahl einer Kommission von 11 Mitgliedern vor, die die Gehälter prüfen und feststellen soll, was nöthig und richtig ist. Man soll uns nicht den Vorwurf machen, wir wollten unsere Beamten proletarisiren. 3000 Mk. sind kein Proletarier-Einkommen. Auch die Gehälter der nicht geistigen Beamten sind zu hoch; so erhält der Expedient Herzfeldt ein festes Gehalt von 150 Mk. monatlich, das wäre für seine Thätigkeit nicht zu hoch, aber als Annoncenakquisiteur verdient er noch extra 200 Mk. monatlich. Wenn für diese Thätigkeit ein solches Gehalt gezahlt wird, dann sind die Redakteurgehälter in der That noch zu klein. Ebenso liegt die Sache mit dem Annoncensammler Genossen Oertel, er erhält 60 Mk. monatlich fest, außerdem noch bis 200 Mk. monatliche Provision extra. Unsere Parteigenossen stellen sich Abends und Nachts in den Dienst der Partei, dafür fordern die Arbeiter nichts, sie leisten Ungeheures und erhalten nichts. (Zuruf Arons: Freiwillige und nicht freiwillige Thätigkeit ist doch ein Unterschied.) Dieser Zuruf ist doch zu un-

glücklich, als daß ich darauf einzugehen nöthig hätte. Wenn die Arbeiter so viel Opferfähigkeit beweisen, so hege ich nicht die Befürchtung, daß die geistig befähigten Genossen ihre Redakteurposten aufgeben werden, wenn das Gehalt auf 3000 Mk. fixirt wird. (Sehr richtig und Beifall.)

Caspar-Steglitz begründet den Antrag 19: Die Thätigkeit Fischer's als zweiter Sekretär war bedeutend werthvoller als seine Thätigkeit in der Buchhandlung. Es heißt immer, es giebt nicht genug fähige Genossen; der richtige Mann ist schwer zu finden. Das glaube ich nicht. Was sollte sonst geschehen, wenn diese Genossen gerade der Partei nicht angehören würden? Es würde auch ohne sie gehen. Niemand ist unersetzlich. Die Masse des Volkes sagt immer, wenn sie hört, wie hohe Gehälter wir zahlen: am Ende haben die Gegner mit ihren Verleumdungen doch recht. Auch der geistige Proletarier hat die Pflicht, für die Partei nach Kräften zu arbeiten, ohne besondere Ansprüche auf Grund seiner geistigen Begabung machen zu dürfen. Er sollte sich nicht von dem einfachen Flugblatt-Vertheiler beschämen lassen. — Den Gerüchten muß entgegengetreten werden, die da behaupten, Fischer habe seinen Posten als Sekretär nur deshalb verlassen, um in der Buchhandlung eine fettere Pfründe zu erhalten. Das geschieht dadurch, daß wir Fischer ein geringeres Gehalt geben. Den Landproletariern müssen die hohen Gehälter geradezu wahnsinnig erscheinen.

Den Antrag 20 begründet Mattutat: Die Anträge richten sich durchaus nicht gegen einzelne Genossen, sondern behandeln die Gehaltsfrage überhaupt, auch kein Mißtrauen gegen den Partei-Vorstand soll in ihnen liegen. Aber die Einnahmen der Partei sind ziemlich niedrig, und daher rührt die Mißstimmung gegen die hohen Gehälter. Der 4. Kreis glaubt, daß sich eine bestimmte Grenze für die Gehälter schwer feststellen läßt, aber er wünscht daran festgehalten zu wissen, daß denjenigen Genossen, die ein Gehalt von 4000 Mk. und darüber beziehen und Reichstagsabgeordnete sind, keine Extradiäten gezahlt werden.

Hué-Essen begründet den Antrag 21: Es seien Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Parteiblattes entstanden. Man müsse den Genossen am Ort die Wahl der Redakteure und Beamten überlassen.

Die Begründung des Antrages 22 übernimmt Caspar-Steglitz: Die Vertrauensleute seien die Seele der Bewegung an den einzelnen Orten. Sie müssen mit dem geistigen Material, das der „Vorwärts" bietet, versehen werden.

Zum Antrag 24 spricht Kiesel-Berlin: Um allen Redereien in Versammlungen ein Ende zu machen, sei es nothwendig, daß der Parteitag die Gehälter des Partei-Vorstandes, der Redakteure des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat", sowie der Angestellten der Parteibuchhandlung feststelle.

Zum Antrag 26 hebt Schulze-Berlin hervor, daß es unbedingt nothwendig sei, dem Gründungsfieber, das überall Parteigeschäfte gründen wolle, entgegenzutreten. Die Partei müsse ihr Geld reserviren, um allen Drohungen gewachsen zu sein.

Den Antrag 27 begründet Sonnenburg-Niederbarnim: Ueberall fehle es an Geld. Da sei es nothwendig, daß der Unternehmergewinn aus den Parteiorganen, soweit sie von Privatbesitzern gedruckt werde[n], der Partei zugeführt werden. Doch solle diese Aenderung nicht Knall u[nd] Fall eintreten, sondern zunächst eine Kommission gewählt werden, die All[es] untersuche, vorbereite und dafür sorge, daß die festgelegten Gelder nicht etw[a], wenn die Reaktion ihre Drohung wahr mache, in einen Säckel gerathen, i[n] dem wir sie nicht gern sehen würden.

Nunmehr wird die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesord[n]un[g] und die dazu vorliegenden Anträge eröffnet.

Greiner-Aschersleben wünscht, daß bevor der Partei-Vorstand Gelder für die Führung eines Prozesses einer Einzelperson bewillige, erst von dem Vertrauensmann des Kreises Informationen erhoben werden, ob nicht der betreffende Genosse sich seinen Prozeß leichtsinnig zugezogen habe.

Dahlen-Halberstadt bespricht den Umstand, daß die Genossen in vielen Wahlkreisen sich eigene Versammlungshäuser bauen, weil sie kein Lokal bekommen können wegen der Abhängigkeit der Wirthe; er giebt zur Erwägung, ob es nicht Sache des Partei-Vorstandes sei, eine Art Darlehensinstitut zu schaffen, das den Bau solcher eigenen Lokale ermöglicht, oder ob nicht der Vorstand selbst Geld vorschießen soll, dort, wo es nothwendig ist.

Bebel: Einen besonderen Ruhm haben sich die Berliner Genossen mit ihren Anträgen nicht erworben, sollen sich denn die Debatten heut wiederholen, die in Berlin einen so überaus fatalen Eindruck hinterlassen haben? Ich freue mich, daß in seiner Begründung Timm das Gehalt Liebknecht's wenigstens ausgenommen hat, man hätte dann aber klüger gethan, das wenigstens in dem Antrage auszusprechen. In Bezug auf die Beschäftigung der Arbeiter in Parteigeschäften verlangt man allgemein die Zubilligung der günstigsten Bedingungen. In allen offiziellen von der Partei betriebenen Geschäften wird die Maximalarbeitszeit von 8 Stunden, die Feier des Maitages, jährlich ein Urlaub von 8 Tagen mit Lohnvergütigung, die Beseitigung der Akkordlöhne verlangt und auch durchgeführt. Nach besten Kräften bemüht man sich, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. In Bezug auf die geistigen Arbeiter aber, ja, Bauer, das ist etwas anderes, da gelten auf einmal nicht die Gesetze von Angebot und Nachfrage, da berücksichtigt man nicht die Lebensansprüche der geistigen Arbeiter. Wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft und kommen aus ihr vorläufig noch nicht heraus. Aus der bürgerlichen Gesellschaft sind unsere geistigen Arbeiter hervorgegangen; wollen wir sie bei uns beschäftigen, so darf der Abstand zwischen dem, was sie bei bürgerlichen Blättern, und dem, was sie bei uns erhalten, doch nicht gar zu groß sein, sonst bleiben sie, wo sie sind. Man kann billigerweise doch nicht verlangen, daß ihr Idealismus so weit geht, daß sie eine schlechtere Stellung einer wesentlich besseren vorziehen. Einen praktischen Erfolg dürfte das Anschneiden der Gehaltsfrage aber haben, weil dadurch ein für alle Mal den verleumderischen Nachrichten der bürgerlichen Presse entgegengetreten wird, daß wir drei bis vier Millionen Mark jährlich an Parteigehältern ausgeben. Bei der Beschränkung der Gehälter auf 3000 Mark kämen — abgesehen von Liebknecht — thatsächlich nur elf Personen in Frage: Drei Redakteure des „Vorwärts“, der Redakteur des „Sozialdemokrat“, zwei Redakteure des Hamburger, je einer des Leipziger und Kölner Organes, der Geschäftsführer und Kassirer der Hamburger Druckerei und der Leiter der Partei-Buchhandlung. Diese Gehälter bewegen sich zwischen 3300 und 4200 Mark, nur Carl Hirsch mit 5000 Mark und Schoenlank mit 6000 Mark stehen sich besser. Wenn die Kölner und Leipziger aber 5000 bis 6000 Mark bezahlen, so werden sie auch wohl wissen, warum. Sie haben sich gesagt, wenn wir diese Männer haben wollen, so müssen wir sie auch ausreichend bezahlen. Hirsch hat bei einem bürgerlichen Blatte 6500 Mark Gegehabt. Glauben Sie denn, daß er eine Stunde in seiner gegenwärtigen lung verbliebe, wenn Sie den Berliner Antrag annehmen? Glauben Sie, Schoenlank seine heutige Stellung beibehielte, wenn er nur 3000 Mark elte, durch Privatarbeit — auch im Dienste der Partei — aber ein weit res Einkommen erreichen kann? — Was die Bemerkungen Timm's über Gehalt Oertel's und Herzfeldt's anbetrifft, so beweist er nur, daß er die hältnisse nicht kennt. Ihr Gehalt ist so geringfügig, daß es nur als Grundder Existenzsicherung angesehen werden kann. Oertel bekommt 60 Mark [illegible] und Prozente von der Annoncenakquisition, Herzfeldt muß Morgens

um 2 Uhr aufstehen, um in die Expedition zu gehen, wo er bis 9 Uhr zu thun hat; dann geht er schlafen und am Nachmittage noch ein paar Stunden auf die Annoncenjagd; beschneiden Sie deren Einkommen, so beschneiden Sie auch das Annoncenbudget des „Vorwärts". Wenn dies aber von 70000 auf 30000 Mark sinkt, so ist auch der ganze Ueberschuß weg. Sie bekommen aber in ganz Berlin keinen einzigen Annoncenakquisiteur, der sich sein Einkommen auf 3000 Mark beschneiden ließe. Man wendet freilich ein, daß man von 3000 Mark recht schön leben könne und 95 pCt. der Steuerzahler haben ja noch weniger Einkommen, 85 pCt. der Arbeiter verdienen sogar weniger als 1000 Mark. Wenn wir nun 3000 Mark nur deshalb bezahlen sollen, weil 95 pCt. weniger bekommen, so wäre es nur logisch, unter Hinweis auf die 85 pCt. Arbeiter, die noch weniger verdienen, nur 1500 Mark zu zahlen. Würde ein Nationalliberaler unter Hinweis auf die 85 pCt. Arbeiter, die ein Einkommen von weniger als 1000 Mark haben, dies für Arbeiter als Maximallohn gesetzlich festsetzen wollen, so würden wir dieser Frechheit gebührend entgegentreten; aber bei den geistigen Arbeitern in unseren Geschäften, ja, Bauer, das ist etwas anderes. Wollen wir die Opferfähigkeit und die Opferwilligkeit der Genossen aber als Maßstab gelten lassen, so sind sogar 1500 Mark zu viel. Unrecht ist, wenn wir den Vertrauensleuten an verschiedenen Orten Geldopfer im Uebermaße zumuthen, hierin muß Abhilfe geschaffen werden. Was den Zuschuß Auer's betrifft, so ist dieser nur ein Entgeld für die erhöhten Aufwendungen, die Auer zu machen hat. Wenn man nun sagt, die Arbeiten im Vorstande könnten so vertheilt werden, daß Auer am Tage in der Redaktion des „Vorwärts" thätig sein kann, so beruht das wieder auf einer Unkenntniß der Arbeit in Redaktionen. Auer kann doch nicht der Redaktion die nothwendigen Dienste leisten, wenn er nicht am Tage im Partei-Vorstande thätig gewesen ist und erfahren hat, was vorgekommen ist. — Daß Auer neben dem Bureau wohnt, kostet ihm auch 150 Mark mehr, und die Ausgaben für die Reinigung der Bureauräume hat er ebenfalls zu tragen.

Vorsitzender: Die Redezeit von 10 Minuten ist um; der Redner hat sich, da er wahrscheinlich noch viel zu sagen hat, nochmals notiren lassen. (Heiterkeit.)

Heine-Ottensen führt Beschwerde darüber, daß Auer eine Versammlung in Quickborn bei der Nachwahl in Ottensen-Pinneberg nicht abgehalten hat, andere Beschwerden gegen den Vorstand habe er nicht vorzubringen.

Kobel-Spremberg findet, daß der Vorstand in den Fällen Auer und Fischer eigenmächtig gehandelt habe. Redner ist für die Festsetzung einer Maximalgrenze von 4000 Mk., sonst höre unser Prinzip auf. Der Redakteur der „Kreuz-Zeitung" hat 36 000 Mk., wie nun, wenn unter Hinweis darauf, für unsere Redakteure 15 000 Mk. verlangt würden? Wer blos zu uns kommt, um so und so viel zu verdienen, den können wir nicht brauchen. Leistet der Kohlengräber nicht eine schwerere Arbeit als der Mann, der in der Stube sitzt? (Lachen.) Bei Liebknecht ist es etwas anderes, der hätte Professor werden können. (Stürmische Heiterkeit.)

Storch-Stettin: Ich rühme nicht die Thätigkeit des Vorstandes wie Heine, denn er hat unser liebes Hinterpommern nicht beglückt. Genosse Herbert ist gut und wohl, aber wir wollen auch einmal einen anderen Abgeordnete[n] haben, wir und Herbert sind so gut wie abgethan, der Prophet gilt eben nich[t] im Vaterlande. Am besten sei, wenn man ständige Agitatoren von parte[i]wegen bezahle, die sich wochenlang auf dem Lande aufhalten; denn jetzt hab[e] man noch keine Agitatoren unter den Bauern selbst. Dann müsse er noch, w[ie] er sagt, an den Ausgaben des Vorstandes etwas benörgeln (Heiterkeit), nämli[ch] die Höhe der Umzugskosten für Pfannkuch (500 Mk.). In Bezug auf d[ie] Gehaltsfrage steht Redner auf dem Standpunkt Bebel's; wir brauchen tüchti[ge]

geistige Kräfte, denn der Wunsch wird immer lauter, in der Parteipresse bessere geistige Kost zu erhalten. Den Schriftstellern sei es nicht zu verdenken, ihre Arbeitskraft so gut wie möglich zu verkaufen, aber, laßt den Schriftsteller Schriftsteller sein und laßt sie nicht in den inneren Parteiangelegenheiten mitreden. Sobald sie da mitreden, sind die Zwistigkeiten da, da sie mit dem proletarischen Charakter der Bewegung nicht vertraut sind.

Lütgenau-Dortmund bezeichnet die Behauptung Huë's von Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Blattes als unbegreiflich. Es bestände das freundschaftlichste Verhältniß. Auf dem Parteitage zu Unna sei keine Klage über die Redaktion laut geworden.

Naue-Iserlohn meint, daß die Berliner Anträge wieder einmal aus falscher Rücksicht auf die Gegner gestellt seien, die, um Zwistigkeit zu erregen, beständig behaupten, die Führer mästeten sich von den Arbeitergroschen. Der Gebrauch, gemaßregelte Genossen, die in Parteistellungen treten, auf die Stufe der am schlechtesten bezahlten Arbeiter zu stellen, sei verkehrt, man kann nicht schablonisiren. Es giebt Fälle, wo ein höheres Gehalt als 4000 Mk. bezahlt werden muß.

Legien-Hamburg wünscht im Auftrage der polnisch sprechenden Arbeiter Hamburg-Altonas, daß der Vorstand eine eifrigere Agitation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung entfaltet hätte. Die Agitationstouren in Ost- und Westpreußen seien nur von geringfügiger Natur gewesen. Redner unterstützt die Berliner Anträge. Wenn wir auch — sagt er — für hohe Arbeitslöhne und kurze Arbeitszeit eintreten, so müssen wir doch selbst bestimmen, wie die Gehälter und die Arbeitszeit in den Parteiredaktionen und -Geschäften bemessen werden. Groschenweise werden die Beiträge von Arbeitern aufgebracht, die häufig nur ein Einkommen von 8—900 Mk. jährlich haben. Ist es da richtig, daß von den so schwer aufgebrachten Groschen einzelne Genossen so horrende Gehälter beziehen? Da wäre es Ehrenpflicht dieser Genossen, auf ein so hohes Einkommen zu verzichten. Der Sozialismus ist eine Naturnothwendigkeit, da sind wir auf einzelne Personen nicht angewiesen. Ich bin verwundert, daß Bebel einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit machte; das war bisher bei uns nicht üblich; außerdem steht es nicht im Programm. Die höhere Leistung des Einzelnen ist nicht sein Verdienst. Bebel meint, man müsse sich nach der bürgerlichen Gesellschaft richten, aber nach welchem Theile? Dem, der weniger als 3000 Mk. Einkommen hat, und das sind 95 pCt., oder nach den 5 pCt., die mehr beziehen? Der größte Theil unserer Redakteure ist zudem aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, und da wollen wir doch einmal fragen, ob sie früher solche Einkünfte gehabt haben. Was den Diätenantrag der Berliner betrifft, so muß er wohl genauer gefaßt werden. Er hat Recht, wenn er sich auf die Abgeordneten, die in Berlin wohnen, beschränkt, die Abgeordneten, die außerhalb wohnen, müssen Diäten erhalten. Wir verlangen von keinem unserer Beamten eine übermäßige Arbeitszeit, auch von Auer nicht. Es giebt so viele intelligente Arbeitslose, die untergebracht werden könnten, wenn die übermäßigen und besonders bezahlten Arbeitsleistungen der Angestellten beschränkt würden. (Beifall.)

Wesch-Krefeld hält es für unmöglich, das Maximalgehalt auf 3000 Mk. bemessen.

Helbing-Düsseldorf wendet sich gegen die Ausführungen Meister's über Blättergründungen in Rheinland-Westfalen. Diese Gründungen seien durchaus nicht überflüssig gewesen für ein Kampffeld, wo es mit dem Kapitalismus und der schwarzen Garde zu kämpfen gelte. Den Berliner Anträgen stimmt Redner zu; es ist durchaus nicht unmöglich, eine feste Grenze innezuhalten. Die Parteibeamten in der Provinz sagen sonst, seht, diese Gehälter da und dort Mode, und verlangen dasselbe. Niemand ist unersetzlich; das

haben wir auch Bismarck gegenüber gesagt, und wir haben es auch erlebt, daß es ohne ihn geht. (Zwischenrufe.) Liebknecht spricht das in „Zum Schutz und Trutz“ mit den Worten aus: „Noch jede Sturm- und Drangperiode hat die Talente erzeugt, die sie braucht“. (Beifall.)

Timm-Berlin: Wir mußten diese Dinge nun einmal vor den Parteitag bringen. Was die Gegner darüber sagen, kann uns ganz schnuppe sein. Bebel meinte, es sei ein Widerspruch, daß wir nicht auch Liebknecht's Gehalt antasten wollten. Ich bin der Meinung, schablonisiren können wir nicht. Liebknecht ist und bleibt wegen seiner früheren Verdienste eine Ausnahme. Bebel sprach, daß uns die befähigten Genossen dann den Rücken kehren würden. Ich habe alle Achtung vor der geistigen Befähigung dieser Genossen, aber wenn sie uns den Rücken kehren, mögen sie ruhig laufen. (Sehr gut!) Dann sind sie nie Sozialdemokraten gewesen. (Sehr wahr!) Es würde diese Läuterung der Partei nur zu begrüßen sein. (Sehr gut!) Die Andrängelung von oben herunter an unsere Partei wird dann aufhören. Schippel bekommt jetzt 4200 Mk., bei der „Volkstribüne“ hatte er nur 2500 Mk., damals war er gewiß nicht unbefähigter als jetzt, weshalb soll er nun mit einem Male 1700 Mk. mehr bekommen? Für Herzfeldt und Oertel ist die Annoncensammlung ein Privilegium, den anderen Angestellten der Expedition ist es untersagt. Das ist nicht recht. Bei den Extradiäten meine ich, nur die auswärtigen Reichstags-Abgeordneten sollten Extradiäten erhalten, nicht die Berliner. Wenn sich auch Bebel mit der gewohnten Energie ins Zeug legt, so hat er mich nicht überzeugt. Wir sprechen immer davon, daß unsere Ueberzeugungskraft uns zu unseren Thaten entflammt, warum spricht nun Bebel nicht mehr davon!

Bebel: Timm hat in Berlin für Akademiker ein höheres Gehalt verlangt als für Nicht-Akademiker. Dem trat ich damals entgegen, denn danach sollte Derjenige, der mehr leistet als ein Akademiker, doch weniger Gehalt erhalten nur deshalb, weil er nicht den gleichen Bildungsgang genommen hat als dieser. Jetzt hat Timm wenigstens diesen Widerspruch aufgegeben. Dagegen hat er jetzt durch sein Nichtschablonisirenwollen seine jetzige Begründung wieder selbst über den Haufen geworfen. Sehr bezeichnend war ferner eine Aeußerung Legien's, der sich auf das Programm beruft, wo kein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gemacht werde. Was in der zukünftigen Gesellschaft werden soll, und ich habe ja in meinem Buche „Die Frau“ sehr bestimmt meine Ansichten darüber ausgesprochen, das kann uns doch heut nicht bestimmen, wo die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft maßgebend für die Remunerirung qualifizirter und nichtqualifizirter Arbeit sind. Wenn sich Legien auf den Idealismus beruft, der einzelne Parteigenossen auf ein höheres Gehalt Verzicht leisten lassen müßte, warum verzichtet er dann nicht für seine Person auf die Honorare des „Sozialpolitischen Zentralblattes“, die ja ungleich viel höher sind als die irgend eines Partei-Organs? Warum fordert er denn auf einmal für Andere geringere Gehälter? Mephisto, ich kenne Dich. (Bewegung.) Timm bezog sich auf das Gehalt Schippel's von 4200 Mk. Bevor er seine Stelle am „Sozialdemokrat“ angenommen hatte, bekam er in einer weit angenehmeren und weniger anstrengenden Stellung bei der „Neuen Zeit“ 3600 Mk. Wir selbst waren es, die ihm zum Entgelt für seine Arbeitslast, für seine Intelligenz und seine Bildung, die für uns so werthvoll ist, 4200 M[illegible] boten. Ist der Parteitag aber der Meinung, daß für die Parteibeamten [illegible] hohe Aufwendungen gemacht werden, nun gut, so beschneide man die Gehälte[r], aber dann wähle man sich auch eine Parteileitung, die diesen veränderten Verhältnissen Rechnung tragen will und kann. Aus der Kündigung des erste[n] Leiters der Buchhandlung, weil er nicht 5000 Mk. erhielt, ersehen Sie doch, wa[s] der Marktwerth einer solchen Arbeit ist. Wir sollten nun weniger bezahlen.

und blos deshalb, weil Fischer neben seiner großen Fähigkeit, eine solche Stellung auszufüllen, auch Parteigenosse ist? Beamte von ähnlichen Stellungen bekommen in Leipzig 6000, 10 000, ja selbst 15 000 Mk. Gehalt. Parteibeamte sollen keine Diäten erhalten wird ferner verlangt. Das ist ein ganz unsinniges Verlangen. Bei dem zumeist sehr bescheidenen Gehalt kann kein Parteibeamter ohne Zuschuß in Berlin leben und die Zuschüsse sind überdies höchst bescheiden bemessen. Für die Tage ihrer Anwesenheit im Reichstag erhalten Reichstagsabgeordnete, die als Parteibeamte in Berlin ansässig sind, 3 Mk. Vergütung; solche Abgeordnete, die einen bürgerlichen Beruf haben und infolge der Sitzungen ihre Geschäfte vernachlässigen müssen, 6 Mk., Parteibeamte von auswärts 6 Mk. und 25 Mk. monatlich für die Wohnung, solche aus bürgerlichen Berufen von auswärts 9 Mk.; das sind doch gewiß keine Diäten, von denen man üppig leben kann, und ich bemerke nochmals, diese Diäten werden nur bezahlt, wenn der Abgeordnete in Berlin bezw. im Reichstag anwesend ist. Bürgerliche Abgeordnete brauchen das Doppelte und Dreifache. Auf eine ganze Reihe von Intelligenzen müßten wir verzichten, wollte man deren Reichstagsdiäten streichen; und Intelligenzen haben wir wirklich nicht in Ueberfülle. Wir suchen seit langer Zeit nach einem Redakteur für den „Vorwärts", ohne ihn finden zu können. Wenn Timm glaubt, uns einen für 3000 Mk. beschaffen zu können, so mag er sich doch auf die Suche begeben. Wie wir im Partei-Vorstande handeln und knausern, davon haben Sie gar keine Ahnung. Der zweite Redakteur des „Vorwärts" bekommt jetzt 4200 Mk. Gehalt, während er als Redakteur einer Wochenzeitschrift 5000 Mk. erhalten hatte. Einem andern boten wir für die noch zu schaffende Stelle 3600 Mk. Anfangsgehalt, er verzichtete dankend, weil er als Korrespondent für die Parteipresse mehr verdient. Meine Zeit ist um; nur noch eins, lehnen Sie den Antrag der Genossen des Kreises Nieder-Barnim ab. Die Gründung einer eigenen Druckerei würde 200 000 Mk. kosten. Sind Sie darüber im Zweifel, daß am Tage des Gewitters die Polizei mit Vergnügen einen tödtlichen Schlag gegen unsere Parteigründungen führen wird? (Lebhafter Beifall.)

Hierauf verliest Singer eine Anzahl eingelaufener Telegramme und Adressen, darunter eine des Generalrathes der französischen Arbeiterpartei, unterzeichnet von Lafargue und Guesde, die erklären, sie ließen sich nicht durch Chauvinisten aufhetzen, die internationalen Arbeiter betrachteten sich überall nur als verschiedene Armeekorps derselben Armee, die kämpft zur Einführung des Kommunismus, ferner eine Zuschrift des sozialdemokratischen Bundes der Niederlande. Singer bemerkt hier ausdrücklich, daß er diese Zuschrift vollständig zur Verlesung bringe, um auch den Schein der Beeinflussung zu vermeiden.

Der Brief lautet:

Amsterdam, den 18. Oktober 1894.

An den Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie
Frankfurt a. M.

Parteigenossen!

Zweifelsohne ist es Ihnen bekannt, daß innerhalb des sozialdemokratischen Bundes in Holland seit Monaten Differenzen bestanden wegen einer Frage der Taktik. Die Majorität wollte keine Theilnahme an parlamentarischer Arbeit; eine Minorität betrachtete dies als eine Irrung und verlangte die parlamentarische Thätigkeit für die Arbeiterschaft. Nachdem der letzte abgehaltene Parteitag unseres Bundes im Sinne der Majorität beschlossen hatte, verließen einige Monate nachher einige Mitglieder den Bund und stifteten eine neue Partei, welche zum Ziel hat, unseren Bund womöglich zu vernichten.

Die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion intervenirte in diesem Streit — sie sandte der neuen Partei eine Unterstützung von 1500 Mk. Dies veranlaßt uns, zu fragen: Welcher internationale Kongreß hat der Fraktion das Mandat verliehen als europäische Parteijustiz? Versucht nicht die Fraktion

durch eine solche Handlung die ihr zur Verfügung stehenden Kapitalien zu benützen, um unsern Bund zu bekämpfen? Machen es die Geldprotzen etwa anders, indem sie ihre Kapital-Uebermacht anwenden, um die Schwächeren zu vernichten? Die Unterstützten behaupten, unser Bund sei kein sozialdemokratischer! Aber war es nicht von jeher das Streben der Bourgeoisie, uns andere Namen aufzudrängen, als wir uns selbst geben?

Hätten die Mitglieder der Fraktion **persönlich** den Feinden des sozialdemokratischen Bundes in Holland Unterstützung gesandt, wir konnten es nur hinfällig besprechen. Wenn sie aber als Vorstand der Partei sich bemühen, eine bestehende sozialdemokratische Organisation zu untergraben, da machen sie sich einer unverantwortlichen That schuldig.

Parteigenossen! Wir schreiben dies nicht als eine Bittschrift. O nein! Dieses Schreiben wollen wir nur betrachtet wissen als die Mittheilung einer unwürdigen Handlung der Reichstagsfraktion. Unser Bund ist arm; jedoch wird er ungeachtet der seinen Feinden gebotenen Unterstützung kräftig bleiben im Kampfe; wie sehr dieser auch erschwert werden möge von Leuten, auf die man rechnen zu können früher das Recht zu haben glaubte. Die Sozialdemokratie Hollands hat, gleich jener aller Länder, schon mehrmals solche Enttäuschungen durchlebt. Wir hegen die Ueberzeugung, daß auch diesmal die Zukunft dem Bund wird gehören und diese Ueberzeugung findet ihren Grund darin, daß die Richtung der Majorität in Holland auch ausdrückt die Meinung dieser Majorität. Es giebt bei uns nicht Einzelne, welche den Weg zeigen, den die Arbeiter zu befolgen haben, gerade umgekehrt beschließen die Arbeiter und Einzelne sind beauftragt, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

In diesem Sinne arbeitend, halten wir muthig zusammen, ohne irgend welche Furcht. Weder das Kapital in Händen der Bourgeoisie noch das Kapital in Händen der Sozialdemokratie wird uns einschüchtern können.

Für den Zentralrath des sozialdemokratischen Bundes:

A. Rot, Vorsitzender. **Sam. W. Coltof**, Sekretär.

Singer: Die Vorwürfe des Briefes gegen die Fraktion sind durchaus unbegründet. Es hat uns fern gelegen, in die inneren Streitigkeiten einer ausländischen Partei uns einzumischen. Die Fraktion kam garnicht in Frage, der Vorstand hat nur auf das Gesuch holländischer Genossen hin 2050 Mk. zur Unterstützung ihrer Presse gesandt, das war ein Zeichen zur Bekundung der internationalen Solidarität, aus der ein Vorwurf nicht abgeleitet werden kann.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer.**

Singer eröffnet mit der Verlesung mehrerer Begrüßungen seitens auswärtiger Genossen, darunter der **oberschlesischen Bergarbeiter** und der Arbeiter von Furtwangen, die um Unterstützung bei ihrer **Schwarzwaldagitation** bitten. Das Gesuch wird der neuzuwählenden Parteileitung überwiesen werden.

Die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Ewald-Brandenburg: Die Anträge, die Gehälter der Parteibeamten zu beschneiden, sind wohl nur der Ausfluß der berechtigten Mißstimmung dafür, daß die besten Parteistellungen von Akademikern eingenommen werden, während doch die Autodidakten die Partei hochgehalten haben. Seinerzeit hatte M[illegible] der einfache Handarbeiter, einen ganzen Stab von Akademikern um sich [illegible] schaart. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes sind sie wie die Spreu vor d[illegible] Winde zerstoben. Heut sehen wir, wie die Akademiker die Autodidakten v[illegible] drängen. Angelockt durch hohe Gehälter, drängen sie sich in die bestbezahl[illegible] Stellen. Kommt ein neues Ausnahmegesetz, so werden sie sich bald wie[illegible] drücken. In erster Linie brauchen wir Parteigenossen, die von der Pike

gedient haben. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn Calwer für die Redakteurposten nur Akademiker für geeignet hält, die Autodidakten aber als Skribenten bezeichnet! Die Gebildeten vergessen, daß sie ihre Bildung nur dem Gelde ihrer Eltern verdanken, daß die Bildung ein Produkt unserer Gesellschaft ist. Alle Achtung, wenn Akademiker aus Ueberzeugung zu uns kommen, aber nicht als Offiziere, sondern als Rekruten mögen sie beginnen. — Gegen den Vorstand wende ich mich, daß er die Bureauräume des Vorstandes und des „Vorwärts" so luxuriös ausstattet. Die Bureaus des Vorstandes könnten auch im Hinterhause liegen (Zuruf: Im Keller! Heiterkeit) und mit weniger Räumen könne man im „Vorwärts" auskommen, man sehe sich nur einmal die Verhältnisse in den Provinzialredaktionen an. Der Partei-Vorstand solle endlich lernen, mit Arbeitergroschen haushälterischer umzugehen.

Jahn-Berlin: Wir Arbeiter haben während des Ausnahmegesetzes Opfer über Opfer gebracht, wir können daher auch jetzt von den Akademikern etwas mehr Opferwilligkeit verlangen. Bleibt die Parteikasse aber eine Unterstützungskasse für Akademiker, die anderswo nicht vorwärts kommen, so stoßen wir die Arbeiter vor den Kopf. Eine Bevorzugung der Akademiker ist augensichtlich, die Autodidakten aber werden unterdrückt. Hat doch letzthin ein Arbeiterverein beschlossen, den Akademikern für jedes Referat 4 Mk., den anderen aber nur 2 Mk. zu zahlen. Ich bin nicht für Einschränkung der Gehälter, wie dieselbe in dem Antrag des 1. Berliner Wahlkreises zum Ausdruck gekommen ist, aber mit gleichem Maße solle gemessen werden, einzelne Gehälter sind entschieden zu hoch und den Leistungen nicht angemessen. Man hat sich gewundert, daß Anträge auf Einschränkung der Gehälter von Berlin ausgehen, das kommt daher, daß die Berliner einen tieferen Einblick in die Verhältnisse haben (Na! na!). Für intelligente Leute wollen wir bezahlen, was sie verlangen. Aber man verwende das überschüssige Geld auch dazu, für manche Beschäftigungslose neue Posten zu schaffen. Ich verstehe Bebel nicht, wie dieser den Grundsatz vertreten kann, daß die gelernten Handwerker besser bezahlt werden sollen als die ungelernten; ein einfacher Flugblattvertheiler kann dieselben Dienste leisten wie ein Artikelschreiber. Immerhin muß die Frage erwogen werden, um jeder Opposition die Spitze abzubrechen, inwieweit den Berliner Anträgen stattgegeben werden soll.

Sparr-Darmstadt: Von meinen Auftraggebern habe ich den sehr unangenehmen Auftrag erhalten, den Partei-Vorstand zu fragen, ob eine Unterstützung von 400 Mark aus der Parteikasse an den Genossen Müller-Darmstadt gezahlt worden sei. Der Partei-Vorstand erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage, er habe nur dem hessischen Landeskomitee 200 Mark bewilligt, verfügbar unter Kontrole der Genossen. Der Kassirer des Landeskomitees erklärte aber, er habe nicht 200 Mark erhalten. Dagegen sagte Jöst, er habe das Geld empfangen und für einen zurückgekommenen Genossen verwendet. Deswegen gab es unerquickliche Szenen, und ein Genosse aus Bessungen, der im Hinblick darauf, daß man den Landtagswahlkreis Bessungen mit 60 Mark Unterstützung für Schlepperdienste hätte erobern können, diese Frage anschnitt, wurde wegen seines Uebereifers grundlos als Anarchist denunzirt und Ehrabschneider genannt. Auch meine Mandatgeber sind von den hohen Parteigehältern nicht sehr erbaut. Wir haben zwar kein Verständniß [für] die Lebensbedürfnisse der Gebildeten, wir dürfen aber doch wenigstens [unse]rer Verwunderung Ausdruck geben. Unverständlich ist es mir, wie man [den] Achtstundentag verlangen kann, aber Parteibeamte, wie Auer, mit Nacht[arbe]it überlasten kann; Auer ist kränklich, wir können die Verantwortung nicht [auf] uns nehmen, Auer vollständig aufzureiben. Man schaffe eine neue Stelle, [in d]ie man Jemanden einsetzt, der von der Pike auf gedient hat.

Gruhl-Nowawes wendet sich gleichfalls gegen die horrende Entlöhnung

der Parteibeamten und Redakteure aus den abgedarbten Proletariergroschen, die für die zu theure Parteiliteratur überhaupt nicht zureichen. In den armen Weberortschaften begreife man nicht, warum die Gehälter im umgekehrten Verhältniß zur wachsenden Nothlage zunehmen. Von Genossen Fischer erscheine es sehr verwunderlich, daß er sich nicht einmal entschuldigt habe, daß er die kurz zuvor vom Parteitag erhaltene Stelle aufgegeben und sich zu der besser bezahlten Stelle gedrängt habe. (Glocke des Vorsitzenden. Singer: Ich muß den Redner unterbrechen; es liegt mir fern, die Redefreiheit zu beschränken, aber ich möchte doch wünschen, daß die Genossen, die in sachlicher Beziehung vollkommene Freiheit haben, nicht andere Genossen an ihrer persönlichen Ehre verletzen. Beifall. Gruhl nimmt den Ausdruck zurück.) Unsere Genossen, die mit der Feder arbeiten, müßten sich sagen: du lebst von den Groschen der Proletarier, du darfst nicht mehr verlangen, als zu einem einigermaßen anständigen Leben ausreicht. Es sei falsch, immer auf die Preßkulis der Bourgeoisie zu schimpfen und dann selbst deren Gehälter als Maßstab für die eigenen hohen Wünsche zu nehmen. Die Anträge der Berliner Genossen würden so lange wiederkehren, bis ihnen Rechnung getragen würde.

Außer der Reihe der Redner erhält Gerisch zur Berichtigung das Wort: Die von den Darmstädter Genossen vorgebrachte Angelegenheit stammt aus dem vorhergegangenen Geschäftsjahre. Der Vorstand hat ein Gesuch Müller's um Unterstützung in der Höhe von 400 M. abgelehnt, aber den hessischen Genossen 200 M. zur freien Verwendung nach bestem Gewissen übersandt. Wenn sie diese Summe an Müller für seine Thätigkeit in der Agitation ausfolgten, so hatten sie ihr Verhalten selber zu vertreten.

Leßner-London: Es thut mir aufrichtig leid, daß diese Diskussion hier stattgefunden hat. (Beifall.) Damit wird nur den Gegnern Vorschub geleistet, denn der von ihnen absichtlich verbreiteten Mähre, in der deutschen Partei bestehe Zwiespalt, wird dadurch Rückhalt gegeben. Man sagt: Bei der Geldfrage hört die Gemüthlichkeit auf. Das scheint richtig zu sein, und es ist auch gut, daß die Masse keine stumme Heerde ist, sondern Kritik übt. Aber die Kritik muß da angesetzt werden, wo sie nothwendig ist. Klagen ist sehr leicht, das Bessermachen schwer. Sehen Sie sich einmal die englische Arbeiterbewegung an. Die Trades-Unions bezahlen ihre Arbeiter gut. Sie sehen ein, daß sie die Arbeit nicht selbst thun können, sie brauchen Talente, die die Bewegung siegreich führen, und dafür muß der Preis bezahlt werden, der an der Tagesordnung ist. Gleichmäßige Bezahlung ist erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich. Ich habe ein großes Stück Arbeiterbewegung mitgemacht und kann Ihnen nur rathen, die Gehälter nicht zu beschneiden. Die Geschichte führt nur zu Zwistigkeiten. Wir leben in einer Zeit, wo wir diese nicht brauchen können. Wir brauchen Einigkeit!

Caspar-Steglitz: Die Rede Bebel's erweckte den Eindruck, als meine er, daß die Redaktionen der Parteiblätter von Redakteuren entblößt würden, wenn ein Maximalgehalt auf 3000 Mark festgestellt würde. Das glaube ich nicht. Außerdem verdienen die Redakteure ja auch noch in ihrer freien Zeit durch Nebenarbeiten. Wir wollen keine Leute haben, die es nur des Geldes wegen thun. Redner bedauert, daß Bebel seine Ausführungen gegen Legien mit den Worten geschlossen habe: Mephisto, ich kenne Dich!

Lesche-Altona hätte gewünscht, daß die Kontroleure schon früher mitgetheilt hätten, daß Auer ein Extragehalt von 125 M. monatlich bezieht. Mit der Uebernahme der Buchhandlung durch Fischer ist Redner einverstanden. Die Gehaltsfrage ist nach dem Grundsatze zu erwägen, daß das Interesse der Partei entscheidend ist. Mit tüchtigen Genossen am rechten Platz ist uns am meisten gedient; wolle man schablonisiren, so dürfe man Liebknecht nicht ausschließen. Das sei ein Widerspruch im Antrag der Berliner, die nun endlich eingesehen

hätten, daß Liebknecht's Gehalt nicht zu schmälern sei. Wie viel Akademiker seien denn überhaupt vorhanden, die ein höheres Gehalt als 3000 M. in der Partei beziehen? Die jetzigen Gehälter müssen beibehalten werden, so treibe man die Befähigten aus den Redaktionstretmühlen heraus und in eine freie literarische Thätigkeit hinein. Legien's Logik sei eigenthümlich gewesen, ein Ableger der fatalistischen Ansicht, die mit dem Begriff Entwicklung spiele. Wenn er meine, der Sozialismus sei eine Naturnothwendigkeit, da käme es auf die einzelnen Personen nicht an. Es kommt aber auf die einzelnen Personen an, da helfen keine moralischen Redensarten. Wir müssen die Arbeit nach den Herstellungskosten bezahlen. Bei der geistigen Arbeit kommt das angesammelte geistige Bildungskapital in Betracht bei der Entlohnung. Unter dem Eindruck der gewaltigen Entwicklung unserer Partei, des Kampfes, in dem wir stehen, der Nothwendigkeit, in diesem Kampfe die besten Männer am richtigen Platze zu haben, müssen wir zustimmen, daß es bei den Gehältern beim alten bleibt! (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Mittag-Halle begründet und Kiesel-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Peus-Dessau: Obwohl ich Parteibeamter und Akademiker bin, hoffe ich doch, daß Sie mich unbefangen anhören werden: es ist zwar gut, wenn dann und wann die Arbeiter den Akademikern ins Gew ssen reden, damit diese sich nicht überheben, was thatsächlich vorkommt, besonders bei solchen, die sich noch nicht gehäutet haben, aber man darf die Sache auch nicht übertreiben. In der Diskussion ist die praktische Frage mit dem Prinzip des Sozialismus vermischt worden. In Wirklichkeit kommt aber nur die praktische Frage in Betracht. Von diesem Gesichtspunkt würde es sich aber wohl empfehlen, lieber die Grenze nach unten als nach oben zu normiren. Man spitze doch den Gegensatz zwischen Arbeitern und Akademikern nicht so zu, die Wissenschaft und die Arbeiter gehören zusammen. Wenn man den Akademikern den Vorwurf macht, daß sie sich unter dem Sozialistengesetz zurückgezogen haben, so vergißt man dabei, daß unter dem Sozialistengesetz in erster Linie die Akademiker ihre Arbeit verloren haben. Auch der einfache Arbeiter nimmt ja Rücksicht auf seine Existenz, außerdem mag ja auch stellenweise ein gewisser Mangel an Muth mitgesprochen haben, denn die geistige Arbeit entnervt. Jetzt aber wächst die Partei, es wächst das Bedürfniß nach Intelligenzen; kein Wunder, daß sich mehr Akademiker jetzt in der Partei finden. Es wäre gut, wenn wir noch mehr bezahlen könnten, denn die meisten Akademiker setzen ihre ganze Existenz aufs Spiel, wenn sie sich der Partei anschließen, sie haben mehr zu verlieren als die Arbeiter. Will man sich auf den Standpunkt stellen, daß so schrecklich viele Arbeiter so wenig verdienen, so sind allerdings auch 2000 Mark Maximalgehalt viel zu viel. Aber unsere Aufgabe muß es doch sein, uns unsere Intelligenzen zu erhalten. Warum stehen die schlecht bezahlten Arbeiter nicht in der ersten Reihe? Weil sie bei ihrer schlechten Lebenshaltung auch geistig nicht leistungsfähig genug sind. Liebknecht will man aus diesem Grunde bedingungslos die 7200 Mark bewilligen, das ist denn doch ein offenbarer Widerspruch in den Berliner Anträgen. Man gebe den Kontroleuren das Recht, in Gehaltsfragen ein Wort mitzusprechen.

Neumann-Elberfeld: Den gegen die Gründung von Kopfblättern erhobenen Vorwurf muß ich zurückweisen. Die lokalen Verhältnisse machen den npf gegen die Lokalblätter geradezu zur Nothwendigkeit. Was die Frage Gehälter anbetrifft, so sollen die Berliner sich doch nicht einbilden, sie den auf einer höheren Warte und könnten auf alles in der Provinz herab- en. Man sehe doch nicht immer auf die Leute, die weniger verdienen, dern auf die, die mehr als 3000 M. verdienen. Nur mit diesen sind die tigen Arbeiter zu vergleichen, weil wir uns noch nicht im „Zukunftsstaat" nden. Unter Umständen kann man es einem Parteibeamten nicht verübeln,

wenn er sein Amt gegen eine besser bezahlte Stellung aufgiebt, er kann dort vielleicht für die Partei mehr leisten als in der schlecht bezahlten Stelle, die ihn geistig ruinirt. Wenn man die Gehälter normiren will, so normire man die Gehälter der schlechtest bezahlten Beamten, man sei doch nicht so ängstlich und knauserig in Geldsachen und poche immer auf den Idealismus. Auch Napoleon appellirte nicht blos an den Patriotismus, sondern stellte auch materielle Vortheile in Aussicht; was für Napoleon gilt, muß auch für uns gelten, die wir als Kampfpartei Tag für Tag mit unseren Gegnern Kopf an Kopf zu kämpfen haben.

Herbert-Stettin: Der Angriff Storch's hat doch wohl nur allgemeine Heiterkeit erregt, aber die Nörgeleien gegen die Parteibeamten gehören heute nun einmal zu den ständigen Vorkommnissen. Was die Gehaltsfrage anbetrifft, so möchte ich nur an die Bemerkungen der antisemitischen „Volksrundschau“ erinnern, die zu den Berliner Anträgen äußerte, daß die Anzapfungen nur von dem Undank der Arbeiter zeugten. Die gezahlten Gehälter bewegen sich weit unter der Grenze der bürgerlichen Gehälter, einigermaßen wenigstens müssen die Gehälter doch dem Marktwerthe der Arbeit entsprechen. Der Genosse Timm, der hier gegen die hohen Gehälter wettert, nimmt doch als Reporter des „Vorwärts“ denselben Satz für die Zeile wie die bürgerlichen Reporter. Herbert wendet sich sodann gegen den Angriff Ewald's über die Ausstattung des Parteibureaus, das hätte er zum mindesten doch schon vorbringen können, als er selber noch Kontroleur war. Luxus besteht in der „Vorwärts“-Redaktion nicht, nicht einmal ein ordentliches Sprechzimmer ist vorhanden. Wir können doch die Redakteure nicht in eine Scheune sperren. Bezüglich der Ueberarbeit Auer's macht es den Eindruck, als ob man Auer gegen den bösen Partei-Vorstand in Schutz nehmen müsse. Auer könne dem „Vorwärts“ garnichts nützen, wenn er nicht den ganzen Tag im Parteibureau sei, wenn er aber schon nothwendiger Weise mehr Arbeit leisten muß, dann muß man sie aber auch besser bezahlen. Was spielen dann auch 1000 Mk. für eine Rolle, nur der kleinliche Neid spricht gegen die höheren Löhne. (Singer unterbricht den Redner mit den Worten, daß es unzulässig sei, den Antragstellern einen derartigen Vorwurf zu machen.) Es ist dann angeregt worden, den Kontroleuren eine größere Machtbefugniß einzuräumen; wer sollte denn dann die Revisionsinstanz sein? Bei allen Ausgaben, die uns nicht klar geworden sind, haben wir ohnedies unsere Monita angebracht. Wenn man von den hohen Gehältern bei uns spricht, so blicke man nur einmal nach England, wo bei den Trades Unions-Vertrauensposten 4000 Mk. ein Minimalgehalt ist, einzelne sich aber auf 10 000 Mk. stehen; wer von uns kann denn, wie die 30 englischen Bergarbeiter am Berliner Kongreß, in den theuersten Hotels wohnen? Laden wir doch nicht den Vorwurf der Kleinigkeitskrämerei und des kleinlichen Neides auf uns. Freuen wir uns vielmehr, daß wir solche Gehälter zahlen können.

Dr. David-Friedberg: Ich bin ein sogenannter Rekrut und ein Akademiker dazu und hätte nicht den Muth gefunden, hier zu dieser Frage zu sprechen, wenn ihn mir nicht die beiden Gypsfiguren — auf die Büsten Lassalle's und Marx's deutend — gegeben hätten. Das waren ja auch Akademiker, und sie haben wohl auch nicht gerade ganz ihre Schuldigkeit zu thun vergessen. Die Berliner Genossen nehmen für ihren Antrag das Prinzip des Sozialismu in Anspruch. Mit Unrecht! Wenn wir die Prinzipien einer zukünftigen Ge sellschaft heute anwenden wollen, dann müssen wir die Arbeit gerecht entlohnen so daß sie eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Nimmt der Berline Antrag darauf und auf die besonderen Verhältnisse der Einzelnen Rücksicht Nein. Mit 3000 Mk. kann ein Junggeselle sehr gut leben, ein Mann m kleiner Familie schon unbequemer, ein Mann mit großer Familie müßte si

schon sehr einschränken und darauf verzichten, seinen Kindern dieselbe Ausbildung zu verschaffen, die er erhalten hat; eine derartige Schablonisirung würde unserem Prinzip ins Gesicht schlagen, weil sie dem Einen erlauben zu schlemmen, den Anderen zum Darben verurtheilt. Der Akademiker, der gebildete Arbeiter, hat eine Menge von Arbeitsmitteln nöthig, die viel Geld kosten. Er braucht eine Bibliothek, er braucht eine Arbeitsstätte. Wenn die Gegner in der Agitation uns mit den hohen Gehältern unserer Angestellten entgegentraten, habe ich mich immer über ihre Dummheit gefreut. Ich brauchte die Bauern ja nur zu fragen, was bekommt der Oberförster, der Pfarrer, der Richter? Welche Partei kann sagen, unsere Führer thun es umsonst? Sie sind alle besser bezahlt als die unsrigen. Gewundert habe ich mich, daß hier von den Arbeitergroschen geredet wurde, von denen unsere Führer leben. Also der Pfarrer, der Richter 2c. lebt nicht von Arbeitergroschen? Denen fällt es wohl vom Himmel? Der Vorwurf mit den Arbeitergroschen ist geradezu einfältig. Wir brauchen gewiß den Idealismus der Akademiker. Locken wir sie etwa durch hohe Gehälter an? Die Gehälter, die sie bei uns erhalten, sind ja viel niedriger, als sie sie erzielen würden, wenn sie in ihrer Karriere geblieben wären. Unsere Akademiker schießen also in der That sehr beträchtliche materielle Groschen in die Bewegung ein, und da sie auch Arbeiter sind, sind es auch Arbeitergroschen, die sie hergeben. Wenn so ein Akademiker auf die fetten Posten der Sozialdemokratie spekulirt, der Kerl müßte in der That Tinte gesoffen haben. (Heiterkeit.) Dafür muß freilich gesorgt werden, daß auch Arbeiter sich ihre journalistischen Sporen verdienen können, daß auch die Autodidakten vorwärts kommen. Mir war die Debatte nicht unangenehm. Sie widerlegt am gründlichsten das immer noch spukende Zehnmillionen-Märchen. Für uns aber bedeutet sie nur Gekräusel an der Oberfläche. Die Akademiker müssen ja doch, wenn sie zu uns kommen, die alte Haut abstreifen und eine neue sich anlegen und wäre es auch nur ein dickes Fell! (Große Heiterkeit.) Denn diese Debatte jedes Jahr zu ertragen, dazu gehört auch Idealismus. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest hierauf ein Telegramm aus Belgien über den Wahlausfall. Die Wahl von 33 Sozialdemokraten wird mit stürmischem Beifall, die von 15 Liberalen mit Gelächter begrüßt. — Auf Vorschlag Singer's beschließt der Kongreß, in einem Telegramm die belgischen Genossen zu beglückwünschen.

Ein Schlußantrag, den **Grillenberger** stellt, Frau **Ihrer** bekämpft, wird als abgelehnt betrachtet, da die Abstimmung zweifelhaft bleibt.

Th. v. Wächter-Essen tritt für den Antrag des Parteigenossen L. Marx in Essen ein: Den ärmeren Genossen müsse dasselbe Recht eingeräumt werden, wie den reicheren Organisationen. Die Gehaltsfrage darf nicht von der Gesichtsfrage aus betrachtet werden, als sei das Gehalt eine Belohnung für den Redakteur. Die Redakteure müssen, um in Fühlung mit der Bourgeoisie zu bleiben, auch die nothwendige Ausstattung erhalten.

Hué-Essen schließt sich diesen Ausführungen an. Mit der Person Dr. Lütgenau's sind die Dortmunder, soweit sein theoretisches Wissen in Frage [illegible] me, außerordentlich zufrieden, weniger mit seiner Taktik. Der geistige Leiter [illegible] s Parteiorgans muß mit der Gegend vertraut sein. Leute aus anderer [illegible] gend sind in Westfalen überhaupt schwer zu brauchen. Es ist vom taktischen [illegible] vom demokratischen Standpunkt richtig, wenn man die Redakteure von den [illegible] nossen wählen läßt. Gegenüber David's Ausführungen erinnert er an das [illegible] n „Vorwärts" und den andern Parteiblättern immer wieder als vorhanden [illegible] statirte „gebildete Proletariat", das also doch keine besseren Chancen aus-[illegible] age, wenn es aus anderer Sphäre zur sozialdemokratischen Partei übergehe.

Berichtigend theilt Gerisch hierauf mit, daß der Vorstand deshalb den Redakteur des Dortmunder Organs angestellt habe, weil er meinte, daß er, der die Verantwortung trage, auch in der Leitung ein Wörtchen mitsprechen müsse. Früher habe der Vorstand in Dortmund Geld in ein bodenloses Faß geworfen, jetzt nach der Neuregelung konnte bereits etwas zurückgezahlt werden. Redner ist überzeugt, daß welchen Redakteur auch immer der Vorstand nach Dortmund geschickt hätte, dieser doch dem einen oder anderen Parteigenossen nicht gefallen hätte. Was die Redakteurwahl aber im Allgemeinen betreffe, so fragten ja die Parteigenossen immer erst bei der Parteileitung an, ehe sie einen Redakteur anstellten.

Bömmelburg-Hamburg: Die Genossen begreifen gar nicht, wie man im Stande ist, 6—7000 Mark jährlich auszugeben. Die Antipathie gegen die hohen Gehälter ist sehr stark; werden die Gehälter beschnitten und die Redakteure verlassen die Partei, dann ist es der beste Beweis, daß diese Männer es nicht ehrlich mit der Partei gemeint haben. Fischer hat ja mit 3000 Mark seine Familie ernährt, warum soll er nun plötzlich 1000 Mark mehr brauchen. Liebknecht's Ausnahmestellung wäre eine Ungerechtigkeit, Schoenlank sei ein junger kräftiger Mann und könne mit weniger auskommen. Auch mit der Bezahlung des Kassirers des Hamburger Parteigeschäftes, Gramm, mit 3600 M. sei man in Hamburg unzufrieden. Redner schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, sonst werde die Opposition immer wiederkehren.

Ein von Krohn gestellter Schlußantrag, den Sonnenburg bekämpft, wird wiederum abgelehnt.

Weniger-Harburg findet die Stellung eines Redakteurs, der mit einem Fuße immer im Gefängniß stehe, nicht so angenehm, wie sie hier geschildert wurde. Die Gehälter dürften aber auch nicht mehr steigen. 4000 Mark seien die richtige Grenze.

Metzner-Berlin: Einzelne faßten die Berliner Anträge auf als ein Mißtrauensvotum gegen die Akademiker; Bebel meinte, daß die Besprechung der Gehaltsfrage uns nicht zu unserem Ruhme beschäftigt habe. Die Anträge der Berliner sind lediglich ein Ausfluß der Mißstimmung in den weitesten Kreisen. Wir leiden unter einer chronischen Krise, an die Opferwilligkeit der Genossen werden immer höhere Ansprüche gestellt; kein Wunder, daß man dann auch an die Opferwilligkeit unserer Redakteure und Beamten Ansprüche stellt, daß man zunächst deren Gehälter beschneiden wolle. Wir müssen doch der allgemeinen Stimmung Ausdruck geben, die nicht blos in Berlin, sondern auch in Hamburg und bis hinauf nach Spremberg zum Vorschein gekommen ist. Diese Mißstimmung hat ihre Berechtigung und deshalb müssen wir der Erhöhung der Gehälter Einhalt thun. Die persönliche Mißstimmung gegen Fischer in Berlin ist die Ursache des gegen den Leiter der Partei-Buchhandlung gerichteten Antrages. Ich komme zu dem Schluß, daß ein Maximalgehalt von etwa 4000 Mark festgesetzt werden müsse. Wenn nach Peus' Vorschlag auch ein Minimalgehalt festgesetzt werden soll, so weiß ich zwar nicht, wie weit diese Forderung begründet ist; die Genossen unseres Kreises würden jedenfalls dieser Forderung nicht entgegentreten. Was die Diätenfrage anbetrifft, so meine ich, daß Parteibeamte mit 4000 Mark Einkommen, die nicht außerhalb Berlins wohnen, auf Diäten zu verzichten haben.

Hofrichter stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, der Schrader bekämpft wird. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Ein von Arthur Hoffmann gestellter Antrag, fortan neu anzustell[e] Parteibeamte nur unter Zustimmung des Parteitages höher als mit 3000 M[ark] zu besolden, wird nicht genügend unterstützt. Frohme schaltet für die bev[or]stehende Hauptabstimmung über die Parteibeamtengehälter ein, daß die Berli[ner] Anträge sich nur auf Berlin bezögen, nicht aber etwa auch auf Leipziger o[der]

sonstwelche Blätter, die ihre Angelegenheiten allein regeln. Es folgt eine Anzahl persönlicher Bemerkungen.

Kramer-Darmstadt erwähnt, daß die 200-Mark-Angelegenheit im Fall Müller von Jöst-Mainz geregelt worden sei, der auch schon einer Volksversammlung völlige Rechenschaft darüber gegeben habe.

Storch erklärt, er habe Herbert-Stettin nicht für abgenützt erklären wollen.

Legien: Genosse Bebel hat es für nothwendig gehalten, mich in einer Weise persönlich anzuzapfen, wie es in Parteikreisen sonst nicht üblich ist. Er hat mir nachgesagt, daß ich die Rolle des Mephisto spiele, d. h. daß ich nicht nach meiner Ueberzeugung rede und handle; ich trete hier nur für meine Ueberzeugung ein, gerade so gut wie Bebel für die seine; ich wenigstens halte es nicht für angänglich, Jemandem Motive zu unterschieben, die mich nicht selbst leiten. Bezüglich des Honorars vom Zentralblatt möchte ich bemerken, daß es bisher nicht Praxis war, das literarische Einkommen eines Genossen von parteiwegen einer Kontrole zu unterwerfen. Sollte es aber im Interesse der Partei liegen, so bin ich gern erbötig, zu Gunsten dieser auf die 38 Mark Honorar vom Zentralblatt zu verzichten. Gewöhnen wir es uns doch endlich ab, was bisher nur ein Vorrecht des Partei-Vorstandes zu sein scheint, in der heut gehörten Weise persönliche Momente in die sachlichen Verhandlungen hineinzutragen.

Bebel: Es ist mir nicht eingefallen, die Ueberzeugungstreue Legien's anzuzweifeln. Auch habe ich nicht verlangt, daß er auf das Honorar vom Zentralblatt Verzicht leistet, ich habe nichts dagegen, wenn er auch noch dreimal mehr verdient. Den Ausdruck Mephisto habe ich nur in bezug auf die Rolle gebraucht, die Legien hier bei seiner Stellung zum Zentralblatt spielt, und in dieser Hinsicht halte ich den Ausdruck aufrecht. (Bewegung: Legien ruft dazwischen: „Sehr angenehm. Dann werden Sie mir gestatten, Ihnen ein andermal etwas anderes zu sagen." Bebel: Das können Sie ja. Glocke des Vorsitzenden.)

Gerisch: Von Timm ist monirt worden, daß den Angestellten der Expedition die Möglichkeit abgeschnitten wurde, Annoncen zu akquiriren. Wir waren im Interesse der Kontrole zu dieser Maßregel gezwungen. Gute Parteigenossen, die arbeitslos geworden, sind übrigens noch lange keine guten Annoncen-Akquisiteure. Was Legien betreffs der polnischen Bewegung monirte, ist unzutreffend. Die Polen haben sich ihre eigene Organisation gegeben. Wir können also darüber nicht berichten. Wir haben die polnische Bewegung auch durchaus nicht vernachlässigt. Im Gegentheil, wir haben ihnen ganz bedeutende Summen zur Verfügung gestellt. — Da wir trotz Genosse Helbing noch kein Rezept dazu haben, guten Genossen Talent einzuflößen, so müssen wir eben die Talente hernehmen, wo wir sie herbekommen, und müssen sie dann auch entsprechend bezahlen. Die Provinz war es, die mit den Gehaltserhöhungen vorangegangen war. Wenn Leipzig 6000 M. zahlt, Köln 5500 M., so müssen wir doch wenigstens einigermaßen folgen, um uns nicht die besten Kräfte wegschnappen zu lassen. Was nun die thatsächlich gezahlten Redaktionsgehälter am „Vorwärts" anbetrifft, so wird gezahlt an den ersten politischen Redakteur 7200, an den zweiten politischen Redakteur 4200, den Lokalredakteur 3300, für einen zweiten [illegible]alredakteur 3000, für den Vereinsredakteur 2700, für den Redakteur des [illegible]meinen Theils 2400, für die juristische Briefkasten- und Sprechstunden[illegible]rbeit 2160, für einen anderen Mitarbeiter 1450. Die Gehälter der Partei[illegible]andlung belaufen sich für den Leiter auf 4000, für den Buchhalter 2640, [illegible]wei weitere Angestellte 2040 und 1800, für die jüngsten Kräfte 1080, für [illegible]ausdiener 1410 M. Das seien doch wirklich keine Luxusgehälter.

Sie sehen also selbst, daß mehr nicht gut gespart werden kann. Die [illegible], daß die akademischen Elemente die Arbeiter allmälig verdrängen,

kann ich auf Grund der Thatsachen widerlegen. In dreiundsiebzig Zeitungen und einer wissenschaftlichen Revue sind gerade zwölf Akademiker angestellt. Ist das zu viel? Metzner ist auf die Angelegenheit Fischer nochmals eingegangen. Ich muß deshalb nochmals erklären, daß in Folge eines rein äußerlichen Zusammentreffens Dinge gemuthmaßt worden sind, die gar keinen inneren Zusammenhang haben. Fischer's Gehalt hat übrigens die Höhe seines früheren Einkommens nicht überschritten, da er nunmehr auf alle Nebenarbeiten verzichten muß, um alle Kräfte der Buchhandlung zu widmen. Schreiben Sie die Stelle morgen aus, so werden Sie gezwungen sein, 4000 Mk. und mehr zu zahlen, wenn Sie Leute erhalten wollen, die dasselbe leisten wie Fischer. Bisher haben wir die Grenzen an keiner Stelle überschritten, die uns durch die Verhältnisse gezogen sind. Ich ersuche Sie deshalb, die Anträge der Berliner abzulehnen.

Zur Geschäftsführung beantragt Heine-Ottensen, dem Bureau aufzugeben, den Ausdruck „Mephisto" als unzulässig zu bezeichnen.

Singer erklärt, den Ausdruck im Trubel nicht gehört zu haben; er würde ihn sonst gerügt haben.

Stadthagen bittet den Antrag abzulehnen. Jedes Wort brauche nicht auf die Goldwaage gelegt zu werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meister verzichtet auf das Schlußwort.

Es erfolgt die Abstimmung. Decharge wird auf Antrag der Kontroleure dem Vorstand einstimmig ertheilt.

Der Kongreß beschließt sodann, daß die Mitglieder der Fraktion bei der Abstimmung über die heute berathenen Anträge mitzustimmen berechtigt sind, während die Mitglieder der Parteileitung, wozu auch die Kontroleure gehören, an der Abstimmung nicht theilnehmen.

Antrag 18 wird in seinen Theilen a, b, c abgelehnt.

Antrag 19 abgelehnt, ebenso Antrag 20, 21, 22.

Antrag 23 wird angenommen, Singer bemerkt hierbei, daß der Inhalt des Antrages auch bisher stets erfüllt worden sei.

Antrag 24 wird abgelehnt.

Antrag 25 hatte nicht genügende Unterstützung gefunden.

Antrag 26 wird mit großer Majorität angenommen.

Antrag 27 wird abgelehnt.

Zu Protokoll wird bezüglich des Antrages 26 von Auer erklärt, daß der Antrag nur als ein Wunsch betrachtet werden könne, da der Vorstand keine Exekutive besitzen, um ihn zur Durchführung zu bringen.

Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Hierauf erstattet Frau Zetkin namens der Mandatprüfungs-Kommission Bericht: Anwesend sind 222 Delegirte mit 268 Mandaten, darunter befinden sich 9 weibliche Delegirte. Gegen die sozialistische Frauenbewegung werde in vielen deutschen Herrgottsvaterländchen in rigorosester Weise von der Polizei mit aller Schneidigkeit, von den Juristen mit salomonischer Spitzfindigkeit vorgegangen; auch der Ministerpräsident von Preußen, Graf Eulenburg, wende den deutschen Arbeiterinnen seine schmeichelhafte Aufmerksamkeit zu. Die Wahl von 9 weiblichen Delegirten sei die Versicherung fernerer Entwickl[illegible] der Bewegung. Die Mandate von 8 Delegirten waren beanstandet, und zw[illegible] die der Genossen Bruckner, Schleicher, Emmel aus Elsaß-Lothringen, Müll[illegible] Cramer und Friedrich aus Darmstadt, Streune aus Lunzenau und Krohn a[illegible] dem ersten badischen Wahlkreise. Die Kommission beantragt, die Mandate f[illegible] giltig zu erklären, für ungiltig dagegen das nicht beanstandete Mandat Sp[illegible] aus Bessungen, weil die Versammlung, die diese Wahl vornahm, nicht v[illegible]

Vertrauensmann des Wahlkreises einberufen war. Im Auftrage der Kommission fügt die Referentin noch hinzu: Die Wahlvereine müssen sich hüten, an uns mit Protesten heranzutreten, weil die Reaktion nach Material sucht, uns die Vereine aufzulösen; außerdem haben wir bemerkt, daß viele Mandate von Provinzkonferenzen ertheilt worden, dadurch wird, was sie nicht sein sollte, die Wahl der Delegirten eine indirekte. Hierauf möchten wir die Aufmerksamkeit des Partei-Vorstandes lenken.

Die Abstimmung erklärt alle Mandate bis auf das Sparr's für giltig.

Sparr schildert die Differenzen innerhalb der Partei in Darmstadt-Bessungen, die durch verschiedene eigenmächtige Handlungen der Gen. Kramer und Müller hervorgerufen seien. Bessungen werde vernachlässigt und habe sich daher selbständig organisirt. Das sei nothwendig, denn schon ständen Andere hinter uns, die unser Erbe antreten wollten. Timm-Berlin spricht gegen die Giltigkeit des Sparr'schen Mandat's; Prinz-Frankfurt und Klement-Kaiserslautern sprechen für Sparr; man dürfe die Parteigenossen der Landgemeinden nicht zurücksetzen. Frau Zetkin warnt den Parteitag, einen Präzedenzfall zu schaffen, auf Grund dessen man fernerhin mit Protesten und Delegirten einzelner Organisationen überschwemmt werden könnte. Sparr's Mandat wird daraufhin mit knapper Mehrheit annullirt.

Zum Schluß der Nachmittagssitzung giebt Singer verschiedene Begrüßungen bekannt, die eingelaufen sind, darunter solche von den polnischen Sozialisten Londons und von Engels, Luise Kautsky und Eleonore Marx-Aveling.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 23. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Schwarz-Lübeck.

Schwarz-Lübeck eröffnet die Sitzung mit der Verlesung der eingelaufenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme. Genosse Dr. Viktor Adler ist aus Wien eingetroffen und erhält das Wort zu einer Ansprache.

Dr. Viktor Adler: Ich habe den Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Arbeiterschaft zu begrüßen. Es ist Ihnen nichts Neues, uns Oesterreicher auf ihren Kongressen zu sehen, sowie Sie Vertreter auf unsere Parteitage entsandt haben. Es ist eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenkommen, und eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenhalten, jetzt mehr denn je. Wir befinden uns in Oesterreich in diesem Augenblick in einer der schwierigsten Lagen, in der sich eine junge sozialdemokratische Partei überhaupt befinden kann. Was sich in Deutschland nur unausgesprochen abspielt, die Vereinigung aller reaktionären Elemente gegen die Sozialdemokratie, das ist in Oesterreich offen und unvemäntelt geschehen. Zynisch ist die heutige österreichische Regierung begründet worden auf der Vereinigung aller reaktionären Elemente mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Vorrechte der Besitzenden gegen die Ansprüche der Besitzlosen zu vertheidigen. Die heutige österreichische Regierung mit ihrer Majorität im Parlamente hat uns Sozialdemokraten die Ehre er-w… , daß sie die Bekämpfung unserer Partei als eine ihrer ersten Aufgaben b… chnet. Die österreichische Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren einen sc… eren Kampf um das Wahlrecht geführt. Sie wissen gar nicht, wie wohl es … Ihnen in Deutschland ist. (Heiterkeit.) Sie haben eine Waffe zum Gegen-st… wenn Sie bedrückt werden, Sie haben das Wahlrecht. Wir aber sind w… os; Sie haben diese Waffe nur zu gebrauchen, wir sollen sie uns erst er… mpfen. Aber es geht vorwärts bei uns, und gerade in der letzten Zeit h… mir den Beweis geliefert, daß es allein die Sozialdemokratie ist, die

diesen Polizei- und Zopfstaat vorwärts treibt. Die alte Verfassung galt bis vor einem Jahre als unangreifbar. Man hat gelacht, daß wir das allgemeine Wahlrecht verlangen, heute ist es anders geworden. Wie vor $1^1/_2$ Jahren Niemand da war, der an das allgemeine Wahlrecht überhaupt gedacht hat, so ist jetzt in Oesterreich kein Mensch vorhanden, bis zum Minister, bis zum Monarchen hinauf, der nicht überzeugt ist, daß die alte Verfassung unhaltbar geworden ist, daß Oesterreich nicht zur Ruhe kommen kann, bis die Arbeiterklasse das Wahlrecht erhalten hat. Leicht wird uns aber deshalb die Sache doch nicht gemacht werden, man sucht die Reform hinauszuschieben, und in der vorigen Woche hat man uns von Polizei wegen zeigen wollen, daß man über den Säbel verfügt. Das war uns nichts Neues, neu war uns nur, daß es ein Ueberfall von rückwärts war, ein Ueberfall ohne jede Veranlassung, wie in Berlin im Januar, nur mit dem Unterschiede, daß man in Berlin Schläuche, in Wien Säbel hatte. Wenn die österreichische Regierung aber glauben sollte, daß die österreichischen Arbeiter vor dem Säbel zurückweichen werden, so irrt sie sich. Die Wahlrechtsbewegung wird von uns mit äußerster Konsequenz durchgeführt werden, ob der Säbel auch haut und die Flinte schießt. Sie muß durchgeführt werden, weil sie eine Lebensfrage für Oesterreich ist, weil sie die Frage ist, ob das österreichische Volk sich vernünftig entwickeln kann, ob in Oesterreich die Möglichkeit für eine europäische Politik vorhanden ist. Nun, die Säbel, die die Regierung gegen uns schwingen ließen, haben sie selbst empfindlich in die Finger geschnitten. Schon in den nächsten Tagen war sie gezwungen, in der Wahlrechtsfrage einen Schritt weiter zu gehen. Es wird in den nächsten Wochen vielleicht etwas ruhiger bei uns werden. Die Regierung will uns glauben machen, sie berathe über die Wahlreform, und wir werden ihr nicht den Vorwand geben, wir hätten sie in dieser Berathung gestört. Aber lassen Sie sich dadurch nicht beirren, diese Ruhe wird aufgegeben, sobald wir sehen, daß die Regierung ihr Wort nicht erfüllt. Sie hat den Willen, uns am Narrenseil zu führen, aber wir werden uns nicht führen lassen. Genossen! Ich ersuche Sie um Ihre Sympathie für unsere Bewegung! Wir brauchen die internationale Solidarität mehr als je, wir sind in schwieriger Lage. Ihren Berathungen wünschen wir den besten Erfolg. Wir wissen, daß Sie auch für uns arbeiten und so schließe ich mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch!

Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen und stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein.

Von einer Magdeburger Volksversammlung ist eine Resolution eingegangen, welche der Haltung der „Volksstimme“ in dem Streitfalle Bock ein Vertrauensvotum, Genossen Bock aber einen Tadel ausspricht.

Zur Geschäftsordnung beantragt Bebel, die Resolution durch einfache Kenntnißnahme zu erledigen.

Singer: Da eine Reihe ähnlicher Resolutionen und Beschwerden eingegangen ist, schlage ich die Konstituirung einer Kommission vor, die das eingegangene Material prüfen und über dasselbe dann berichten soll.

Schmidt-Magdeburg protestirt dagegen, die Angelegenheit Bock-„Volksstimme“ der Oeffentlichkeit vorzuenthalten.

Rüdt wünscht, daß auch seine Angelegenheit öffentlich verhandelt we[illegible], er sei öffentlich angegriffen worden, er müsse also auch Gelegenheit haben, [illegible] öffentlich zu vertheidigen.

In demselben Sinne spricht Bock-Gotha: Obwohl nach seiner Mein[illegible] die Burger Angelegenheit vor dem einzig zuständigen Forum, dem Schuhmac[illegible]-Kongreß, erledigt worden ist.

Der Parteitag beschließt im Sinne des Singer'schen Antrages die [illegible]setzung einer Kommission von neun Mitgliedern.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: **„Bericht über die parlamentarische Thätigkeit".**

Zur Tagesordnung ist eine Reihe von Resolutionen eingelaufen, die mit Punkt 3 verbunden werden.

Zur Diskussion stehen neben dem gedruckten Bericht die Anträge 80 bis 100 der Vorlage:

Antrag 92 erhält folgende verbesserte Fassung: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die einzelnen Forderungen im zweiten Theile unseres Parteiprogramms in geeigneter Weise in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese je nach Lage der Verhältnisse dem Reichstage vorzulegen."

Das Wort erhält der Berichterstatter Fischer: Er erklärt, daß er nur wiederholen könnte, was er bereits in dem gedruckten Berichte vorgelegt habe, wenn er bereits jetzt auf die parlamentarische Thätigkeit eingehen wollte; ebenso halte er es für unrichtig, auf die eingelaufenen Anträge einzugehen, ehe sie begründet sind. Er verzichte deshalb für jetzt auf das Wort.

Timm schlägt vor, eine Reihe von Anträgen (70—76), die sich auf die Taktik beziehen, vor allem die auf die Thätigkeit der Landtagsfraktionen sich beziehenden, mit den Debatten über den Parlamentarismus zu verbinden, dagegen die sich auf die Verhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter beziehenden Anträge (80b, 90, 91_1, 99, 100) mit den Verhandlungen über die Agrarfrage zu verknüpfen.

Vollmar erklärt sich damit im Wesentlichen einverstanden, weil die bayerische Angelegenheit erledigt werden müßte, solange noch die Genossen frisch sind, und da außerdem der „Haupt-Opferstier" Grillenberger am Donnerstag zur Wahrnehmung eines Gerichtstermines den Parteitag verlassen müsse.

Singer schlägt vor, die bayerische Angelegenheit zwar getrennt von den übrigen Anträgen, aber im Anschluß daran zu behandeln.

In diesem Sinne wird beschlossen; ebenso wird der Antrag Timm angenommen. Nach dem Antrage Geck wird von den auf das Verhalten der badischen Landtagsfraktion bezüglichen Anträgen (67, 68_1, 68_2) 67 der Kommission überwiesen, 68_1 soll im Plenum verhandelt werden, 68_2, weil noch nicht spruchreif, der badischen Landesorganisation überwiesen werden.

Den Antrag 80a begründet Prinz-Frankfurt.

Der Antrag 81 wird von Timm-Berlin begründet: Die Sozialstatistik liegt so sehr im Argen, daß hier ein kleiner Anstoß noth thut. Auch mit der Vernachlässigung der Frau, diesem alten Zopf, muß aufgeräumt werden.

Der Antrag der Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (82) wird von Mattutat-Berlin begründet.

Vogt begründet den Antrag der Parteigenossen in Werdau (83).

Mattutat begründet den Antrag der Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (86).

Elm spricht zu dem Antrage der Parteigenossen in Ottensen (87).

Bonitz (17. sächs. Wahlkreis) begründet den Antrag der Parteigenossen seines Wahlkreises (88).

Stadthagen begründet den Antrag der Parteigenossen in Nieder-Barnim (91, Abs. 2, 3). Die Annahme der Anträge würde uns vor Allem der Landtags-Agitation nützen, weil die Landbevölkerung außerordentlich er der Unverantwortlichkeit der Beamten zu leiden habe.

Neumann begründet den Antrag der Parteigenossen in Essen und erfeld (92).

v. Döringk spricht für den Antrag 93.

Den Antrag 94 begründet Metzner, indem er unter Anderem auf die usewetterei hinweist. Der Zweck des Antrages sei, vor den gesetzgeberischen toren gewisse Auslegungskünste an den Pranger zu stellen.

Der Antrag (95) der Parteigenossen des Saarreviers wird von Emmel-Saarbrücken begründet. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß andere Fraktionen nicht mit ihren Anträgen denen unserer Fraktion zuvorkommen und so ihre Besprechung verhindern. Die Interpellation über das Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die Bergmanns- oder Arbeiterkasinos, deren Drangsalirung und Vernichtung der Redner schildert, soll Einspruch dagegen erheben, daß durch Polizeiverordnungen Reichsgesetze illusorisch gemacht werden.

Mittag-Halle beantragt: „Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Fraktion möge im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages“ stellen und begründet diesen Antrag. Es gehe nicht an, als Zeitpunkt für die Einführung des Arbeitstages von acht Stunden das Jahr 1898 festzusetzen, wie es die Fraktion in ihrem Entwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes thue. Das stehe im Widerspruch zu den am 1. Mai erhobenen Forderungen. Die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung habe den Achtstundentag für die städtischen Betriebe beantragt, da könne auch im Parlament vorgegangen werden.

Die Parteigenossen von Hamburg 3, Distrikt Barmbeck, beantragen durch Frau Meyer, die Fraktion aufzufordern, im Reichstage die Aufhebung des Impfzwanges zu fordern. Ostfeld-Hamburg giebt kurz die Begründung.

Die Genossen des 1. und die des 3. Hamburger Wahlkreises beantragen in zwei sich deckenden Anträgen, in Erwägung des Umstandes, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um den Arbeitern, die bei nicht zahlungsfähigen Unternehmern arbeiten, in allen Fällen ihren Lohn zu sichern, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn der Arbeiter sichergestellt wird. Bömmelburg begründet die Anträge; er schildert den Bauschwindel und die vorgeschobenen falschen Bauunternehmer. Die jetzigen Gesetze genügten nicht, den Arbeiter zu schützen; denn auch eine Verurtheilung des Unternehmers durch das Gewerbegericht reiche oft nicht aus, um dem Arbeiter zu seinem Gelde zu verhelfen. Wenn etwas Durchgreifendes erwirkt werden soll, müsse ein scharfer Schnitt in das Hypothekenrecht gemacht werden; selbst in der herrschenden Klasse bestehe jetzt ein Widerwille gegen den Bauschwindel, aber man denke in diesen Klassen zu wenig an die Arbeiter.

Von Genossen in Frankenhausen ist der Antrag eingegangen, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, im Reichstag eine Enquete über den Umfang der Arbeitslosigkeit anzuregen. Der Antrag wird gleichfalls zur Diskussion gestellt.

Die Generaldiskussion wird eröffnet, das Wort erhält

Fischer-Berlin: Aus der Form der meisten Anträge erhellt, daß die Antragsteller vielfach von einer falschen Voraussetzung über die faktische Stellung der Reichstagsfraktion ausgehen. Man will hier eine ganze Reihe von Wünschen der Fraktion mit dem Auftrage übergeben, sie rasch in Gesetzesformen zu kleiden, ohne dabei zu berücksichtigen, was die Fraktion überhaupt kann. Einmal ist die Aktionsfreiheit der Fraktion nach dieser Richtung im Reichstage sehr beschränkt, und dann kann es auch nicht ihre Aufgabe sein, die verschiedenen Forderungen in die juristische Form von Gesetzen zu kleid ,
ich verweise hier blos auf meine Ausführungen in dem Ihnen vorliegenden B-
richte S. 58/59; andererseits muß man doch auch berücksichtigen, daß die meis
Gesetzentwürfe gar keine Aussicht haben, zur zweiten und dritten Lesung o
gar zur Annahme zu gelangen. Allmälig hat sich bei verschiedenen Genos
eine vollständige Ueberschätzung dessen herausgebildet, was wir überhaupt he
im Parlamente erreichen können; da muß ein kleiner Dämpfer aufgesetzt werd .
Jedem Uebelstand des heutigen wirthschaftlichen Lebens soll sofort durch einen Ge-

entwurf entgegengetreten werden. Wenn wir Forderungen wie Arbeitslosenversicherung und dergl. oder den ganzen zweiten Theil unseres Programms heute vor den Reichstag in Gesetzesform zur Annahme bringen sollen, so fordern wir von den bürgerlichen Parteien die Beseitigung dessen, was die Existenzbedingung der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht. — Warum gehen Sie nicht gleich so weit und beauftragen die Fraktion, sie solle im Reichstage die Einführung des sozialistischen Staates beantragen? Sie glauben doch auch nicht, daß die Mehrzahl des Reichstages, die doch der bürgerlichen Gesellschaft angehört, sich so selbst aufheben würde! Mit solchen Anträgen belasten Sie die Fraktion mit Aufgaben, die sie nicht erfüllen kann, und nehmen dem Parteitag durch zwecklose Diskussionen kostbare Zeit weg. Das Schwergewicht unserer parlamentarischen Thätigkeit liegt nicht darin, mit Gesetzesentwürfen an die Regierung heranzutreten, sondern in der agitatorischen Seite. Wir müssen der Bourgeoisie und Regierung zeigen, einmal, was sie auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaft leisten könnten, wenn es ihnen mit den Redensarten von Sozialreform ernst wäre; wir müssen der herrschenden Gesellschaft aber auch zeigen, was sie alles nicht zu leisten vermag, warum sie es nicht erfüllen kann, warum sie unfähig ist, die inneren Widersprüche zu lösen, an denen sie zu Grunde gehen wird. Eine Anzahl der gestellten Anträge muß deshalb rundweg abgelehnt werden. Redner geht auf diese Anträge des Näheren ein. Andere Anträge hätten nicht gestellt werden können, wenn von Seiten der Antragsteller mehr berücksichtigt worden wäre, was die Fraktion thatsächlich geleistet hat. Wieder andere Antragsteller haben Forderungen gestellt, die aus der Kompetenz des Reichstages herausfallen und vor die Landesgesetzgebung gehören, so unter anderen der Antrag aus dem Saarrevier bezüglich der Arbeiterkasinos. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir auch im Reichstage an geeigneter Stelle auf solche Dinge eingehen, und man kann der Fraktion gewiß nicht den Vorwurf machen, daß dies nicht in ausreichendem Maße geschehen sei. Eine Reihe von Anträgen können sodann nur in der Form angenommen werden, daß sie der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, so alle Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, denn zum Theil ist das in diesen Anträgen Verlangte schon geschehen. Die Fraktion hat bereits in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Arbeitergesetzentwurf unter zweckentsprechenden Aenderungen im Reichstage wieder einzubringen. Bei den Anträgen aus Friedberg i. H. 80a und dem letzten der Genossen aus dem 1. Berliner Reichstagswahlkreise (100) vergessen die Antragsteller ganz die thatsächliche Lage der Verhältnisse. Wir sind uns alle klar darüber, daß die Armenunterstützung Niemanden des Wahlrechtes sollte berauben dürfen. Würden wir aber heute eine solche Forderung durchdrücken, so würden wir nur den Gegnern eine Freude bereiten. Für Ortsarme ist gerade so wie für Soldaten und Gefangene die Abhängigkeit von den Behörden so groß, daß die freie Wahl illusorisch gemacht und die Stimmabgabe systematisch gefälscht werden würde; wir würden also dadurch nur die Zahl der gegen uns abgegebenen Stimmen vermehren. Was die „richtige Auslegung der Gesetze" anbetrifft, so handelt es sich bei der ganzen Frage darum, wer überhaupt die Macht hat, Gesetze auszulegen. Die besten Gesetze werden in für uns ungünstiger Weise ausgelegt, weil die besitzende Klasse die [...]ht dazu hat, und die schlechtesten Gesetze wären wirkungslos, wenn wir [...]n Anwendung und Auslegung handhaben könnten. Ueberdies untersteht die [...]trole über die Handhabung und Auslegung der Gesetze zum größten Theil den [...]btagen. Wo sich aber Gelegenheit bietet, gehen wir ohnedies auf die offenbaren [...]htsbeugungen ein. Ich erinnere nur an die Besprechung der Rechtspraktiken [...]Sachsen. Einzelne Forderungen sodann, wie die Forderung der Hamburger, [...]en bereits durch die Novelle zur Konkursordnung ihre Erledigung gefunden, [...]wüßte nicht, in welcher Weise wir die Forderung bei der Schwierigkeit

der Materie erfolgversprechend formuliren sollten. Die Anträge 80a, 86, 89, 91, 92, 94, 95 bitte ich rundweg abzulehnen.

Krumm-Gießen tritt für die Anträge 82 und 86 ein, auch den Antrag 94 empfiehlt der Redner: So lange wir nicht alle politischen Vergehen vor den Disziplinargerichtshof zu Potsdam bringen können (Heiterkeit.), müssen wir dem Volke bei jeder Gelegenheit zeigen: so behandelt man uns und so behandelt man jene. Genosse Fischer beantragt ein summarisches Kopfabschlagen für unsere meisten Anträge. Wenn die Anträge der Fraktion im Reichstage auch abgelehnt werden, so wirken sie doch agitatorisch, und das ist und bleibt die Hauptsache. Das gilt besonders für Antrag 88, der das Invalidengesetz ändern will; gut wäre es doch, wenn verlangt werde, daß die Altersgrenze der Versicherung von 70 auf 55 herabgesetzt würde. Man solle auch die große Bewegung gegen das Impfgesetz sich nutzbar machen und die Impfgegner zur Partei herüberziehen. Schließlich dankte er der Fraktion für ihr Eintreten zu Gunsten der Postbeamten.

Neumann-Elberfeld vertritt den Antrag 92: Wir müssen den Gegner nicht nur angreifen, sondern zur Offensive schreiten. Das ist von besonderem Werth für die Agitation gegen das im Rheinland so mächtige Zentrum.

Emmel-Saarbrücken: Wenn wir dem Rathe Fischer's folgen würden, so brauchten wir überhaupt keine Anträge hier zu stellen, sondern müssen die Fraktion einfach handeln lassen, wie sie will. (Sehr richtig!) Dazu sind wir aber nicht da. Wir müssen der Fraktion hier die Direktiven geben. Fischer befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Berggesetze Anlaß zum Einschreiten gegen die Kasinos gegeben haben; es geschah auf Grund der Landesgesetze. Reichsgesetz geht aber über Landesgesetz. Der Boden für eine Interpellation im Reichstage ist gegeben und unser Antrag demnach nicht überflüssig.

Jochem-Danzig: Der Parlamentarismus hätte gar keinen Sinn, wenn wir so gleichgiltig, wie Fischer es will, über die Anträge, die hier gestellt werden, hinweggehen würden. In West- und Ostpreußen liegen die Verhältnisse so, daß das Parteileben außerordentlich leidet durch die Anwendung des Landesgesetzes gegen uns unter Verletzung des Reichsgesetzes. Das kann und muß im Reichstage besprochen werden. Redner bespricht sodann die Danziger Polizeizustände. In Danzig habe man ein Kasino gründen müssen, weil man keinen Saal bekommen könne, und die Polizei finde allerlei Anlässe, um dessen Benutzung zu erschweren.

Hoffmann-Saalfeld vertheidigt den Antrag der Genossen von Frankenhausen am Kyffhäuser auf Veranstaltung einer Reichsenquete über die vorhandene Arbeitslosigkeit, der von besonderer Wichtigkeit für die Thüringer Proletarier sei. Auf Thüringens Bergen wohnt nicht die Freiheit, sondern der Hunger.

Jaeckh-Mülhausen schildert die Maßregelung und Vernichtung des elsaß-lothringischen Parteiblattes durch das ungesetzliche Vorgehen der Regierung. Warum hat man im Reichstage nicht zur Sprache gebracht, daß der Bezirkspräsident von Colmar ein Blatt verbot, ehe es gegründet war? Die Fraktion rieth uns, eine Beschwerde einzulegen, dann könne man darüber reden. Das war aber falsch, man hätte sofort Lärm schlagen sollen. Als die Frakt telegraphisch von den Genossen aufgefordert wurde, die Dinge sofort im Rei tage zur Sprache zu bringen, erwiderte sie, wir sollten zunächst Beschwe erheben. Wir thaten es und haben heute noch keinen Bescheid. Möge Fraktion künftig engere Fühlung mit dem elsaß-lothringischen Landesaussc nehmen. Ihr Vorgehen war zwar korrekt, aber das inkorrekte wäre wirksa gewesen. Wahrscheinlich werden wir jetzt überhaupt kein Blatt mehr bekomm der Zeitpunkt ist verpaßt.

Die Parteigenossen von **Villingen** beantragen: Die Fraktion soll die Regierung darüber interpelliren, ob nicht eine Statistik herauszugeben sei, worin die Ausgaben und Einnahmen bei der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung klar und übersichtlich besonders in Bezug auf die Verwaltungskosten zusammengestellt sind.

Metzner-Berlin vertritt die Berliner Anträge: Es geht nicht an, die Anträge, so wie Fischer es will, kurzer Hand bei Seite zu schieben. Sie enthalten wichtige Materien, die im Reichstage besprochen werden müssen und deren Besprechung agitatorisch wirkt. Gegen Fischer müsse er behaupten, daß die Antragsteller genau erwogen hätten, was die Reichstagsfraktion kann und was sie nicht kann.

Hué-Essen: Es ist eine rein praktische Frage, die uns bewog, unseren Antrag einzubringen, schon um des Umstandes willen, daß wir nicht von den Ultramontanen überflügelt werden. Die ultramontane Bevölkerung spotte ja immer über das Nichtsthun der Sozialdemokratie. Die Nothstands-Debatten haben im Rheinland die Geister gewaltig aufgeregt; wenn Gesetze auch abgelehnt werden, so wirken die Ablehnungen doch immer als Demonstration, ebenso wirkt die Maidemonstration. Fischer sei durch die Handlungen der Fraktion desavouirt, hat doch die Fraktion zweimal die Nothstandsfrage inszenirt. Unsere Anträge haben denselben Werth wie die Maifeier. Auch diese werden oft als ein „Spaziergang von ein Paar Männekens" verlacht, aber als Demonstration wirkt sie doch agitatorisch und werbend.

Bömmelburg-Hamburg regt an, daß die Reichstagsfraktion den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Landtags-Wahlrechts rechtzeitig einbringen möchte. Im Uebrigen möge man doch über die verschiedenen Anträge nicht so leicht hinweggehen, wie es Fischer gethan habe. Im Weiteren tritt Redner für die Hamburger Anträge auf Sicherung des Arbeitslohnes ein.

Ostfeld-Hamburg schließt sich diesen Ausführungen an. Das sogenannte Baulöwenthum, das den Arbeiter um seinen Lohn betrüge, muß durch Gesetz bekämpft werden. Redner tritt ferner für Aufhebung des Impfzwanges ein.

Trilse-Göttingen wendet sich gegen Fischer. Der praktische zweite Theil des sozialdemokratischen Programms könne ganz gut in dem Reichstage zur Verwirklichung beantragt werden. Man müsse den Wählern zeigen, daß die Fraktion im Reichstage nicht faullenzt. Man solle auch die ministeriellen Verfügungen in den Einzellandtagen besprechen. Der Reichstag sollte ferner dafür sorgen, daß in den annektirten Ländern die allgemeinen preußischen Gesetze eingeführt werden, so sei es doch unhaltbar, daß in Hannover zum Beispiel allerlei verboten würde, was sonst in Preußen erlaubt ist.

Mittag-Halle spricht nochmals zu seinem Antrage: Zwei Jahre lang „erwägt" die Fraktion schon und ist über die Erwägungen nicht hinausgekommen; es wird Zeit, daß sie mit den Erwägungen fertig wird. Es sieht etwas bourgeoismäßig aus, wenn wir der Fraktion immer Anträge zur Erwägung übergeben, wir machen es dann so wie der Reichstag, der, um die Wähler zu beruhigen, dem Bundesrath manche Anträge zur Erwägung übergiebt, die damit begraben sind. Man stelle sich auf den Standpunkt: Du Fraktion hast das zu thun, oder Du hast das nicht zu thun! Der Achtstundentag muß deshalb immer und immer wieder angeregt werden, besonders da die Land- iter die acht Stunden dringlich fordern.

Klemens-Kaiserslautern bezeichnet es als Aufgabe der Fraktion, der legung der Vereinsgesetzgebung in Bayern auf die Finger zu sehen. So man in Kaiserslautern bei einem Gewerkschaftsfeste dem Festredner zu chen verboten, ehe er begonnen, angeblich weil er eine politische Rede halten e. Die Anträge 93 und 96 zwingen geradezu dazu, das Vereinsrecht von hswegen zu regeln. Artikel 4 der Reichsverfassung giebt die Handhabe

dazu, und es würde dadurch möglich, den zahlreichen Ueberschreitungen der Landespolizei vorzubeugen. Der Erlaß von Arbeits-Ordnungen entsprechend dem Antrage 96 ist für den Schutz der Arbeiter unumgänglich nothwendig.

Kiesel-Berlin VI: Fischer hat ganz recht, wenn er einzelne Anträge als undurchführbar bezeichnet, wie z. B. den Antrag bezüglich der Arbeitslosen-Versicherung.

Kausnitz-Schwabach wendet sich gegen Fischer. So lange die bürgerliche Gesellschaft noch existire, sei das Meiste aus den sozialdemokratischen Forderungen nur ein frommer Wunsch. Aber trotz der Gewißheit, daß die Gesellschaft widerstrebe, dürfe man doch nicht aufhören, immer und immer wieder die ferneren Wünsche zu stellen. Die Anträge haben einen großen Werth dadurch, daß die Indifferenten sehen, wie wenig geneigt die Besitzenden sind, unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen, ja daß sie nicht einmal dazu im Stande sind, sie zu erfüllen. Bezüglich der Arbeitslosen-Statistik können wir von der Reichsregierung doch dasselbe verlangen, was sie bezüglich der Tabak-Enquete geleistet hat. Was die Arbeitslosen-Versicherung anbetrifft, so würden wir mit einer solchen Forderung die Regierung und die Bourgeoisie dazu zwingen, ihre Bankrotterklärung auszusprechen. Wenn die Reichstagsfraktion ein Reichs-Vereinsgesetz verlangte, so würden wir aus dem Regen in die Traufe kommen. In den Landtagen solle man gegen die falsche Auslegung der Vereinsgesetze vorgehen.

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Ich finde, daß bei einem Theil der Anträge, die in gewerbepolitischer Hinsicht vorliegen, die Behandlung, die Fischer vorschlägt, nichts nützt. Es ist besser, sie zu prüfen, zu ergänzen; so ist der Antrag der Ottenser Parteigenossen auf Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit von Reichswegen sehr gut, es muß nur hinzugefügt werden, daß eine Reichskommission für Arbeiterstatistik schon besteht und daß deren Befugnisse zu erweitern sind. Der Hamburger Antrag auf Lohnschutz muß ergänzt werden, der Hinweis auf die Reichs-Konkursordnung genügt nicht, es muß erinnert werden an die Submissionsbedingungen, an die Vergebung der großen Staatsarbeiten, bei denen den Unternehmern vom Reichstag bestimmte Bedingungen zu Gunsten der Arbeiter auferlegt werden können. Der Antrag 82 wünscht die Ausdehnung des Gewerbegerichtsverfahrens auf die Handlungsgehilfen. Die Organisation der Handlungsgehilfen ist noch so mangelhaft, ihr Dünkel häufig noch so groß, daß sie sich thatsächlich im Zustand der Rechtlosigkeit den Prinzipalen gegenüber befinden. Sie dürfen aber nicht mechanisch den jetzigen Gewerbegerichten unterstellt werden, sondern müssen besondere Kammern erhalten. Der Antrag 81 verlangt die Schaffung einer Zentralstelle des Reiches für Fabrikinspektion. Diese Anregung kann nicht schaden, obwohl sie ein frommer Wunsch bleiben wird; sie kann unterstützt werden durch den Hinweis auf die Suppenküchen-Zentralstelle, die das Reich eingerichtet hat. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Recht der Fabrikinspektoren, polizeiliche Befugnisse auszuüben, durch einzelstaatliche Verordnungen eskamotirt und das Reichsgesetz dadurch in skandalöser Weise verletzt wird. Die Genossen in den einzelnen Bundesstaaten müssen schärfere Kritik an den Berichten der Fabrikinspektoren üben. Es muß sofort gesagt werden können, das und das ist falsch. Die noch sehr lückenhafte Einrichtu von Beschwerdekommissionen seitens der Gewerkschaften muß erweitert werd In Bezug auf die Fabrikinspektion giebt es genug Kuriosa. Als ich n wegen des Berichtes über das Großherzogthum Weimar, den ich vergeb gesucht hatte, an den Fabrikinspektor wandte, erwiderte mir der Beamte, sollte mir nur nicht erst solche Mühe geben, ihn zu erhalten, es stände d nichts darin. (Große Heiterkeit.)

Kobel-Kottbus: Es ist falsch, die Anträge kurzerhand in den Pap

Korb zu werfen, die Anträge müssen von unten herauf kommen, wenn sie dem proletarischen Bewußtsein entsprechen sollen. Der Parteitag muß sie dann in die geeignete Form bringen. Bezüglich der Arbeitslosen haben wir doch in erster Linie die Aufgabe, die Frage der Unterstützung zu prüfen. Die Einführung des Achtstundentages ist ein Mittel dazu. Das Alters- und Invaliditätsgesetz muß weiter ausgebaut werden: Die Altersgrenze müsse herabgesetzt werden; denn nur wenige Arbeiter erreichen das 70. Lebensjahr.

Schmalfeld-Bremerhaven: Einzelne Anträge sind ganz unannehmbar, aber andere verdienen die vollste Beachtung, so die Schaffung von Gewerbegerichtskammern für Handlungsgehilfen. Auch in propagandistischer Hinsicht dürfte das Einbringen eines solchen Gesetzes von Vortheil sein. Punkt 86 bitte ich rundweg abzulehnen; einmal ist die Arbeitslosen-Unterstützung undurchführbar, und verlangen sie wir vom heutigen Staate, so thun wir ihm viel zu viel Ehre an, indem wir damit aussprechen würden, daß der Staat etwas leisten kann, wozu er absolut nicht im Stande ist. Was er leistete, das wäre höchstens ein neues Mittel, um die Abhängigkeit durch die Gewährung von Bettelpfennigen zu erhöhen. Durch diesen Antrag bauen wir dem Staate doch nur neue Krücken, auf denen er wieder eine Strecke weiter humpeln kann. Auch den Antrag 87 verwerfe ich. Das Reich kann keine gute Statistik über Löhne, Arbeitzeit u. s. w. anstellen, eine solche Enquete wird nur gut, wenn die Arbeiter sie selbst übernehmen. Arbeitslosen-Statistik ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die übrigen Anträge eignen sich dazu, dem Partei-Vorstande zur Erwägung überwiesen zu werden; wir vergeben uns dadurch nichts. Wir müssen unseren Abgeordneten das Vertrauen schenken, daß sie nach ruhiger Erwägung das Richtige treffen. Schließlich befürworten wir die Aufhebung des Impfgesetzes. Genosse Frohme ist mein Zeuge, daß das erste Altonaer Mandat nur durch die Gegnerschaft zum Impfgesetz errungen wurde. (Zuruf: Wirklich schmeichelhaft.) Einzelne Genossen stehen auf dem Standpunkt, das Impfgesetz gehöre nicht zum Parteiprogramm. (Sehr richtig.) Nein, nicht sehr richtig; denn die Sozialdemokraten sind gegen jedes Zwangsgesetz.

Die Verhandlungen werden wegen der Mittagspause abgebrochen.

Ein Gesuch aus Blankenburg wird dem Partei-Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Gemaßregelte Genossen von Malaga wenden sich an die deutschen Arbeiter um Unterstützung im Kampfe gegen die Ausbeutung.

Telegramme sind eingegangen aus Braunschweig, Baden und Rumänien.

Schluß der Vormittags-Sitzung 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8¼ Uhr. Vorsitzender Schwarz-Lübeck.

Die Genossen aus Dänemark übermitteln telegraphisch ihre Glückwünsche.

Hülle-Erfurt: Das gleiche Vereinsgesetz für Deutschland würde Deutschland zu einem National-Zuchthause machen und uns allen eine gemeinsame Peitsche schaffen. Einzelne Länder würden geradezu eine Verschlechterung er-[illegible]ren, wie Koburg-Gotha und Meiningen. Wir wollen nach unserem Pro[illegible]mm Abschaffung der Vereinsgesetze. Einen Sinn hätte nur die Garantie[illegible]ung der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die deutsche Verfassung. [illegible]üglich des Impfzwanges bedeutet die Aufhebung des Zwanges gleichzeitig Aufhebung des ganzen Gesetzes. Man darf die Fraktion nicht unnöthig [illegible]lasten. Ueberdies kommt noch hinzu, daß in dieser Frage, die mit der [illegible]tei prinzipiell nichts zu thun hat, sehr leicht die Stellung zur Impffrage [illegible] Prüfstein der politischen Gesinnung werden kann, und das muß man ver-

hindern. Außerdem sind die Fraktionsmitglieder nicht dazu berufen, in wissenschaftlichen Fragen ein Gutachten abzugeben. Schließlich müßten wir auch Stellung zur Diphtherie-Blutserum-Therapie nehmen, nach Schmalfeld's Autorität im gegnerischen Sinne, so sind wir, die Sozialdemokraten, nicht blos blamirt, sondern verlieren einen ganz bedeutenden Anhang, falls die Behandlung mit dem Diphtherie-Heilserum sich bewährt. Zu dieser Stellung muß man auch kommen als Impfgegner, wie ich einer bin. Ist wirklich das erste Altonaer Mandat dadurch gewonnen worden, daß der Bewerber sich für die Abschaffung des Impfzwanges ins Zeug legte, so ist der Kandidat eben nicht von Sozialdemokraten, sondern von Impfgegnern gewählt worden.

Grenz-Chemnitz: Die Anträge enthalten im Allgemeinen nichts Neues, sie sind nicht einmal werth, der Fraktion überwiesen zu werden. Außerdem aber hat die Fraktion im Allgemeinen bereits häufig genug in dem angeregten Sinne Stellung genommen. Dazu kommt noch, daß sich ganz augensichtlich Wandlungen vollziehen, angesichts deren die Forderungen recht kleinlich erscheinen.

Mössinger-Lahr: Wenn wir der Bourgeoisie nicht immer wieder mit unseren prinzipiellen Forderungen kommen wollen, so müssen wir überhaupt auf unsere parlamentarische Thätigkeit verzichten. Die Arbeitsstatistik liegt in erster Linie den Gewerkschaften ob. Gegen die Zustände in Elsaß-Lothringen hat unsere Fraktion mit voller Entschiedenheit und mit einem Gesetzesantrag vorzugehen.

Bruckner-Metz bespricht die Diktatur in Elsaß-Lothringen; die ohnehin dort sehr freiheitlich beanlagte Bevölkerung werde immer verbitterter und in eine Stimmung hineingetrieben, die der der holländischen Arbeiter gleiche. Er ersucht, den Antrag 95 abzulehnen, da die Annahme dieses Antrages das Vertrauen zur Fraktion in Elsaß-Lothringen untergraben würde.

Stadthagen-Berlin: Es ist ein Unding, eine umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vom heutigen Staat zu fordern, so weit wie Grenz will ich nicht gehen, sonst sind wir keine Kampfpartei mehr. Es handelt sich darum, die zweckmäßigen Anträge auszuwählen, mit Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen, nicht aber mit Rücksicht darauf, ob sie der Bourgeoisie gefallen oder nicht. Es geht nicht an, die Fraktion schlankweg aufzufordern, den zweiten Theil des Programms in Gesetzentwürfe umzugießen. Mögen die Antragsteller doch so freundlich sein, die Entwürfe selbst auszuarbeiten! Mit dem Impfzwang-Antrag bin ich nicht einverstanden, weil Impfen oder Nichtimpfen mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat. Es kann jemand ein vortrefflicher Impfgegner und ein sehr schlechter Sozialdemokrat sein. (Heiterkeit.) Mit Ausnahme der Anträge 92 und 95 zu 1, bitte ich alle Anträge anzunehmen. Was den Antrag 95_1 anbetrifft, so hat die Erörterung im Reichstag sich so weit erstreckt, daß sogar die „Dicke Marie“ in Straßburg zur Sprache kam. (Heiterkeit.) Die Frage des Vereinsgesetzes ist, entgegen der Meinung Hülle's, auch schon angeschnitten worden, entsprechend einem Beschluß des Kölner Parteitages. Die Reichstagsmehrheit wollte aber nichts davon wissen. Die Fragen der Fabrikinspektions-Verbesserung und Nothstands-Interpellation verliert die Fraktion ohnehin nicht aus dem Gesicht. Die Kompetenz des Reiches gegenüber den Landtagen müsse erweitert werden; denn auf Verbesserung der Landtags-Wahlrechte kann man ungefähr ebenso lange warten, wie auf Erfüllung der letzten sozialdemokratischen Ziele. Der Antrag auf Sicherstellung der Arbeitslöhne bei Konkursen ist nicht umfassend genug, die Sicherstellung muß auch in Fällen, bei denen es nicht zum Konkurse kommt, gewährleistet werden.

Schleicher-Metz: Wir sind Lothringer und brauchen das Saarrevier nicht, aus dem der Antrag 93 stammt, um unsere Vertheidigung zu übernehmen, in der Politik soll jeder in seiner Rolle bleiben. Der Antrag 95 ist

schon aus dem Grunde abzulehnen. In Lothringen giebt es noch Thür- und Fenstersteuer und andere besondere Steuern, die die Arbeiterklasse belasten. Der Diktaturparagraph gewährt der Regierung von Elsaß-Lothringen die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung zu stören und ihre Entfaltung zu verhindern. Wir ersuchen daher die Fraktion, sich mehr unseres Landes anzunehmen und die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu beantragen.

Ein Schlußantrag, den Schmidt-München begründet und Wurm bekämpft, weil noch andere Redner aus der Fraktion zum Wort kommen müßten, da Fischer nicht den Standpunkt aller Mitglieder der Fraktion vertreten habe, wird abgelehnt.

Eingegangen sind 2 Anträge von Quarck und Genossen: 1. an Stelle des Antrages 81: Der Parteitag fordert zur lebhaften Agitation für Verbesserung der Gewerbe-Inspektion auf und ersucht zu diesem Zwecke a) die Fraktion eine reichsgesetzliche Regelung oder wenigstens eine Zentralstelle für Gewerbe-Inspektion, deren Erweiterung auf Hausindustrie und Handwerk, sowie Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren zu beantragen; b) die Abgeordneten in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten sollen für Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren, Trennung der Kesselrevision von der Gewerbe-Aufsicht, für Aufhebung der bundesstaatlichen Verordnungen, welche den Inspektoren die Polizeibefugniß nimmt, Herausgabe billiger Ausgabe der Jahresberichte und Kritik derselben, Bildung von Beschwerdekommissionen zum Verkehr mit den Gewerbe-Inspektoren wirken. 2. Als Zusatz zu Antrag 82! Die Gewerbegerichte sollen durch Kammern für kaufmännische Streitigkeiten ergänzt werden, die aus Handelsprinzipalen und Handelsgehilfen bestehen.

Ferner ist ein Antrag Hoch und Genossen eingegangen, durch welchen die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, das Vorgehen des Amtsgerichts Langenselbold, durch welches Vätern, die sich weigerten, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus sozialdemokratischen Vereinen zu zwingen, das Erziehungsrecht entzogen worden ist, im Reichstage zur Sprache zu bringen, und alles zu thun, um in Zukunft ähnliche Maßregelungen unmöglich zu machen.

Georgi-Berlin: Wenn die Taktik, die Fischer wünscht, von uns eingeschlagen würde, könnten wir den zweiten Theil unseres Programms gleich streichen. Damit würden wir aber ein vortreffliches Mittel verlieren, die indifferente Masse zu uns herüberüberzuziehen. Der Antrag Quarck verdient kräftige Unterstützung; nur eine Reichsstatistik vermag genaue Resultate zu liefern. Der Antrag 87 ist deshalb anzunehmen. In Nowawes und wohl auch anderswo ist es vorgekommen, daß die Inspektion bei Betrieben mit weiblichen Arbeitern sittliche Anstößigkeiten der Kleidung feststellte. Verbesserungen thun noth. Sind die Anträge nicht praktisch, so sind sie doch agitatorisch, und das genügt. Die Anträge der Berliner Genossen im „Rothen Hause" auf achtstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung in städtischen Betrieben waren in diesem Sinne sehr gut.

Sindermann-Dresden tritt für den Antrag 94 ein.

Seige-Pößneck wünscht die Annahme des Antrages 81: Unser Fabrikinspektor ist ein alter Oberbergbeamter, der hat in acht Jahren einen Betrieb [illegible]dirt. (Große Heiterkeit.) Als der eine Sozialdemokrat, der im meininger [illegible]tag sitzt, die Angelegenheit dort zur Sprache brachte, erklärten selbst die [illegible]nnigen Fabrikbesitzer, einen Fabrikinspektor hätten sie noch nicht zu Gesicht [illegible]mmen. Die meiningensche Regierung aber läßt alles beim alten. Unser [illegible] Fabrikinspektor läßt sich von einem alten Schimmel durchs Land ziehen. [illegible]ße Heiterkeit.) Er fürchtet sich nämlich auf der Eisenbahn zu fahren. [illegible]eute Heiterkeit.) Wenn er in eine Fabrik kommt, fürchtet er sich, mit [illegible] Arm in ein Treibrad zu kommen. Der Betrieb muß deshalb solange [illegible]stehen (Heiterkeit.)

Jahn: Man solle den Antrag ablehnen, für die Kaufleute eine besondere Gewerbegerichtskammer zu bilden, das bedeutet die Schaffung besonderer Handelskammern für das Proletariat im Kaufmannsstande. Die Kaufleute in Berlin haben sich bereits dafür ausgesprochen, unter die bereits bestehenden Gewerbegerichte gestellt zu werden. Ueber die gestellten Anträge solle man nicht so leicht hinweggehen, vor allem solle man das gleiche Wahlrecht für die Frauen zu den Gewerbegerichtswahlen verlangen.

Ein Schlußantrag, den Opificius begründet, Klees bekämpft, wird abgelehnt.

Stein-Hochstadt: Die hier vorliegenden Anträge sind ein kleiner Ausdruck der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit den herrschenden Zuständen, sie zeigen den Weg zur Besserung und müssen deshalb angenommen werden. Die Fraktion, bezahlt aus den Arbeitergroschen, muß die Interessen der Arbeiter vertreten. Ich empfehle besonders, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fernerhin nicht einen Verzicht der Bürgerrechte bedinge.

Wurm-Berlin: Als Genosse Fischer vorhin Stellung zu den Anträgen nahm, hat er selbstverständlich nur seine persönliche Ansicht, nicht die der Fraktion ausgedrückt, da ja eine vorherige Berathung der Fraktion nicht stattgefunden hat. Die Differenz zwischen Fischer und anderen Fraktionsmitgliedern ist übrigens nicht so riesengroß. Es handelt sich mehr um die Form, die Fischer seinen Ansichten gegeben hat. Seine Rede erweckte den Eindruck, als halte er überhaupt eine längere Diskussion der hier gestellten Anträge für überflüssig. Ich halte sie für wichtig. Jemehr sich unser politisches Leben in der Thätigkeit der Fraktion konzentrirt, hat ihre Arbeit der schärfsten und genauesten Kritik der Genossen im Lande zu unterliegen. Freilich ist es nicht immer möglich, die Wünsche der Genossen gerade in Form eines Antrages im Reichstag zur Sprache zu bringen. Es stellen sich dem häufig technische Schwierigkeiten in den Weg. Es ist dann besser, bei der Berathung des Etats unsere Meinung auszudrücken. Unsere Gegner nehmen zu allem Stellung, was wir sagen. Herrn Stumm und seiner Freunde Herz ist so voll, daß es bei jeder Gelegenheit überläuft. Die Frage der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung verdient gründliche Erörterung. Jeder theoretisch klare Genosse muß den Antrag 86 aus Berlin IV ablehnen, weil er der sozialistischen Lehre widerspricht, wie sie Marx und Engels begründet haben. Die kapitalistische Produktionsweise muß eine Reserve-Armee von Arbeitslosen erzeugen, und so wenig wie sich Jemand am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen kann, so wenig vermag die kapitalistische Gesellschaft die Arbeitslosen, die sie schafft und braucht, zu beseitigen auf dem Wege staatlicher Versicherung. Der einzig praktische Weg, die Arbeitslosigkeit zu verringern — beseitigen läßt sie sich nicht — ist, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Das haben auch die Gewerkschaften, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit haben, eingesehen. Der Tabakarbeiter-Kongreß hat sich ja auch letzthin schon gegen die Arbeitslosen-Unterstützung ausgesprochen, und wenn erst einmal die Buchdrucker-Organisation durch Maschinenkonkurrenz geschwächt und weniger zahlungsfähig geworden sein wird, läßt auch sie wahrscheinlich die Arbeitslosen-Unterstützung fallen. Die Anträge, die sich auf die Fabrik-Inspektion beziehen, verdienen Annahme. Wir haben die Wünsche, die in dieser Hinsicht heu ausgesprochen wurden, immer bei den Reichstagsdebatten darüber berücksichtig Daß man im Gegensatz zur früheren Mißachtung der „Flickschusterei" jetzt hi so viel Werth auf die Kritik im Reichstage lege, ist eine Anerkennung für di Fraktion. Quarck's Antrag ist von einem Redner mißverstanden worden Er will nur eine besondere Abtheilung für die Handlungsgehilfen bei de Gewerbegerichten schaffen. Fischer hat sich dagegen gewendet, daß wir fi diejenigen Armen, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, t

Reichstags-Wahlrecht verlangen. Ich und eine große Anzahl anderer Fraktions-mitglieder sind entgegengesetzter Ansicht. Den Opfern der heutigen Gesellschafts-Ordnung darf das Wahlrecht nicht vorenthalten werden. Stimmen die Almosen-Empfänger dann gegen uns, so müssen wir es ertragen. Es ist dies für uns eine Forderung der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Nachdem ein Antrag Krohn's auf Schluß der Debatte angenommen wurde, erhält Hoch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Hoch-Frankfurt: Die Entscheidung des Amtsgerichts Langenſebold ist dem gesunden Menschenverstand einfach unverständlich. Wir können natürlich hier nicht jedes einzelne unbegreifliche Urtheil zur Besprechung bringen, das genannte Urtheil hat aber für unsere ganze Agitation eine so große Bedeutung, daß man entschieden dagegen Stellung nehmen muß. Noch einen Schritt weiter in der gleichen Bahn, die mit diesem Urtheil unsere Rechtspflege eingeschlagen hat, und es kann jedem sozialdemokratischen Vater, weil er Sozialdemokrat ist, in geeigneten Fällen das Erziehungsrecht abgesprochen werden. Wenn auch in dem vorliegenden Falle die letzte Instanz noch nicht gesprochen hat, so muß doch die gerichtliche Entscheidung an geeigneter Stelle gebührend kritisirt werden. (Als der Redner aus dem amtsgerichtlichen Urtheil einige Kraftstellen über die sozialdemokratische Jugend verlas, die auf ehrlosen Wegen dem Selbstmord entgegengehe, erschallt stürmisches Pfui-Rufen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Frohme erklärt, der Altonaer Wahlkreis sei nicht durch ausdrückliche Konzessionen an die Impfgegner erobert worden, wenigstens nicht, so lange er (Frohme) das Mandat habe. Bei der Wahl Hasenclever's habe dessen Impfgegnerschaft allerdings günstig mitgewirkt. Zwang widerspreche in jeder Gestalt den sozialdemokratischen Grundsätzen. Schmalfeld bestätigt Frohme's Erklärung.

Das Schlußwort erhält nunmehr Fischer: Wurm hat es für nöthig befunden, hervorzuheben, daß ich nicht im Namen der Gesammtfraktion gesprochen habe. Dazu hatte er keinen Anlaß, denn das habe ich garnicht prätendirt, obwohl ich mich, vielleicht mit Ausnahme meiner Ausführungen über Antrag 80a, vollständig in Uebereinstimmung mit meinen Fraktionskollegen glaube. Wer meinen Ausführungen gefolgt ist, wird gesehen haben, daß ich weder den Antragstellern das Recht bestritten habe, der Fraktion Anregungen zu geben, noch daß ich mich gegen alle und jede Initiativanträge an sich gewandt habe. Ich habe, soweit ich mich gegen Anträge, die dem Parteitage vorliegen, wandte, ausdrücklich verschiedene Gruppen von Anträgen unterschieden. Erstens Anträge, die in der vorliegenden Form durch die Thätigkeit der Fraktion überholt sind (z. B. 81, 82, 83, 85, 87), zweitens Anträge, die nicht zur Kompetenz des Reichstags gehören (93, 95), drittens Anträge, die materiell unmöglich (86, 89, 91, 92) und endlich Anträge (93, 95), die unberechtigt, weil sie gegen die Fraktion Vorwürfe erheben, die auch beim flüchtigsten Nachblättern oder der einfachsten Erkundigung als haltlos erkannt werden mußten. Im Antrag 95 wird der Fraktion ausdrücklich das „Befremden“ der Genossen ausgedrückt, daß sie ihre Pflicht „mit so wenig Nachdruck“ erfüllt und nicht mit aller Energie die betreffenden Gesetze „durchzusetzen“ versucht habe. Das sei doch zugleich auch eine naive Ueberschätzung unseres parlamentarischen Ein-
es. Redner verweist auf seine Ausführungen im gedruckten Bericht,
e 58/59, und legt die Aktion der Fraktion in diesem Punkte klar. Bezüg-
des Ausnahmerechts in Elsaß-Lothringen ist die Fraktion sofort bei Beginn
Session zur Stellung der Initiativanträge zusammengetreten. Da aber
die elsaß-lothringische Fraktion die Aufhebung des Diktaturparagraphen
tragt hatte, hielt es die sozialdemokratische Fraktion nicht für nothwendig,
n Wettlauf mit anderen Fraktionen zu unternehmen. Beinahe sämmtliche
ige verlangen die Vorlegung von Gesetzentwürfen, in der Diskussion ist

jetzt aber doch das Schwergewicht darauf gelegt worden, daß die beregten Fragen nur im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Gerade gegen diese Form der Gesetzesmacherei durch uns wandte ich mich aber. Was hat es denn für einen Zweck, wenn man uns Jahr für Jahr auf jedem Parteitag beauftragt, 20—25 Gesetzentwürfe auszuarbeiten, und wir ihnen dann Jahr für Jahr berichten müssen, daß dies nicht möglich gewesen ist oder daß unsere Initiativanträge nicht einmal zur ersten Lesung gekommen sind! Im Reichstage ist in jeder Woche nur ein Tag für Initiativanträge bestimmt; so kommt es denn, daß in der letzten Session von einigen 40 eingebrachten Anträgen nur vier erledigt wurden, von fünf sozialdemokratischen aber noch nicht ein einziger zur Verhandlung kam! Das Erfreuliche an der Diskussion war, daß gegen die Haltung der Fraktion an sich kein Vorwurf erhoben worden ist, daß sie also das Vertrauen der Genossen besitzt. Wenn Sie daher meine Ausführungen nicht mißverstehen wollen, so ist meiner Meinung nach überhaupt gar kein Anlaß zu Mißverständnissen vorhanden. Da sich die Fraktion zur Zeit mit etwa zehn Gegenständen beschäftigt, die sie dem Reichstage als selbständige Anträge unterbreiten wird (darunter befinden sich Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Reich und in den Bundesstaaten, gesetzliche Neuregelung der Wahlkreise, Abschaffung der das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkenden Gesetze, Arbeiterschutz mit Achtstundentag, Arbeiterkammern ꝛc., reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens), so ist meiner Meinung nach die zweckmäßigste Form der Erledigung der materiell annehmbaren Anträge die, daß wir sie der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. (Beifall.)

Nach Schluß der Diskussion ist noch der Antrag Jahn eingelaufen, der die Fraktion damit beauftragt, für die Frauen das Wahlrecht zum Gewerbegericht zu verlangen.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Mittag (achtstündiger Arbeitstag) wird angenommen.

Der Antrag der Genossen von Villingen wird angenommen.

Der Hamburger Antrag (Impfzwangbeseitigung) wird, nachdem die ersten Abstimmungen zweifelhaft geblieben sind, schließlich mit 108 Stimmen gegen 94 Stimmen abgelehnt. (Bravo!)

Die Hamburger Anträge auf Lohnschutz werden angenommen.

Der Antrag der Frankenhausener Genossen — Reichsenquete über Arbeitslosigkeit — wird angenommen.

Der Antrag Ewers-Eilbeck auf Sicherstellung des Lohnes des Arbeiters am Arbeitsprodukt wird abgelehnt.

Der Antrag 80a wird angenommen.

Der Antrag 80b wird ausgeschieden.

Der Antrag 81 wird angenommen, ebenso

Antrag 82 mit dem Amendement Quarck und

Antrag 83.

Antrag 84 und 86 werden abgelehnt.

Die Anträge 85, 87, 88 werden angenommen.

Antrag 89 wird abgelehnt.

Antrag 90 wird ausgeschieden.

Antrag 91 wird im ersten Theil angenommen, der Theil, der f mit der Landagitation beschäftigt, wird ausgeschieden, Nummer 2 und 3 t Antrages werden angenommen.

Anträge 92 und 93 werden abgelehnt.

Antrag 94 wird angenommen.

Antrag 95 erster Theil wird abgelehnt, zweiter Theil angenomm

Antrag 96 wird abgelehnt.

Der Antrag Hoch (Amtsgericht Langenselbold) wird angenommen.

Der Antrag Brandt und Genossen, für die Arbeiterinnen das Wahlrecht in die Gewerbegerichte zu fordern, wird angenommen.

Der Antrag Quarck — Verbesserung des Gewerbeinspektorats — wird angenommen.

Die angenommenen Anträge werden, soweit sie noch nicht gedruckt vorliegen, auf Antrag Mittag's gedruckt werden. Damit sind die Anträge erledigt.

Es wird zur Erörterung der badischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte wird der erste Absatz des Antrages 68 und Antrag 69 gestellt. Das Wort zur Begründung des Mannheimer Antrages erhält

Dreesbach: In der letzten Session des badischen Landtages lagen mehrere kirchenpolitische Anträge des Zentrums vor, die uns auch vor 2 Jahren und schon früher beschäftigt hatten. Das Zentrum beantragte: „1. Der § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirche und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, erhält folgende Fassung: Religiöse Orden und ordensähnliche Kongregationen sind im Großherzogthum zugelassen, von der Errichtung einer einzelnen Anstalt ist der Staatsregierung Anzeige zu erstatten. 2. Artikel 1, das Gesetz vom 2. April 1872, die Abhaltung von Missionen durch Mitglieder religiöser Orden betreffend, wird aufgehoben.“ Als dieselben Anträge in der Session 1891/92 uns vorlagen, da stimmten wir für die Zentrumsanträge, weil sie ein Ausnahmegesetz, einen Ueberrest aus der Kulturkampfzeit, beseitigen wollten. Damals stimmte Rüdt ebenso wie ich. In diesem Jahre gingen die Zentrumsanträge in eine Kommission, in die von unserer Seite Rüdt entsandt wurde. Wir verabredeten, daß wir dieselbe Stellung wie früher einnehmen und uns an der Kulturkampfspauke zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht betheiligen wollten. Nach der ersten Sitzung aber sagte mir Rüdt, er habe im Interesse unserer Partei folgenden Zusatz beantragt: „unterstehen jedoch in jeder Beziehung den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 21. November 1867“. Es erschien mir zweifelhaft, ob dieses Amendement am Platze sei; Rüdt blieb jedoch dabei. Rüdt's Stimme gab den Ausschlag in der Kommission. Wenn das Zentrum etwas erreichen wollte, mußte es seinem Zusatzantrag zustimmen. Im Plenum suchte das Zentrum den Zusatz wieder zu Fall zu bringen. v. Buol beantragte die Streichung. Wir stimmten dagegen und der Buol'sche Antrag fiel. Nun kam der Gesetzentwurf mit dem Zusatzantrage Rüdt zur Abstimmung. Das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten Dreesbach und Stegmüller stimmten dafür. Rüdt aber stimmte dagegen. Das war ein merkwürdiges Schauspiel. Beim Gesetzentwurf II. stellte Rüdt wiederum seinen Zusatzantrag. In der Debatte wurde von allen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß der Zusatz zu diesem Punkte Unsinn sei, da es nicht angehe, an einen Gesetzentwurf, der die Auslöschung eines bestehenden Ausnahmegesetzes verlange, den Hinweis zu knüpfen, daß die allgemeinen Staatsgesetze wieder Platz greifen sollten; denn das sei selbstverständlich. Ich redete Rüdt zu, seinen Antrag zurückzuziehen; er schien mir auch zunächst geneigt, schließlich erklärte er aber, sein Zusatz müsse bestehen bleiben. Bei der Ab-
[illegible]mmung stimmten Stegmüller und ich für die Streichung des Rüdt'schen
[illegible]endements. Rüdt stimmte dagegen. Bei der Abstimmung über den Gesetz-
[illegible]wurf II. des Zentrums stimmten Stegmüller und ich dafür, Rüdt enthielt
[illegible] der Abstimmung. Ich muß noch nachtragen, daß entgegen unserer vor-
[illegible]igen Abmachung Rüdt in der Debatte eine Philippika gegen die Orden und
[illegible]ster hielt, die vielleicht ganz am Platze gewesen wäre, wenn es sich um die Frage
[illegible]andelt hätte, ob die Orden ein Kulturinstitut seien oder nicht. Darum
[illegible]delte es sich aber im vorliegenden Falle gar nicht, sondern darum, ob die
[illegible]aldemokratie auch im Parlament dafür eintreten soll, was das Programm

ihr vorschreibt. Rüdt's Rede, die die Kulturkämpferreden der Nationalliberalen Kiefer und Fieser übertraf, war da nicht am Platze. Durch sein Verhalten setzte er sich in Widerspruch zu dem Absatz 4 unseres Programms, der die Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäußerung unterdrücken, fordert. Und was wir da verlangen, verlangen wir doch nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner. Die Stellung des Zusatzantrages war überflüssig. Auch nach dem Absatz 6 unseres Programms: Erklärung der Religion als Privatsache, hatten wir uns zu richten. Deshalb mußten wir mit dem Zentrum stimmen, gleichviel ob uns nun die Errichtung von Klöstern angenehm ist oder nicht. So war auch die Stellung unserer Reichstagsfraktion beim Jesuitengesetz. Es erhob sich nun in Baden ein ungeheurer Zeitungssturm. Die alten Kulturkampforgane, die „Badische Landeszeitung" in Karlsruhe und die „Straßburger Post", fielen über mich und Stegmüller her und verleumdeten uns, wir ständen im Dienste des Zentrumsführers Wacker. Als Parteiverräther wurden wir bezeichnet. Diese Blumenlese von Verleumdungen in den gegnerischen Blättern gegen uns druckte nun der „Offenburger Volksfreund" ohne Kommentar ab. Rüdt wurde dagegen als der konsequente Verfechter des sozialdemokratischen Prinzips hingestellt. Wie steht es nun mit der Konsequenz Rüdt's? In der Session 1891/92 hatte er ohne Vorbehalt gemeinschaftlich mit uns für die Zentrumsanträge gestimmt. 1894 enthielt er sich der Abstimmung. Das ist ein ziemlicher Sprung. Noch größer ist ein anderer. 1888 hielt Rüdt in Mannheim einen Vortrag: Die geschichtliche Wahrheit über Klöster und Orden. Darin sprach er die Hoffnung aus, daß die erleuchtete badische Regierung niemals zugeben werde, daß wieder Klöster in Baden errichtet würden. (Hört! hört!) 1893 kandidirte Rüdt bei den Reichstagswahlen im 9. badischen Wahlkreise Pforzheim. Er kam mit dem Nationalliberalen Frank in Stichwahl. In dem Flugblatte, das zu seiner Wahl aufforderte, hieß es, um auf die Katholiken einzuwirken: „So gut ich als Freidenker das Recht der freien Meinung verlange, muß ich auch der katholischen Kirche das Recht auf Klöster und Orden lassen. (Hört! hört!) Gegner aller Ausnahmegesetze bin ich auch Gegner eines Ausnahmegesetzes gegen die katholische Kirche!" Wie verträgt sich das mit seinem Verhalten in der badischen Kammer? Es wäre uns nicht eingefallen, mit diesen häuslichen Streitigkeiten den Kongreß zu behelligen, wenn sie nicht einen so bedenklichen Umfang erreicht hätten, daß sie die Agitation in Baden brachlegen. Es herrscht große Erbitterung, vermehrt durch das Eingreifen des Offenburger „Volksfreundes", der sich von vornherein auf die Seite Rüdt's schlug und gegen mich und Stegmüller den Bannstrahl schleuderte. Als die Mannheimer „Volksstimme" uns in Schutz nahm, was ihr gutes Recht war, da schrieb der „Volksfreund", sie thäte es auf Veranlassung von Dreesbach, der ihr bezahlter Beamter sei. Die Landeskonferenz ergab kein Resultat. Sie kann auch nicht Ordnung schaffen. Das kann nur die Kommission, die hier gewählt wird, und der auch die Preßfrage vorgelegt werden soll. (Zwischenrufe!) Ich habe wenigstens und mit mir viele andere es so verstanden, daß die Preßfrage vor die Neunerkommission und nicht vor die badische Landeskommission gewiesen werden soll. (Widerspruch.) Von der Kommission erwarte ich Gerechtigkeit. Ein alter Parteigenosse wie ich, der über 25 Jahre in der Partei steht, darf nicht schutz- und schonungslos in der Parteipresse heruntergemacht werden. (Lebhafter Beifall.) Bezüglich Stegmüller's liegt die Sache so, daß, wenn ich Recht habe, auch Stegmüller Recht hat. In der Lörracher Kirchenangelegenheit hat Stegmüller wohl nur im guten Glauben gehandelt, und zwar nach dem Rathe Adolf Geck's. Im Budget 1891/92 waren 40 000 Mk. für den Lörracher Kirchenbau bewilligt, aber nicht ausgezahlt worden. Von Lörrach aus war Stegmüller nahegelegt worden, diese Gelder

flüssig zu machen. Weil er ein junger Parteigenosse ist, warnten wir ihn vor einer solchen Handlung. Nachdem ihm aber Geck, den er gefragt hatte, sagte: daß, nachdem nun einmal die Gelder bewilligt worden seien, es keinen Verrath an der Partei bedeute, wenn er jetzt die Gelder flüssig mache, hat er im Landtage diese Sache angeregt. Obwohl also Geck den unerfahrenen Genossen zwar nicht aufgefordert, wohl aber berathen hat, in dieser fatalen Weise Stellung zu nehmen, war es gerade der Offenburger „Volksfreund", der Stegmüller als „Kirchenrath von Lörrach" anzapfte. Wenn also Stegmüller schuldig ist, so ist ebenso schuldig der, der ihn berathen hat. Höchstens hat er einen Fehler begangen, wie ihn auch die erfahrensten Genossen schon begangen haben, der aber gewiß nicht den Anlaß geben kann, einen braven, thätigen Parteigenossen aus der Partei auszuschließen. (Lebhafter Beifall.)

In einer Geschäftsordnungsdebatte wird nochmals festgestellt, daß in der Vormittags-Sitzung Antrag 67 in der Neunerkommission, 68_1 im Plenum, 68_2 an die badische Landeskommission überwiesen, 69 im Plenum behandelt werden soll. Dieser Beschluß wird jedoch jetzt umgestoßen und 68_2 der Neunerkommission überwiesen.

Nach 7 Uhr wird beschlossen, **Rüdt** noch zu seiner Vertheidigung zu hören, damit Dreesbach's Angaben nicht unwidersprochen durch die Presse ins Land hinausgehen könnten.

Rüdt: Er erwartet vom Parteitag vollkommene Gerechtigkeit, man muß aber, ehe man ein Urtheil fällt, beide Parteien hören. Er findet es unverantwortlich, wie man durch Pamphlete, wie das Dreesbach'sche, an dem Stegmüller unschuldig sei, wie ein neugeborenes Lämmlein, bei dem Parteitage, also bei den Richtern, Stimmung machen könne. Die ganze Streitfrage habe sich wie folgt entwickelt: Als Mitglied der Kommission über die Ordensfrage hatte ich Stellung zu dem Zentrumsantrage zu nehmen, daß „religiöse Orden und Kongregationen in Baden zuzulassen seien". Ich machte nun meine Zustimmung zu diesem Antrage davon abhängig, daß die Orden und Kongregationen ebenso wie andere Vereine unter das Vereinsgesetz gestellt würden. Dadurch habe ich durchaus im Rahmen des Parteiprogramms gehandelt. Neben dem allgemeinen Rechte, dem Parteiprinzip, giebt es aber auch noch jura stipularia und jura specialia. Erst im Erfurter Programm sind die jura specialia fixirt worden. Man kann mir aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn ich vor Erfurt die Kirche und die Religion anders bekämpft hatte als jetzt, und ich habe mich weder einer Inkonsequenz noch eines Prinzipienverrathes schuldig gemacht, wenn ich nun verlangte, daß die Kirche denselben Gesetzen unterworfen werden sollte wie andere Vereinigungen auch. So stand die Sache vor der Kommission, in der Wacker mir ausdrücklich erklärte, daß sich **über meinen Zusatzantrag sprechen lasse.** Im Plenum wurde es aber anders. Die Klerikalen verlangten ausdrücklich, daß ihre Orden ꝛc. nicht mit demselben Maße gemessen werden sollten wie private Vereinigungen. Sie wollten uns also über das Ohr hauen. Für uns lag nun die Sache so, daß wenn wir die Orden nicht als Privatvereine ansehen sollten, wir nicht für sie stimmen konnten. Wenn die Ultramontanen uns auf Grund meiner Erklärungen in der Kommission ...rtölpeln wollten und uns zu zwingen versuchten, für ihren Antrag ohne ...eren Zusatz zu stimmen, so blieb uns nichts anderes übrig, als uns der ...nme zu enthalten. Wir mußten der Sozialdemokratie den Triumph sichern, ...Pfäfflein zappeln lassen zu können. Der zweite Zentrumsantrag bezog sich auf Missionen. Auch hier bezweckte mein Antrag nur, die Privilegien der Kirche ...eseitigen. In Bezug auf den dritten Zentrumsantrag konnten wir unbedingt ...immen, denn es handelte sich nur um rein interne Angelegenheiten der ...olischen Kirche, bei der wir ihr nicht ihr Selbstbestimmungsrecht beschneiden ...n. Bei der Abstimmung habe ich mich also so logisch verhalten, wie ich

hier vor Ihnen spreche; auch Dreesbach war am Tage vor der Abstimmung durchaus meiner Ansicht. Nach Dreesbach's Ausführungen habe ich aber auch im Landtage eine kulturkämpferische Rede gehalten. Das ist unrichtig und läßt sich an der Hand der gedruckten Rede widerlegen. Meine Rede war rein wissenschaftlich, und als gebildeter Mensch, aber auch in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat hatte ich die Pflicht zu beweisen, indem ich mich auf Päpste und Priester bezog, daß die Klöster durchaus nicht immer die Pflanzstätten der Tugend, der Nächstenliebe, der Wissenschaften gewesen sind, als welche sie die Ultramontanen hinstellten. Aber ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß ich nicht durch Gewalt, durch brutale Unterdrückung, sondern durch Geisteskampf die Beseitigung der Klöster anstrebe. In der ganzen Frage wäre es politischer Kretinismus gewesen, wenn ich nicht auf meinem Zusatz bestehen geblieben wäre; Dreesbach hat mir vor Zeugen gesagt, daß er auf meinem Standpunkt stehe; und auch die „Volksstimme" hatte zunächst offen ausgesprochen, daß ich den prinzipiellen Standpunkt gewahrt hätte. Aber nun kommt man her und wirft mir Verrath am Parteiprinzip vor und schiebt mir unter, ich hätte mit den Nationalliberalen unter einer Decke gesteckt. Das wirft man mir vor, der ich in meiner langen Thätigkeit alle unsere Gegner mit vollster Entschiedenheit bekämpft hatte. Ich habe nicht nöthig, mit unseren Gegnern zu paktiren. Aber wenn ich vor die Wahl zwischen einem Ultramontanen und einem Nationalliberalen gestellt werde, so ziehe ich doch noch den Nationalliberalen vor; während der erstere noch tief im finsteren Mittelalter steckt, lebt der andere wenigstens in der modernen Zeit. Auch in meinem Flugblatte habe ich nur solche Dinge vertreten, die sich mit unseren Prinzipien decken, ich habe nicht um ultramontane Stimmen gebuhlt, indem ich versprach, für Reservatrechte der Kirche zu stimmen, sondern habe nur versprochen, der Kirche dieselben Rechte wie jedem Privatvereine zu sichern. Eigenthümlicher Weise begannen die Feindseligkeiten Dreesbach's gegen mich, die ich weder begonnen, noch in irgend einer Weise erwidert habe, erst nach den Artikeln des Offenburger „Volksfreundes". Auch als die „Volksstimme" sich in fanatischer Weise gegen mich wandte, habe ich weder in Rede noch in Schrift die Angriffe erwidert. Als die badischen Genossen es für nothwendig erklärten, in einer besonderen Landeskonferenz die Angelegenheit zu erklären, habe ich mich ohne Weiteres gestellt. Anstatt daß nun Dreesbach sich in sozialdemokratischer Solidarität dem Spruche der Konferenz unterworfen hätte, war er beleidigt, als sich die überwältigende Mehrheit der Konferenz für mich erklärte, und schimpfte unausgesetzt in der Oeffentlichkeit gegen mich. Damit war der Zank entflammt, der unseren Gegnern zur Freude in einem Augenblick vom Zaune gebrochen wurde, wo sie sich dazu rüsten, um in vereintem Angriff uns zu Boden zu schmettern.

Ich appellire nochmals an Ihre Gerechtigkeit und ich bin überzeugt, daß Sie der Wahrheit das Recht geben werden. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung stellt Bebel den Antrag, daß, nachdem in dieser Sache die beiden Kontrahenten gesprochen, das Plenum entscheiden könne. Die Angelegenheit des Offenbacher „Volksfreundes" und die Angelegenheit Stegmüller müsse der Neuner-Kommission überwiesen werden.

Nachdem noch Geck für sich das Recht reklamirt hatte, morgen ebenso lange wie Dreesbach und Rüdt sich zu vertheidigen, wird entsprechend dem A[illegible]trage Bebel beschlossen.

Es folgen geschäftliche Mittheilungen. Genosse Landgraf, der z[illegible] Schriftführer gewählt war, hatte kein giltiges Mandat, sondern war nur [illegible]sucher. Für ihn wird Kunert zum Schriftführer gewählt.

Der holländische Genosse van Kol überbringt die Grüße der soz[illegible] demokratischen Partei der Niederlande.

Am Mittwoch Abend geben die Frankfurter Genossen dem Parteitag einen Kommers in der „Weißen Lilie".

Auf Antrag Bebel's wird beschlossen, mit Rücksicht darauf ohne Mittagspause bis 4 Uhr zu arbeiten.

Schluß 7³/₄ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 24. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

9¹/₄ Uhr.

Vorsitzender Singer.

Singer ertheilt nach einigen geschäftlichen Mittheilungen dem niederländischen Genossen van Kol das Wort.

van Kol: Vor zwei Jahren, zu Berlin, befand ich mich in Ihrer Mitte, doch war mir damals vom Zentralrath des Holländischen sozialdemokratischen Bundes strenge Neutralität auferlegt. Kein Urtheil sollte ich aussprechen, weder über die damaligen Streitigkeiten in Ihrer Heimath noch über die zwischen einzelnen Ihrer und unserer Führer. Wie unangenehm dieser Standpunkt uns auch war, wir haben den Auftrag erfüllt, umsomehr, weil uns nicht jede Aussicht auf die Wiederherstellung der Eintracht verloren zu sein schien. Damals hofften wir noch, daß persönliche Streitigkeiten und Zwist verschwinden würden vor den Forderungen des gemeinschaftlichen Kampfes; daß im Schatten der rothen Fahne sich alle diejenigen wieder vereinen würden, welche aufgewachsen waren im Kampf für Recht und Freiheit.

Diese Hoffnung ist jetzt verschwunden, wenigstens in Bezug auf Holland. Dort sind wir scharf getrennt. Die neu begründete Sozialdemokratische Arbeiter-Partei hat sich losgerissen vom alten Bunde, welcher nur aus Heuchelei sich noch sozial-demokratisch nennt und dessen Mehrheit jetzt uns schärfer als die Bourgeoisie bekämpft, und die brutale Gewalt, womit man den herrschenden Klassen nur droht, wird uns gegenüber ausgeübt. Wir, die wir uns selbst gleich blieben, die wir festhielten an der Ueberzeugung, welche einmal die des ganzen Bundes war, wurden als „Störenfriede" und „Verräther" ausgeschrieen, weil wir die unbeständige Haltung und Taktik einiger unserer Wortführer für die Sache des Sozialismus verderblich hielten.

Man mag es bedauern — die Trennung mußte kommen. Es war kein Zwist zwischen Individuen, sondern eine Lebensfrage für den Sozialismus in Holland: der Kampf, ob anarchistische oder sozialdemokratische Taktik. Andere Länder haben diesen Kampf schon größtentheils überstanden, weil ja die anarchistische Taktik sich überall als unbrauchbar und schädlich erwiesen hat, nützlich nur für die Feinde des Proletariats. Wegen ihrer Folgen wurde sie schon in Amerika, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Oesterreich und Spanien verurtheilt, und die machtlose Wuth einiger Fanatiker kann sie nicht retten. In Holland müssen wir diesen Gährungs-[...]zeß, diese Kinderkrankheit noch durchmachen, und heftig schäumt und braust im Innern unserer Partei, wenn auch schon einzelne Thatsachen darauf deuten, daß die frühere Ueberschätzung unserer Kräfte anfängt Raum zu [...]hen für die Anerkennung unserer thatsächlichen Schwäche auf jedem anderen [...]iete als dem der Politik.

Lange haben wir gehofft, daß das gemeinschaftliche Ziel auch einen [...]einschaftlichen Weg ermöglichen würde; allein seitdem auf dem Groninger [...]'greß der Bund einen entschieden antiparlamentarischen Charakter [...] und jede Theilnahme an den Wahlen verbot, ist uns dieser Traum

entflohen. Unsere Wege sind jetzt für immer geschieden, denn wir entfernen uns um keines Haares Breite von der eingeschlagenen Bahn, auf welcher **Deutschland, Frankreich, Oesterreich** und **Belgien** uns schon vorangingen und Siege errungen haben.

Die jetzige Taktik des offiziellen Bundes, der die mächtigste Waffe im Klassenkampf, das Schwert der Staatsmacht und der Gesetzgebung, verrosten lassen will, dünkt uns unselig für die Propaganda des Sozialismus, unselig für die Wehrbarkeit der Arbeiter. Vor Allem in **Holland**, mit seinem wenig industriellen und in geringem Maße agrarischen Proletariat, wird der Kampf auf **ökonomischem** Gebiete (trotz einiger kleiner und zeitlicher Vortheile) sich für die Arbeiter möglichst ungünstig zeigen. Der **politische** Kampf ist dort mehr als irgendwo das unentbehrliche Hilfsmittel zur Befreiung des Proletariats.

Wir sind leider noch ein kleines Häuflein gegenüber den mächtigen Feinden aus den besitzenden und den zahlreichen Unwissenden und Gleichgiltigen aus den arbeitenden Klassen. Das muß und soll anders werden. Und das **wird** anders werden sobald durch den Drang der Entwicklung und der Triebkraft des Volkes das allgemeine Wahlrecht wird erobert sein und das Proletariat wird gelernt haben, dieses Machtmittel anzuwenden zum eigenen Vortheil und zum Verderben der Feinde. Hier liegt im Augenblick der schwache Punkt der Festung der Bourgeoisie, darauf werden wir unseren Angriff richten.

Und wenn es uns gelungen sein wird, die Gemüther des Volkes in Bewegung zu bringen, wenn wir das Loos und die Widerstandskraft der Arbeiter verbessert oder den Mangel an gutem Willen seitens der Regierung bewiesen und also die Pfeiler der Bourgeoisherrschaft untergraben haben werden, dann werden wir nochmals die Frage stellen: **wer nun die wirklichen** Revolutionäre gewesen sind: die Anhänger der anarchistischen Gewaltphrasen oder die der sozialdemokratischen Taktik.

Die Aufgabe, welche Sie in **Deutschland** schon zum Theil gelöst haben, liegt bei uns noch vor. Ihre selbstbewußte, intelligente und energische Taktik, deren Erfolge den Enthusiasmus der ganzen sozialistischen Welt erregte, wird uns zum Beispiel dienen. Mit Ausnahme einiger kleinen Abänderungen, welche die eigenthümlichen Zustände erheischen, wird sie die Taktik werden der neulich in **Holland** begründeten **Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei**, welche sich ganz und gar auf den Boden der Entschlüsse der internationalen Kongresse stellt, von welchen der alte Bund sich losriß. Wir allein in unserer Heimath blieben treu den Beschlüssen der überwältigenden Mehrheit der sozialistischen Arbeiter. Und sei unser Häuflein jetzt auch noch klein (nur 20 Gruppen zählen wir), wir fühlen uns stark im Bewußtsein, ein Bataillon der großen internationalen Armee des kämpfenden Proletariats zu sein.

Es ist noch viel für uns zu thun übrig, wir sind nur am Anfang unserer schweren Aufgabe, unseres heißen Kampfes. Und darum war Ihre finanzielle Hilfe, Ihr Sympathiebeweis in diesen Tagen von schwerem und verzagendem Kampfe uns so herzlich willkommen. Die Solidarität, welche Sie Ihren Waffenbrüdern in Frankreich, Belgien und Oesterreich zeigten, haben Sie jetzt auch an **Holland** erwiesen.

Dank, Brüder und Mitkämpfer, im Namen des jetzt noch so schwachen Armeekorps, das in **Holland** die Fahne der internatinalen Sozialdemokr[illegible] retten muß aus den Händen ihrer Feinde, die heute erklären, daß sie „in [illegible] Sieg der Sozialdemokratie den Untergang des Sozialismus" sehen, und d[illegible] Hauptführer dem gegenwärtigen Klassenstaat den Vorzug giebt vor einer soz[illegible] demokratischen Gesellschaft, weil diese „unendlich tyrannischer sein wü[illegible] (Société Nouvelle, 1894 p. 599 und 803). Wir wurden gezwungen [illegible] wählen, und da stehen wir neben Ihnen! **Treu** den Prinzipien, durch [illegible] Geschichte und die Wissenschaft erprobt; **treu** unseren Bundesgenossen [illegible]

Länder im Kampf für menschliche Freiheit und Gleichheit; treu, mit einem Worte, der rothen Fahne der revolutionären Sozialdemokratie! (Beifall.)

Singer: So weit es uns möglich ist, werden wir die Solidarität auch weiter bethätigen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Debatte stehen: die badischen Streitigkeiten, beschränkt auf den Inhalt des Antrages 68_1.

Geck-Offenburg: Parteigenossen! so darf ich Sie doch noch nennen trotz der Angriffe von gestern. Ich stehe allerdings noch nicht 25 Jahre wie Dreesbach in der Bewegung, aber ich habe, so lange wie ich thätig bin, nichts so Widerwärtiges und Absurdes erlebt wie das Dreesbach'sche Pamphlet, das gestern gegen mich verbreitet worden ist. Seit 1890 hat Baden sozialdemokratische Redner im Parlament und zwar Rüdt und Dreesbach. Zwischen beiden herrschen seit langem persönliche Streitigkeiten. Das Hinzukommen eines dritten, Stegmüller, besserte nichts. Er schwankte zwischen beiden Polen hin und her. Die badischen Genossen waren von diesem Streit nicht erbaut und machten den Versuch, ein würdigeres Verhalten der Streitenden nach außen herbeizuführen. Zwei Tage lang beschäftigte sich der Parteitag, der Ostern dieses Jahres in Karlsruhe tagte, mit der Angelegenheit und kam zu dem Resultat, unseren Vertretern im Landtag einmüthig zu empfehlen, eine Fraktion zu bilden und sich den üblichen Fraktionsgesetzen zu unterwerfen. Dem Abgeordneten Stegmüller wurde ein Vertrauensvotum ertheilt nicht wegen seiner sogenannten Kirchenbau-Rede, die noch nicht gehalten war, sondern wegen seiner Straßenmeister-Rede; da hatte Stegmüller im Parlamente gesagt, die Straßenmeister müßten ein höheres Gehalt erhalten; jetzt seien sie gezwungen, den Staat zu betrügen; das wurde bestritten. Da erwiderte Stegmüller: Das weiß ich aus eigener Erfahrung. In meinem Notizbuch habe ich aufgezeichnet, wie oft ich den Staat betrogen habe. (Heiterkeit.) Wir verziehen Stegmüller, weil er ein junger, parlamentarisch unerfahrener Mann ist. Redner schildert nun das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag zu den Zentrums-Anträgen. Der Antrag Rüdt war als Fraktions-Antrag eingebracht. Statt einmüthig für den Zusatz-Antrag einzutreten, spaltete sich die Fraktion. Dem Zentrumsführer Wacker und dem Freisinns-Demokraten Muser war es gelungen, Unkraut in den Weizen zu säen. Der alte Konflikt zwischen Dreesbach und Rüdt kam wieder zum Vorschein. Das Verhalten der Landtags-Fraktion hat uns geradezu vor aller Welt kompromittirt. Als der Zentrums-Antrag zur Abstimmung kam, rief Stegmüller über den Parlamentssaal: „Dreesbach, wie wolle mer jetzt stimme?" (Große Heiterkeit.) Daß die Genossen im Lande mit diesem Zwist nicht gerade zufrieden waren, ist klar. Redner geht nun dazu über, das Verhalten des Offenburger „Volksfreund" zu vertheidigen. Er wird jedoch vom Vorsitzenden unterbrochen, der ihn darauf aufmerksam macht, daß die Preßfehde vor der Neuner-Kommission auszutragen sei und bricht damit ab. Er erinnert an das einstimmige Urtheil des letzten Offenburger Parteitages gegen Dreesbach und für ihn und Rüdt und schließt mit der Versicherung, daß die badischen Genossen durchaus nicht uneins seien und die Differenzen nur mit drei bis vier Persönlichkeiten in Mannheim und Lörrach beständen.

Krohn-Konstanz: Die Streitigkeiten in Baden sind nicht erst in der ...mmer entstanden. Schon in Karlsruhe s...n wir, daß persönliche Zwistig-...ten zwischen Rüdt und Dreesbach vorhanden seien, die bald zum offenen ...strag kommen müßten. Wir in Konstanz geben Rüdt in Bezug auf seine ...ltung im Landtag durchaus recht. Wo ein Huß verbrannt worden ist, ...üssen wir die Pfaffen auf das Entschiedenste bekämpfen.

Kiesel-Berlin: Die Parteigenossen, die seit 25 Jahren im politischen ...mpfe stehen, hätten doch zum mindesten wissen müssen, wie sie sich in einer

prinzipiellen Frage zu verhalten haben. Rüdt hat nicht konsequent gehandelt. Ich verstehe es, warum er gegen die Pfaffen donnert und ein Dutzend täglich zum Frühstück verzehrt, aber hier handelt es sich um die Wahrung des Prinzips, und gegen das Prinzip hat Rüdt verstoßen.

Lütgenau-Dortmund: Wir bekämpfen die Macht der Kirche, aber die Macht hat sie nur durch die Staatsgesetze, deshalb hat es keinen Zweck, die Pfaffen anzugreifen, sondern für Trennung von Staat und Kirche einzutreten, deshalb hat Rüdt auch nicht dem Prinzip entsprechend gehandelt. Rüdt brüstet sich mit seiner Wissenschaftlichkeit und Logik, aber seine Aeußerungen gegen die Klöster sind weder juristisch wissenschaftlich noch logisch klar. Sein Zusatz bezüglich der Stellung der Orden unter das Vereinsgesetz ist entweder sinnlos oder selbstverständlich. Um seinen Verstoß gegen das Programm zu bemänteln, greift er nach dem Strohhalm der Worte Wacker's in der Kommission. Das Verhalten Rüdt's geht über das der Nationalliberalen noch hinaus, es ist strikte gouvernemental. Würden wir das Verhalten Rüdt's nicht mißbilligen, so könnten wir uns gegen Angriffe des Zentrums gegenüber dem Satz „Religion ist Privatsache" nicht mehr vertheidigen.

Dreesbach-Mannheim: Rüdt scheint auch hier die Taktik des Verschleierns einzuschlagen, darin hat ihm Geck sekundirt. Es wird immer wieder behauptet, persönliche Zwistigkeiten seien die Ursachen des Parteistreites. Rüdt sucht mit Hilfe seiner Beredsamkeit im Oberlande gegen mich Stimmung zu machen, deshalb eben bringe ich die Sache vor ein unparteiisches Gericht. Bei der Abstimmung handelt es sich nicht um das, was im Kommissionsbericht steht, sondern es handelt sich um den Wortlaut des Gesetzes, und danach hatte Rüdt die Pflicht, mit uns zu stimmen. Selbstverständlich unterliegen die Missionsgesellschaften dem bestehenden Vereinsgesetze. Ich hatte Rüdt allerdings anfangs zugestimmt, als er den Zusatzantrag stellte. Nachdem ich aber selbst erkannt hatte, daß er unlogisch sei, war ich doch nicht verpflichtet, für den Unsinn zu stimmen! Das Vorgehen des Rüdt untergräbt uns unsere ganze Agitation. In der Landesversammlung wußte man nicht, was man thun sollte, sonst hätte man nicht einstimmig für Rüdt stimmen können. Das ist der weitere Grund, weshalb wir die Sache vor den Parteitag brachten, damit dieser dem Dr. Rüdt ausspricht, „sein Verhalten entspreche nicht den Parteiprinzipien". Die Preßfehde bringen wir vor die Kommission, und da werden wir Genossen Geck noch andere Sachen vorlesen als das Artikelchen, das er hier vorgetragen hat. Was Geck über Stegmüller's lauten Zuruf: „Wie haben wir zu stimmen?" gesagt habe, sei ein Märchen. Stegmüller habe sich nur leise an ihn, Redner, um Rath gewandt, wie das häufig in allen Fraktionen vorkommt.

Rüdt-Heidelberg: Es handelt sich garnicht um ein Ausnahmegesetz, das beweist schon ein Blick auf das badische Grundgesetz. In der Praxis ist es wohl ein Ausnahmegesetz, aber nicht in seinem inneren Sinne. Meinen Zusatzantrag habe ich eingebracht, um der späteren falschen Interpretation des Gesetzes vorzubeugen. Bebel hat bei einer anderen Gelegenheit einem Gesetze ähnliche Riegel vorgeschoben, weil er scharfsinnig den schlimmen Folgen späterer falscher Interpretation vorbeugen wollte. Ich wollte ja nur, daß die öffentlichen Missionsakte wie politische Versammlungen angemeldet und überwacht werden sollten. Logisch hat mein Zusatz nach dem Fallen des sog. „Ausnahmegesetzes" Zweck gehabt. Es ist falsch, daß die Worte des Zentrumsabgeordneten Wacker keine rechtliche Bedeutung hätten, wie Lütgenau meint. Seit w[illegible] sind wir denn soweit gekommen, das Urtheil einer Parteikonferenz für Un[illegible] zu erklären. Unter den Leuten des badischen Oberlandes sind mehr kluge praktische Leute, sie würden sich vor den Kopf gestoßen sehen, wenn Sie d[illegible] Urtheil hier einfach umstoßen. Sie wissen mehr als die Norddeutschen, [illegible] es mit dem Kampfe gegen die Klerisei und die schleichenden Kapuziner [illegible]

lächter) auf sich hat. Lütgenau und Dreesbach meinten, mein Zusatz hätte keinen Sinn mehr gehabt, nachdem das Ausnahmegesetz gefallen ist. Stilistisch vielleicht nicht, wohl aber logisch. Die Privilegien der Orden bestehen weiter, und für deren Beseitigung bin ich eingetreten, aber auch für Aufhebung des Ausnahmegesetzes. Die Frage Stegmüller's ist thatsächlich während der Verhandlung gefallen. Es ist Sache der badischen Organisation, die Angelegenheit zu regeln. Die ordnungsmäßig verlaufene Konferenz ist zu dem Urtheil gekommen, daß ich dem Prinzip entsprechend gehandelt habe. Wir mußten die Privilegien der Kirche beschneiden, das gebot uns auch die Frage der Taktik. Man muß es uns, die wir in ständiger Berührung mit der Landbevölkerung stehen, überlassen, zu verlangen, daß die kirchlichen Institutionen unter das Vereinsgesetz gestellt werden. Deshalb muß sich der Parteitag auch den Beschlüssen der Landeskonferenz anschließen.

Mit großer Mehrheit wird auf Antrag **Hülle's** Schluß der Diskussion angenommen.

Persönlich bemerkt **Stegmüller**-Lörrach: Ich war als Straßenmeister im badischen Staatsdienste. Diese Straßenmeister sind so schlecht gestellt, daß sie seit Jahr und Tag jeden Feiertag als Arbeitstag berechnen müssen, um zu dem budgetmäßigen Einnahmebetrag zu gelangen. Ich empfand das als einen staatlich erlaubten Betrug, aber doch immerhin als Betrug, deshalb quittirte ich den Staatsdienst. Das und nichts anderes brachte ich im badischen Parlament zur Sprache. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 68, I.:

„Das Verhalten des Dr. Rüdt bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei **nicht** und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus“

angenommen.

Antrag 68 II. und 69 gehen an die Neuner-Kommission, in welche gewählt sind: **Blos**, **Koenen**, **Hülle**, **Zetkin**, **Birk**, **Quarck**, **Ihrer**, **Legien**, **Peus**. Frau **Zetkin** bittet, von ihrer Wahl abzusehen, da sie noch in der Mandatprüfungs-Kommission beschäftigt sei. Diesem Wunsche wird nachgekommen und an ihre Stelle tritt **Neumann**-Elberfeld.

Es wird zur Erörterung der bayerischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge 70, 75, 76 und 102, ferner liegen vor die Resolutionen:

113. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle erklären:

In Erwägung, daß die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Gesellschafts- und Staatsordnung aus der Gesammtthätigkeit der Partei hervorgeht;

in weiterer Erwägung, daß die Gesammtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurtheilen ist, sowie in Hinblick auf die auf dem bayerischen Parteitage gegebenen Darlegungen:

sind die von Berlin 1, 3, 4, Halle, Weimar, Braunschweig und Hanau [...]stellten Anträge als erledigt zu betrachten.

[...]rtel-Nürnberg. Eduard Schmidt. Albrecht Fülle. J. Bräu. Seidl. Reichsrath. M. Schmidt. R. Opificius. Ad. Geck. Th. Lutz. Opificius-Pforzheim. Dr. Rüdt. A. Krohn. Müller-Arheilgen. Cramer-Darmstadt. Orbig-Gießen. H. Prinz. Galm-Seligenstadt. [...]ch-Langen. J. Orb. Stücklen-Hof. M. Ernst. Karl Greß. Friedr. Zick. Breder-Augsburg. Birk. Kölblinger. Müller. Klemens. Bamberger. Wiemer. Mößinger.

114. Der Parteitag wolle erklären: Es ist Pflicht der parlamentarischen Vertreter der Partei, wie im Reichstag so in den Landtagen Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Klassencharakter des Staats wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen ist, mit aller Schärfe zu kritisiren und zu bekämpfen; es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen. Da ferner die Regierungen als Leiter von Klassenstaaten die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das heftigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmäßig erscheint, ergreifen, um die Sozialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die nothwendige Folge, daß die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können und, da die Bewilligung des Gesammtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesammtabstimmung gegen das Budget zu stimmen haben.

Antrick. Auer. Arons. Bebel. Braunsdorf. Emmel. Ewald. Geyer. Gruhl. Herbert. Jahn. Kaden. Kasper. Kandt. Koenen. Kiesel. Liebknecht. Lütgenau. Lesche. Meist. Martikke. Metzner. Mattutat. Pfarr. Pfannkuch. Schultze-Coffebaude. Singer. Slomke. Schultze-Königsberg. Schulze-Berlin. Timm. Werner. Wilke.

Wilke-Berlin begründet Antrag 70: Die bayerischen Landtags-Abgeordneten haben sich bei ihren Etatabstimmungen in einer Weise verhalten, die nicht in Uebereinstimmung ist mit unseren sonstigen Gepflogenheiten. Wenn nun auch die bayerischen Genossen sich von taktischen Gründen haben leiten lassen, so können es doch sehr viele Genossen nicht begreifen, wie man bei Abstimmungen über den Gesammt-Etat auch Mittel für offenbar kulturfeindliche Zwecke bewilligen könne. Um jeder Mißstimmung in weiten Kreisen vorzubeugen, muß der Parteitag das Verhalten der bayerischen Genossen tadeln.

Kunert-Halle zu Antrag 70: Wenn ich den bayerischen Abgeordneten auch für ihre Thätigkeit meine Anerkennung ausspreche, so liegt bei ihrer Abstimmung über ihren Gesammt-Etat doch ein Verstoß gegen unser Programm vor. An einzelnen Posten weist Kunert nach, daß hier die Etatsforderungen im Widerspruch zu den Bestimmungen unseres Programms stünden. Es ist klar, daß nicht drei rothe Heller zu diesem Etat hätten bewilligt werden dürfen, geschweige 330 Millionen. Man kann nun sagen, daß in der Theorie das ganz schön sei, aber nicht in der Praxis. Ist aber die bayerische Praxis richtig, so gehört das Programm in den Papierkorb. Ich kann nicht das Mißtrauen unterdrücken, daß die Bayern zur Erzielung äußerer Erfolge sich zur Programmverletzung haben hinreißen lassen, wenn ich auch überzeugt bin, daß sie das Wohl der Partei im Auge gehabt haben. Ihr Verhalten unterscheidet sich aber doch kaum mehr von dem des radikalen Liberalismus. Wenn wir nicht aus eigener Kraft Stimmen gewinnen können, so thun wir besser, auf sie zu verzichten. Unsere Partei dekretirt Niemandem etwas und will auch den bayerischen Abgeordneten nichts dekretiren. Aber das Programm ist das Sturmbanner der Partei und dieses sturmerprobte Banner muß man hochhalten, sowohl gegen die Seitensprünge in der Partei als gegen die Reaktion.

Den Antrag 75 begründet **Meyer-Magdeburg**: Der Parteitag [illegible] ausdrücklich feststellen, daß das Programm von allen unseren Vertretern st[illegible] innegehalten wird.

Den Antrag 76 begründet **Möller-Bochum**.

Den Antrag 102 Absatz 1 begründet **Hüber-Karlsruhe**: So lang[illegible] den Etats Ausgaben für Kirchen und Apanagen enthalten seien, könne [illegible] Sozialdemokrat dafür stimmen. Ein Mißtrauensvotum zu ertheilen is[illegible]

nöthig, denn ich hoffe, daß, nachdem der Parteitag gesprochen hat, die bayerischen Abgeordneten in Zukunft sich danach richten werden.

v. Vollmar: Genossen, ich muß Ihnen in meinem und im Namen der anwesenden bayerischen Delegirten zunächst gestehen, daß es uns sehr in Verwunderung setzt, daß die früher gestellten Anträge überhaupt hier noch zur Berathung gekommen sind. Als die ersten Angriffe in den verschiedenen Gegenden Deutschlands gegen uns erfolgten, da haben wir uns gesagt, es spricht sich in ihnen eine solche Sachunkenntniß über die bayerischen Verhältnisse aus, daß sie den Leuten schließlich nicht zu verübeln sind. Alle Zweifel müßten sich leicht beseitigen lassen, wenn von unserer Seite erst eine Erklärung über unser Vorgehen vorliegt. Diese Klärung ist nun in München auf dem bayerischen Parteitag erfolgt und zwar so ausführlich, daß wir etwas Weiteres sagen zu müssen kaum noch erwarteten. Der bayerische Parteitag, zur Hälfte so stark wie dieser, war aus allen Theilen Bayerns besucht. Es waren auch Opponenten erschienen; bei der Abstimmung stellte sich jedoch völlige Einstimmigkeit heraus. Wir erhielten ein Vertrauensvotum, wie es rückhaltsloser nicht gedacht werden kann. Zum Ueberfluß wurden wir noch zur bayerischen Parteileitung gewählt. Vielleicht 70 Rechenschaftsberichte wurden vor und nach dem Parteitag von unseren Abgeordneten erstattet, in allen Versammlungen zeigte sich vollendete Einstimmigkeit. Nicht einmal ein Zweifel wurde über das laut, was hier so großen Anstoß erregt zu haben scheint; und unter unseren Genossen befinden sich auch viele alte Genossen, die doch auch etwas vom Programm verstehen. Kurz, Sie haben es mit dem, was wir Bayern Ihnen hier sagen, nicht zu thun mit uns als Einzelpersonen, sondern mit der ganzen bayerischen Sozialdemokratie. Die Gründe für unser Vorgehen sind von uns des Ausführlichsten dargelegt worden; das Protokoll des Münchener Parteitages ist in Ihren Händen, hoffentlich haben Sie es auch gelesen. Jeder kann sich genau unterrichten über die Angriffe, die wir erfuhren, und über unsere Erwiderungen. Der Eindruck, den Sie aus der Lektüre gewinnen, muß stärker wirken, als die Worte, die ich in der kurzen Zeit Ihnen hier sagen kann. Wir hatten, wie gesagt, nach unserem Parteitag gehofft, daß die Anträge, nachdem die Klärung erfolgt ist, zurückgezogen werden würden. Das ist nun nicht der Fall. Ja, zu meinem Erstaunen bemerke ich, daß man sich auch von anderer Seite förmlich darauf versteift, die Angelegenheit zu einem gewissen zwangsweisen Abschluß zu bringen. Ich bin in einer gewissen Verlegenheit, was ich Ihnen demgegenüber noch sagen soll; denn wer durch die Münchener Reden und Beschlüsse sich nicht belehren läßt, wird überhaupt nicht zu überzeugen sein, mir aber würde, wenn ich Alles wiederholen wollte, selbst das Elend ankommen. (Heiterkeit.) Indessen will ich noch einige Streiflichter auf die Sache werfen, damit nicht hintennach gesagt werden kann, wir hätten unsererseits irgend etwas verabsäumt, es zur Klärung zu bringen. Im Genossen Kunert habe ich wohl das Vergnügen, den „Parvus" der „Neuen Zeit" zu begrüßen. (Bewegung.) Was er hier vortrug, war wenigstens in der Hauptsache Wiederholung des Parvus-Artikels. Wir haben schon klargelegt, daß in unserem Budget Militärausgaben gar nicht enthalten sind. Kunert zieht sich deshalb hinter die Matrikularbeiträge zurück; aber als früherer Reichstagsabgeordneter [illegible]e er doch wissen, daß die Matrikularbeiträge im Reichstag festgesetzt werden, [illegible] in den Landtagen haben nur die Rechnung zu bezahlen, die uns das Reich [illegible]entirt. Es ist auch falsch, daß man die ganze Angelegenheit als eine [illegible]ell bayerische hingestellt hat; denn ebenso wie wir haben sich seit [illegible]ren die Badenser, die Hessen verhalten, ohne daß die Parteizensoren [illegible]terkeit) etwas davon gemerkt haben. In der That ist die Ab[illegible]mung über das Budget in den Landtagen etwas wesentlich anderes,

als die Abstimmung im Reichstag. Der Reichstag ist der Ort, wo die großen Prinzipienfragen entschieden, der allgemeine Geist der Politik festgestellt wird; die Landtage haben im Wesentlichen nur die Konsequenzen daraus zu ziehen; sie haben mehr Verwaltungspolitik zu treiben. Genosse Kunert hat nun eine ganze Anzahl von Einzelheiten vorgeführt, aus denen er dann, genau so wie der Parvus-Artikel, einen Prinzipienbruch und Programmverrath herausdestillirte. Ich kann natürlich nicht auf alles eingehen, denn sonst müßte ich ein Colleg über Staatsrecht und Finanzgesetzgebung in Bayern lesen. Nur einiges will ich herausziehen. Man wirft uns die Grundsteuerbewilligung vor, die den Bauer bedrücke; aber die Grundsteuer ist bei uns die Einkommensteuer der Bauern. Stimmten wir ohne weiteres für ihre Abschaffung, so wälzten wir einfach ihren Ertrag auf die übrige Bevölkerung des Landes. Aehnlich liegt das bei der Haussteuer, die nach Kunert und Parvus jede Hütte belastet: Nun bin ich auch Besitzer einer Hütte, die eigentlich keine Hütte ist, und bezahle dafür ganze 98 Pf. Haussteuer. (Heiterkeit.) Aus der Haussteuer kommen im ganzen nur 700 000 Mark heraus! Als Kunert mir Punkt für Punkt, natürlich in höflichster Form, Parteiverrath vorwarf, kam ich mir recht eselhaft vor, weil ich als alter Politiker nach siebenmonatlicher intensivster Arbeit nicht gewußt hätte, was ich schließlich hätte thun sollen. Wir sollen durch die Budgetbewilligung der Regierung ein Vertrauensvotum ausgestellt haben! Fragen Sie doch einmal unsere Minister, ob unsere Reden, ob unsere Initiativanträge — und wir haben fleißiger gearbeitet, als alle anderen Abgeordneten — ein Vertrauensvotum für die Regierung gewesen sind? Wir haben die rücksichtsloseste Kritik geübt, haben die Minister, soweit nöthig, auf das schärfste angegriffen und gegen ganze Ministerien gestimmt. Und nun soll auf einmal die Abstimmung über das Finanzgesetz ein Vertrauensvotum sein! Wenn wir freilich so lange warten wollen, bis im Etat gar nichts mehr enthalten ist, was unseren Wünschen nicht entspricht, dann können wir freilich noch lange warten. Genosse Kunert oder vielmehr Parvus meint: die Ablehnung des Gesammt-Budgets sei die schärfste parlamentarische Waffe. Gewiß, besonders wenn man in der Mehrheit ist. Aber eben weil es die schärfste Waffe ist, wendet man sie nicht tagtäglich an. Es ist wie mit der großen Trommel, rührt man diese immerfort, so geht jede Nüance, jede Melodie verloren. Machen wir einmal von der Budgetverweigerung Gebrauch, so macht das Eindruck; aber je öfter wir es thun, desto mehr verwischt sich der Eindruck. Im Falle eines Verfassungsbruches z. B., da ist der Augenblick gekommen, die schärffte Waffe in Anwendung zu bringen; aber man darf sie nicht vorher stumpf machen. Aber da kommt man mit der Prinzipienfrage! Es ist eine alte Geschichte, je weniger man Gründe vorzubringen vermag, desto mehr hängt man das Prinzip heraus, weil man denkt, daß sich da ja doch Niemand heranwage. Auch der Antrag Bebel und Genossen stellte die Sache so dar, als ob es geradezu das Kennzeichen der Sozialdemokratie sei, das Gesammt-Budget abzulehnen, das ist aber nicht wahr; ich erinnere nur daran, daß nicht blos ausländische Liberale, sondern auch deutsche Fortschrittler wiederholt dieselbe Taktik geübt haben, ohne dadurch zu Sozialdemokraten geworden zu sein. Die Annahme, als ob in einer solchen Einzelhandlung das „Prinzip“ verkörpert sei, geht vo[illegible] einer recht kindlichen Auffassung aus, die für alles ein Symbol haben will ur[illegible] die Sache in der Form sucht. Die Gegnerschaft gegen die heutige Staat[illegible] und Gesellschaftsordnung liegt aber so wenig in einem Namensaufruf, als i[illegible] einer rothen Kravatte. Sonst müßten wir auch wieder zur seligen Steue[illegible] verweigerung zurückkommen. Bebel hat in Erfurt, als man die Taktik zwisch[illegible] links und rechts festlegte — „rechts“ das war nämlich ich —, ausdrücklich e[illegible] klärt, daß wir im Reichstage deshalb gegen den Etat stimmen, weil v[illegible]

Fünftel von ihm Militärausgaben ausmachen. Das ist in der That ein ausschlaggebender Grund. In den Einzellandtagen ist es aber gerade umgekehrt; hier haben wir keine Militärausgaben und die kulturellen Ausgaben überwiegen. Das Schwergewicht liegt ausschließlich in dem Verhalten zu den einzelnen Budgets. Wenn wir nicht hier und überhaupt durch unsere parlamentarische und außerparlamentarische Gesammtthätigkeit den prinzipiellen Standpunkt gewahrt haben, dann wird uns auch eine verneinende Schlußabstimmung nicht den Nimbus des echten und wahren Sozialdemokraten zu verleihen vermögen. Diese ist eine reine Form, *und alle Formen sind reine Zweckmäßigkeitsdinge, taktische Mittel, die nach Ort und Zeit wechseln*; entscheidend ist allein der Geist des Wirkens. Deswegen handelt es sich hier nicht um das Prinzip, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Dieser Ansicht bin aber nicht blos ich für meine Person, sondern die bayerische Sozialdemokratie als solche. Sie ist der Ueberzeugung, daß unsere Verhältnisse uns vorschreiben, daß von der Budgetverweigerung nur im äußersten Falle Gebrauch gemacht werden soll. Vielleicht werden das die Genossen aus dem Norden nicht ohne Weiteres verstehen; denn selbst für Norddeutsche, die unter uns ansässig sind, dauert es lange, ehe sie sich in unsere bayerische Art hineinzufinden vermögen. Zunächst glauben sie meist, daß sie erst von Norddeutschland die Wahrheitsbotschaft zu bringen vermögen, und wenn die Bayern nicht gleich so in einem Hui alles begreifen, so heißt es dann oft genug: „Die Bayern sind halt etwas dumm.“ In Wahrheit muß man unsere eigenartigen Verhältnisse begreifen. Die Bayern sind wesentlich ein Bauernvolk. Unser Volk ist kein lesendes Volk, es geht lieber in Versammlungen; es besteht nicht aus geschulten Politikern, die haarscharfe politische Distinktionen machen. Es mag ja vielleicht noch die Zeit kommen, wenn erst das Nordlicht auch bei uns seinen scharfen Schein verbreitet. Aber zunächst sind unsere Leute Gemüthsmenschen, die über politische Dinge und Parteien gefühlsmäßig im *Ganzen* urtheilen und darnach nur ein Entweder — Oder kennen. Sie würden es nicht verstehen, wie man über das, was sie interessirt, einmal für und schließlich wieder dagegen stimmen könnte. Wir haben uns durch unser Eintreten für die Aufwendungen zu Gunsten der ländlichen Bevölkerung, für die Aufbesserung der kleinen Beamten und Staatsarbeiter, für Vermehrung der Aufwendungen für Schule, Wissenschaft, Kunst u. s. w. die größten Sympathien erworben. Mit Leichtigkeit aber würde man unsere Arbeit zu nichte machen können, wenn unsere Gegner unter Bezugnahme auf die Schlußabstimmung den Nachweis liefern könnten, daß wir zwar schöne Worte, aber keine Thaten haben. Ich glaube, daß das ganz ähnlich in anderen Landestheilen liegt; aber ich habe zunächst nur unsere eigene Haut zu wehren. Ich sage: *wer das Volk gewinnen und es politisch erziehen will, dessen politische Haltung muß dem Volke verständlich sein.* Dies ist bei unserer jetzigen Taktik der Fall, selbst dort, wo man unser Thun nur aus gegnerischen Blättern kennt; würden wir aber anders handeln, so könnte uns jeder Stümper dem Volk als Feind hinstellen. Man hat uns wegen unserer Erfolge manches Lob gespendet; aber dann möge man uns doch auch noch soviel zutrauen, daß wir nicht so beschränkt sind, 7 Monate lang für die [illegible]paganda, für die Agitation im Landtage zu arbeiten, um dann mit einem [illegible]age unsere Erfolge wieder zu nichte zu machen. Unsere Agitation soll uns [illegible] Volk im wachsenden Maße erobern — darauf ist unsere Politik gerichtet. [illegible] ist es thöricht, von uns zu verlangen, wir sollten unsere Taktik nach den [illegible]hältnissen einrichten, wie sie bei *Ihnen* sind, und nicht nach unseren eigenen. [illegible]che Kenntnißlosigkeit über bayerische Verhältnisse herrscht, dafür lieferte vor [illegible]zem der „Vorwärts“ ein Beispiel, als er in einem Leitartikel über die Kriminal[illegible] bemerkte, daß die Süddeutschen bekanntlich roher und unkultivirter seien!

(Heiterkeit.) Aber Genossen, wie immer Sie denken mögen, so muß Sie doch die vollendete Einstimmigkeit der bayerischen Genossen stutzig machen, die doch auch aus verschiedenen Elementen sich zusammensetzen. Morgen beginnen wir mit der Agrarfrage. Alle, die wir hier sind, wollen wir die Bauern erobern, das Landvolk haben. Eine der allerersten Voraussetzungen für jede Landagitation aber ist das Erkennen und Verstehen der Eigenart des Volkes und Landes. Es wäre ein außerordentlich schlechter Anfang für unsere Landagitation, wenn Sie mit einer Geringschätzung dieser Eigenart und mit einem Akte falscher Einheitlichkeit beginnen wollten, die in Wahrheit nichts als ein Schablonisiren und Uniformiren wäre, ein Ausfluß jenes preußischen Korporalgeistes (Unruhe), der Alles von einem Punkte aus diktiren und mit einer Riesennivellirwalze über ganz Deutschland und die angrenzende Welt hinwegfahren möchte. Nichts wäre schlimmer für uns, als wenn dieser Geist, der die preußische Herrschaft so allgemein in Deutschland verhaßt gemacht hat (sehr richtig), auch unsere Verhältnisse vergiften würde! (Widerspruch.) In Bezug auf das Prinzip und die allgemeine Taktik für die Reichsangelegenheiten ist der Parteitag souverän; aber was die Taktik in den Landesangelegenheiten betrifft, ist sie naturgemäß Sache der Partei des betreffenden Landes. Zu was sind die Parteitage der einzelnen Länder sonst überhaupt da? Sie sollen doch nicht etwa blos eine bequeme Verwaltungsvorstufe für die Parteiregierung sein? Die vorliegenden Anträge wollen für alle Zukunft eine feste eiserne Regel geben. Wo soll da das Ende sein? Wir haben in Einzeldingen oft in verschiedenen Ländern verschiedene Interessen. Ich nenne nur das bayerische Heimathsrecht. Wir haben uns in Berlin oft über seine Güte gestritten. Wenn der Parteitag uns taktische Vorschriften machen will, dann könnten Sie eines Tages ebensogut auf den Einfall kommen, uns vorzuschreiben, unser Heimathsrecht aufzugeben. Ein anderer Fall: Auf dem vorigen Parteitag vertrat Bebel die merkwürdige Politik, es wäre eigentlich besser, wenn die Einzelstaaten und mit ihnen natürlich auch die Landtage ganz beseitigt würden. Bebel könnte für diese Ansicht vielleicht die Majorität finden und dann von uns verlangen, wir sollten für die Aufhebung unseres Landtages stimmen. (Widerspruch Bebel's.) Nun, Bebel, die Schlußfolgerung ist nicht im Entferntesten so gewagt, wie wir sie von Dir gewohnt sind. (Unruhe.) Zu welchen Konsequenzen übrigens unter Umständen der Bebel'sche Antrag führt, dafür nur ein Beispiel noch: Gestern frug ich den Genossen Jöst, warum sie im hessischen Landtage für das Budget gestimmt hätten. Sehr einfach, erwiderte er, beim Finanzgesetz hatten wir zwei Vorlagen, eine höhere und eine niedrigere; wenn wir nicht für die niedrigere gestimmt hätten, so müßten wir mehr Steuern bezahlen. Wenn der Bebel'sche Antrag zur Durchführung käme, so würde also in bestimmten Fällen den Landtagsabgeordneten unserer Partei verboten, für niedrigere Steuern den Ausschlag zu geben! Kurz, ich und mit mir alle bayerischen Genossen halten jede Bindung in Bezug auf solche Abstimmungen für unpolitisch und haltlos. Deshalb haben wir uns sehr gewundert, daß zu den anderen Antragstellern sich auch Bebel gesellt und einen Antrag eingebracht hat, für den der verehrliche Partei-Vorstand selber Stimmen geworben hat. (Oho!) Ach, machen wir uns doch nichts vor (Heiterkeit), haben's doch die Sekretäre selber herumgetragen. (Heiterkeit.) Es ist erstaunlich, wie alte Politiker diesen Ant g einbringen konnten. Die erste Regel für einen Politiker ist doch, sich niem s freiwillig auf zweifelhafte Angelegenheiten einzulassen, die zu schiefen Situatio n führen müssen. Derlei thut man nur gezwungen. Hier aber liegt n keiner Weise ein Zwang, ein Muß vor. Gestern sprach ich mit eini n Delegirten, die den Antrag unterschrieben haben. Sie sagten: ja wenn s f uns angekommen wäre, wir würden es nicht gethan haben; aber da die S e

einmal aufs Tapet gekommen war, waren wir gezwungen, es zu thun. (Rufe: Namen nennen!) Ich aber sage: Wer sich an führender Stelle mit größerer Umsicht befindet, darf nicht jedem beliebigen Anstoß nachgeben und nicht mitwirken, jede Thorheit, die auftaucht, zu vertiefen und festzulegen. Sie brauchen die Dinge blos so zu lassen, wie sie bisher immer gewesen sind, und wie sie auch trotz alledem bleiben werden, so nämlich, daß derlei Abstimmungen in den Einzelstaaten keine Prinzipienfrage, sondern lediglich eine taktische Frage ist. Dann ist der ganze Streit aus. Verlangen wir Bayern etwa, daß das, was wir thun, ausgedehnt werde auf die ganze Partei? Wir mengen uns in Niemands Angelegenheiten, — fällt uns nicht ein; wir wollen blos unsere Ruh haben. (Große Heiterkeit.) Oder haben Sie je erlebt, daß wir Süddeutschen uns als Zensoren der Partei aufgespielt und die Handlungen Anderer mit dem Rothstift in der Hand verfolgt hätten? Meinen Sie, es hätte uns an Material gefehlt? O nein; die Berliner hätten uns am allerersten etwas geliefert. (Heiterkeit.) Aber so wenig wir kommandiren wollen, so wenig wollen wir auch kommandirt sein; wenn unsere Haltung über Bayern hinaus wirkt, so soll sie's lediglich durch Beispiel und Erfahrung thun. Im übrigen ist es doch bemerkenswerth: in Hessen und Baden geschieht seit Jahren dasselbe, und kein Hahn hat danach gekräht. Da war es keine prinzipielle Frage — warum solls denn nun plötzlich bei uns was anderes sein? Ich bin ausdrücklich beauftragt, es hier zu erkären: wir finden in Bayern, daß Sie sich seit Jahren, mehr als gut ist an uns reiben, und daß es gut wäre, wenn Sie damit aufhören wollten. Parteigenossen, ich warne Sie davor, einen haltlosen Beschluß zu fassen, der nur die Quelle einer fortwirkenden Zwietracht würde, die noch dazu aus reinem Uebermuth heraufbeschworen würde. Ich sehe in dem gegen uns gerichteten Antrag wieder den alten Geist, der alles auf die Spitze treiben will, der in früheren Jahren schon mit dem Feuer gespielt, mehr als gut ist gespielt hat, und von dem ich wünsche, daß er endlich Halt machte in seinem Treiben; das Gezwungene des Antrags Bebel zeigt sich auch schon in seiner Form. Seine zwei ersten Sätze sind — der Verfasser nimmt es mir nicht übel (Bebel: I bewahre!) eine Sammlung von Gemeinplätzen; was wir uns längst an den Schuhen abgelaufen haben, wird uns als neueste Weisheit aufgetischt. (Bebel: Es ist und bleibt alte Weisheit!) Aber man muß eben mit Gemeinplätzen beginnen, um zu diesem Ende zu kommen. Früher hieß es in der Fraktion: Bayern ist uns unzugänglich. Mittlerweile haben wir Ihnen gezeigt, daß es recht wohl zugänglich ist. Unsere Erfolge können sich sehr wohl neben allen anderen sehen lassen; wir glauben der Partei Ehre gemacht zu haben und haben in unserem Lande einen Einfluß errungen, der weit über unsere Zahl hinausgeht. (Sehr richtig!) Das ist uns aber allein dadurch möglich geworden, daß wir uns von jeder mechanischen Agitationsweise losgerissen, Land und Volk studirt und uns ihm mit unserer Agitation angepaßt haben. Wechselten wir unsere Taktik, die auf das genaueste erwogen, die einzige in Bayern mögliche und darum feststehend ist, so würden auch unsere Erfolge verschwinden. Wir Bayern sind gewiß die letzten, die nicht treu zur Partei im Reich und zum Programm stehen. Aber daß wir selber Hand anlegen, um unser eigenes Werk zu gefährden — das können Sie nicht von uns verlangen! Der Parteitag soll uns die Agitation erleichtern, nicht aber erschweren. Deshalb ersuchen wir Bayern und Süddeutschen Sie, unseren Antrag, der Niemanden nöthigt, aber dem Lande die Freiheit läßt, welche für ein ersprießliches Wirken nothwendig anzunehmen, den Antrag Bebel aber abzulehnen! (Lebhafter Beifall.)

Zu Antrag 114 stellt Stadthagen das Amendement: in der dritten Zeile von unten statt „da" das Wort „soweit" zu setzen.

(Eine halbstündige Pause tritt ein.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erhält das Wort

Bebel: Parteigenossen! Wenn ich nach Vollmar's Worten am Ende gar der alte Geist selbst sein soll, der die Dinge immer auf die Spitze zu treiben sucht, so muß ich doch erklären, daß ich vielleicht noch nie so ungern die Tribüne bestiegen habe wie heute. Nicht von der sogenannten Parteiregierung, wie Vollmar sagt, hat es abgehangen, daß die Angelegenheit hier zur Sprache gekommen ist. Wir haben vollkommene Neutralität beobachtet. Ich für meine Person muß sogar noch mehr sagen. Ich gestehe offen, daß ich, obgleich ich es für meine Pflicht halte, auch die Verhandlungen der Einzellandtage zu verfolgen, vollständig übersehen hatte, daß unsere bayerische Landtagsfraktion für das Finanzgesetz gestimmt hatte. Ich erhielt erst Kenntniß davon, als die gegnerische Presse die Angelegenheit in der bekannten Weise ausnützte, als es da hieß: seht, die bayerischen Sozialdemokraten sind ganz andere Kerle als die anderen, die sind vernünftig und treiben nicht die Dinge auf die Spitze. Auf dem Münchener Parteitag hat Grillenberger nach dem Protokoll gesagt: „Sie wissen, daß es in Norddeutschland Leute giebt, die ein besonderes Vergnügen daran finden, Vollmar etwas am Zeug zu flicken (Ruf: hier auch!), die am liebsten erklären möchten: das Ganze ist Macherei von Vollmar, der hat die Anderen herübergerissen." Wenn aus diesen Worten herausgehört werden sollte, als seien die Berliner Genossen, speziell der Vorstand, darunter zu verstehen, so muß ich wiederum erklären, daß wir uns nicht um die Sache gekümmert haben. Ja, als einige unserer besten bayerischen Genossen brieflich bei meinen Freunden und mir anfragten, was wir denn zu der Sache meinten, haben wir erklärt: darüber äußern wir uns nicht. Dasselbe that ich, als ich im September zu einer Versammlung in München war. Ich lehnte jede Antwort ab. Ich sagte den Fragern: ich weiß, meine Worte werden weitergetragen, verändert und dahin ausgelegt, als gingen sie von persönlichen Gegensätzen aus. Auch heute müssen eine Reihe von Vollmar'schen Aeußerungen über meine Person den Eindruck hervorrufen, als handle es sich für uns darum, den bayerischen Genossen wieder einen Tritt zu versetzen. Ich weise die Unterschiebung eines persönlichen Motivs als größte und niederträchtigste Beleidigung zurück. Könnten wir die ganze Frage nicht von einem höheren Gesichtspunkte aus behandeln, dann müßte ich mich wahrhaft vor mir selber schämen, aus kleinlichen und gehässigen Gefühlen gegen einen Mann aufzutreten, den ich auch heute noch als Freund betrachte. Die gegnerische Presse that so, als sei ein prinzipieller Gegensatz zwischen den bayerischen und den übrigen Genossen vorhanden; dadurch wurde erst die Aufmerksamkeit der Partei in den einzelnen Orten erregt, und die Anträge, die hier vorliegen, kamen aus der Mitte der Genossen heraus. Ich sage von vornherein, wenn der Antrag 76 zur Abstimmung kommt, werde ich mich entschieden gegen das darin verlangte Mißtrauensvotum wenden. Parteigenossen, ich erkläre ausdrücklich, unsere Genossen im bayerischen Landtage haben im vollen Maße ihre Schuldigkeit gethan, und gerade deshalb haben wir die beiden ersten Sätze in unsere Resolution aufgenommen, die allerdings keine neue Wahrheit enthalten sollen, wohl aber konstatiren, daß die bayerischen Genossen in ihrer Thätigkeit unsere volle Zustimmung finden. Die „Frankfurter Zeitung" hat in zwei Leitartikeln einen Gegensatz auch hierin zwischen uns und den Bayern feststellen wollen und geschrieben: In Bayern sind die sozialistischen Abgeordneten nicht engherzig, nur sozialdemokratischer Angelegenheiten sich anzunehmen, sond sie nehmen sich der Klagen aller Unterdrückten an und bringen sie zur Spra Die „Frankfurter Zeitung" irrt, sucht sie da einen Gegensatz zu konstrui Was unsere bayerischen Genossen im Landtag thaten, ist eine alte Taktik Partei, so handeln wir in allen Landtagen, auch im Reichstage, darüber stehen keinerlei Differenzen. Wäre ich als Delegirter nach München gekomm

so hätte ich mich angesichts des Segitz'schen Vertrauensvotums gefragt: Sollst du deshalb, weil du in einer allerdings sehr wichtigen Frage das Vorgehen der Landtagsfraktion nicht billigst, gegen dieses Votum stimmen? Das hätte ich auf keinen Fall gethan; im äußersten Falle hätte ich mich der Abstimmung enthalten. Es fällt mir auch nicht ein, die ganze Thätigkeit der Genossen im Landtage schablonisiren und reglementiren zu wollen, man mag mir ja manche Schlechtigkeit zutrauen, aber für kurzsichtig und beschränkt wird mich wohl keiner halten. (Heiterkeit.) Zum Falle Rüdt und Stegmüller haben wir — ohne daß ein einziger Bayer dagegen protestirte — einen nach Vollmar's Motiven unberechtigten Eingriff in die Kompetenzen der Einzellandtage begangen. Das hat man für ganz selbstverständlich erachtet. Ganz ähnlich liegt es hier, es fällt mir aber nicht einen Augenblick ein, auch nur ein Wort des Tadels, der Anklage oder Mißbilligung den bayerischen Genossen im Landtage zu machen. Wir sagten uns vielmehr, daß es sehr wohl Momente giebt, die die bayerische Handlungsweise erklärlich erscheinen lassen. Man kann sehr wohl, das verstehe ich, zur Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik, nicht um eine Frage des Prinzips handle, hatten wir doch auch in Sachsen ursprünglich eine andere Praxis geübt, als gegenwärtig. Ich verstehe, daß man bei der Gesammtabstimmung rein kalkulatorisch vorgeht, und von diesem Standpunkt hat auch Kunert die Bayern bekämpft. Er hat danach gefragt, ob die Summe des Guten oder des Schlechten im Budget überwiege und wollte danach die Schlußabstimmung gerichtet sehen. Im Reichstage ist kein Zweifel über die Art des Votums, und das war es, was ich in Erfurt mit der von Vollmar angeführten Aeußerung gemeint habe. Schwieriger liegen aber unzweifelhaft die Dinge in den Einzellandtagen, wo es sich um Eisenbahnen, Schule, Kirche, Polizei, Gefängnisse, in Bayern auch um die Post handelt. Stellt Vollmar die Sache so hin, als ob es sich nur um eine Zweckmäßigkeitsfrage handelt, so ist das falsch, und ich werde das beweisen. Zunächst möchte ich eins bemerken. Nehmen wir zu dieser Frage, die ich für eine Prinzipienfrage halte, Stellung, so nehmen wir durchaus nicht Stellung gegen das, was die bayerischen Genossen im Landtag gethan. Ihre Handlungsweise hat nur den Anstoß dazu gegeben, die Sache hier zu behandeln. Hätten wir früher gewußt, daß in Baden und Hessen ähnlich verfahren wurde, so hätten wir schon längst auf einem früheren Parteitage zu dieser Frage Stellung genommen. Vollmar sagt nun, in den Einzellandtagen kommen keine großen prinzipiellen Fragen, sondern nur reine Verwaltungsfragen in Betracht. Das ist grundfalsch. Ich möchte sogar behaupten, daß in den Landtagen weit mehr prinzipielle Fragen zur Verhandlung kommen als im Reichstage. Was für die Landtagsthätigkeit maßgebend ist, das ist hauptsächlich der zweite Theil des Programms, das sind Punkte, die verwirklicht werden können, ohne daß die bürgerliche Gesellschaft in Frage gestellt ist. Von den 10 Punkten des zweiten Abschnittes des Programms können in den Landtagen neun zur Sprache gebracht und kann für sie gestimmt werden. Alle diese Punkte aber haben eine schwerwiegende prinzipielle Bedeutung. Also auch die Landtage sind die Stelle, wo prinzipielle Politik getrieben werden kann, und deshalb müssen wir uns auch die Kontrole über die Genossen in den Einzellandtagen vorbehalten. Es ha[illegible]elt sich nicht blos um Bayern, sondern auch um Sachsen, um Hessen, B[illegible]n, bald vielleicht auch um Württemberg und in absehbarer Zeit vielleicht au[illegible] um Preußen. Denken Sie sich nun den Skandal, würde ein Genosse für da[illegible] Budget im preußischen Landtage stimmen; ich möchte nicht in dessen Haut ste[illegible]n! Und in Preußen kommen dieselben Fragen im Landtag zur Behandlung wi[illegible] in Bayern, nur daß hier noch Post und das militärische Sonderrecht hi[illegible]kommen. Ich habe mich gefreut, mit welcher Entschiedenheit die bayerischen G[illegible]en Kritik geübt haben, daß sie in der Lage waren, Soldatenmißhandlungen

in der schärfsten Form zur Sprache zu bringen. Nun sagt aber Vollmar: Wir haben in Bayern mit einer ganz besonders gearteten Bevölkerung zu rechnen, die Beamten, Eisenbahnarbeiter, Bauern würden die Widersprüche in unserer Haltung zum Einzel-Etat und zum Gesammt-Etat nicht verstehen. Da habe ich mich doch gefragt, ob Vollmar das im Ernste glaubt. Das den Leuten klar zu machen, ist in Bayern nicht schwerer als anderwärts, und in allen übrigen Landtagen sind wir in der gleichen Lage, weil ähnliche Verhältnisse vorhanden sind. Auch für das Reich haben wir eine ganze Reihe von kulturellen Aufwendungen im Reichstag zu bewilligen. Aber daß wir dennoch gegen das Gesammt-Budget stimmen, hat uns bisher nirgends geschadet. Die Bahnbeamten, die Postbeamten, die Werkstättenarbeiter in Kiel, in Wilhelmshaven 2c. bringen uns nach wie vor das gleiche Vertrauen entgegen, obwohl wir nach Bewilligung des Postetats, des Etats der elsaß-lothringischen Staatsbahn, der Marine- und Militärwerkstätten gegen den Gesammt-Etat stimmen. Notorisch hat sogar die Stimmenzahl in allen diesen Betrieben zugenommen. Und in Bayern sollte es anders sein! Das ist eine ganz künstliche Auffassung der Dinge. Gewiß sind in Bayern die Verhältnisse vielfach anders als bei uns in Norddeutschland; aber wir lassen uns unsere Handlungen nicht von der Rücksicht auf die Auffassungskraft der Masse in den rückständigen Kreisen diktiren. In erster Linie handelt es sich bei uns nicht darum, Bauern- oder Stimmenfang zu treiben, und ich werde bei der Agrarfrage hierauf noch näher einzugehen haben, sondern darum, Genossen heranzuziehen, die uns verstehen. Das ist der Standpunkt, den wir überall einzunehmen haben. „Dümmer" als der Mecklenburger, als der Pommer ist auch der Bayer nicht. Kann ich nur Jemanden gewinnen mit dem Opfer meines Intellekts, durch Aufgeben meines prinzipiellen Standpunktes, dann lasse ich ihn lieber laufen, und der Bauer ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was er von der Sozialdemokratie zu erwarten hat, wenn wir Prinzipienpolitik treiben. Sagen wirs ihm nicht, so sagens ihm andere, und das ist viel schlimmer. Wollten wir auf die Bauern so viel Rücksicht nehmen, dann dürfen wir auch nicht an die Besserung der ländlichen Arbeiter denken, denn das erbittert die Bauern und namentlich doch die Höfebesitzer sehr stark. Die Bayern sagen nun, ihre Verhältnisse seien so eigenartig, daß man auf keinen Fall schablonisiren dürfe. Aber auch für Bayern gilt, was 1848 die Hauptforderung der Revolution war, man wollte mit der Steuerbewilligung das Mittel in die Hand bekommen, eine unbequeme Regierung stürzen zu können. Nun hat allerdings die Reaktion durch die Ständekammern, durch die auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems gewählten Kammern überall in die Verfassung die Bestimmung hineingebracht, daß auch ohne ein neu bewilligtes Budget die früher bewilligten Steuern erhoben werden können, so daß eine Zeitlang weiter regiert werden kann. Das gilt wie für den Reichstag, so auch für Bayern. (Vollmar: Oho!) Nichtsdestoweniger ist es eine der ersten Forderungen des konstitutionellen Lebens, durch die Budgetverweigerung in der Lage zu sein, der Regierung ein Mißtrauensvotum geben zu können. Dieser prinzipielle Standpunkt ist bisher noch wenig beachtet worden von uns, um so mehr muß die Gelegenheit wahrgenommen werden, dies jetzt zu thun. In Deutschland existirt nicht eine Regierung, der wir unser Vertrauen aussprechen könnten. Das Stadthagen'sche Amendement, das Wort „soweit" in den Schlußsatz unseres Antrages [illegible]nehmen, muß abgelehnt werden. Mit diesem Amendement würde mein ei[illegible]r Antrag für mich unannehmbar, ich stimmte gegen ihn. (Sehr richtig.) Voll[illegible]r würde sich auf dieses „soweit" sofort stützen, um in der Stellung zum bayeri[illegible]n Finanzgesetz genau denselben Standpunkt einzunehmen als bisher. Das Hinter[illegible]chen, das dieses Amendement ihrer Sondertaktik eröffnet, soll aber gerade geschl[illegible]n werden. Man unterschätze nicht die Bedeutung der Budgetverweigerung. Die B[illegible]

bewilligung ist und bleibt eine Vertrauensfrage. Alle bürgerlichen Parteien, die eine Regierung stürzen wollten, haben damit begonnen, das Budget zu verweigern; so haben die Fortschrittler beim preußischen Verfassungskonflikt gehandelt, so verfuhr seinerzeit das bayerische Zentrum. Die bayerischen Genossen haben nun zwar in der denkbar schärfsten Weise der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen; aber einer Regierung gegenüber, die uns Sozialdemokraten zu Bürgeren zweiter Klasse machen, die uns die Lebensluft abschneiden will, müssen wir überall unseren Standpunkt wahren, wir müssen ihr, soweit an uns liegt, die Möglichkeit abschneiden, überhaupt zu regieren. Was wird nun aber aus dem Staat, fragt Vollmar, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit das Budget verweigert? Zweierlei kann eintreten: entweder regiert sie ohne Budget weiter, und stehen wir dann mitten im Verfassungskonflikt mit allen seinen Folgen. Wenn aber schon der schwächliche Verfassungskonflikt, den die Fortschrittler in den sechziger Jahren hervorgerufen, Bismarck das blutige Gespenst Karl I. wecken ließ, um sich den König gefügig zu machen, so dürften einer sozialdemokratischen Majorität gegenüber solche Mittel versagen, denn es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, wie ein Verfassungskonflikt dann enden würde! (Bewegung.) Entweder die Regierung tritt ab oder die Sozialdemokratie, und das letztere ist unmöglich. Verhalten wir uns aber so wie die bayerischen Abgeordneten, indem wir fragen, wie der polititisch ungebildetste Theil der Bevölkerung über uns denkt, und richten wir darnach unsere Taktik, so liegt die Gefahr nahe, daß wir in das Fahrwasser der Nationalliberalen gerathen (sehr wahr!), deren Charakterlosigkeit wollen wir uns aber nicht zum Vorbilde nehmen. Wir sind doch schon in Lebenslagen gekommen, die ungleich schwieriger waren als die, in der sich die Bayern befinden werden, wenn unser Antrag angenommen wird. Ergreift man nicht jeden Vorwand, um uns unsern Wählern gegenüber in eine schiefe Lage zu bringen? Verstehen uns aber die Massen, so prallen alle diese Angriffe von uns ab wie stumpfe Pfeile. Auf die, die uns nicht verstehen, haben wir keine Rücksicht zu nehmen. (Zuruf.) Lieber Vollmar, wenn Ihr in Altbayern schwer zu arbeiten habt, so fragt doch nur bei uns an, was wir in Hinterpommern und Mecklenburg zu arbeiten haben. (Sehr richtig.) Und doch sind wir in einem reinen Agrarland wie Mecklenburg in vier Wahlkreisen in die engere Wahl gekommen. Können wir an die Massen auf dem Lande heran, so können wir sie auch mit guten Gründen gewinnen, und können wir nicht an sie heran, so ist es vorläufig noch steiniger Boden, den wir weder durch Presse noch Flugblatt zu beackern vermögen. Die wirthschaftliche Entwicklung wird aber diesen Boden für uns mürbe machen, und schließlich gewinnen wir sie doch. (Sehr wahr!) Unsere Parteigeschichte lehrt, daß wir ganz andere Schwierigkeiten überwunden haben, als jene, vor welcher in der vorliegenden Frage unsere bayerischen Genossen stehen wollen. Als wir uns im Reichstag 1870 der Abstimmung über die Kriegsanleihe im Betrage von 120 Millionen Thalern enthielten, da erklärte sich eine große Anzahl Genossen, an der Spitze der Braunschweiger Ausschuß, gegen uns; es wurde uns vorgeworfen, wir hätten einen ungeheuren Fehler begangen, wir hätten die Volksstimmung verletzt und damit der Ausbreitung unserer Ideen im Volke selbst [illegible]dernisse in den Weg gelegt. Wir haben das nicht gelten lassen. Dann, [illegible] wir von Berlin nach Leipzig zurückgekehrt waren, traten uns sogar Sozial[illegible]okraten in feindseligster Weise entgegen. Mitglieder des Allgemeinen [illegible]tschen Arbeitervereins waren es, die unter Führung des bekannten Genossen [illegible]hing Liebknecht die Fenster einwarfen. Bei mir versuchten sie es gleich[illegible], aber glücklicher Weise wohnte ich damals im Hofe (große Heiterkeit), und [illegible] Hausmeister hatte noch rechtzeitig die Vorderthür zugeschlossen. Noch [illegible] bringen die Gegner gelegentlich diese Abstimmung gegen uns vor.

Genossen! Giebt es auch nur einen unter Euch, der nicht verstanden hätte, diese Anklagen zu wiederlegen? Und nun sollen unsere Genossen in Bayern, die durchaus nicht so dumm sind, wie sie hier hingestellt werden — es sind im Gegentheil sehr intelligente Köpfe darunter, ja wir haben prozentual aus Bayern die meisten Intelligenzen (Auer ruft: Hört! hört! Stürmische Heiterkeit) — nun sollen sie nicht im Stande sein, die schmählichen Vorwürfe der Gegner zu widerlegen? Dabei hat Vollmar selber gesagt, und das spricht für meine Auffassung, daß der bayerische Bauer nicht liest, aber Versammlungen besucht. Nun brauchte man ihnen blos zu sagen: wenn unser Antrag angenommen worden wäre, brauchtet Ihr keine Steuern zu zahlen; aber das wäre ein demagogisches Mittel, das wir nicht nöthig haben. Dagegen wird die korrekte und logische Darlegung der Gründe für die Budgetverweigerung sogar für die oberbayerischen Bauern hinreichen, sie zu überzeugen, daß wir so handeln mußten. Es ist ja richtig, daß die bayerischen Genossen den Standpunkt ihrer Führer als korrekt betrachten. Das ist ja das unangenehme Gefühl, was jeden von uns im Saale bewegt, daß es den Schein haben kann, als wollten wir Stellung gegen die Thätigkeit unserer bayerischen Genossen im Landtage überhaupt nehmen, während wir doch der Meinung sind, daß sie im übrigen ihre Schuldigkeit im vollem Umfange gethan haben. Wir dürfen uns aber nicht von falschen Rücksichten bestimmen lassen. Es handelt sich hier nicht blos um die Haltung der Bayern, sondern um eine wichtige Frage, worüber in unserer Partei schwere Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Werfen wir also über die Vergangenheit den Schleier der Vergessenheit, erheben wir keine Vorwürfe. Wurde ein Fehler gemacht, so sorgen wir, daß er künftig nicht mehr gemacht wird. Die Rücksicht auf die Bauern und ähnliche rückständige Elemente darf uns hierbei nicht bestimmen; wenn die Bauern sich nicht überzeugen lassen, so haben wir nicht nach den Bauern zu fragen. (Sehr richtig.) Ihre Vorurtheile, ihre Unwissenheit, ihre Beschränktheit dürfen uns nicht veranlassen, von unserem Prinzipe etwas nachzulassen. Ihr (zu den bayerischen Delegirten gewendet) seid nicht die Vertreter der bayerischen Bauern, sondern der intelligenten Industriearbeiter, und Ihr habt unser Programm rein und unverfälscht zu halten. Kommen die Bauern so nicht zu uns, so wird sie die Noth der Zeit schon denken lehren. In der Agitation muß mit besonderem Nachdruck der Klassencharakter des heutigen Staats betont werden, das wird viel zu sehr vernachlässigt. Ist aber die Regierung nichts als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klasse, dann dürfen wir ihr unter keinen Umständen das Budget bewilligen und ihr, soweit es von uns abhängt, das Leben auch nur um einen Tag verlängern. (Sehr wahr!) Wird nicht auch hundertmal von den Gegnern uns in den Versammlungen vorgeworfen: Eure Führer machen das Reich wehrlos, da sie nichts für das Heer bewilligen und das Budget ablehnen? Wer wollte bestreiten, daß ein solcher Einwand nicht auf die kleinen Bürger, Arbeiter und Bauern zu wirken im Stande ist? Wird den Leuten nicht von den Gegnern gesagt, die Franzosen kämen dann von der einen, die Russen von der anderen Seite ins Land, wenn sie Sozialdemokraten wählen, die das Reich wehrlos machten? Wir erwidern, wir wollen das Land nicht wehrlos machen, sondern nur die Vaterlands-Vertheidigung nach unseren Grundsätzen einrichten. Aber ist dieser Vorwurf der Gegner nicht viel schwer wiegender, als der Vorwurf gegen die Bayern wäre, wenn diese das Budge abgelehnt hätten? Vollmar hat die Abstimmung unserer hessischen Landtags-Abgeordneten für das Budget erwähnt. Ich hätte nicht für das Budget ge stimmt. Ich hätte gesagt: „Ich bin unschuldig, wenn Ihr höhere Steuern zahl müßt. Haltet Euch an die, die die Steuern bewilligt haben. Ich habe ni nur gegen die höheren Steuern, sondern gegen die Steuern überhaupt gestim Ich gebe zu, daß das Fragen sind, die manche Genossen momentan irre m

können. Es fehlt unseren Genossen häufig an den nöthigen Kenntnissen und der nöthigen Schlagfertigkeit, sie sind so sehr von dem Gefühl, praktisch arbeiten zu wollen, erfüllt, daß sie dabei leicht Grundsätze unseres Prinzips außer Acht lassen. Wenn ich aber die Wahl habe, aus ganz niedrigen praktischen Gesichtspunkten heraus einen prinzipiellen Fehler zu begehen, oder umgekehrt am Prinzip festzuhalten und dadurch bei Unaufgeklärten Schaden zu erleiden, so akzeptire ich ruhig diesen Schaden. Diese Frage muß, angeregt durch die Budgetabstimmung der Bayern, endlich einmal gründlich erörtert werden. Genossen! Laßt nicht die Opportunität, nicht die Zweckmäßigkeiten, laßt das Prinzip siegen. Nehmt unseren Antrag an! (Lebhafter Beifall.)

Randt-Rostock: Er billigt voll und ganz den Standpunkt des Parvus-Artikels. Wenn Vollmar recht hat und die Bayern so dumm sind, wie dumm müssen wir Mecklenburger erst sein! Und doch stimmen wir mit Bebel überein und empfehlen daher den Antrag 114, der ja auch eine Direktive giebt für spätere zweifelhafte Fälle. Der Mecklenburger Bauer hat auch einen dicken Schädel, und trotzdem haben wir ihn immer nur mit dem Programm bearbeitet — mit welchem Resultate, das haben unsere Erfolge in der letzten Reichstagswahl gezeigt. Man hat uns auch vorgeworfen, daß wir den Etat verwerfen wollen, aber unsere Bauern haben uns schließlich doch verstanden.

Kunert theilt mit, daß der Antrag Halle zu Gunsten des Antrages 114 zurückgezogen sei. Das Vollmar'sche „Nordlicht" wolle er nicht mit einem „Münchener Südlicht" beantworten. Hierauf kritisirt Redner einzelne Stellen des Berichts über den Münchener Parteitag. Viel zu sagen ist nach Bebel's Rede nicht mehr. Ich bin übrigens mit „Parvus" nicht identisch, ich habe nicht die Ehre, es zu sein, also sind die Vollmar'schen Hiebe, in die Luft geführt.

Ewald-Brandenburg: Gegen Vollmar bemerke ich, daß ich mich auch von Bebel nicht ködern lasse, ich schmeichele mir, immer eine eigene Meinung gehabt zu haben. Ueber die Sache braucht man nicht viel mehr zu sagen. Das Prinzip muß gewahrt bleiben. Ich z. B. wurde einmal in einer Wählerversammlung gefragt, ob ich republikanisch oder monarchisch gesinnt sei. Ich wußte genau, die offene Antwort kostet mich viele Stimmen, ich habe sie doch gegeben. Ich habe deshalb auf ein Reichstagsmandat verzichten müssen, denn ich bin nur mit fünfundsiebzig Stimmen unterlegen. Ich habe doch gesagt: ich bekenne mich zur republikanischen Staatsform. So müssen es auch die Bayern thun. Vollmar droht mit einer Spaltung. (Vollmar ruft: Ich habe kein Wort davon gesagt. Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Singer: v. Vollmar hat nicht von Spaltung gesprochen.

Ewald (fortfahrend): Das lag aber in seinen Worten, er hat gedroht, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. (Oho! Nicht wahr! Unruhe und Zurufe.) Früher haben die Gegner gesagt, Bebel sei Parteipapst, heute aber ist Vollmar als Parteipapst aufgetreten. (Unruhe.)

Singer stellt fest, daß v. Vollmar nicht gedroht, sondern nur gewarnt hat, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Stadthagen: Genosse v. Vollmar will durch seine Haltung den Berliner Genossen nicht die Freiheit einräumen, einen Antrag zur prinzipiellen Erörterung eines Zwischenfalles einzubringen. Wenn die bayerischen Bauern so dumm sind, so bin ich noch viel dümmer, da ich nicht begreifen kann, wie die [bay]erischen Abgeordneten nach ihrer Erklärung noch für den Etat stimmen [konn]ten. Ich meine mit meinem Amendement nur, daß von Vertrauensvotum [nur] in dem Falle die Rede sein kann, wenn eine Partei ausschlaggebend ist. [Ich] glaube ich auch im Gegensatz zu Bebel, daß die hessischen Abgeordneten [Rech]t hatten, für die Regierung zu stimmen, weil sie damals ausschlag[geben]d waren. Ein prinzipieller Gegensatz zum Antrage 114 liegt nicht in meinem [Amen]dement, deshalb verstehe ich nicht, warum Bebel sich dagegen ausspricht.

Grillenberger (ersucht um etwas längere Redezeit, die ihm von den Delegirten bewilligt wird): Die Ausführungen Vollmar's haben sichtlich einen großen Eindruck hervorgerufen, und der Eindruck wäre noch verstärkt worden, wenn der eine oder der andere von denen, die hierher gekommen sind mit der vorgefaßten Absicht, uns **unter allen Umständen** zu verbrennen, in unseren Bericht über den bayerischen Parteitag zu München während der Mittagspause einen Blick geworfen hätte. Hoffentlich kommen Sie zu einer unbefangenen Würdigung unserer Stellungnahme. Wir müssen uns dagegen wenden, daß Leute in unsere Angelegenheiten hineinreden, die unsere Verhältnisse **nicht kennen**. Während sich in Bayern **keine einzige** Stimme gegen uns gewendet hat, sind wir in Halle und von der Anträge-Fabrik Timm und Kompagnie in unqualifizirbarer Weise angegriffen worden. Der Partei-Vorstand hatte es zunächst abgelehnt, in dieser Sache Stellung zu nehmen; es wäre besser gewesen, er hätte es auch jetzt nicht gethan. Ich muß mich gegen die Ansicht Bebel's verwahren, daß das in München von **Segitz** beantragte und **einstimmig** angenommene Vertrauensvotum nur unserer Gesammthaltung gegolten habe. Wie Sie aus Seite 36 unseres Berichts ersehen, galt es unserer Thätigkeit **einschließlich** der Schlußabstimmung, und dafür haben in München selbst solche gestimmt, die dorthin gekommen, uns zur Rechenschaft zu ziehen, uns Opposition zu machen. Genosse Bebel ist ja heute außerordentlich zart gewesen, er hat aber nur das alte Kunststück des Verschiebens wiederholt, hat uns dabei auf der einen Seite sehr gelobt, um uns dann auf der anderen Seite um so empfindlicher treffen zu können. Besonders auffallend an Bebel's Rede aber war es mir, wie er den bürgerlich-konstitutionellen Standpunkt gewahrt hat. Ich halte doch dafür, daß unsere Budgetbewilligung eine praktischere **revolutionäre Thätigkeit** war, als die bürgerlich-konstitutionelle Budgetverweigerung; ich stehe auf Plechanow's Standpunkt, daß nicht solche Mittel zu wählen seien, die revolutionär **aussehen**, sondern solche, die revolutionär **wirken**. Das Mittel, das wir wählten, wirkte dermaßen revolutionär und agitatorisch, denn es hat uns Viele näher gebracht, die sich im Falle der Budgetverweigerung ablehnend gegen uns verhalten hätten. Soll es aber die Aufgabe der parlamentarischen Thätigkeit sein, **agitatorisch nach außen zu wirken**, wie es gestern und heute immer wieder betont wurde, so haben wir diese Aufgabe redlich erfüllt. Wir haben große Kreise aufgerüttelt und haben damit den Boden für die Propaganda geebnet. Wir wollen, daß man uns nicht in unsere Angelegenheiten hineinredet. Wollten wir Gleiches mit Gleichem vergelten, so könnten wir den Sachsen mit der unter **Bebel's** Führung erfolgten Bewilligung der Mittel für die Kolonie Schneckengrün dienen. **Bei der Abstimmung über die Zivilliste** haben sich die Sachsen, helle wie sie sind, **gedrückt**, um nicht als unhöflich zu erscheinen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Aber lieber Geyer, es dürfte Dir schwer fallen, dies zu beweisen. Wenn die Sachsen allmälig erst Erfahrungen sammeln mußten, um zu ihrem heutigen Standpunkt zu gelangen, so lasse uns Bebel auch nur die nöthige Zeit zur Entwicklung; vielleicht brauchen wir etwas mehr Zeit dazu als die Sachsen, weil wir ja ein „zurückgebliebenes Volk" sind. (Heiterkeit.) Bebel meinte, allen Landtagsvertretern eine gebundene Marschroute für alle Fälle vorschreiben zu müssen. Dann käme man dah[in] auch für Gemeindevertreter und Vertreter in Landgemeinden eine solche Ro[ute] vorzuschreiben. Nun denke man sich einmal den Fall, eine Gemeinde habe [be]deutende Summen für kulturelle Zwecke, für Hebung der Lage der Arbei[ter,] für Schulwesen 2c. ausgegeben, in ihrem Budget befindet sich aber auch [eine] Ausgabe von 10 000 Mk., weil zum Empfange irgend eines Prinzleins [die] Straßen geschmückt worden sind. Konsequenter Weise müßten die so[zial]demokratischen Gemeindevertreter dann das **ganze** Budget ablehnen, müs[sen]

also direkt die kulturellen Interessen schädigen. Mit dem Antrag 114, Antrick und Konsorten (Zuruf: Oho! Genossen, nicht Konsorten!), geben Sie uns gebundene Marschroute. Sie binden uns und zwingen uns, uns auf einen verrückten Standpunkt zu stellen. (Heiterkeit. Vorsitzender: Ich hoffe, daß Grillenberger die Güte gehabt hat, nicht die Antragsteller zu meinen.) Grillenberger: Ich habe damit nur sagen wollen, daß Sie uns in die Lage bringen, verrückte Dinge thun zu müssen. (Heiterkeit.) So liegt die Sache beim Postetat, bei den Ausgaben für die Eisenbahnen, für die Bauern und Aehnliches, was sollten diese Leute von uns denken, wenn wir zur Wahrung eines starren Prinzips bei der endgiltigen Abstimmung, nachdem wir in den Einzeletat-Verhandlungen Verbesserungen durchgedrückt haben, dann **gegen** diese Verbesserungen stimmen würden, das wäre doch offenbare Verrücktheit. (Sehr richtig!) Hätten wir es **nur** mit aufgeklärten Massen zu thun, wie in Nürnberg rc., so hätten wir allerdings gegen das Finanzgesetz stimmen können. (Hört! hört!) Gewiß! In Kiel, in Wilhelmshaven, die Bebel als Beispiel angeführt hat, kann man das ruhig thun, wir haben aber 80 pCt. bäuerliche Bevölkerung, auf die haben wir auch Rücksicht zu nehmen, nicht blos auf das Fünftel der Industriebevölkerung. Wenn man in Bayern etwas erreichen will, muß man auf das Denken und Fühlen dieser schwerfälligen Massen Rücksicht nehmen und dem durch unsere Thätigkeit entsprechen, dann erst kann man das Werk der Aufklärung beginnen. Wir haben es in Bayern mit einer selbständigen bäuerlichen Bevölkerung zu thun, nicht wie Sie in Norddeutschland mit Massen ländlicher Lohnsklaven, die viel leichter das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung begreifen, auch wenn sie noch so rückständig sind. Wenn man uns angreifen will, so lerne man doch endlich die bayerischen Verhältnisse kennen. In Halle hat man uns angegriffen, „weil wir das Militärbudget bewilligt hätten", obwohl das Militärbudget im bayerischen Finanzgesetz gar nicht enthalten ist. Aber dieselben Leute haben zur Agrarfrage Anträge gestellt, wie sie prinzipienwidriger nicht mehr gedacht werden können. In Berlin hat man uns Inkonsequenz und sozusagen Prinzipienverrath vorgeworfen und **dieselben Berliner** beschließen Arbeitslosen-Unterstützung durch das Reich, also aus den Ueberschüssen der **indirekten Steuern**. Wie kann man uns Prinzipienverrath vorwerfen, wie kann man uns in die Schuhe schieben, wir hätten der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt, wo ich in meiner Erklärung, die ich in Uebereinstimmung mit allen Genossen abgegeben hatte, der Regierung bei unserer motivirten Abstimmung das denkbar größte Mißtrauensvotum ertheilt hatte. Im Wesentlichen kann es sich also nur darum handeln, in **welcher Form** das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, und da bin ich doch der Meinung, daß unser Mißtrauensvotum wirkungsvoller gewesen ist als eine einfache Ablehnung des Budgets. Wenn ich unter Anderem sagte, ein einfacher Polizeibeamter könne so viel leisten wie der Minister des Innern, so schmeckt das doch wahrlich nicht nach Vertrauen. Wenn wir fünf Männlein in Bayern im Landtag gegen das Budget stimmen, so ist das nur ein Lufthieb, und für Lufthiebe ist unsere Zeit zu ernst. Vollmar hat ganz recht gesagt, die schärffste Waffe dürfe man nicht durch zu häufigen Gebrauch abstumpfen. A[illegible] sind ja gar nicht versessen darauf, für immer und alle Zeiten unsere je[illegible]ze Haltung beizubehalten. Es können ja Zeiten kommen, vielleicht schneller, a[illegible] wir alle glauben, da wir gezwungen sind, das Budget zu verweigern, um d[illegible] Regierung zur Anerkennung irgend einer unabweisbaren Forderung des A[illegible]les zu nöthigen, und wenn wir mit unserer Stimmenzahl **den Ausschlag** g[illegible]n können, werden wir selbstredend eine andere Taktik beobachten, als wenn u[illegible]re Stimmen belanglos sind. Dann befinden wir uns aber in einer ganz a[illegible]ren Situation als andere Landtage, denn bei uns kann ohne Budget,

beziehungsweise ohne Provisorium, das auch erst bewilligt werden muß, nicht weiter regiert werden wie anderswo. Wir haben von unseren Auftraggebern die strikte Weisung, uns freie Entschließung zu wahren. Nehmen Sie aber den Antrag Bebel an, so heißt das nichts anderes, als daß wir Bayern wie dumme Jungen nach Hause geschickt werden sollen. Denken Sie den Fall, wir stimmten das nächste Mal gegen das Finanzgesetz, weil wir dem Frankfurter Parteitag gehorchen wollten. Würden dann unsere Ultramontanen nicht sagen, die Preußen hätten uns befohlen, Ordre zu pariren? Und mit Recht. Bebel meint, man habe auf die gegnerische Presse nichts zu geben, aber doch ist es die Meinungsäußerung der gegnerischen Presse, die ihn nervös gemacht hat. Der Bebel'sche Antrag ist für uns unannehmbar; nehmen Sie ihn wenigstens mit dem Amendement Stadthagen an, zu dessen Gunsten wir, so wenig es uns gefällt, auf unseren Antrag verzichten würden. Das Amendement Stadthagen ermöglicht wenigstens eine Verständigung, die völlig ausgeschlossen ist durch die Annahme des Bebel'schen Antrages. Zwingen Sie uns eine gebundene Marschroute auf, so treiben Sie die Gegensätze auf die Spitze. Das will Bebel, deshalb wendet er sich gegen das Stadthagen'sche Amendement. Es ist eine alte Gewohnheit Bebel's, drohendes Unheil zu prophezeien, wenn es einmal nicht so geht, wie er will. Das gilt von der Parteiregierung überhaupt. Heißt das nicht, die Dinge auf die Spitze treiben? Bebel will also, daß wir uns beugen. Wir wünschen aber eine Verständigung, damit unsere Brüder uns nichts vorzuwerfen haben. Es ist ja ganz gut, daß immer Einer auf dem Qui vive steht und über das Prinzip wacht, es geht aber doch nach Bebel's Art zu weit. Auch wird es bald langweilig, wenn er immer von „Versumpfung" spricht. Im vorigen Jahre war es der Besuch des Kongresses, den das Freie Hochstift hier in Frankfurt a. M. veranstaltet hatte, in diesem Jahre ist es unser Verhalten, im nächsten Jahre wird wieder etwas anderes herhalten müssen, als Versumpfung bezeichnet zu werden. Es ist ja wie gesagt ganz gut, daß Jemand beständig auf Posten steht, daß dem Prinzip kein Schad' geschicht. (Heiterkeit.) Aber Bebel sollte sich endlich derartiger Kassandrarufe zielbewußten Genossen gegenüber enthalten; Bebel hat gefragt, was man dazu sagen würde, wenn etwa Sozialdemokraten im preußischen Landtage für das Budget stimmen würden. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen, denn es sind keine darin. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß Bebel etwa jetzt dafür ist, auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems für den preußischen Landtag zu wählen. Als Bernstein es vorschlug, nannte er es — (Ruf: Versumpfung. Heiterkeit.) Bebel bemerkte, die Stellungnahme des Parteitages zu der badischen Streitfrage sei ein Präzedenzfall für die Einzelstaaten. Wir bestreiten gar nicht, daß der Parteitag oberste Instanz in Prinzipienfragen ist. Bei uns handelt es sich aber nur um eine taktische Frage. Die badischen Genossen riefen die Entscheidung des Parteitages an, weil sie selber nicht fertig werden konnten. Wir Bayern haben das nicht gethan, wir sind ganz einig. Uns gegenüber will man den Weg der Oktroyirung beschreiten. Wir erklären aber positiv, daß durch die etwaige Annahme des Bebel'schen Antrages an unserer Haltung im Landtage und unserer Stellung zum Budget nichts geändert wird. Denken Sie an unsere Haltung zur Frage der Unterstützung von Gegnern bei Stichwal[illegible]n. Der St. Gallener Kongreß verbot diese Unterstützung formell, jetzt ist [illegible]e-mand mehr in der Partei, der noch an dieses Verbot denkt. Der Standp[illegible]kt hat sich eben als unhaltbar herausgestellt; ebenso wird es sich als unha[illegible]r herausstellen, unsere Vertreter in den Landtagen der Einzelstaaten so zu bi[illegible]n, wie vorgeschlagen wird. Wir glauben deshalb, es wäre besser, von dem [illegible]r-such überhaupt rechtzeitig abzustehen. Wir können uns doch nicht nach [illegible]m Beschluß richten und werden es nicht. Es bleibt ein Schlag ins [illegible]r.

In solcher Lage ist es besser, den Weg der Verständigung zu suchen und nicht partout auf dem Kopfe zu bestehen: Ihr Bayern müßt kuschen! Es liegt in Ihrer Hand, zu verhüten, daß die wegen der aus Norddeutschland erfolgten Angriffe ohnehin schon große Erbitterung unter den bayerischen Genossen nicht noch größer wird. Auch das Bedenken kann noch geltend gemacht werden, daß bei Annahme des Antrages Bebel unsere Gegner die bayerischen Wahlmännerwahlen künftig für ungiltig erklären würden, weil den Gewählten hier ein gebundenes Mandat, das verfassungsmäßig unzulässig ist, gegeben worden sei. Aber ich will dieses Schreckgespenst hier nicht weiter benutzen. Wir wollen nichts als latitude (freien Spielraum) für uns, wir wollen, daß man es dem ehrlichen Ermessen ehrlicher Parteigenossen überläßt, wie sie sich zu der Budgetfrage im Einzelstaat verhalten. Deshalb empfehle ich den Antrag Stadthagen anzunehmen, weil er die einzige Basis für eine Verständigung ist. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen, da es 4 Uhr ist.

Persönlich erklärt Bebel: Grillenberger habe drei seiner Aeußerungen mißverstanden. Er habe nicht gesagt, daß ihn die gegnerische Presse zu seinem Auftreten veranlasse, sondern daß die gegnerische Presse die Genossen im Lande erst auf die Budgetabstimmung aufmerksam gemacht habe. Weiter habe ich nicht gesagt, daß die Taktik der bayerischen Fraktion zur Versumpfung führe, sondern gemeint, wenn das, was Vollmar als Grund für diese Taktik angeführt habe, maßgebend werden würde, werde Versumpfung eintreten. Drittens habe ich auf dem Kölner Parteitag meine Stellung zu den preußischen Landtagswahlen so präzisirt, daß ich sagte, der Grund für unsere Nichtbetheiligung sei nicht das Dreiklassen-Wahlsystem. Aber es sei undenkbar, daß wir ein Kompromiß mit den gegnerischen Parteien abschließen, was wir thun müßten, wenn wir in den Landtag kommen wollten.

Singer verliest eine Begrüßung aus Lemberg. Eingegangen ist eine Beschwerdeschrift von Scholz aus Dresden, deren Inhalt den Partei-Vorstand bereits beschäftigt hatte und die der Neunerkommission zur Untersuchung überwiesen wird. Dasselbe geschieht mit Beschwerden aus Solingen und Metz.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 25. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Vorsitzender: Singer.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Verlesung von Begrüßungsschreiben und Telegrammen. Eine Gewerkschaftsversammlung in Magdeburg hat noch folgende Resolution dem Parteitag zur Berücksichtigung übersandt:

> In Erwägung, daß Tack & Co. in Burg die Haupturheber des Burger Streiks waren und unübersehbares Elend über circa 200 Familien brachten, der Streik von den Burger Genossen noch nicht aufgehoben, sondern der Boykott über sämmtliche Waaren, welche von Fabrikanten, die dem Ring angehören, verhängt ist, verurtheilt die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung das Vorgehen des Braunschweiger und Chemnitzer Parteiorgans, welche Empfehlungsinserate für Tack & Co. brachten, auf das allerentschiedenste und verlangt vom Parteitag, daß er die Genossen in den Orten Braunschweig und Chemnitz beauftragt, hier Remedur zu schaffen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestirt Eckstein, daß die Solinger Angelegenheit so kurzer Hand vor die Kommission verwiesen sei.

Singer erklärt, daß ein genereller Beschluß des Parteitages vorliege, alle persönlichen Streitereien vor die Kommission zu verweisen. Dem sei auch in Bezug auf die Solinger Angelegenheit entsprochen worden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Debatte über die bayerische Angelegenheit wird wieder eröffnet. Das Wort erhält

Auer: Gestatten Sie dem einzigen Bayern, dessen Name unter dem Bebelschen Antrag steht, auch seinerseits einmal den spezifischen Charakter der bayerischen Angelegenheit zu beleuchten. Ich hoffe, daß auch meine engeren Landsleute mir das Recht zu einem solchen Urtheil noch nicht absprechen werden. Und da muß ich zunächst anführen, daß eine ganze Reihe von Zuständen, von denen man gestern gesagt hat, daß sie speziell bayerisch seien, auch für andere Provinzen gelten. Was uns als spezielles Merkmal Bayerns vorgeführt wurde, ist nicht derart, daß es uns zu einer Stellung führen könnte, wie sie uns hier zugemuthet ist. Zunächst muß ich mich da mit Vollmar's Ausführungen beschäftigen. Er hat sich bitter darüber beschwert, daß die Norddeutschen die Bayern kommandiren wollen, daß man nach Bayern norddeutsche Heilsbotschaften tragen wolle, ohne daß man die bayerischen Verhältnisse kenne. Er hat von dem Nordlicht gesprochen, das den Bayern angezündet werden solle. Ich hätte nicht geglaubt, daß unser wortgewandter und kluger Genosse Vollmar sich hier solcher Ausdrücke bedienen würde, die in einer Bauernversammlung zu Tuntenhausen Eindruck machen würden, bei uns aber doch nur als platte Gemeinplätze gelten können. (Sehr richtig!) Er hat eine Sprache geführt, wie sie im Sigl'schen „Vaterland" gebräuchlich ist, und ich habe nur die eine Erklärung dafür: Wenn Vollmar so redet, dann muß es mit seinen sachlichen Gründen sehr schwach bestellt sein. Vollmar beschwert sich darüber, daß wir uns stets an den Bayern zu reiben suchten, daß ihre Zustimmung zum Budget von uns kritisirt würde, während es unkritisirt geblieben war, als die hessischen und badischen Vertreter unserer Partei das Gleiche in ihren Landtagen gethan hätten. Da muß ich erwidern, daß erstens die Dinge bekannt werden müssen, bevor Kritik geübt werden kann, die Abstimmungen in Hessen und Baden sind aber ganz unbekannt geblieben. Zweitens gilt hier der alte Satz: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. (Rufe: Aha!) Das ist ein ehrendes Zeugniß für Sie (zu den Bayern) und für Ihre Thätigkeit. Im bayerischen Landtage ist die sozialdemokratische Fraktion so hervorragend thätig gewesen, daß sie das Augenmerk der ganzen sozialdemokratischen Welt auf sich gezogen hat. Die Thätigkeit unserer Genossen in anderen Landtagen, die auch im vollen Maße ihre Schuldigkeit thun, hält nicht entfernt den Vergleich damit aus. Wird diese Thätigkeit aber so gelobt, so darf sich Vollmar nicht wundern, daß sie in viel höherem Maße beobachtet wird, als die Thätigkeit unserer Genossen in einem anderen Landtage. Ich betone, daß es Niemanden von uns einfällt, die Genossen wegen der Budgetbewilligung zu **tadeln**. Die Anträge, die einen solchen Tadel aussprechen, werden von uns auf das Entschiedenste bekämpft. Daß die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmar's und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbekannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse versucht wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruiren (Sehr richtig!) und diese Versuche sind so alt schon, als Vollmar alt in der Partei ist. (Sehr wahr!) Wir sahen sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unser Partei stand, wie er selber gesagt hat (Vollmar: Das ist nicht wahr!), sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind stärkig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmar's, eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Infamie desavoi (Bravo! Zwischenrufe.) Dies Wort habe ich oft von Dir erwartet, Vollmar, Di zu stolz dazu gewesen. (Vollmar: Ja, zu stolz!) Wir, die wir in guten un bösen Tagen mit Dir zusammengekämpft haben, wir kennen Dein Naturell wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen S nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wi auftauchen und Vollmar schwebt über den Wolken und hat nicht ein Wort

seine Solidarität bekundet, ja zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken. (Sehr gut!) Deshalb entstehen Reibungen und Vollmar selber ist mit schuld, wenn die Dinge so gekommen sind, wie sie es sind und wie ich und er sie beklagen. Vollmar beschwert sich besonders über die Kritik der norddeutschen Genossen, der Berliner. Ich glaube kaum, daß die Berliner Genossen mich gerade als ihren geeignetsten Vertreter auf den Parteitag entsenden würden, ich bin ganz unbeeinflußt von dem Berliner Wind, der mir nicht zu Diensten und mir nicht zur Lust ist. Aber das muß ich denn doch sagen: wenn die Berliner Genossen Kritik üben, so üben sie nur ihr gutes Recht aus, dieselben Berliner, die, wie in der ganzen Partei bekannt, nicht immer die geschickteste Form für ihre Wünsche finden, aber immer bekundet haben, daß sie nicht blos zu kritisiren, sondern sich auch zu fügen wissen, wenn ihre Ansichten von der Majorität abgelehnt werden. Noch niemals habe ich von den Berlinern Worte gehört, wie einer unserer ältesten, bravsten und tüchtigsten Genossen, Grillenberger, gestern leider geäußert hat: „Sie können beschließen, was Sie wollen, wir werden Ihre Beschlüsse nicht ausführen, weil wir sie nicht ausführen können.“ (Grillenberger: Das halte ich aufrecht.) Das gehört eben auch zum Demokraten und Sozialdemokraten, daß er sich sagt: Esel seid Ihr zwar, aber ich muß mich Euren Beschlüssen fügen. (Heiterkeit). Ihr — zu Grillenberger gewendet — sagt aber stets, wenn Ihr nicht recht bekommt: Wir sind vergewaltigt worden. Dabei hört jede Disziplin, jede Unterordnung, jedes Zusammenwirken auf. Ich weiß freilich sehr gut, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie man sie aufträgt. Im Moment ist Grillenberger gewiß von der Richtigkeit seiner Aeußerung überzeugt, aber die ruhige Ueberlegung wird kommen, und ich hege nicht die Befürchtung, daß er sich von uns absondert und seinen eigenen Weg geht. Er wird im entscheidenden Augenblick da stehen, wo wir erwarten, daß er stehen wird. Ich bitte die bayerischen Genossen dringend, die Meinung aufzugeben, daß sie etwas besonderes sind. Die Stellung der bayerischen Genossen ist nicht derartig, daß sie auf die Zusammengehörigkeit und die Solidarität mit den Genossen im Reiche verzichten können. Ich weiß, daß keiner von Euch daran denkt, sich von uns zu trennen. Die vielgeschmähten Berliner haben mit die die Mtitel geboten, den Bayern so zu helfen, wie ihnen geholfen worden ist. (Sehr richtig!) Ich, der ich seit zwanzig Jahren in der Parteileitung bin, kenne nicht einen größeren Ort von Hof bis Rosenheim, der nicht aus den Mitteln der gesammten deutschen Partei in dieser Zeit Unterstützung erhalten hätte. Genossen! es giebt keine bayerische partikularistische Sozialdemokratie! (Bravo!) Es giebt nur eine gemeinsame deutsche sozialdemokratische Partei. Aber die Worte, die wir gestern hörten, sie klangen nicht angenehm gerade jetzt, wo wir die dreißigjährige Wiederkehr des Tages der Gründung der Internationale feiern. (Sehr gut!) Wir verstehen auch etwas von den bayerischen Dingen. Die Gründe, die von den Bayern für ihre Zustimmung zum Budget geltend gemacht wurden, ich erkenne sie nicht an. Sie sagen stets: Der Bauer — und immer wieder der Bauer und der Bauer noch einmal ist es, der so denkt! Aber um die Gunst dieser Bauern haben wir uns nicht zu bemühen. Dieser Bauer kommt nicht. (Sehr richtig!) Es mag richtig sein, wenn gesagt wird, der Bauer, der **Sigl** sagt, kommt auch dazu, **Vollmar** zu sagen. Er kann in Verke[illegible]ung dessen, was Vollmar anstrebt, dazu kommen, Vollmar zu sagen, aber ni[illegible]als wird er dazu kommen, **Sozialdemokratie** zu sagen. Der ganze ba[illegible]rische Bauernbund is[illegible] ein urreaktionäres Gebilde. (Vollmar: Nein.) Der [illegible]yerische Bauernbun[illegible] hat sich vom Zentrum getrennt, weil diese Partei die d[illegible] Bauern gemachten reaktionären Versprechungen nicht zu erfüllen im Stande [illegible] Gewiß, diese Bauern werden erdrückt von der internationalen Konkurrenz, [illegible] Zinsen und Schuldenlast, aber sie sind himmelweit entfernt davon, ihre [illegible]als gleichberechtigt zu betrachten, sie sind himmelweit entfernt von der

Demokratie und vom Sozialismus. Unsere Pflicht ist es, daß wir uns der ländlichen Arbeiter, des Gesindes, annehmen, sobald wir dies aber thun, wird der Bauer, in dessen Dienst das Gesinde steht, unser Gegner. Mit welchem Widerwillen der Bauer seine sozialen Pflichten gegenüber dem von ihm beschäftigten Dienstpersonal erfüllt, dafür ist die Feindschaft gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, das in diesen Kreisen sogenannte „Wapperlgesetz" ein charakteristischer Beweis. Gerade in den Reihen des Bauernbundes ist die Aufhebung der Alters-, Invaliden- und Unfallsversicherung eine stehende Forderung. Dabei haben diese Arbeitgeber es von Anfang an verstanden, den Theil der Lasten der Versicherung, welcher auf sie fällt, von sich ab und auf die Arbeiter zu wälzen. Bis zur Einführung der Versicherungsgesetze erhielt im bayerischen Roththal, einem Hauptherd der Bauernbewegung, das Gesinde zu verschiedenen Festzeiten im Jahre im Ganzen 6 Laibe Brod. **Diese Naturallohnleistung ist weggefallen, seit der Bauer den Beitrag zur Alters- 2c. Versicherung leisten muß.** Da der Laib Brod eine Mark Werth hatte, so verringerte sich der Lohn des Gesindes um 6 Mk. pro Jahr, genau den Betrag, den der Bauer nach dem Gesetz an Beitrag pro Kopf und Jahr für die Versicherung zu bezahlen hat. Man sieht, diese ländlichen Unternehmer nehmen es in der Kunst, das Gesetz zu umgehen und die Versicherungslast von sich auf ihre Arbeiter abzuwälzen, mit den geriebensten Industriellen auf. Wer glaubt, daß es uns je gelingen werde, diese Bauern für uns, für die sozialdemokratische **Arbeiterpartei** gewinnen zu können, der huldigt einem Köhlerglauben. Diese Gesellschaftsschicht ist unzufrieden im höchsten Grade; nirgends wird auf die Steuer- und Militärlast und das Beamtenregiment mehr geschimpft als wie in diesen Kreisen. Aber die Besserung, die diese Bauerngruppe anstrebt, sie liegt nicht auf dem Wege der demokratischen Gleichberechtigung oder gar der Vergesellschaftung des Eigenthums. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das „jeden Lumpen, der nix hat", gleichwerthig erscheinen läßt mit dem Hofbesitzer, ist eine Einrichtung, die diese Bauern in tiefster Seele hassen, und genau so denken sie über jeden Versuch, den Privatbesitz an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigenthum umzuwandeln. Bei den Tagelöhnern und Knechten, bei den Hopfenzupfern und Torfstechern müssen wir anknüpfen, und die scheeren sich nicht darum, ob dem Minister Müller oder Feilitzsch das Budget von uns abgelehnt wird. Diese altbayerischen Bauernknechte haben ganz andere Bestrebungen. Ich war in diesem Sommer in meiner Heimath, im bayerischen Roththal, wo der Bauernbund dominirt, ich habe mit den Knechten geredet und mir ihre Forderungen aufschreiben lassen, von denen keine mit den Bestrebungen des Bauernbundes sich deckt. Nur die eine charakteristische Forderung will ich erwähnen: die Bauern sollen verpflichtet sein, ihre kranken Dienstboten mit dem Wagen ins Spital zu bringen, damit sie nicht zu Fuß sich hinschleppen müssen und am Wege liegen bleiben, wie es jetzt geschieht. Die Knechte erheben ihre Forderungen im Gegensatz zu den Bauern. Der Bauer, der schimpft auch auf den „Preuß". Und gestern hat ja Vollmar ganz gut ihren Ton getroffen (sehr gut!), aber für die sozialdemokratische Bewegung ist die Klasse des kleinen und mittleren Bauernthums nicht zu haben. Und um diese Letzte zu gewinnen, von denen es heißt, daß sie eine Budgetablehnung nicht verstehen würden, sollen wir für das Budget stimmen? Vollmar sagte, die ganze Sache wäre keine prinzipielle, sondern eine re[illegible]e Zweckmäßigkeitsfrage; ich will mich mit ihm auf denselben Boden stellen. Ger[illegible]e aus Zweckmäßigkeitsgründen komme ich zu der Ueberzeugung, daß wir jetzt, [illegible] die Frage einmal zur öffentlichen Diskussion gestellt ist, uns nicht mehr in d[illegible] Parlament so oder so bei der Budgetabstimmung verhalten können, sondern [illegible]e gemeinschaftliche Marschlinie einschlagen müssen. Das ist nicht der Korporals[illegible], nicht der Wille, zu schablonisiren und zu reglementiren, der uns hierzu bestim[illegible]. Daß ein solcher Wille nicht vorhanden, daß jede Individualität in unserer Pa[illegible]i

Platz hat, dafür ist Vollmar selber ein lebendes Beispiel. (Sehr richtig!) Ich habe das Protokoll des bayerischen Parteitages genau studirt, ich bin Bayer so gut wie Ihr! (Zwischenrufe.) Wenn Ihr mir einen Gefallen thun wollt, schafft, daß ich wieder in Eure Mitte komme. (Heiterkeit.) Ich war besonders neugierig auf den Wortlaut der prinzipiellen Erklärung, die Ihr beim Finanzgesetz abgegeben habt. Die Worte des Genossen Grillenberger haben mich sehr überrascht. Er sagte: „Andererseits aber kann sie, die Fraktion, nicht verkennen, daß der Entwurf des Finanzgesetzes für die 22. Finanzperiode eine größere Anzahl von Aufwendungen für **kulturelle Zwecke** enthält, und daß die Bewilligung des Gesetzes zur **Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens** nothwendig ist. In dieser Erwägung und unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung ihres prinzipiellen Standpunktes stimmt sie dem Finanzgesetze zu.“ Das ist nun ein Standpunkt, der zweifellos richtig ist für alle Mitglieder der staatserhaltenden Parteien, aber nicht für uns. Seid Ihr denn in den Landtag gewählt, das bayerische Gemeinwesen in seiner jetzigen Gestalt fortzuführen? Sollt Ihr es nicht umgestalten, oder — verzeihen Sie den Ausdruck einmal — untergraben? (Sehr gut!) Legt Euch einmal diese Frage vor, und Ihr werdet die schiefe Situation begreifen, in die Ihr gerathen seid. Das Gemeinwesen wird in sich selbst zerfallen, aber die Mittel zum Unterhalt und zur Fortführung dieses Gemeinwesens zu gewähren, das ist nicht Eure Sache. Ueberlaßt das ruhig den Nationalliberalen und Ultramontanen. (Sehr gut!) Was es mit den kulturellen Zwecken auf sich hat, denen das bayerische Budget dient, geht aus folgender Stelle in einer Rede Grillenberger's hervor: „Für ein Manöverfeld hatte man Millionen übrig, auch für die Aufbesserung der Pfarrgehälter hatte man Geld, aber 81000 M. zur Aufbesserung der erbärmlichen Löhne der armen Schulgehilfen konnte man nicht auftreiben. Da sagte der Kultusminister, daß ihm das Konzept verrückt werde, weil er keine 81000 M. mehr übrig habe! Ein trauriges Zeugniß für die bei uns der Schule zugewendete Fürsorge!“ Der erste Satz charakterisirt auch sehr gut die Behauptung der Bayern, daß ihr Budget mit dem Militarismus nichts zu schaffen hat. (Vollmar: Ist ja Blech.) Na, um ein Manöverfeld für die sozialdemokratischen Arbeiterbataillone wird es sich doch nicht gerade gehandelt haben. (Große Heiterkeit.) So sieht die Kultur aus, die gefördert und unterstützt wird durch Eure Zustimmung. Auch wie dieses Gemeinwesen sich uns gegenüberstellt, schildert Grillenberger selbst sehr anschaulich. Er sagt: „Was das Vereins- und Versammlungsrecht anlangt, so giebt es kaum irgend ein Kulturland — Rußland, von dem man aber nicht recht weiß, ob man es zu den Kulturländern zählen darf, ausgenommen, — wo derartige kuriose Dinge in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht bestehen wie in Bayern!“ Und Seite für Seite giebt das Protokoll des Münchener Parteitages Belege, wie die Leiter des Gemeinwesens sich russisch uns gegenüber verhalten, denen Ihr durch Eure Bewilligung des Budgets ungewollt eine Vertrauenskundgebung überreicht habt. (Sehr richtig.) Wenn die Dinge so stehen, muß es Euch klar sein, daß wir nicht aus Rüpelei, Skandalsucht oder Terrorismus heraus handeln, sondern in der Empfindung, daß Ihr unsere Genossen seid und wir mit Euch den richtigen Weg finden müssen aus parteigenössischen Solidaritätsgründen. (Bravo!) Da muß n[illegible] Grillenberger's Aeußerung unverständlich bleiben, der durchaus auf seinen S[illegible]f bestehen will. Das glaube ich nicht von ihm. (Grillenberger: Doch!) [illegible]n lieber Karl, Du bist ja viel besser, als Du selber glaubst! (Große Heiterk[illegible]) Er sagt ja selber: „Wenn wir blos Rücksicht auf unsere Genossen zu n[illegible]nen hätten, dann hätten wir das Budget abgelehnt. Wir haben aber Rücksi[illegible] auf die indifferente Masse zu nehmen.“ Nein, das sollt Ihr nicht. Ich k[illegible]e die bayerischen Genossen genau: Wenn Ihr nach Hause kommt und sagt: [illegible]haben das, was die übrigen Genossen wollten, nicht gethan aus Rücksicht

auf den Unverstand der Wählermassen, dann werden sie Euch sagen, Ihr habt falsch daran gethan! Nicht dazu haben wir zwölf Jahre Sozialistengesetz, nicht Haß und Verfolgung gemeinsam mit Euch getragen, daß Ihr nun von uns weggeht, weil die Bauern es so wollen. Ihr habt Euch an die Seite der Parteigenossen zu stellen und Ihr werdet Euch auf deren Seite stellen. (Lebhafter Beifall.)

Ewald-Brandenburg beschwert sich, daß das Bureau Auer unbeschränkte Redezeit gewährt habe. (Unruhe.)

Singer: Ich glaube in vollem Einverständniß gehandelt zu haben, daß ich Auer heute ebensolange sprechen ließ wie gestern Grillenberger. (Beifall.)

Schultze-Königsberg steht auf dem Standpunkt Bebel's. Stellen wir uns auf den Standpunkt Vollmar's, so gerathen wir auf eine schiefe Ebene und unsere Gegner werden bald mit Recht uns nachsagen können, daß wir gar keine revolutionäre Partei mehr sind. Ganz besonders traurig aber ist es, daß die Worte Vollmar's und Grillenberger's einen so lebhaften Beifall finden konnten. So traurig wie in Bayern, so traurig sieht es in Ostpreußen auch aus. Von denselben Gesichtspunkten aus, von denen sich die bayerischen Genossen leiten ließen, hätten wir uns im Reichstage auch leiten lassen müssen. Ich erinnere nur an die Aufhebung des Identitätsnachweises, die direkt eine Lebensfrage für Ostpreußen war und gegen die wir doch stimmten. Sollen wir den Bauern Konzessionen machen, so müßten wir auch den kleinen Handwerkern Konzessionen machen. Nicht blos in der Gesammthaltung der Partei liegt ein Protest gegen den Klassenstaat; in jeder einzelnen Handlung unserer Partei muß dieser Protest zum Ausdruck kommen, so vor allen auch in der Verweigerung der Mittel zur Fortführung des Klassenstaates. Lassen wir uns doch mehr von großen Gesichtspunkten als von Kirchthurmspolitik leiten!

Oertel-Nürnberg: Die Beschlüsse, die wir in München faßten, sollen durchaus nicht der Kritik entzogen sein. Auer hat darauf hingewiesen, daß auch bei anderer Budget-Abstimmung Einigkeit in Bayern bestanden hätte; aber wir sind ja — jetzt — einig. Stimmen wir der Bebel'schen Resolution zu, so würde das Selbstkastrirung sein. Wir würden den Fluch der Lächerlichkeit auf uns laden. Die Regierung hat unsere Abstimmung gewiß nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt und sie ist doch am meisten kompetent. Bebel's Wort, daß die Vollmar und Genossen „Bauernfang treiben", wird uns ungeheuer schaden. (Sehr richtig! Bebel: Ich halte es aufrecht.) Unsere Gegner werden sich jetzt auf Bebel berufen, wenn sie uns als sozialdemokratische Bauernfänger verspotten. Unser Verhalten war nur durch die Zweckmäßigkeit geleitet und es ist sehr leicht möglich, daß wir ein anderes Verhalten dem Finanzgesetz gegenüber einschlagen, wenn die heutige Polizeiwirthschaft nicht aufhört. In dem Augenblick, wo man sich auf den Boden der Praxis stellt, kann man anscheinend mit der Theorie in Widerspruch gerathen, aber taktische Fragen muß man doch immer wieder von Fall zu Fall prüfen. Bebel vergißt wohl, daß er selbst ähnlich gestimmt hat, warum hat er denn für den russischen Handelsvertrag gestimmt, obgleich die Sozialdemokraten Gegner aller indirekten Steuern sind? Warum hat er für den dritten Direktor im Auswärtigen Amte gestimmt? War das doch auch nicht prinzipiengemäß. (Bebel: Warum nicht?) Uns Bayern hat es auf das peinlichste berührt, d[illegible] man einen Beschluß fassen will, den man nicht zu fassen braucht. Wenn S[illegible] aber doch einen Beschluß fassen wollen, so nehmen Sie wenigstens das Sta[illegible]hagen'sche Amendement an.

Lütgenau: Ich möchte doch dagegen protestiren, daß Oertel die Korrek[illegible] einer Meinung als Kastrirung bezeichnet. Wenn die Majorität beschließt, so [illegible] es die Pflicht, sich zu fügen (Grillenberger: Fällt uns gar nicht ein!). [illegible] Wesen unserer Partei ist es, den Klassenstaat zu bekämpfen, die Gewährung [illegible]

Mittel zur Erhaltung des Klassenstaates ist also keine taktische, sondern eine prinzipielle Frage. (Bebel: Sehr richtig!) So sehr ich wünsche, eine Verständigung herbeizuführen, so ist der Antrag Stadthagen dazu doch absolut ungeeignet. Er läßt jede beliebige Auslegung zu. (Liebknecht: Kautschuk!) Stadthagen's Antrag befördert die Unklarheit, sein Antrag macht den Antrag Bebel unannehmbar, und die Bayern haben ja selbst zugegeben, daß sie sich dann in ihrer Stellungnahme durchaus nicht gebunden sehen würden.

Antrick: Ebenso wie Vollmar verlangt, daß wir die bayerischen Verhältnisse studiren sollen, so würde Vollmar durch das Studium unserer Verhältnisse unsere Stellungnahme zur Haltung der Bayern besser verstanden haben. Zu unserem Vorgehen sind wir durch unsere Parteigenossen gedrängt worden, die einfach das Verhalten der Bayern nicht begreifen. Soll man nun auf gute, bewährte Parteigenossen weniger Rücksicht nehmen, als auf die indifferente Masse der bayerischen Bauern? Mir ist es unbegreiflich, wie man für die Bewilligung des Budgets stimmen kann, von dem die Zivilliste einen erheblichen Theil ausmacht. Billigen wir das Verhalten der Bayern, so wirft man uns aus unseren Kreisen mit Schimpf und Schande heraus. Das Amendement Stadthagen macht den Antrag Bebel unannehmbar. Es soll den Abgeordneten in den Landtagen eben nicht überlassen bleiben, selbstständig zu beurtheilen, ob die Bewilligung des Gesammt-Etats ein Vertrauensvotum sei oder nicht. Es muß doch endlich einmal in dieser Frage eine bestimmte Richtschnur gegeben werden. Ich verstehe nicht, wie Grillenberger erklären kann: „Wir fügen uns nicht". Ebenso könnten die Berliner sagen, weil unsere Anträge über die Gehälter nicht angenommen sind, bewilligen wir einfach die Mittel nicht mehr. Die Ablehnung des Antrages Bebel könnte in unserem Parteileben Konsequenzen herbeiführen, die wir alle nicht wünschen.

Metzner: Nicht als partikularistischer Berliner Genosse, sondern als Sozialdemokrat schlechthin stelle ich mich zu den Anträgen. Aus den etwas höhnischen Aeußerungen Grillenberger's und Vollmar's über unsere Anträge geht hervor, daß sie doch einen recht wunden Punkt berührt haben müssen. Man sagt zwar, daß es sich nur um eine taktische Frage handle, aber es ist bereits genugsam und gerade an der Hand des bayerischen Protokolls erwiesen worden, daß es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt. Das Protokoll des bayerischen Parteitages zeigt an verschiedenen Stellen, daß die Genossen selbst ihre Inkonsequenz fühlen. Wenn Oertel schon heut meint, bereits in der nächsten Session könne ein anderes Verhalten der Bayern Platz greifen, so ist damit ihr Verhalten in der vorangegangenen Session zu drei Viertel verurtheilt. Zu Gunsten der Bebel'schen Resolution ziehe ich im Einverständniß mit den anderen Antragstellern die entsprechenden Anträge zurück. Wir bitten, Bebel's Resolution anzunehmen, denn alle Gegengründe der Bayern sind gründlich widerlegt worden. Mit Stadthagen's Amendement würde die Bebel'sche Resolution gleichbedeutend sein mit dem Wort: „Wasch mir den Pelz, aber mach mir ihn nicht naß."

Jöst-Mainz: So lange ich in der Partei stehe, haben wir die Taktik so oft wechseln sehen wie das Wetter im April. Alle die gegen Vollmar gerichteten Angriffe gehen von Leuten aus, die immer über das Parlament als Firlefanz schimpfen, aber wenn sie selbst Parlamentarier werden, parlamentarischer [illegible]d als wir. Auch kennen die Gegner, Bebel eingeschlossen, nicht die Ver[illegible]sung der Bundesstaaten. Wenn man nicht für ein Finanzgesetz stimmen darf, [illegible]n handelten Bueb und Genossen recht konsequent, und doch sind sie vom [illegible]tralorgan angegriffen worden, weil sie den Verfassungseid nicht schwören [illegible]ollten. Wenn Sie zugeben, daß man den Eid schwören darf, ohne deshalb [illegible]eich Monarchist zu werden, so müssen Sie auch zugeben, daß die Zustimmung [illegible]n Vertrauensvotum ist. Wenn nach Bebel die Annahme des Finanzgesetzes [illegible]eits eine Stärkung des Klassenstaates bedeutet, so hat auch Bebel durch die

Zustimmung zu den Handelsverträgen die Prinzipalität, den Kapitalismus, die Hamburger Spiritushändler unterstützt, und neben den Bayern gehört auch mancher von Ihnen auf die Anklagebank. Gegen die Resolution Bebel sprechen aber auch Verfassungsbedenken, denn in den meisten Landtagen dürfen die Abgeordneten kein gebundenes Mandat übernehmen.

Bei einer Abstimmung im hessischen Landtage hätte unsere Ablehnung des Finanzgesetzes eine Erhöhung der Steuerlast für das arbeitende Volk zur Folge gehabt, weil unsere Ablehnung, bei der ausschlaggebenden Stellung unserer Fraktion, eine neue Abstimmung durch beide Kammern und damit die Annahme der konservativen Budgetvorschläge zur Folge gehabt hätte. In anderen Fällen haben wir ebenso gegen das Finanzgesetz gestimmt. So lange wir aber nicht dem Mißtrauen unserer Wähler begegnen, müssen wir unser Verhalten bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat von reinen Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Auer nimmt die Aeußerung Grillenberger's vom Nichtfügenwollen zu tragisch; das bedeutet doch nicht gleich eine Spaltung. Und dann sollen sich die Bebel und Genossen an der eigenen Nase zupfen; haben sie sich nicht 1887 gegen den Parteibeschluß in Stichwahlbündnisse mit den Freisinnigen eingelassen? Das ist doch gerade so schlimm, wie das Verhalten der Bayern. Ein Stichwahlbündniß mit den Fortschrittlern ist das Eintreten für das kleinere Uebel, wir werden dadurch doch noch nicht Anhänger der „Sparagnes". (Beifall.) Ebenso ist die Etatsannahme nur die Zustimmung zu einem kleineren Uebel. War es nicht ganz dasselbe, als wir uns vor der Einführung der Zivilehe kirchlich trauen ließen? Es ist ja überhaupt Mode geworden, jeden Abgeordneten dafür, daß er gewählt ist, sofort ins sozialdemokratische Verbrecheralbum zu stecken, aber lassen wir doch einmal die Ketzerriecherei. Ich mache Bebel keinen Vorwurf, daß er für die Arbeiterkolonie Schneckengrün gestimmt hat, aber ich darf doch darauf exemplifiziren. Wenn er sich gestatten darf, Fehler zu machen, dann dürfen wir es auch. Wenn nach Bebel's Resolution die Etatsbewilligung als ein Programmverstoß aufgefaßt wird, dann weg mit dem Verfassungseid, dann aber überhaupt heraus aus der Kammer. Begeben wir uns aber auf diese Bahn, dann dürfen Sie auch nicht vor der Gemeinderathsthür Halt machen. In einzelnen Theilen des Reiches ist die Polizei Gemeindesache, wir müßten also gegen das Gemeindebudget stimmen. Und doch haben wir es in Mainz durch unsere Zustimmung durchgedrückt, daß das Schulgeld aufgehoben wurde. Wir Alle haben uns ja weiter entwickelt, vielleicht in verschiedener Richtung da und dort, auch Bebel hat sich geändert (Vollmar: Mauserung!), und doch haben wir uns immer wieder auf einem gemeinsamen Punkte zusammengetroffen. Ueben Sie keinen Zwang aus, wir stehen sonst als dumme Jungen da, die bisher nicht gewußt haben, was sie wollen. (Glocke des Präsidenten.) Ich will das Gewissen des Präsidenten nicht zu sehr belasten, aber ich habe doch dasselbe Recht wie Vollmar, Grillenberger und Auer, länger zu reden, doch ich bin gleich am Ende. (Heiterkeit.) Ich lasse mich nicht binden, immer das kleinere Uebel zu wählen. Ich thue für meine Wähler das Beste. Lehnen Sie deshalb den ganz überflüssigen Antrag Bebel ab. Wenn Sie die Sachen weiter so auf die Spitze treiben, dann haben Sie zwar einen Anfang, aber das Ende können Sie nicht übersehen.

Singer: Das Amendement Stadthagen wird zurückgezogen; dagegen ist ihm folgendes Amendement eingegangen: die Worte: „da die Bewilligung des sammtbudgets als Vertrauensvotum gilt" zu ersetzen durch: so weit die willigung des Gesammtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des beste den Klassenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält." Debatte wird auf Antrag Schmidt-München geschlossen. Es folgen persönl Bemerkungen.

Timm: Die Berliner stellen Anträge nach ihrer besten Ueberzeugung

Bezeichnung „Anträgefabrik Timm und Kompagnie“ könnte er mit derselben Berechtigung zurückgeben und von einer „Vertrauensvotum-Fabrik Grillenberger, Vollmar und Kompagnie“ sprechen.

Bebel: Meine Bezeichnung „Bauernfang“ ist nur die konsequente Schlußfolgerung der Worte Vollmar's, daß sich die Bayern nicht aus Rücksicht auf die Genossen, sondern auf die indifferenten Bauern bei der Abstimmung leiten ließen. Wenn von einer Seite Vorwürfe über die Erschwerung der Agitation gemacht werden können, so treffen diese nicht mich, da ich blos eine Konsequenz gezogen, sondern sie treffen Vollmar, der die Grundlage für meine Schlußfolgerungen geschaffen hat. Jöst mag doch beweisen, daß ich dutzendfache Seitensprünge gemacht habe. 1887 habe ich keinen Theil an den Stichwahlbündnissen gehabt, denn zu jener Zeit hatte ich die Ehre im Gefängnisse von Zwickau zu sitzen.

Vollmar: Wollte ich auf alle unrichtigen und zusammenhanglosen Behauptungen eingehen, so würde mich der „Großglockner da oben“ (Heiterkeit) bald unterbrechen. Ich muß mich also auf ein paar Einzelheiten beschränken. Auer hat eine eigenthümliche Taktik angewandt; er hat uns über alle Maßen gelobt, um mich nachher desto besser angreifen zu können. Kein Mensch kennt Grillenberger besser wie Auer, er hätte deshalb die im Zorn herausgestoßenen Worte Grillenberger's nach ihrem innern Sinne würdigen müssen. Grillenberger und mir ist der Vorwurf gemacht worden, wir wollten uns im Falle der Annahme von Bebel's Antrag „widersetzen“; davon ist gar keine Rede. Aber selbst wenn wir es thäten, so wäre das nur dasselbe, was Bebel in Erfurt androhte, indem er sagte: „Wird Vollmar Recht gegeben, dann wählen Sie ihn in den Vorstand, aber ich gehe hinaus in das Land, um die Fahne der Rebellion zu erheben.“ Kein unglücklicheres Wort ist auf dem Parteitage gefallen, als Bebel's Wort vom „Bauernfange“. Und Bebel hat auch keinen Anlaß zu dieser Schlußfolgerung gehabt, denn ich habe gesagt: „Wir wollen unsere Politik so einrichten, daß unsere Bauern sie verstehen und wir ihnen überhaupt näher zu kommen vermögen.“ Auer hat es merkwürdiger Weise gefallen, den ganzen Fall auf mich persönlich zuzuspitzen. Darin liegt eine Beleidigung gegen alle übrigen bayerischen Landtagsabgeordneten, die gewissermaßen als eine Schafheerde hingestellt werden, deren Leithammel ich bin. Ganz abgesehen davon, daß ich es für höchst bedauerlich halte, den alten Spahn gegen mich wieder auszugraben. Gegen Auer's Vorwurf, den er trotz wiederholter Zwischenrufe aufrecht erhalten: „ich habe mich als auf der rechten Seite stehend bezeichnet“, bemerke ich, daß meine Worte waren: „Von den Taktikstreit ist gesagt worden, er werde nach links und rechts geführt. Das „rechts“ soll nämlich ich sein.“ Auer, der sonst so gut zu hören versteht, hätte seine Ohren besser spitzen sollen. Ich verwahre mich dagegen, mehr rechts zu stehen als irgend einer in der Partei; durch unsere Thätigkeit habe ich und meine bayerischen Freunde vielmehr bewiesen, daß wir vielleicht mehr links stehen als mancher andere.

Jöst-Mainz: Ich habe Bebel keine dutzendfachen Gehorsamsverweigerungen vorgeworfen, sondern gesagt, daß ich dutzendfach Zustimmungen und Handlungen Bebel's kenne, die zu Gunsten der besitzenden Klasse waren. Wenn Bebel nicht im Gefängnisse gewesen wäre, hätte er sicherlich das Flugblatt unterschrieben. (Heiterkeit.)

Auer: Wenn meine Ausführungen sich gegen Vollmar persönlich zuspitzten, geschah das nothwendig deshalb, weil ich gegen seine Darstellung polemisiren [...]ßte. Es ist mir nicht eingefallen, die Bayern als „unverständige Bande“, als [...]hafheerde hinzustellen. Ich sagte vielmehr, daß ich es für unverständlich halte, [...] sie das Finanzgesetz annehmen konnten. Ueber Grillenberger sagte ich, ich [...]ne ihn besser als er sich selbst kennt, und er wird bald selbst zur Ueberzeugung [...]men, daß wir recht haben; aber er stellt sich bockbeinig hin und sagt: jetzt [...]biagts grad extra! (Heiterkeit.)

Bebel stellt fest, daß er seine von Vollmar angezogenen Worte bezüglich der Gesammthaltung der Partei ausgesprochen habe. Es handelte sich in Erfurt nicht um einen einzelnen bestimmten Fall, sondern um die Gesammttaktik, um die ganze praktische Thätigkeit der Partei, und was ich damals gesprochen, würde ich heut wiederholen. Meinem Gewissen würde es widerstreiten eine Taktik anzuerkennen, die für die ganze Partei verderblich wäre. Der Fall, den wir heute zu behandeln haben, liegt aber ganz anders.

Grillenberger: Wir haben nicht gesagt, daß wir uns nicht fügen wollen, sondern aus materiellen Gründen nicht fügen können. Der Antrag Bebel ist ein Schlag ins Wasser, und davor wollte ich Sie warnen.

Vollmar: Es ist merkwürdig, daß die Erfurter Stenographen bei dieser Stelle taub gewesen sind. Ich stelle fest, daß Bebel nur deshalb mit der Rebellion gedroht hat, weil sein Wille nicht durchzugehen drohte. Uebrigens erkläre ich, bei uns ist von Rebellion keine Rede, auch handelt es sich bei uns nicht um Widerstand gegen die Partei.

Bebel wendet sich nochmals entschieden gegen die Interpretation seiner in Erfurt gesprochenen und im Protokoll ausführlich wiedergegebenen Worte durch Vollmar.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten.

Es liegen mehrere genügend unterstützte Anträge vor, die namentliche Abstimmung über die beiden Anträge 113 und 114, sowie das Amendement Stadthagen verlangen.

Die Abstimmung über den Antrag 113 ergiebt eine Ablehnung mit 142 gegen 93 Stimmen.

Mit „Ja" stimmen: Baumann, Birk, Brand, Bräu, Breder, Bruckner, Cramer, David, Doeringk, Dreesbach, Drunsel, Ehrhardt, Eims, Elm, Ernst, Fauth, Feustel, Rob. Fischer, Fleischmann, Fleißner, Forschner, Friedrich, Fülle, Galm, Garbe, Geck, Geis, Greß, Grillenberger, Grunewald, Hentschel, Hermann, Hug, Hugo, Jäckh, Kämpchen, Klemm, Klement, Kobel, Kolblinger, Krohn, Kurz, Legien, Löwenstein, Lorenz, Lutz, Mahlke, Maier-Tübingen, Marquardt, Meister, Mössinger, Müller-Bayreuth, Müller-Arheiligen, Och, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius-Pforzheim, Orb, Orbig, Paul, Peus, Prinz, Quarck, Rausnitz, Reichel, Reichert, Richter, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Schätzle, Schleicher, Schmid-München, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schmidt-Pirmasens, Schrader, Schumacher, Schwarz, Seidel, Sindermann, Stamm, Stegmüller, Streune, Stücklen, Theurich, Trilse, Vogenitz, v. Vollmar, v. Wächter, Wiegleb, Wiemer, Zick.

Mit „Nein" stimmen: Adler, Antrick, Arons, Auer, Bäuerle, Baudert, Bebel, Bérard, Blos, Bock, Böhle, Bömmelburg, Bonitz, Breil, Brey, Brühne, Bruhns, Brunner, Büttner, Caspar, Craß, Dahlen, Deinhardt, Eckstein, Eichhorn, Eichholz, Emmel, Engels, Ewald, Feldmann, Ernst Fischer, Richard Fischer, Frohme, Gebel, Geiser, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, Gockel, Gottschald, Gradnauer, Greiner, Grenz, Gruhl, Güntheroth, Heinz, Helbing, Herbert, Herzfeld, Heine, Hofrichter, Franz Hofmann, A. Hoffmann, Hüber, Hübner, Hülle, Hué, Jahn, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kaden, Kant, Kerrl, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Könen, Krewinkel, Kühn, Künzel, Kunert, Lesche, Leßner, Liebknecht, Löwenherz, Lohmar, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Martikke, Mattutat, Mer Magdeburg, Meist, Metzger, Metzner, Michaelis, Michels, Mittag, Nathusi Neumann, Nixdorf, Ostfeld, Peemüller, Pfannkuch, Pfarr, Pinkau, Pohl, Pol Raue, Reißhaus, Rieke, Sauer, Schippel, Schmalfeldt, Schmidt-Magdeb Schmidt-Frankfurt, Schoenlank, Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Kossebau Schulze-Berlin, Schumann, Seige, Sennekamp, Singer, Sittig, Slomke, Sonr burg, Stadthagen, Stein, Stich, Stock, Stolpe, Storch, Thiel, Timm, Vetterl Vogel, Vogt, Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wiehle, Wilke, Wint Wörner, Wurm und Zetkin.

Es folgt die Abstimmung über das neue Amendement Stadthagen; das mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen wird.

Mit „Ja" stimmen: Adler, Bäuerle, Baudert, Baumann, Birk, Böhle Bonitz, Brand, Bräu, Breder, Brey, Bruckner, Bruhns, Brummer, Cramer, Dahlen, David, Döringk, Dreesbach, Drunsel, Ehrhardt, Eims, v. Elm, Emmel, Ernst, Fauth, Feldmann, Feustel, Rob. Fischer, Fleischmann, Fleißner, Forschner, Friedrich, Fülle, Galm, Geck, Gebel, Geiser, Gockel, Gottschald, Gradnauer, Grenz, Greß, Grillenberger, Grunewald, Güntheroth, Hentschel, Herbert, Herrmann, Heine, Franz Hofmann, Hug, Hugo, Hué, Jäckh, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kämpchen, Kerrl, Klemm, Klement, Kobel, Kölblinger, Krewinkel, Krohn, Kühn, Kurz, Löwenherz, Löwenstein, Lorenz, Lutz, Mahlke, Maier-Tübingen, Marquardt, Meister, Mössinger, Müller-Bayreuth, Müller-Berlin, Müller-Arheiligen, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius-Pforzheim, Orb, Orbig, Paul, Peus, Pinkau, Pohl, Prinz, Quarck, Rausnitz, Reiche, Reichert, Richter, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Schätzle, Schleicher, Schmalfeldt, Schmid-München, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schmidt-Pirmasens, Schoenlank, Schrader, Schumacher, Seidel, Sennekamp, Sindermann. Stadthagen, Stamm, Stegmüller, Stock, Storch, Streune, Stücklen, Theurich, Trilse, Vetterlein, Vogel, Vogenitz, v. Vollmar, v. Wächter, Wiegleb, Wichle, Wiemer, Wurm, Zick.

Mit „Nein" stimmen: Antrick, Arons, Auer, Bebel, Bérard, Blos, Bock, Bömmelburg, Breil, Brühne, Büttner, Casper, Craß, Deinhardt, Eckstein, Eichhorn, Eichholz, Engels, Ewald, Ernst Fischer, Rich. Fischer, Frohme, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, Greiner, Gruhl, Heinz, Helbing, Herzfeld, Hofrichter, A. Hoffmann, Hüber, Hübner, Hülle, Jahn, Kaden, Kant, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Könen, Künzel, Klement, Legien, Lesche, Leßner, Liebknecht, Lohmar, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Martikke, Mattutat, Meyer-Magdeburg, Meist, Metzger, Metzner, Michaelis, Michels, Mittag, Nathusius, Neumann, Nixdorf, Ostfeld, Peemüller, Pfannkuch, Pfarr, Poller, Raue, Reißhaus, Rieke, Sauer, Schippel, Schmidt-Magdeburg, Schmidt-Frankfurt a. M., Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Koffebaude, Schulze-Berlin, Schumann, Schwarz, Seige, Singer, Sitting, Slomke, Sonnenburg, Stein, Stich, Stolpe, Thiel, Timm, Vogt, Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wilke, Winkler, Wörner, Zetkin.

Es folgt dann die Abstimmung über den Antrag 114 mit dem Amendement Stadthagen. Der Antrag wird mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja" stimmen: Adler, Bäuerle, Baudert, Baumann, Böhle, Bonitz, Brandt, Brey, Bruckner, Bruhns, Cramer, Dahlen, David, Doeringk, Eims, Elm, Emmel, Feustel, Fleischmann, Forschner, Gebel, Geiser, Gockel, Gradnauer, Güntheroth, Herbert, Heine, Hug, Hugo, Hué, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kämpchen, Kerrl, Kobel, Krewinkel, Loewenherz, Mahlke, Meister, Müller-Berlin, Orb. Orbig, Paul, Pinkau, Prinz, Quarck, Reichert, Schmalfeldt, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schoenlank, Schrader, Schumacher, Sindermann, Stadthagen, Stamm, Storch, Vetterlein, Vogel, Vogenitz, Wiegleb, Wiehle, Wurm.

Mit „Nein" stimmen: Antrick, Arons, Auer, Bebel, Bérard, Birk, Blos, Bock, Bömmelburg, Bräu, Breder, Breil, Brühne, Brunner, Büttner, Caspar, Craß, Deinhardt, Dreesbach, Drunsel, Eckstein, Ehrhardt, Eichhorn, Eichholz, [illegible]gels, Ernst, Ewald, Feldmann, E. Fischer, Rich. Fischer, Rob. Fischer, Fleißner, [illegible]edrich, Frohme, Fülle, Galm, Geck, Geis, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, [illegible]ttschald, Greiner, Grenz, Greß, Grillenberger, Gruhl, Grunewald, Heinz, [illegible]tschel, Helbing, Herrmann, Herzfeld, Hofrichter, Fr. Hofmann, A. Hoffmann, [illegible]ber, Hübner, Hülle, Jäckh, Jahn, Kaden, Kant, Kiesel, Klees, Klemm, Klement, [illegible]ngenhagen, Könen, Kölblinger, Krohn, Kühn, Künzel, Kunert, Legien, Lesche, [illegible]ßner, Liebknecht, Löwenstein, Lohmar, Lorenz, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Maier-[illegible]bingen, Marquardt, Martikke, Mattutat, Meyer-Magdeburg, Meist, Metzger, [illegible]tzner, Michaelis, Michels, Mittag, Müller-Bayreuth, Müller-Arheiligen,

Nathusius, Neumann, Rixdorf, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius-Pforzheim, Ohfeld, Peemüller, Peus, Pfannkuch, Pfarr, Pohl, Poller, Raue, Rausnitz, Reichelt, Reißhaus, Richter, Rieke, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Sauer, Schippel, Schleicher, Schmidt-Magdeburg, Schmid-München, Schmidt-Pirmasens, Schmidt-Frankfurt a. M., Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Coffebaude, Schulze-Berlin, Schumann, Schwarz, Seidel, Seige, Sennekamp, Singer, Sittig, Slomke, Sonnenburg, Stegmüller, Stein, Stich, Stolpe, Streune, Stücklen, Theurich, Thiel, Timm, Triise, Vogt, v. Vollmar, Wächter, v. Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wiemer, Wilke, Winkler, Wörner, Zetkin, Zick.

Da die Anträge 75 und 76 zurückgezogen sind, 102 durch die Abstimmung erledigt ist, so ist damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es wird beschlossen, die Berathung der Agrarfrage vorweg zu nehmen, und von der Tagesordnung abweichend, den folgenden Punkt: Maifeier zurückzustellen, nachdem **Antrick** dafür und **Meist** dagegen gesprochen hatten.

Schluß nach 1¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

4 Uhr. **Vorsitzender Schwarz-Lübeck.**

Der Parteitag tritt in die Berathung der Agrarfrage.

Zur Diskussion stehen die Anträge: 1, 2, 9, 80b, 91, 97, 98, 99, 108, 110, 117, 118, 119, 120, 121; alle finden die nöthige Unterstützung, sowie die folgende von Vollmar und Schoenlank eingereichte Resolution:

„118. Die Agrarfrage ist das Erzeugniß der modernen Wirthschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirthschaft vom Weltmarkte und dem internationalen Wettbewerbe aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals geräth, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrisis.

In Preußen-Deutschland kämpft die landwirthschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotzalledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirthschaft, Erbantheile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortgesetzt zuspitzende Zwiespalt zwischen Großbesitz und kleinbäuerlicher Wirthschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuer-Politik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisirt.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinh[eit]. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feud[ale] Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gesin[de-] Ordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verh[ält-] nissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die L[ohn-] arbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in [die Rei]he des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Le

druck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernsteste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntniß der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirthschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonders agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirthe vor Nachtheilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesinde-Ordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrar-Ausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Schoenlank. Vollmar."

Als Berichterstatter erhält das Wort

Schoenlank: Was ist das platte Land heute? Die Domäne des Junkerthums, der Kutte, der geistigen Verdummung und Unterdrückung. Was soll das platte Land sein? Das Gebiet, das die deutsche Sozialdemokratie zu erobern und zu gewinnen hat. Die Agrarfrage steht im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. Wir begreifen sie nur, wenn wir die Ursache der Uebelstände kennen lernen. Natürlich wollen wir uns hier nur auf das Gebiet beschränken, das uns besonders angeht, auf Deutschland. Die Agrarfrage ist hier als eine Frage mit zwei Gesichtern, wie ein Januskopf zu betrachten. Es handelt sich bei ihr nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Grundbesitz und Grundbesitz, wie er durch die wirthschaftliche Entwicklung des letzten Jahrhunderts bedingt ist.

Infolge der sozialen und ökonomischen Fortschritte im letzten Jahrhundert in Deutschland findet die soziale Frage auf dem platten Lande in dem Augenblicke Eingang, wo die moderne Produktionsweise auch das Brod zur Waare stempelt, wo die moderne Produktionsweise sich der Landwirthschaft bemächtigt. Sobald die Landwirthschaft in den Bannkreis des Kapitals geräth, ald sie ihre feudalen Eierschalen abstreift, entstehen alle die kritischen Fragen, denen sich nicht blos die Sozialdemokratie, sondern auch alle bürgerlichen teien zu beschäftigen haben, beginnen alle jene Schwierigkeiten, an denen die bürgerlichen Politiker die Köpfe zerbrechen, ohne sie doch lösen zu ıen. Ich sagte, die Agrarfrage umschreibt zunächst den Kampf zwischen undbesitz und Grundbesitz. Zunächst beginnt der Konflikt der landhschaftlichen Unternehmerklasse, die nichts mehr gemein hat mit

dem alten **feudalen Adel**, die gerade so produzirt wie die Schlotbarone, wie die industriellen Unternehmer, die ihre Machtstellung auf rein kapitalistischer Waarenerzeugung und Ausbeutung aufbaut. Diese landwirthschaftliche Unternehmerklasse hat sich gebildet nach Zerstörung der feudalen Wirthschaftsweise, nach Vernichtung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses mit und nach der Bauernbefreiung. Als Deutschland sich wirthschaftlich so weit entwickelt hatte, daß der feudale Grundherr zum Gutsbesitzer wurde, der für den Markt zu produziren begann, da entstanden die ersten Anfänge von landwirthschaftlichem Kapitalismus, da entwickelte sich als spezielle wirthschaftliche Erscheinungsform: die agrarische Unternehmerklasse, gegen die heute der Junker auf die Dauer nicht zu konkurriren vermag, weil ihm vor allem die Mittel zum großkapitalistischen Wirthschaftsbetrieb fehlen, wie sie ihm daher durchgängig — ich spreche hier vom **Kleinadel** — noch fehlen, was Max Weber treffend hervorgehoben hat, um ihre **Lebenshaltung**, deren bestimmte Höhe eine Vorbedingung für ihren Antheil an der politischen Herrschaft ist, der Lebenshaltung des städtischen Großbürgerthums, der Bankokratie, der hohen Finanz, dem Patriziat des Handels und des Großgewerbes anzupassen. Auch hier geht dem Durchschnittsjunker gar bald der Athem aus. Wie Viele von ihnen sind durch Restkaufgelder, durch Erbantheile schwer belastet! Wie Viele haben in der durch die Schutzzollära herbeigeführten Periode der Güter-Schwindelpreise ihre Güter viel zu theuer gekauft oder übernommen! Ganz zu geschweigen von den Wirkungen, die die Söhne als Reitschüler in Hannover, als Freunde Lichtner's und Klienten des „ollen ehrlichen Seemann“ auf die väterlichen Einkünfte ausüben. Der Unterschied zwischen Einnahme und Ausgabe muß gedeckt werden. Also herbei mit Reichsalmosen und Staatsspende aus dem Säckel der großen Masse der Steuerzahler! Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand.

So stellt auch unser ostelbisches Junkerthum nichts anderes dar als eine Gruppe von mittleren und größeren Grundbesitzern, die nicht im Stande ist, gegen den rationell betriebenen, mit aller Errungenschaft der Technik und Wissenschaft ausgestatteten Großgrundbesitz zu konkurriren, die sich nur durch allerlei künstliche Mittel, durch Ausbeutung ihrer politischen Macht zu behaupten im Stande ist. Unser Junkerthum mit seinem Einfluß auf die preußisch-deutsche Politik, auf die Gesetzmacher, vermag sich nur durch Liebesgaben, Schutzzölle, Exportprämien zu erhalten, indem es die **Gesetzgebungsmaschinerie** nicht blos in Preußen, wo es ja den Ausschlag giebt, sondern auch im Reiche für die Interessen seines platten, gierigen Eigennutzes anwendet und seine jüngeren Söhne in Aemtern und Pfründen, im Heer, bei Hofe, in der Verwaltung weislich versorgt. So repräsentirt das Junkerthum überall da, wo es sich noch zu erhalten vermocht hat, den rückständigen Mittelstand gegenüber dem rationell produzirenden landwirthschaftlichen Großkapital. Der Kleinadel befindet sich in einer Zwangslage; da er sich nur noch durch äußere Hilfe erhalten kann, geht er darauf aus, auf Kosten der Steuerzahler, der wirklich produktiven Schichten der Nation, seine Existenz zu erhalten. Nach Max Weber's Ausspruch repräsentirt das Junkerthum im Osten **den chronischen Fäulnißprozeß in der Landwirthschaft**.

Neben diesem Kampfe des Junkerthums mit dem modernen Unternehmerthum auf dem Lande, der an ein Satyrdrama gemahnt, vollzieht sich die gewal[illegible] Tragödie des **untergehenden Kleinbetriebes**, des **Bauernthums**.

Die zweite Seite der Agrarfrage ist der Kampf der **Großgrundbesi**[illegible] mit ihren **ländlichen Proletariern**, der Kampf des **mittleren Unt**[illegible]**nehmers** mit seinen **Tagelöhnern**, der Kampf des **Bauern** mit [illegible] **Knechte**. Als die Bauernbefreiung durchgeführt wurde, die nichts war [illegible] ein Schachergeschäft zwischen Dynastie und Adel auf Kosten der Bauern [illegible]

Anfang unseres Jahrhunderts, kam sie darauf heraus, die Fröhner in ausbeutungsfähige Proletarier zu verwandeln, unter gleichzeitigem Raub eines guten Drittels des Bauernlandes durch den Adel. Schon Albrecht **Thaer** berechnete 1809, daß zwei Tagelöhner so viel leisteten als drei Fröhner. Es lohnte sich nicht mehr, feudalistisch zu produziren, die Gutsherrschaft sicherte sich die ganze Arbeitskraft der Familie des Landarbeiters. Es wurde das Institut der **Instleute** geschaffen. Die Instleute waren in Folge der immerhin ausgiebigeren Naturalverpflegung immerhin materiell besser gestellt, als es heute der Landarbeiter ist. Sie erhielten eine Gartennutzung, eine allerdings klägliche Behausung, den sog. Katen, im gutsherrlichen Schlage wurden für sie einige Morgen bestellt, die sie dann abernteten. Im Winter droschen sie des Gutsherrn Getreide mit der Hand und erhielten einen bestimmten Antheil am Erdrusch. Das Instwesen mußte zerfallen in dem Augenblick, wo von der extensiven zur intensiven Wirthschaftsform übergegangen wurde, als man von der Dreifelderwirthschaft zum Fruchtwechsel, vom Getreidebau zur Kultur von Hackfrüchten überging und die Zuckerrübe die Landwirthschaft eroberte. Die Saisonarbeit trat an Stelle der Arbeit über das ganze Jahr. Statt der Instmänner wurden **reine**, jeder Zeit zur Verfügung stehende **Proletarier** gebraucht. Die Lebenshaltung verschlechterte sich. Der Instmann empfing neun Zehntel seines Lohnes in Naturalien, es bestand noch eine Interessengemeinschaft zwischen Instmann und Junker, denn der Instmann verzehrte nicht alles Getreide, das er erhielt, sondern **verkaufte** einen Theil. Die Einführung des Geldlohnes an Stelle des Naturallohnes zerriß das letzte patriarchalische Band zwischen Junker und Landarbeiter. Die Dampf-Dreschmaschine wurde eingeführt. Beim Flegeldrusch erhielt der Landarbeiter den 10.—13. Scheffel, beim Göpeldrusch nur noch den 14.—18. Scheffel, beim Dampfdrusch den 20., 25. oder 30. Scheffel. Zuletzt trat an Stelle dieser Drescherquote ein festes Getreidedeputat. Die paar Morgen fielen fort, der Inste konnte sich nicht mehr Gänse, ein Schwein, eine Kuh halten, die Kuh stand bald im herrschaftlichen Stall, da der Gutsherr den Wendegang nicht mehr erlaubte. Ja, die Milch wird schon oft jetzt vom Gute geliefert. An Stelle des Instmanns trat der Einlieger. Schon Lengerke stellte 1848 fest, daß mit dem wachsenden Geldwerthe der Naturalien die Einlieger, die „unterste Schicht der Landarbeiterschaft“, traten, deren „Existenz dürftig und haltlos sei“. Bald genügte der einheimische Einlieger nicht mehr, die **Wanderarbeiter** erschienen und mit ihnen das wichtigste Gährungsmittel in der Landarbeiterbewegung. Zunächst wurden die Wanderarbeiter aus dem polnischen Osten Preußens bezogen, dann, als sie noch zu anspruchsvoll erschienen, wurden Russen und Polen herangezogen. Diese Kulis verdrängten die einheimischen Landarbeiter, die als Sachsengänger nach dem industriereichen Westen gehen. Wo der Großgrundbesitz im Osten sich vermehrte, hat sich auch das polnische Element vermehrt und die Landbevölkerung proletarisirt. **Der patriotische Junker ist der größte Polonisator germanischer Landestheile.** Vom Jahre 1861—1886 ist im Komplex der Kreise Deutsch-Krone, Schlochau, Flatow, wo der Großgrundbesitz (mit etwa 500 Thalern Grundsteuerreinertrag) nur 35 pCt. besitzt, das Deutschthum nur um 0,7 pCt., in den Danziger Niederungsgebieten, wo der Großgrundbesitz 50 pCt., auf den östlichen Höhenstreifen, wo ihm 64 pCt. der Fläche eignen, um 5½ pCt. zurückgegangen. Wie Weber zeigt, ist der Wendepunkt der **Polenfrage** das Jahr 1861. Bis dahin nahmen die Polen prozentual langsam ab, von da an prozentual langsam zu. Polnische Wanderarbeiter wurden gerufen. Aber noch immer, noch bis zum Jahre 1873, überwog die Wanderung deutscher Arbeiter bis ins Innere von Galizien und Rußland. 1886 wurde der Zuzug polnischer Arbeiter verboten, Bismarck wies brutal die vorhandenen polnischen

Arbeiter aus, am 26. November 1890 wurde diese Verfügung in der Hauptsache aufgehoben. 1891 kamen allein in die vier Grenzprovinzen Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen, die einen Bestand von etwa 800 000 Landarbeitern haben, 33 000 russische Wanderarbeiter, die vor allem in die Legate gingen, wo die slavische Bevölkerung die deutsche zu überwiegen begann. 1892 wurde am 1. September der Cholera wegen der Zuzug untersagt. Trotzdem kamen 21 000 polnische Arbeiter, davon 13 000 im ersten Halbjahr.

Diese ausländischen Wanderarbeiter sind wohlfeil und willig. Gehorsamen sie nicht, so genügt ein Wink von den befreundeten Amtsvorsteher, und sie werden abgeschoben. Und dabei keine verwaltungsrechtlichen Pflichten (Armenlast!). Ist die Arbeit gethan, dann fliegen sie hinaus. So hat auch dies Jahr nach der Ernte die posensche Regierung die Polensperre wieder eingeführt: es war kein Bedarf mehr. Dann einige Monate später, als die Winterkampagne in Brennerei und Zuckerfabrik kam, wurde die Sperre wieder aufgehoben. So wird der Arbeitsmarkt „zielbewußt“ von oben „geregelt“.

In der Landarbeiterschaft des Ostens sind die Grundbedingungen für eine erfolgreiche sozialdemokratische Agitation gegeben. Der mittlere Besitz in Ostelbien ist verschwunden oder nur noch sporadisch vorhanden. Der Typus der Landwirthschaft ist der Großgrundbesitz, das Rittergut. Man gehe nur in die Bezirke an der Ostsee entlang, nach Mecklenburg, der Uckermark, Vorpommern, Hinterpommern, Westpreußen, Posen, Ostpreußen.

In *Niedersachsen* herrscht ein anderer wirthschaftlicher Typus: die großbäuerliche Betriebsweise, die nicht mit den ländlichen Proletariern, sondern mit den sogenannten Häuslingen, den Anbauern, den kleinen Leuten in den Bauerndörfern arbeiten. Die Anbauern haben noch einen kleinen Besitz, eine kleine ländliche Wirthschaft, sie könnten sich, wenn auch sehr kümmerlich, ohne die Lohnarbeit durchschlagen, sie sind noch nicht solche Habenichtse, wie der Gutstagelöhner, die Wanderarbeiter, sie stellen das Hauptkontingent für die überseeische Auswanderung. *Nicht die Aermsten sind es, die auswandern.* Die Auswanderer wollen nicht mehr die Knechte der Großbauern sein.

In *Westfalen* und zum Theil in dem stellenweise nach westfälischer Art besiedelten Lüneburg sitzen die großen Bauern auf ihren Einzelhöfen, den Ueberresten keltischer Siedelungsweise, und abgesondert davon die sogenannten *Heuerlinge*. Die Heuerlinge oder Heuerleute (heuern = miethen, pachten) sind, wie Knapp sie treffend bezeichnet hat, ländliche Arbeiterfamilien, die von dem Besitzer ein Stück Land und das Häuschen darauf pachten und dafür gebunden sind, ihre Arbeitskraft um einen niedrigeren Lohn, als sonst dort üblich ist, zur Verfügung zu stellen. Der Heuerling betreibt eine nicht spannfähige Kleinwirthschaft auf eigene Rechnung auf dem Pachtlande und arbeitet daneben für den Verpächter, der sein Unternehmer ist. Professor Knapp schildert die Lage der Heuerlinge als eine idyllische. Mit Unrecht! Auch ihre Lage ist so, daß die Sozialdemokratie bei ihnen eindringen wird, wie Ihnen die Delegirten aus Westfalen u. s. w. bestätigen werden.

Gehen wir nach dem Süden und Westen, so treffen wir in der Landwirthschaft das bunteste Bild an. Im Süden und Westen herrscht die bä[illegible]liche Betriebsweise vor, es fehlt an den schroffen Gegensätzen wie im O[illegible]. Von je 100 Hektar kamen auf die Betriebe der Größenfläche:

	Ostelbien	Bayern	Baden
unter 1 ha	2,2	1,6	4,6
1—10 ha	19,8	35,6	**62,3**
10—100 ha	46,3	**60,5**	31,3
100 ha und mehr . .	**31,1**	2,3	1,8

Die bäuerliche Verfassung in Bayern zum Beispiel ist außerordentlich wechselnd. Sehr unterschiedlich sind die Verhältnisse in Altbayern, in dem stark parzellirten, Weinbau treibenden Unterfranken, in den mittelfränkischen Hopfengegenden und in der „steinigen" Oberpfalz mit ihrer Viehzucht und ihren Forstkulturen. In Bayern gab es nach Löll im Jahre 1885 414 178 Bauern, von denen 165 419 nicht nur kein Getreide verkauften, sondern sogar kaufen mußten, 121 129, die Halbjahrbrodleute, kein Getreide verkauften, aber ihren Bedarf deckten, so daß nach des Schutzzöllners Löll Schätzung nur etwa 31 pCt. der Bauern Getreide auf den Markt brachten. Der Redner giebt hiervon eine eingehende Schilderung. Ebenso schildert er die Verhältnisse in Baden, wo das Kleinpachtsystem so entwickelt ist wie in Irland und Galizien und die Kleinbauern und Kleinpächter aufs Aeußerste verschuldet sind, ausgeliefert der Willkür des Großgrundbesitzers und den schmählichen Praktiken jüdischen Wucherkapitals. Ich erinnere nur an die berühmten Prozesse gegen Kaufmann und Hirsch Hausmann, die mit scheußlichen Mitteln wirthschaftenden Blutsauger des badischen Unterlandes und des Breisgaues. Das erklärt den Antisemitismus. Die erste Emeute des Bauernthums richtet sich gegen das Kapital in seinen jüdischen Repräsentanten. Festgestellt ist freilich, daß die Hintermänner dieser Wucherer sehr respektable Christen unter sich haben. Der jetzige badische Finanzminister Buchenberger erzählt in seiner lesenswerthen Schrift zur landwirthschaftlichen Frage der Gegenwart, daß nur wohlhabende, angesehene Ortsbürger die Zutreiber der Wucherer, die Geld- und Hintermänner der Halsabschneider sind, daß diese Biedermänner auch bei den Geldstellen, den aus Bauerngeld gebildeten Vorschuß- und Sparkassen, „eines oft ungemessenen Kredits sich erfreuen." Als ein Wucherer des badischen Unterlandes flüchtete, den der Volksmund den Höllenhund nannte, stellte sich heraus, daß er von badischen und bayerischen Landwirthen Geld zu Wuchergeschäften erhalten hatte.

Wie steht es mit den Parzellenbauern? In der badischen Gemeinde Sindolsheim entfielen auf eine Fläche von 1291 Hektaren 18 000 Parzellen. Zersplitterung, Atomisirung, Verschuldung, Rückgang, Verfall, Ruin. Giebt es etwas Abhängigeres als die süddeutschen, die badischen Kleinpächter? Da unterstehen zum Beispiel dem Fürsten zu Fürstenberg, dem bekannten Latifundienbesitzer — er ist auch „wildes" Mitglied des Reichstages, wenn ich nicht irre — gegen fünftausend Pächter. Man muß lesen, wie ein konservativer Agrarpolitiker wie Ruhland die Situation solcher Kleinpächter schildert, ihre vollkommene soziale und politische Abhängigkeit vom Grundherrn, dessen Macht im direkten Verhältnisse zu seiner Grundrentenrolle wächst, die wirthschaftliche Schwäche der Pächter im Kampfe um den Bodenpreis. Dazu die für allen Kleinbetrieb, vor allem aber für diese Gruppe zutreffende Thatsache, daß der Vortheil aus dem Steigen der Marktpreise im geraden Verhältnisse zur Größe des Besitzes steht, daß die trügerischen Prozentberechnungen hier nichts bedeuten, sondern die absoluten Zahlen. Ganze Dörfer im Schwarzwald sind verschwunden, sind ausgekauft worden. Wo früher Rinder weideten, wo der Bauer ehedem wirthete, äst heute das Wild, und der Forstwart geht durch das Revier.

Wie groß ist die Bevölkerungsschicht, die uns in der ländlichen Be-[...]rung gegenübersteht? Nach der deutschen Berufs-Statistik vom 5. Juni 1882 [...]en 42,5 pCt. der deutschen Bevölkerung in der Landwirthschaft beschäftigt. [...] haben es also mit einer kolossalen Volkszahl zu thun. In den 48 landwirth-[...]ftlichen Berufsgenossenschaften gab es 1892 4 859 618 Betriebe mit 12 289 415 [...]sicherten, unter Berücksichtigung der im landwirthschaftlichen Nebenberuf [...]häftigten. Die 64 industriellen Berufsgenossenschaften zählten 415 335 [...]ebe mit 5 078 132 Versicherten. Um unter ihnen zu agitiren,

müssen wir uns vor der Schablone hüten. (Sehr richtig.) Die wichtigste Vorbedingung für eine gute Landagitation ist das Eingeständniß, daß der größte Theil unserer Parteigenossen nichts von ihr versteht. Wir müssen ans Landvolk heran mit dem, was es bewegt. Wir müssen seine Verschiedenheit in Betracht ziehen. Ein Bauer in Oberbayern muß anders behandelt werden als ein Heuerling oder Anbauer. Die Landagitation hat sich also zu differenziren. Es wird gesagt: Die Landarbeiter sind die erste Festung, die wir erobern müssen. Aber der Landarbeiter des Ostens muß anders gefaßt werden als der des Westens. Der Landarbeiter des Ostens muß aufgeklärt werden über das preußische Junkerthum und dessen schmierige Praktiken im preußischen Landtage, beiläufig über die Thatsache, daß zwar das Pfandrecht des Vermiethers, nicht aber das des Verpächters eingeschränkt worden ist zu Gunsten der „Edelsten und Besten“ „unter ihren geflickten Strohdächern“. Die Landarbeiter werden unter den verschiedenartigsten Bedingungen ausgenützt; sie müssen hingewiesen werden auf die Aufhebung der Gesinde-Ordnung, auf die Nothwendigkeit, für sie das Koalitionsrecht zu schaffen, damit sie der ruppigsten Ausbeutung, wie sie gerade in der Landwirthschaft gebräuchlich ist, entgegentreten können. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß sie ebenso wie die Industriearbeiter Arbeiterschutz und Aufsichtsbeamte nach Art der Gewerberäthe zu ihrem Schutze brauchen. So versklavt sind sie nicht, daß sie sich willig ins Joch der Unternehmer fügen. Sporadisch sind schon Streiks vorgekommen. Wir müssen die straffe Organisation an Stelle der wilden ersten Bewegung stellen.

Daß das Kleinbauernthum nicht zu gewinnen sei, ist ein unrichtiger Schluß. Man soll da nicht mit allgemeinen Urtheilen kommen. Manche Theile von ihm sind leichter zu haben als die Landarbeiter. Es kommt nur auf den Säemann an, dann werden auch sozialpolitische Samenkörner bei ihm aufgehen; dafür bietet schon der demokratische Zug, der durch die Bauern des Südens und Westens geht, eine Gewähr, wenn er auch noch partikularistische Formen hat. Wenn man einwendet, so lange sie noch einen Kleinbesitz haben, selbst wenn er nur ein Scheinbesitz ist, sind sie nicht für uns zu haben, so erwidere ich, Hunderttausende von Bauern sind ja nur maskirte besitzlose Landarbeiter, sie sind durch das Kapital, durch Wucherer und Latifundienwirthschaft bereits so strangulirt, daß sie uns politisch und sozial zugänglich sind. Sie sind zu haben, wie wir die kleinen Geschäftsleute, die Krämer gewonnen haben. So ausgeprägte „Eigenthumswütheriche“, wie Liebknecht sie vor Jahren einmal nannte, sind sie längst nicht mehr. Die Großbauern mit vielen Knechten werden auf diesem Wege nicht so leicht zu haben sein wie die Kleinbauern mit keinem Knecht oder einem Knechtlein.

Wie packen wir nun die Großbauern? Am Geldbeutel. Wir weisen sie hin auf die Steuern und den Militarismus. Wir zeigen ihnen, wie eine bessere Organisation der Gesellschaft ihnen ermöglichen wird, die Maschine und alle technischen Verbesserungen, Meliorationen (Entwässerung, Moordammkultur u. s. w.) in ihren Betrieben anzuwenden. Bedeutend ist ja die Entwicklung des landwirthschaftlichen Maschinenwesens. Wir haben Maschinen zum Hacken und Wenden des Bodens, zum flachen und tiefen Pflügen, für Jäten, Behacken, Behäufeln der in Reihen gebauten Gewächse, für die D[illegible]saat und die breitwürfige Saat, für das Mähen von Gras, Klee, Getre[illegible], für Dreschen, Reinigen, Sortiren der Körnerfrüchte, wir haben Dampfdre[illegible]maschinen, Dampfpflüge u. s. w. Wer bei Fraas, der vor 29 Jahren sch[illegible], das Verzeichniß der Pflugarten mit den Angaben in Wüst's 1889 erschien[illegible] Landwirthschaftlichen Maschinenkunde vergleicht, wer den Katalog einer gr[illegible] landwirthschaftlichen Maschinenfabrik in Augsburg oder Magdeburg d[illegible]blättert, wer, was gar nicht genug zu empfehlen ist, eine der landwirth[illegible]

lichen Ausstellungen besucht, wie sie regelmäßig von der Organisation der deutschen Landwirthe veranstaltet werden, der sieht, was die Technik heute bedeutet. Und doch ist das erst der Anfang. Weit stehen wir hinter England oder der Union in der Benutzung der Maschinen zurück, wie sich das aus der Geschichte der deutschen Landwirthschaft erklärt, nur ein kleiner Bruchtheil der landwirthschaftlichen Betriebe in Deutschland hat den Maschinenbetrieb. Von den 3,1 Millionen von Zwergbetrieben unter 2 ha haben nur 15 296, von den bäuerlichen Wirthschaften, die etwa 2,2 Millionen Betriebe umfassen, haben 355 892 Maschinenbetriebe. Von den 25 000 Großbetrieben über 100 ha hatten 20 858 maschinelle Einrichtungen und Vorkehrungen.

Erreichen wir auf diesem Wege nichts anderes, als diese Bauernschaft zu neutralisiren, so haben wir genug gethan. Noch giebt es Hunderttausende von Bauernsöhnen, die das Vaterunser beten, und wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter schießen. Es darf nicht wieder so kommen wie im Jahre 1848. Meine Freunde! Als die Pastete des Absolutismus geplatzt war, da hat die Reaktion den Bauern schleunigst Zugeständnisse gemacht und sie so gewonnen. Wir müssen verhüten, daß die nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern und der Bauernsöhne sich gegen uns wenden, wir müssen sie neutralisiren, pazifiziren. (Beifall.) Der Redner giebt hierauf an der Hand von Maurer, von Lamprecht u. s. w. eine historische Darlegung der ländlichen Besitzzustände in ihrem Zusammenhange mit der politischen Gestaltung von der alten deutschen Markgenossenschaft durchs Mittelalter und die Kleinadelbildung bis zur Gegenwart; die Bildung von Grundbesitz auf kommunistischer Grundlage bis zum 5. Jahrhundert v. Chr.; die Verschiebung der Eigenthumsrechte von Grund und Boden; die Entstehung einer entwickelten agrarischen Arbeitstheilung; die Bildung von Klein- und Großbesitz (5.—9. Jahrhundert); die Kolonisation und den Ausbau des Mutterlandes vom 9.—12. Jahrhundert und die für die Besitzverhältnisse daraus sich ergebenden Folgen; die Umbildung der Grundherrschaften, die Besserung der Lage der Grundholden, die freien Pachten im Mutterlande (11.—14. Jahrhundert); die Kolonisation im Osten (12.—14. Jahrhundert); Verfall der bäuerlichen Besitzverhältnisse im Mutterlande (14.—15. Jahrhundert); Verfall dieser Zustände im Koloniallande, Bildung der ländlichen Großbetriebe (15.—17. Jahrhundert); aufgeklärter Absolutismus, Bauernbefreiung (17.—18. Jahrhundert). Besonders geht er ein auf die Entstehung des preußischen Junkerthums, das aus dem Stand der Dienstmänner dank seines Raubgenies auf Kosten der Bauern emporgestiegen ist. Der Landdiebstahl im 15. und 16. Jahrhundert, das Bauernlegen schuf die Junkermacht. Die freien Bauern wurden in den Zustand sklavischer Leibeigener herabgewürdigt. Aus diesem Milieu ist das Landproletariat hervorgegangen im Osten und nur aus diesem Milieu heraus ist seine Art zu verstehen. Wie es im Westen, wie es im Süden aussieht, habe ich Ihnen geschildert. Wir haben dafür zu sorgen, daß das Junkerthum des Ostens so rasch als möglich zusammenbricht. Im Westen und Süden soll sich die Agitation den besonderen Verhältnissen anpassen.

Wir brauchen deshalb eine genaue Schilderung der Zustände und wir brauchen ein Agrar-Programm. Das popularisirte Erfurter Programm muß ergänzt und erweitert werden. Es muß übersichtlich sein, n mit den Landleuten müssen wir Fraktur reden. Wir müssen endlich nal praktische Agitation treiben, nicht blos die graue Theorie. : müssen uns hüten, die Schablone der Agitation unter den dustrie-Arbeitern auf das Land anzuwenden. Wir müssen praktisch :den. Unsere revolutionäre Politik darf nicht in geschwollenen Kraftphrasen ehen (sehr richtig!), durch pseudoradikale Einwürfe dürfen wir uns nicht be- n lassen. Die Medizin des Sozialismus muß der Landbevölkerung in

homöopathischen Dosen beigebracht werden, sonst bringt sie den Bauern um. (Große Heiterkeit.) Leute müssen aufs Land geschickt werden, die etwas davon verstehen. Der Weltstädter, der nicht Weizen von Spelz unterscheiden kann und keinen Pflaumenbaum kennt (Heiterkeit), imponirt den Bauern und Landarbeitern nicht. Man muß vom Wildschaden, von der Abwälzung der Schullasten durch den Grundherrn auf die Bauern mit den Leuten reden, nicht vom Achtstundentag. Dem Lohnarbeiter müssen wir von Aufhebung der Gesinde-Ordnung, vom Koalitionsrechte erzählen, das wird wirken. Wenn z. B. ein Berliner — die wissen ja Alles am besten (Oho!) — ich selber bin keiner, ich bin ein Nürnberger (Heiterkeit) — wenn ein Berliner nach Bayern aufs Land kommt, versteht er nichts von den Dingen und eignet sich meistens durchaus nicht zur Landagitation. Manche Städter, die das Weisheitsmonopol zu haben glauben, richten auf dem Lande nur groben Unfug an. (Heiterkeit.) Was kommen aber auch häufig für Leute von uns aufs Land? Ausgezeichnete Feinmechaniker, vortreffliche Schlosser, aber Männer, von denen der Bauer mit Recht sagen kann: Sie verstehen ja nichts von dem, was mich bewegt. Leute müssen aufs Land, die die Agitation verständig betreiben und die die besonderen Verhältnisse kennen, die sie dabei zu beobachten haben. Dann wird der antikollektivistische Bauernschädel, von dem Schäffle hoffend spricht, bald ins Gebiet der Sage gehören und auch der Bauer wird dann unser Ziel begreifen, das ich in die Göthe'schen Worte aus dem zweiten Theil des Faust fassen möchte:

Solch ein Gewimmel möcht ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen.

Bevor wir die Axt im entscheidenden Moment an die Wurzel des Baumes legen, bevor wir ausholen zum entscheidenden Schlage, müssen wir das Erdreich lockern, in dem er steht, damit der Baum beim Niedersturz die ganze kapitalistische Mißwirthschaft zu Boden schlägt. (Stürmischer Beifall.)

Vollmar: Die Agrarfrage ist weitaus die wichtigste unserer Tagesordnung und wird die Partei auf Jahre hinaus beschäftigen. Deshalb habe ich, als die bayerische Fraktion im Hinblick auf meine langjährige Thätigkeit auf diesem Gebiete die Uebernahme eines Referats durch mich anregte, mich gern bereit erklärt, die Ergebnisse meiner theoretischen Studien und meiner praktischen Erfahrungen Ihnen darzulegen und so zur Förderung der Parteiziele auf dem Gebiete der Landwirthschaft nach Kräften beizutragen. Vorausschicken will ich noch, daß Schoenlank nnd ich eine Theilung unserer Aufgabe als Berichterstatter in der Weise verabredet haben, daß ich das Theoretische nur soweit nöthig streife und weiter auf den Großbetrieb sammt der dazu gehörigen Landarbeiterfrage — die ohnedies wesentlich einfacher liegen — nicht weiter eingehen, sondern mich vorwiegend mit dem eigentlichen Bauernthum, wie es in meiner engeren Heimath vorherrscht, beschäftigen werde.

Die Sozialdemokratie ist, praktisch-politisch genommen, naturgemäß als eine Industriearbeiter-Bewegung ins Leben getreten. Sie mußte vor allem auf einem Produktionsgebiete wirken, wo die kapitalistische Entwicklung den schärfsten Ausdruck gefunden, wo die zuerst kulturfördernden und schließlich kulturwidrigen Folgen des Kapitalismus am sicht- und greifbarsten, wo die sozialen Verhältnisse am zugespitztesten und am meisten für eine Umgestaltung im Sinne des Sozialismus sind; und wo der Kapitalismus wider seinen Willen und immer wachsendem Maße, uns die besten Kerntruppen unseres Heeres lie[fern] muß. Was die Partei auf diesem Gebiete geleistet, brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen; sie hat die städtischen und industriellen Arbeiter im gro[ßen] Ganzen erobert, und der Rest ist nur mehr eine Frage der Zeit. Aber [das] Wirthschaftsleben besteht nicht blos aus der Industrie. Da ist vor allem [...] die andere Hälfte der eigentlich produzirenden Klasse, die in der Urprodukt

der Land- und Forstwirthschaft Beschäftigten, deren Zahl in Deutschland fast so groß ist wie die Zahl der in Industrie, Handel und Verkehr Thätigen zusammengenommen; in einzelnen Ländern, wie z. B. in Bayern, fällt die Landwirthschaft noch weit mehr ins Gewicht. Um diese ländliche Produktion hat sich die Sozialdemokratie, intensiv mit den allernächstliegenden Aufgaben und mit Kämpfen aller Art beschäftigt, bisher im Ganzen — gestehen wir's nur — noch recht wenig gekümmert. Und auch wo sie es that, geschah es meist in rein doktrinärer Weise. Ein paar Beschlüsse der alten Internationale, der Beschluß des Stuttgarter Kongresses und einige Schriften, an der Spitze Liebknecht's treffliche „Grund- und Boden-Frage", die ebenso viel gelesen als wenig befolgt wurde — das war lange Alles. Im Uebrigen wurde die Agrarfrage nur wenig nebenbei gestreift, wobei die Anschauung durchaus überwog, daß die in der Industrie beobachteten Gesetze die wirthschaftliche Entwicklung ohne weiteres vollkommen analoge Anwendung auf die Landwirthschaft finden, so daß die Agrarfrage für die Sozialisten bereits entschieden sei. Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Industrie, Handel, Verkehr haben sich riesenhaft entwickelt, eine vollkommene Revolution ist im Wirthschaftsleben vor sich gegangen. Natürlich konnte das auch auf die Landwirthschaft nicht ohne Einfluß bleiben. Die Naturalwirthschaft ist von der Waarenproduktion ersetzt worden, der inländische Körnerbau ist vom Weltmarkt abhängig geworden und wird von der ausländischen Konkurrenz bedrängt. Die Folgen sind sinkende Rentabilität, steigende Verschuldung und offener Nothstand beim ersten Mißwachs. Dazu kommt noch die Verschärfung der Wirkungen dieser Mißstände durch Militarismus und Steuerdruck. Die landwirthschaftliche Bevölkerung ist in einer steigenden Bedrängniß. Früher der unbewegliche, sichere Untergrund der herrschenden Gewalten, ist sie jetzt aus dem Schlaf gerüttelt; es bemächtigt sich ihrer eine steigende Unruhe und Gährung. Sie fängt an, über ihre Lage nachzudenken und sich instinktiv gegen ihre bisherigen Vertreter aufzulehnen, und sie sucht eine Politik und eine Klasse, die es ehrlich mit ihr meinen und ihr helfen wollten und könnten. Kurzum: das große, bisher passive Element der Landbevölkerung tritt jetzt aktiv in den Gang der öffentlichen Angelegenheiten ein, und es ist von entscheidender Wichtigkeit, wohin sich diese Masse wendet. In dieser Lage ist es für eine Partei, wie die unserige, welche grundsätzlich „nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft", und welche zur Erreichung ihrer Ziele die politische Macht erstrebt, hohe Zeit, der Agrarfrage die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihre Stellung zu ihr zu präzisiren.

Welches ist nun unsere bisherige parteigeschichtliche und thatsächliche Stellung zu dieser Frage gewesen? Nachdem schon 1867 auf dem Lausanner Kongreß der Internationale ein Geplänkel vorausgegangen war, faßte der folgende Kongreß von Brüssel 1868 den Beschluß: „Da die Bodenproduktion den Großbetrieb, die Einführung von Maschinen und die Kooperation fordert, . . . so macht die ökonomische Entwicklung selbst die Ueberführung des Grund und Bodens in gemeinsames Staatseigenthum zur sozialen Nothwendigkeit." Der zum Staatseigenthum gewordene Boden sollte an Ackerbaugenossenschaften verpachtet werden, derart, daß das Gesammteigenthum „kein vollständiges" sei, sondern Gewähr für die zukünftigen Geschlechter und für die jetzigen Bebauer [illegible]e, für letztere namentlich durch die Sicherung, den Boden „hinlänglich [illegible]ge Zeit zu besitzen". Da eine starke Minderheit, namentlich von Franzosen [illegible]handen gewesen war, wurde die Frage im nächsten Kongreß von Basel [illegible]9 wieder debattirt. Der Londoner Generalrath beantragte, durch Eccarius, [illegible] erklären: „daß die ökonomische Entwicklung es zur gesellschaftlichen Noth[illegible]ndigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinsames gesellschaftliches [illegible]enthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Genossen-

schaften zu verpachten.“ Der gefaßte Beschluß lautete aber dahin: „daß die Gesellschaft das Recht zu dieser Umwandlung habe, und daß dieselbe eine Nothwendigkeit ist“. Hinsichtlich der Bodenbenützung erklärten sich 54 Stimmen für die Bebauung durch die „solidarisirten Gemeinden“, 53 Stimmen für die „Verpachtung an einzelne Ackersleute und besonders an Agrikultur-Genossenschaften“. Der Beschluß des Stuttgarter Kongresses der Eisenacher Fraktion 1870 ging wieder von dem Standpunkt aus, daß „die Erfordernisse der Produktion wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie den Großbetrieb erheischen“ und spricht darnach aus, „daß die Entwicklung der modernen Gesellschaft die Umwandlung in Gemeineigenthum zur gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen **wird**.“ Als Uebergangsstadium wird noch gefordert: daß mit dem Großbesitz öffentlichen Charakters und den Latifundien der Anfang gemacht werde; außerdem wird noch gegen jede Rückverwandlung von öffentlichem in privaten Besitz protestirt. Damit hört die ausdrückliche offizielle Beschäftigung mit der Landfrage auf. Die Programme von Gotha und Erfurt behandeln sie nicht besonders, sondern nehmen sie einfach als der industriellen Produktion völlig gleichgeordnet.

Die Parteivorstellung über die Agrarfrage war bis in eine neuere Zeit im Wesentlichen folgende: Die Frage sei sehr einfach und ihre Lösung bereits durch die allgemeinen Sätze unseres Programms gegeben; der Prozeß der Kapitalakkumulation, die Entwicklung der Maschinentechnik, die aufsaugende Wirkung des Großbetriebes gälten für die Landwirthschaft ganz in der gleichen Weise wie für die Industrie. In der von Karl Marx verfaßten Inaugural-Adresse von 1864 hatte der Satz gestanden: „**Wenn** die Verminderung der Grundbesitzer **in England** und die Vereinigung in den Händen Weniger in dieser Weise fortschreiten sollte, so wird allerdings dadurch die Grund- und Boden-Frage sehr vereinfacht“; die Verhältnisse würden dann dahin kommen wie im alten Rom, wo schließlich die halbe Provinz Afrika sechs Eigenthümern gehörte. Dieser auf englische Verhältnisse bezügliche Konditionalsatz ward positiv genommen und auf alle Länder verallgemeinert und man war der Meinung, daß dieser Prozeß schnellstens vor sich gehen werde. Damit erschien natürlich dem Bauern das Urtheil gesprochen; sein Ruin war unaufhaltsam und unmittelbar bevorstehend, er war auch ein Fortschritt, da ja der Großbetrieb als allein rationell angesehen ward. Als Ziel galt die Zusammenschweißung in riesige Kollektivbetriebe, welche von großen Arbeitergenossenschaften — man hörte auch von „Arbeiterarmeen“ — bewirthschaftet werden sollten. Bei einer solchen Auffassung hatte die Sozialdemokratie dem Bauern freilich nichts zu bieten als die Erkenntniß seines unabwendbaren Unterganges, in den er sich vernünftig schicken sollte und wofür er den Trost bekam, daß es ihm dann im Jenseits der sozialistischen Gesellschaft um so besser ergehen werde. Diese Ansicht der Dinge schien sehr prinzipiell; aber bei den Bauern war mit ihr begreiflicherweise wenig auszurichten. Unsere **politische** Kritik sammt den daran geknüpften Forderungen fingen ihm allmälig zu gefallen an; aber wenn er dann wissen wollte, wie sich denn der Sozialismus zu seinen speziellen **wirthschaftlichen** Verhältnissen stelle, und alsdann vom Gemeineigenthum hörte, das er sich nur als völligen Raub seines Eigenthums zu erklären wußte, — dann war's mit seiner Sympathie für uns schnell zu E
Dazu kam die frühere Art der Landagitation. An den Sonntagen ergo
sich Arbeiter aus der Stadt wie ein Heuschreckenschwarm über die Dörfer,
theilten Flugschriften oft recht zweifelhafter Art und, was noch schlimmer,
Zeitungen, voll Parteigezänk und oft in einer Sprache, die kaum dem stä
schen Arbeiter genießbar, dem Bauer aber völlig unverständlich war. Ju
Leute, voll von Eifer für die Sache, aber unbekannt mit ihrer Aufg
redeten auf die Bauern von obenher ein, mit einer Miene, die

Leuten sagte: „Hör, Du Schafskopf, verstehst net?“ (Große Heiterkeit.) Wenn das Dorf dann wieder von dem Besuche verlassen war, können Sie sich denken, was die Bauern untereinander gesagt haben. (Heiterkeit.) Andere wieder gingen hin und sprachen vor den Bauern über die materialistische Geschichtsauffassung (stürmische Heiterkeit), über die Marx'sche Werththeorie, über Statistik und andere Wissenschaften. Nachher war dann in unseren Parteiblättern von den großen Erfolgen zu lesen, die erzielt worden seien. (Stürmische Heiterkeit.) Aber wenn dann die frischen Lorbeeren jener Agitation erst etwas getrocknet waren, dann folgte den übermäßigen Hoffnungen der Katzenjammer. Und was bei den Einzelnen der Fall war, trifft für die ganze Partei zu. Erinnern Sie sich an Halle, an das Jahr 1890: Da hieß es voll ungestümer Hoffnungen: „Krieg den Ultramontanen! Hinaus aufs Land!“ Und alles Kriegsvolk hat gejubelt. Auf dem vorigen Parteitag in Köln, da klang aber das Lied ganz anders. Da hieß es pessimistisch: „Bei den Bauern ist vorläufig wenig zu thun. Und wenn wir mit Engelszungen redeten, unser Anhang bei den Bauern wird immer schwach bleiben.“ Kurz, die Bauernagitation lohnt nicht der Mühe, es ist nichts dabei zu holen. So schwankte man zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt. Beides ist gleich falsch. Es ist phantastisch, zu glauben, daß man den Bauer spielend mit einer Rede gewinnen könnte; aber es ist auch nicht wahr, daß der Bauer für uns unzugänglich sei. Wenn nur die richtige Art angewendet wird, dann ist die Landbevölkerung jetzt, wo ihr die Verhältnisse so harte Lehrmeister sind, sehr wohl zu gewinnen; und wenn wir sie nicht schon mehr gewonnen haben, so ist es größtentheils unsere eigene Schuld. Aber freilich hat eine erfolgreiche Landagitation zwei Voraussetzungen. Einmal muß der Bauer sehen, daß wir Herz und Verständniß für seine täglichen Leiden haben und nach Kräften ihm zu helfen bereit sind, und zwar nicht erst in einer entfernten Zukunft — jedenfalls erscheint sie dem Bauer entfernt — sondern schon jetzt. (Sehr richtig!) So verlangt es ja auch der Industrie-Arbeiter für sich von uns. Weiter aber muß ihm auch unsere ganze Art sympathisch und verständlich sein. Sache und Person müssen ihm Vertrauen einflößen, nur dann erschließt sich der Bauer und giebt sich hin. (Sehr wahr!) Was die Agitationsweise anlangt, so muß der Städter, der aufs Land gehen will, zunächst all seine alten Agitationshefte verbrennen und vor allem lernen, sich in die ländlichen Produktiosverhältnisse, in das ganze bäuerliche Denken und Fühlen hineinzudenken. Der städtische Arbeiter betritt eine neue Welt, die er nicht geringschätzen, sondern verstehen soll; sonst ist jedes Wort zu den Bauern so werthlos, wie wenn ihm der Bauer eine Vorlesung über Industrie hielte. Er lege den städtischen Hochmuth ab, daß der Bauer dumm sei, während er nur ungeschult ist. Gewiß sollen wir den Bauer aufklären; aber auch wir können von ihm Vieles lernen. Alle hergebrachte Schablone und bloße Analogie, das mechanische Uebertragen der industriellen Thatsachen auf die Landwirthschaft, ist unzulässig. Nur ein liebevolles Eingehen giebt die nothwendige Einsicht in die landwirthschaftliche Betriebs- und Lebensweise. Keine langstiligen theoretisirenden Beweisführungen, kein statistischer Zahlenwust, keine „wissenschaftlichen“ Floskeln, kein nervöses, zwingendes Einreden auf die Zuhörer. Nirgends ist mehr Behutsamkeit, mehr Schonung für des Anderen Auffassung und Eingehen auf seine Denkweise, das Sprechen in seiner Sprache nothwendiger als hier. Das Allerverkehrteste ist es, den Bauer sozusagen an den Haaren herbeiziehen zu wollen — das ist eine alte Erfahrung bei uns in Bayern, die man aber bei der Aehnlichkeit des Bauerncharakters auch anderwärts machen wird. Wenn der Bauer merkt, daß man um jeden Preis etwas von ihm haben will, dann wird er ungeheuer dickköpfig (Heiterkeit. — Zuruf). Ach so, Sie meinen, das hätten Sie heute Vormittag an uns gesehen? Nun, ich habe es Ihnen ja

gesagt, daß wir Bayern ein Bauernvolk sind! Das Ungeschickteste, was bei uns die Regierung thun kann, ist, wenn sie einen eifrigen Amtmann auf die Bauern einreden läßt. Dann denkt sich der Bauer: „Der muß wohl was davon haben, weil er gar so ins Zeug geht“ und thut justement das Gegentheil. Das Gemüthsmoment darf ja nicht vernachlässigt werden — was übrigens auch für die städtische Bevölkerung zu beachten wäre. Hierbei denke ich vor allem an die Religion, die eine politische und wirthschaftliche Partei gar nichts angeht, von der wir auch zumeist nichts verstehen (Heiterkeit) und hinsichtlich derer wir endlich einmal die schönen Worte unseres Programms in Thaten umsetzen und vollkommene Neutralität halten müssen. Mit der vielfach getriebenen Zweideutigkeit, die Religion als Privatsache zu bezeichnen und dabei die Prinzipien niedrigster und albernster Pfaffenfresserei und Kulturpaukerei, die die Partei so viel geschädigt haben, zu treiben, muß entschieden auch aufgeräumt werden! Sodann muß man, bei der großen Verschiedenheit der ländlichen Verhältnisse nach Bodenbeschaffenheit, Stammesart, geschichtlicher Entwicklung &c. die Eigenart der Verhältnisse und Menschen schätzen lernen und sich vom Obenhin-Urtheilen nach dem Erzählenhören, vom Schlüssseziehen nach dem oberflächlichsten Anschauen, vom mechanischen Generalisiren hüten. Auch bei der Bayerndebatte würde eine Reihe von falschen Urtheilen unterblieben sein, wenn man nach der erwähnten Regel verfahren wäre. Der beste Rath für den Landagitator ist der: überall an des Landvolks eigene Verhältnisse anknüpfen, ihm dann den Zusammenhang derselben mit der Arbeiterbewegung zeigen — wobei sich besonders der Hinweis auf den Schaden wirksam zeigt, welchen die geringe Kaufkraft der Arbeiter der Landwirthschaft zufügen muß — und es so auf die Interessengemeinschaft beider Klassen führen. Und weiter muß man, außer dem Eifer auch Geduld haben, keine Treibhaus-Entwicklung verlangen, sondern das natürliche Heranreifen der Frucht abwarten — die Thatsachen und unsere Gegner sorgen schon für die nöthige Sonnenhitze! All das ist freilich nicht so leicht und sicher nicht für Jeden gemacht. Aber einmal braucht und soll nicht jeder von uns Bauernagitator zu sein. Die Sozialdemokratie ist jetzt so groß und der Kreis ihrer Aufgaben so angewachsen, daß eine Arbeitstheilung nothwendig ist. Das Gros der Partei wird nach wie vor in der Industriearbeiter-Bewegung fortfahren und sie vertiefen; Andere werden in Wissenschaft und Literatur thätig sein; und wieder Andere werden sich der Agrarfrage und Landagitation widmen. Und weiter muß die Arbeit eben gethan werden, und da habe ich die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie, die bisher noch allen von den wechselnden Lagen bedingten Erfordernissen zu erfüllen sich im Stande gezeigt hat, sich auch dieser Aufgabe gewachsen zeigen wird.

Aber alle Agitatorengeschicklichkeit kann nur dann uns nützen, wenn wir nicht mit leerer Hand zur ländlichen Bevölkerung kommen, sondern ihr eine wirkliche Förderung ihrer Interessen bieten können. Und zwar rede ich hier nicht von politischen Dingen, von Steuerpolitik, Militarismus, Freiheitsforderungen &c., kurz vom zweiten Theil unseres Programmes, welche Dinge allerdings in der Landagitation von großer Wirksamkeit sind und bleiben werden, — sondern ausschließlich von wirthschaftlichen Fragen. Was können wir hier dem Bauer bieten? Das führt zu der anderen Frage: welches ist die thatsächliche Lage der Landwirthschaft? Diese ist zweifellos in einer schwer Krise. Die Behauptung, daß der ganze landwirthschaftliche Nothstand nic als eine Fabel sekttrinkender Junker und der hinter ihnen herlaufenden nimm satten Bauern sei, ist ein vulgär-liberales Geschwätz, würdig einer Partei, sich von jeher zur Erkenntniß sozialer Erscheinungen unfähig gezeigt hat nicht begreifen kann, daß gerade durch eine solche Stellungnahme die L lösung der Landbevölkerung von den reaktionären Parteien gehindert w

Leider haben sich aber durch diese albernen Redereien auch manche unserer Leute irreführen lassen. Damit muß radikal gebrochen werden. Um den wahren Stand der Dinge zu begreifen, braucht man blos einen Blick auf den Kurszettel der Getreidebörse zu werfen, wo infolge der nord- und südamerikanischen, indischen und russischen Konkurrenz die zollfreien Preise bereits unter den bisher niedrigsten Stand des Jahrhunderts gesunken sind. Man blicke weiter auf die Zahlen der landwirthschaftlichen Verschuldung, die zwar mangels sicherer und allgemeiner Erhebungen sehr schwanken, aber doch zweifellos eine durchschnittliche Verschuldung von einem Drittel bis zur Hälfte der Güterpreise und darüber ergeben. Nach der niedrigsten Schätzung beträgt die Verschuldung der deutschen Landwirthschaft 15—20 Milliarden und wächst jährlich um eine Viertelmilliarde; andere Schätzungen kommen bis auf die doppelte Höhe. Auf diese Weise geht der Ertrag der landwirthschaftlichen Produktion immer mehr in Ausbeuterhände über und der Landbebauer sinkt immer mehr zum bloßen Verwalter herab, der noch dazu alles Risiko allein zu tragen hat; während der einst so schwer empfundene Zehnt wenigstens nur vom wirklich Geernteten zu leisten war, muß der heutige Zinsknecht ohne jede Rücksicht und selbst bei völliger Mißernte zahlen. Aber im Uebrigen hat sich die Entwicklung doch nicht so vollzogen, wie sie früher von den Sozialisten vorausgesagt wurde, welche eine rapide Aufsaugung der Kleinen zu Gunsten der Großen annahmen, deren rationelle Wirthschaft alsbald dominiren würde. Allerdings ist von Altpreußen, Mecklenburg u. s. w. ein bedeutendes Anwachsen des Großbesitzes nachgewiesen; aber dasselbe betrifft in der Hauptsache den fideikommissarisch gebundenen Latifundienbesitz, wobei die Gründe und die Mittel für die Vergrößerung nicht in den Vortheilen des Großbetriebes liegen. Im Uebrigen aber ist die Verschuldung keineswegs auf den Mittel- und Kleinbesitz beschränkt, sondern trifft ebenso auch den Rittergutsbesitz, ja dieser ist größtentheils noch mehr verschuldet. Nach Meitzen übersteigt die Realverschuldung den Grundsteuer-Reinertrag in Altpreußen bei den Bauern um das 18-, beim Großgrundbesitz um das 28-, beim Kleinbesitz um das 46fache. Nach anderen Aufnahmen, welche die preußische Regierung in 42 Amtsgerichtsbezirken machte, beträgt die Verschuldung beim Kleinbesitz 24 pCt., beim Mittelbesitz 27,9 pCt., beim Allodialbesitz 53,8 pCt. des Werthes. Auch der Gebrauch der größeren Maschinen hat in der Landwirthschaft zwar zugenommen, aber keineswegs in einer entscheidenden oder gar umwälzenden Weise. Was vollends den Dampfpflug betrifft, auf den man einst so große Erwartungen setzte, so ist sein Gebrauch in Deutschland auch heute noch ein verschwindender; ja selbst in England ist seine Anwendung neuerdings zurückgegangen. Demnach erweist sich der Großbetrieb in der heutigen Landwirthschaft — wo nicht ausnahmsweise Verhältnisse vorhanden sind — im Wettbewerb keineswegs als so überlegen, und das trotz aller ihm so reichlich zugeschanzten Vortheile auf Kosten der Allgemeinheit. Ist dies selbst beim Körnerbau der Fall, so ganz insbesondere bei der Viehzucht, welche bei der Unrentabilität des Getreidebaues und beim derzeitigen Vorhandensein eines Weltmarktes naturgemäß in der Ausdehnung begriffen ist. Man hat dagegen wohl einige Beispiele aus Nordamerika angeführt — Riesenfarmen, Dampfmästereien u. dgl. Aber derartigen Einzelerscheinungen, deren Resultate noch keineswegs außer Zweifel ehen, muß man skeptisch gegenüberstehen und darf sie jedenfalls nicht genealisiren. Im Allgemeinen gilt, daß bei der intensiven Viehzucht, welche eine vahre Viehpflege ist, die Heerden nicht über eine gewisse Stückzahl hinausgehen dürfen; 60—70 Stück dürfte das Höchste sein. So erweist sich die Viehzucht ıls für den Mittel- und Kleinbetrieb besonders geeignet. Dasselbe gilt im llgemeinen für den Bau von Obst, Reben, Gemüse und sonstigen Handelsewächsen. Zur Erklärung dieser Umstände, die den Erfahrungen auf dem

Gebiete der Industrie so widersprechen, kommt vor Allem in Betracht, daß der Landbebauer nicht blos Waare, sondern zum großen Theil zu seinem eigenen Gebrauch produzirt. Dazu kommt in Anschlag: der überwiegende Einfluß der Eigenarbeit, selbst bei Mitarbeit von Dienstboten, die ländliche Lebensweise u. s. w. Jedenfalls geht die Zerstörung des Mittel- und Kleinbesitzes in der Landwirthschaft im Allgemeinen nicht so sehr — wie in der Industrie — durch die Konkurrenz der Großen gegen die Kleinen innerhalb der ländlichen Produktion, sondern wesentlich von außen her, durch das Geldkapital vor sich. Nicht wenige Agrarpolitiker schließen aus allen diesen Dingen, daß der Großbetrieb in der Landwirthschaft nur bei extensivem Betriebe überlegen sei, sondern daß die wirthschaftliche Entwicklung mit der zunehmenden Intensivität der Verwirthschaftung auf eine Verkleinerung der Betriebe gehe. Ich habe hier diese Frage nicht zu entscheiden. Aber so viel dürfte Ihnen nach dem Gesagten jedenfalls klar sein: daß die Agrarfrage eine höchst komplizirte ist, daß die wirthschaftlichen Entwicklungsgesetze hier in anderer Weise als in der Industrie wirken, so daß die Eigenart des hauptsächlichsten Produktionsmittels der Landwirthschaft eine Sonderstellung geben, und daß sonach viel dafür spricht, daß die Landwirthschaft auf ihre eigene Art in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen wird. Und wie es eine zweifellose Thatsache ist, daß der Klein- und Mittelbetrieb, das selbständige Bauernthum, in vielen Gegenden in einer wachsenden Bedrückung und Verdrängung begriffen ist und auch dem künftigen Untergange verfallen erscheint, wenn ihm der Staat keine Hilfe leistet, — so ist es nicht minder eine Thatsache, daß dieses Bauernthum heute noch vorhanden ist und auf absehbare Zeit wirthschaftlich lebensfähig, d. h. dem Betriebe gewachsen ist.

Demnach haben wir Sozialdemokraten mit der großen Masse der bäuerlichen Bevölkerung sehr ernstlich zu rechnen. Und es bleibt uns Angesichts der gegebenen Lage nur folgende Wahl: Entweder wir sehen dem Verschuldungs- und Enteignungsprozeß des Bauernthums gefühl- und thatenlos zu, lassen also nach manchesterlichem Muster dem „freien Spiel der Kräfte" seinen Lauf. Dann aber gerathen wir erstlich in Widerspruch mit unserem ganzen Vorgehen auf dem Gebiete der industriellen Lohnarbeit, wo wir uns durch die Anerkennung der Unaufhaltsamkeit der kapitalistischen Entwicklung keineswegs abhalten lassen, dem Kapitalismus in allen seinen schädlichen Aeußerungen entgegenzutreten und namentlich seine verderblichen Wirkungen auf die Arbeiter mit Zähnen und Klauen zu bekämpfen. Sodann übt die fortdauernde Verschlechterung der landwirthschaftlichen Verhältnisse auch einen unmittelbaren Nachtheil auf die städtischen Arbeiterverhältnisse aus; denn alle unsere Bestrebungen nach Arbeiterschutz und Verbesserung der Arbeiterverhältnisse werden immer wieder dadurch geschädigt und theilweise illusorisch gemacht, daß ungeschützte und proletarisirte Bauern in steigendem Maße in die Städte drängen und dort zu Lohndrückern werden. Endlich aber versetzen wir uns in der Entwicklung des ländlichen Produktionswesens in die Rolle des machtlosen Zuschauers, verdammen uns zur Einflußlosigkeit und zwingen die Bauern direkt dazu, sich von uns ab und den schlimmsten Reaktionären in die Arme zu werfen. Jedenfalls dürfen wir uns dann ordentlich aufs Warten einrichten. Oder aber wir müßten uns dem blanquistischen Standpunkte zuwenden und daran denken, eine gesellsch liche Umwälzung lediglich mit einer proletarischen Minderheit zu machen. E solche Politik verbietet sich aber schon aus bloßer Klugheit; denn ohne : wider den Willen der Landbevölkerung kann in einem Lande, wie Deutschl. eine durchgreifende soziale und staatliche Umgestaltung unmöglich bew werden. In diesem Sinne hebt Liebknecht in seiner „Grund- und Bo frage" hervor, daß mit peinlicher Sorgfalt Alles zu vermeiden sei, was

dem Landvolke als feindselig erscheinen lassen könnte; weist er auf das warnende Beispiel der französischen Februarrepublik hin, die an dem Widerspruch zwischen Stadt und Land zu Grunde ging, und ruft aus: „Ohne die Landarbeiter und Bauern war unser Ringen ein hoffnungsloses; mit ihnen ist der Sieg uns gewiß.“ Jeder gegen die Bauern errungene Erfolg würde ein bloßer Eintagserfolg sein, dem mit unfehlbarer Sicherheit ein furchtbarer Rückschlag folgen müßte. Aber auch aus prinzipiellen Gründen können wir diesen Weg nicht betreten. Wir sind, wie Sozialisten so auch Demokraten, die nicht das Volk beherrschen und ihm über seinen Kopf hinweg Gesetze machen wollen; wir wollen die politische Macht weder erschleichen noch erpressen, sondern sie mit dem Willen des Volkes ergreifen und üben.

Wenn wir diesem Grundsatze getreu handeln und zugleich die günstige Lagen nützen wollen, um das politisch erwachende Landvolk von den Parteien, die es bis jetzt beherrscht und betrogen haben, loszulösen und zu uns zu führen, dann kann über die Wahl des einzuschlagenden Weges im großen Ganzen kein Zweifel bestehen. Es ist auf dem vorjährigen Parteitage vor dem „Eifer für die praktische Thätigkeit“ gewarnt worden. Wenn wir dieser Warnung folgen wollten, dann freilich würden wir am besten gleich die Hand von der Landagitation lassen; denn der Bauer begnügt sich — und mit Recht — weder mit der bloßen Kritik noch mit dem Hinweis auf die Zukunft, sondern er will, gerade wie der Arbeiter, auch positive Mittel zur Verbesserung seiner Lage schon in der Gegenwart haben. (Sehr richtig!) Demgemäß hat auch eine Reihe unserer ausländischen Bruderparteien bereits gehandelt. Zuerst ist die dänische Sozialdemokratie darin vorgegangen, indem sie ein eigenes ergänzendes Programm für die Bauernagitation geschaffen hat, in welchem, „um unter den bestehenden sozialen Verhältnissen bessere Lebensbedingungen für die Ackerbauarbeiter zu erzielen“, insbesondere die Verstaatlichung der Lehens- und Kirchengüter, der staatliche Ankauf von Land zur Verpachtung an Einzelarbeiter und Genossenschaften gefordert wird. In Ungarn werden Maßregeln verlangt, die in den Entwicklungsprozeß „mildernd eingreifen“, Steuerentlastung und billigen Kredit für die Kleinen, dazu Verstaatlichung des Großbesitzes. Aehnlich in Rumänien, wo man die Zutheilung des verstaatlichten Großbesitzes an die Dorfgemeinden verlangt. In Italien wurde auf den diesjährigen Kongressen von Ligurien, in Imola und Carpi die Expropriation der schlecht bebauten Flächen und deren Zertheilung an Genossenschaften mit Gemeindeunterstützung, die Aufhebung der Grundsteuer u. s. w. gefordert. Das belgische Wahlprogramm enthält die Punkte: Verpachtung der Domänen an Einzelarbeiter und besonders Genossenschaften, gewinnloser Kredit durch die Nationalbank, Vertretung der Bauern, Pächter und Landarbeiter in Landwirthschaftskammern, die über Arbeitszeit, Lohnminimum, Pachtzeit und Pachthöhe zu beschließen haben. Zu diesem Programm sagte der „Peuple“: „Es hebt deutlich das kollektivistische Ziel hervor und trägt zugleich den thatsächlichen und unmittelbaren Bedürfnissen Rechnung. Die wirkliche sozialistische Bewegung vollzieht sich im praktischen und reformatorischen Sinne, in dieser Richtung hat sie während der letzten Jahre Riesenfortschritte gemacht; denn die Sozialisten begreifen, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht mit einem Schlage erstand und daß dies auch nicht bei der von uns erstrebten kollektivistischen Gesellschaft der Fall sein wird.“

Am entschiedensten aber sind unsere Genossen in Frankreich vorgegangen. Das elf Punkte enthaltende bekannte, auch im „Vorwärts“ veröffentlichte Agrar-Programm, das 1892 in Marseille beschlossen worden ist, hat die mächtigsten Erfolge auf dem Lande erzielt und dadurch die Gegner in einen wahren Schreck gesetzt. Graf de Mun sagte darüber: „Wenn der Sozialismus erst die Feldwege unseres Landes findet, dann ist unsere Sache

verloren.“ Das hat natürlich dazu angeeifert, weitere Mittel zu finden, um Jacques Bonhomme den Gegnern zu entreißen. Dies geschah auf dem diesjährigen Kongreß von Nantes, wo das Landprogramm vervollständigt und zugleich eine deutliche Antwort auf die Vorwürfe der Gegner gegeben wurde, welche bisher die Sozialisten als „Theiler“ und Vernichter hingestellt hatten und nun erleben mußten, daß die Sozialisten sich den Bauern als alleinige Vertheidiger gegen Ausbeutung und Proletarisirung zeigten. Nun ging das Geschrei über die angeblichen Widersprüche, die Inkonsequenz, das Doppelspiel der Sozialisten los, ja man sprach auch von „Bauernfang“. (Heiterkeit!) Ich will nur einige Sätze von dem anführen, was unsere französischen Genossen über diese Fragen äußerten. Lafargue geht von der Auffassung aus, daß die brutale Zentralisirung des Besitzes zu Gunsten von Müßiggängern in ihrer Weiterentwicklung nicht aufzuhalten sei. „Aber doch kann die sozialistische Partei, selbst ehe sie zur Macht gelangt, die kapitalistische Regierung zu Reformen drängen, welche die verheerenden Wirkungen der Entwicklung mildern und der Noth des Landvolkes jeder Art — der Bauern, Tagelöhner, Pächter — einige Erleichterungen verschaffen. Das Feld ist das Arbeitsmittel der Bauern, wie der Hobel das des Tischlers, das Schnittmesser das des Chirurgen. Bauer, Tischler und Chirurg beuten mit ihrem Werkzeug nicht aus; sie haben daher nicht zu fürchten, daß eine sozialistische Revolution sie ihnen entreißen werde, denn deren Aufgaben ist's, die Enteigner zu enteignen . . . Ist die sozialistische Partei Herrin der öffentlichen Gewalt, so wird sie von nichts weiter entfernt sein, als den Bauer im friedlichen Besitz des Bodens, den er mit seinem Schweiße befruchtet, zu stören. Sie wird vielmehr die Lasten aufheben, die ihn niederdrücken, seine Schulden abschaffen, ihnen Maschinen, Dünger, Saat, Vieh u. s. w. zur Verfügung stellen und ihn seine Verpflichtungen in natura ablösen lassen.“ Guesde äußerte sich also: „Der Kleinbauer hängt leidenschaftlich an seinem Boden und mit Recht, weil es jetzt für ihn außer seinem Eigenthum keine Freiheit giebt. Die Partei hat von Anfängen an einen Unterschied gemacht zwischen dem individuellen Eigenthum des vom Produzenten selbst angewandten Arbeitsmittels und dem kapitalistischen Eigenthum zum Profit Müßiger. Weit entfernt, den Bauer enteignen zu wollen, will der Kollektivismus ihn von Lasten aller Art befreien. . . Wo sich infolge des Dampfes und der Maschine die Produktionsmittel so entwickelt haben, daß der individuelle Besitz ausgeschlossen ist, da ist die einzige Form der Lösung die Rückgabe an die Kollektivität. Wo aber unter gegebenen Umständen und für eine Zeit die Produktionsmittel — wie der Boden — sich noch im Besitz der Produzenten befinden, da ist die individuelle Form des Eigenthums zu vertheidigen, welche Jaques Bonhomme hindert, Proletarier oder Lohnarbeiter zu werden. Die sozialistische Partei träumt und utopisirt nicht, sondern folgt den ökonomischen Evolutionen und paßt sich ihnen an, verlangt vom Heute nicht mehr als es geben kann, und überläßt es dem Morgen, mit seinem neuen Problem die Elemente ihrer Lösung auszuarbeiten.“ Jaurès vertritt die Auffassung: „Wir müssen den Kleinbauer, den Pächter, den Lohnarbeiter möglichst der kapitalistischen Ausbeutung entreißen. Da der Bauer nicht ausbeutet, so hat das ländliche Kleineigenthum Platz im System einer sozialistischen Organisation, wo die Früchte der Arbeit dem Arbeiter gehören.“ Und schließlich erlauben Sie mir noch aus dem Nanter Beschluß, der ebenso einstimmigen Beifall in der französischen Sozialdemokratie gefunden hat, wie er einstimmig gefaßt worden ist, einige Sätze anzuführen: „In Erwägung, daß, laut des allgemeinen Programms der Partei, „die Produzenten nur frei sein können wenn sie im Besitze der Produktionsmittel sind in Erwägung, daß (wenn auf dem industriellen Gebiete diese Produktion[illegible]

mittel bereits einen solchen Grad kapitalistischer Konzentration erreicht haben, daß sie den Produzenten nur in kollektiver oder gesellschaftlicher Form zurückerstattet werden können) es sich gegenwärtig (in Frankreich wenigstens) keineswegs ebenso auf dem landwirthschaftlichen Gebiete verhält, wo das Produktionsmittel, das ist der Grund und Boden, noch an vielen Punkten unter individuellem Titel im Besitze der Produzenten selber ist; in Erwägung, daß, wenn dieser durch das bäuerliche Eigenthum charakterisirte Stand der Dinge unvermeidlich zu verschwinden berufen ist, der Sozialismus diesen Prozeß doch **nicht** zu beschleunigen hat, da er nicht die Rolle hat, das Eigenthum von der Arbeit zu trennen, sondern im Gegentheil diese beiden Faktoren jeder Produktion, deren Trennung die Knechtschaft und das Elend der ins Proletariat gesunkenen Arbeiter mit sich führt, in dieselben Hände zu vereinigen; in Erwägung, daß die müssigen Eigenthümer der großen Güter, gleich wie die der Bergwerke, Eisenbahnen, Hüttenwerke 2c. zu Gunsten der depossedirten landwirthschaftlichen Produzenten zu enteignen, es nicht minder seine gebieterische Pflicht ist, den selbstarbeitenden Eigenthümern ihre Scholle gegen den Fiskus, den Wucher und die Eingriffe der neuen Bodenmagnaten zu **schützen** — hat die Arbeiterpartei, die im Gegensatz zu den Anarchisten die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung **nicht von der Ausdehnung und Verschärfung des Elends erwartet** und eine Befreiung der Arbeit und Gesellschaft nur **in der Organisation und den vereinigten Bemühungen der sich der Regierung bemächtigenden und Gesetze vorschreibenden Arbeiter von Stadt und Land** sieht, das folgende Programm angenommen, das bestimmt ist, alle Elemente der landwirthschaftlichen Produktion, alle Arbeiter, welche unter verschiedenem Titel dem Landesboden einen Werth abgewinnen zum gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu verbünden." Hinzufügen will ich, daß sich die französischen Genossen meines Wissens der Billigung ihres Vorgehens durch Friedrich Engels versichert haben.*)

*) Gegenüber dieser Auffassung Vollmar's hat Genosse Engels im „Vorwärts" folgende Erklärung veröffentlicht: Nach Berichten der Parteipresse hat Genosse Vollmar in der Agrardebatte des Frankfurter Parteitages am 25. Oktober sich berufen auf die Beschlüsse des französischen Sozialistenkongresses von Nantes, „die die ausdrückliche **Billigung** von Friedrich Engels gefunden haben". Nach dem „Vorwärts" vom 10. November wird dies auch von der gegnerischen Presse weiter verbreitet. — Ich bin daher zu der Erklärung genöthigt, daß hier ein **Irrthum** vorliegt, und daß Vollmar in Beziehung auf mich durchaus falsch unterrichtet worden sein muß. — Soviel ich mich erinnere, habe ich mit Beziehung auf das Programm von Nantes nur zwei Mittheilungen nach Frankreich gemacht. — Die erste, **vor** dem Kongreß, in Antwort auf die Anfrage eines französischen Genossen ging dahin: die Entwicklung des Kapitalismus **vernichtet** unrettbar das **kleinbäuerliche** Grundeigenthum. Unsere Partei ist sich vollständig klar hierüber, aber sie hat durchaus **keinen Anlaß, diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen noch extra zu beschleunigen**. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen **Untergang weniger schmerzhaft** machen sollen, läßt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauer permanent **erhalten**, so erstrebt man nach meiner Ansicht ökonomisch **Unmögliches**, opfert das Prinzip, wird **reaktionär**. — Die zweite, nach dem Kongreß, beschränkte sich auf die Vermuthung, unsere **französischen** Freunde würden **allein stehen** in der sozialistischen Welt mit ihrem Versuch, nicht nur den kleinbäuerlichen **Eigenthümer**, sondern auch den, fremde Arbeit ausbeutenden **Kleinpächter zu verewigen**. Soweit ich überhaupt in der Sache gesprochen, habe ich also das **Gegentheil** erklärt von dem, was man Vollmar berichtet hat. — Einmal in diese Angelegenheit verwickelt, komme ich indeß schwerlich wieder heraus, ohne mich deutlicher auszusprechen. Ich beabsichtige also, der „Neuen Zeit" einen kurzen Artikel zur Verfügung zu stellen zur Darlegung und Begründung meiner Ansicht.

London, 12. November 1894. F. Engels.

Bei uns in Deutschland haben wir derartige offizielle Parteihandlungen auf dem Gebiet der Agrarfrage bisher noch nicht zu verzeichnen. Aber die Beweise wachsender Erkenntniß haben sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise gemehrt. Ich erinnere an eine Reihe von Veröffentlichungen im „Vorwärts“, im „Sozialdemokrat“, besonders an die treffliche Arbeit Dr. David's, von dem ich wünschte, daß er recht viele Nacheiferer in anderen Gegenden finden möchte. Auch unseres Vorgehens im bayerischen Landtage darf ich vielleicht erwähnen, das darauf hinausging, den Bauern staatlich gegen Ueberschuldung und Enteignung zu schützen und damit zugleich dem Staat ein Kontrolrecht und einen wachsenden Einfluß auf den landwirthschaftlichen Produktionsprozeß zu verschaffen, und das sich damit auf der Linie der Entwicklung zum Sozialismus bewegt.

Parteigenossen! Worum es sich heute handelt, das ist nicht die Festsetzung irgend welcher Einzelheiten, zu welcher hier nicht Ort und Zeit ist. Meine Aufgabe war nur, Ihnen zu zeigen: daß wir im jetzigen Stadium der ökonomischen, politischen und Parteientwicklung mit der bisherigen Stellung zur Agrarfrage nicht mehr ausreichen; daß wir fortan die gleiche intensive Aufmerksamkeit und Forschung wie der industriellen, auch der landwirthschaftlichen Produktion zuwenden müssen; und daß ein positives Vorgehen durch Forderung von Maßregeln, welche die Bauern und Landarbeiter heute schon gegen die kapitalistische Ausbeutung schützen und zugleich die höheren Wirthschaftsformen der Zukunft anbahnen, eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. Das eingehende Studium des massenhaft vorliegenden wissenschaftlichen Materials, die Förderung seiner literarischen und agitatorischen Verwerthung, sowie die Vorschlagung programmatischer Maßregeln: das wird die Aufgabe des besonderen Agrar-Ausschusses sein, dessen Einsetzung wir Referenten, gleich verschiedenen Antragstellern, Ihnen vorschlagen. Wenn dieselbe aus rein sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt und mit den nöthigen Vollmachten ausgestattet wird, dann werden die von ihm und auf seine Anregung aufgewendeten Opfer an Arbeit und Mitteln unserer Sache Wucherzinsen bringen können.

Die Gelegenheit ist für unser Vorgehen die günstigste. Schon ist die Herrschaft unserer Gegner über die Landbevölkerung im Wanken. Die wachsende Nervosität der herrschenden Parteien und ihr Schreien nach schneidigeren Waffen gegen uns ist nicht zuletzt auf diese Thatsache zurückzuführen. Da giebt es für uns Sozialdemokraten keine bessere Antwort, als daß wir im gleichen Augenblick, wo der Gegner einen neuen Zug gegen uns plant, frischen Muthes unsererseits den Angriff gegen das letzte bisher unerschütterte Bollwerk seiner Macht eröffnen. Verstehen wir die Lage und zeigen wir uns ihr gewachsen, paaren wir die Klugheit mit der Energie und den Eifer mit der Wohlüberlegenheit, und wir werden einen Riesenschritt zu unserm Ziele thun! (Stürmischer Beifall.)

Schluß 7½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 26. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr, Vorsitzender: Schwarz, Lübeck.

Diskussion über die Agrarfrage.

Garbe-Kassel spricht in einem genügend unterstützten Antrage den Wunsch aus, daß in der Agrarfrage diejenigen Genossen, die auf demselben Standpunkte stehen wie die Referenten, das Wort nicht mehr nehmen. Wird durch Kenntnißnahme erledigt.

Orbig: Der Antrag 1 kann nicht angenommen werden, da er eine viel zu große Tragweite hat. Es ist unmöglich, eine Kommission mit so weitern

Kompetenzen zu wählen. Er enthält aber einen guten Kern, so daß er der Diskussion werth erscheint. Daß eine Agrarkommission überhaupt eingesetzt werden müsse, darüber kann allerdings kein Zweifel bestehen.

Antrag 2 wird begründet von Quarck-Frankfurt: Man wundere sich doch nicht darüber, daß die Frankfurter plötzlich Agrarpolitiker geworden sind. Vergessen Sie nicht, daß in der Umgebung von Frankfurt der erste Land-Agitator Georg Büchner vor 60 Jahren aufgetreten ist. Auch in der Gegenwart haben wir von Frankfurt aus ein großes ländliches Gebiet zu bearbeiten. Gegenüber den trüben Erfahrungen mit Enqueten, die von uns ausgingen, bin ich der Meinung, daß nur das Reich in der Lage ist, eine umfassende Enquete über die ländlichen Verhältnisse zu veranstalten. Wir Frankfurter Delegirten stehen durchaus auf dem Standpunkte Vollmar's, dessen Ausführungen bedingt und berechtigt waren durch die Erfahrung, die ihr Analogon in der gewerkschaftlichen Agitation findet. Wenn wir nun ein Spezial-Programm nach dem Muster des französischen Landagitations-Programms verlangen, so soll das natürlich nicht eine bloße Kopie des französischen Programms sein, es soll unser Haupt-Programm nicht abschwächen, was vielfach befürchtet worden ist, sondern nur eine populäre Ausführung der agrarpolitischen Forderung unseres Haupt-Programms mit praktischen Vorschriften im Sinne von Vollmar's Vorschlägen sein, damit praktische Agitation getrieben werden kann. Das ist nicht überflüssig, wie Bebel in der „Neuen Zeit" anzunehmen scheint. Es giebt eine Menge befähigter Genossen, die auch Landagitation zu treiben vermögen, denen nur das Material fehlt. Für diese müssen wir eine Unterlage zur Agitation schaffen. Das soll nicht eine große Broschüre, sondern ein kleines Vademekum sein. Natürlich kann die Ausarbeitung auch der einzusetzenden Agrarkommission überlassen bleiben. Nach Absatz 2 unseres Antrages verlangen wir gegenüber der beabsichtigten ungeheuerlichen Vergewaltigung der Landarbeiter, wie sie durch die Forderungen Suchsland beabsichtigt werden, einen entschiedenen Protest, der hier im höchsten Grade angebracht erscheint.

Antrag 9 wird von David-Gießen begründet: Auf die Annahme des dritten Punktes lege ich bei der geringen Zeit des Parteitages keinen Werth. Im Allgemeinen stimme ich mit den Anschauungen, die Schoenlank und Vollmar vorgetragen haben, überein und habe nur Einiges nachzutragen. Die Agitatoren aus dem Kreise der Industrie-Arbeiter wurden gestern scharf mitgenommen. Ein persönlicher Vorwurf sollte ihnen damit nicht gemacht werden, aber die Unzulänglichkeit des Agitationsmaterials kann nicht bestritten werden. In meiner Heimath haben wir eine Art natürlicher Agitatoren, Industie-Arbeiter, die Bauernsöhne sind, in engster Verbindung mit dem Dorfe stehen, ja selber noch Ackerbau nebenbei treiben, und von denen man große agitatorische Erfolge erwarten sollte. Und doch gelingt es auch ihnen nicht, in den Bauernkern einzudringen, ja selbst in jene Bauernschicht kommen sie nicht hinein, die ohne Knecht arbeitet. Woran liegt das? Die agitatorische Münze, die im Umlauf ist in der städtischen Agitation und an die auch diese Agitatoren nur gewöhnt sind, ist auf dem Lande nicht kursfähig. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, der das gebräuchliche Agitationsmaterial in der Stadt ist und das Fühlen des Industrie-Arbeiters bewegt, ist dem Bauern durchaus fremd. Seine wirthschaftlichen Erfahrungen haben nichts mit ihm zu thun. — Zweitens ist für den Industrie-Arbeiter die Trennung der Arbeitsmittel vom Arbeiter der Ausgangspunkt aller theoretischen Erörterungen. Und das stimmt wieder nicht für den Bauern. Als Ausweg wird häufig der Versuch gewählt, bei den Bauern das sozialistische Programm bei Seite zu lassen und sie nur für unsere demokratischen Forderungen zu gewinnen. Damit machen wir die Bauern aber im besten Falle zu Demokraten, nicht zu Sozialisten. Wir ebnen, wenn wir so vorgehen, nur den bürgerlichen Demokraten den Weg. Viel Verwirrung stiftet in der Agrarfrage häufig unsere eigene Presse. Der Redner zitirt Aeußerungen des „Braun-

schweiger Volksfreund", des „Vorwärts" und des „Offenb. Abendbl.", die nach seiner Ansicht hierzu geeignet waren. Ebenso wie wir uns vor dem „Bauernfang" hüten sollen, müssen wir uns auch vor der Bauernverscheuchung hüten. Zum Schluß ändert Redner seinen Antrag dahin, daß die von ihm vorgeschlagene Kommission nicht 12, sondern 15 Mitglieder haben solle, damit drei Abtheilungen mit ungleicher Mitgliederzahl für den Großbetrieb, den Mittelbetrieb und das Parzellenbauernthum gebildet werden können.

Antrag 91. Absatz 1 begründet Stadthagen: Nach Schoenlank hätte ich allerdings in dieser Frage nichts zu reden, weil ich nicht auf dem Lande wohne, dazu noch Berliner bin und nicht in Bayern geboren bin; aber trotzdem habe ich auf dem Lande Erfolge gehabt mit prinzipiellen Auseinandersetzungen und mit speziellen Ausführungen über das Ausnahmerecht der ländlichen Arbeiter. Dem Antrage 2, Absatz 2 kann ich deshalb nicht zustimmen, weil die Forderungen Suchsland's nichts Neues sind. Im preußischen Landrecht sind dieselben ungeheuerlichen Forderungen längst gesetzlich fixirt. Wenn den Landarbeitern auseinandergesetzt wird, daß sie nur Pflichten, aber fast gar keine Rechte haben, so verstehen sie uns. Auf Abhilfe der ungeheuerlichen Zustände auf dem Lande müssen wir hinarbeiten, und in diesem Sinne habe ich den kleinen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Selbst wenn Sie es für nothwendig halten, daß Sie eine Kommission einsetzen, so bitte ich doch, meinem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Hauptstärke der Landagitation ist der ländliche Arbeiter, der eigentliche Agrarproletarier: ihm haben wir unsere Erfolge in Pommern, in Mecklenburg zu verdanken. Die Ausarbeitung eines neuen Programms würde einen gewaltigen Rückschritt bedeuten, er bedeutet Bauernfang im schlimmen Sinne.

Den Antrag 97 begründet Jahn-Berlin. Auch in Berlin sei Verständniß vorhanden für die Landagitation; bezeichnender Weise gehe der Antrag von den Hausdienern aus, die ja ebenfalls unter der Gesindeordnung zu leiden haben.

Antrag 98 begründete Werner-Berlin. Er soll besondere Vortheile für alle diejenigen bedeuten, die unter der Ausbeutung durch Gesindebureaus zu leiden haben; es ist unsere Pflicht, durch gesetzliche Maßnahmen diese Aussaugerbureaus zu zerstören. Dieser Antrag hat die größte Tragweite auch für das ländliche Gesinde.

Antrag 108 begründet Timm-Berlin: Es soll in bestimmtem Rahmen wenigstens mit der praktischen Agitation begonnen werden. Vollmar und Schoenlank gingen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Industrie-Arbeiter mit den ländlichen Verhältnissen nicht vertraut seien, das ist aber nicht richtig, denn ein großer Theil der Industrie-Arbeiter ist ja direkt aus dem Lande hervorgegangen. Auf diese haben wir uns zu stützen. Ebenso wie Bebel's Untersuchungen über die Bäckereiverhältnisse den Anstoß zu Verbesserungen gegeben haben, so würde eine kurze Darstellung der Verhältnisse in begrenzten Distrikten bei speziellen Klassen der landwirthschaftlichen Arbeiter, Wanderarbeitern, Ziegelei-Arbeitern u. s. w. den Anstoß zu gesetzlichen Maßnahmen geben.

Antrag 110 des ostpreußischen Parteitages (Zusatz zu Antrag 2 der Vorlage):

4. Um die Bewegung für diese Forderungen zu fördern, soll der Vorstand Geldpreise in angemessener Höhe ausschreiben für erschöpfende Darstellungen der ländlichen Arbeiter- und Bauernverhältnisse größerer Landgebiete, die ihm bis zum nächsten Parteitage eingesandt werden.

und Antrag 121 (Schultze-Königsberg)

„die Worte: „die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil" zu streic[hen] und dafür folgendes zu setzen: Die Privatproduktion in der Landwirthsc[haft] mit dem Privateigenthum an dem Grund und Boden sowie den Produktio[ns-] Hilfsmitteln hat nicht nur die Agrarfrage hervorgerufen, sondern hat auch [zu] Wege gebracht, daß die Landwirthschaft der an sie zu stellenden Anforderu[ngen] seitens der Gesammtbevölkerung nicht gerecht werden kann, und ferner,

Noth, Elend und Unsicherheit des Erwerbslebens namentlich unter den Landarbeitern und den kleinen Besitzern hervorgerufen wurde. Die Ueberführung des Grund und Bodens und die Ausführung der Landwirthschaft durch die Gesellschaft selbst wird daher immer mehr zu einer Nothwendigkeit. Nur durch den gesellschaftlichen Betrieb der Landwirthschaft kann alle hierbei thätigen Personen der Antheil an der Gesammtproduktion der Gesellschaft garantirt werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muß es sein, nicht nur den hieraus sich ergebenden Klassenkampf zu führen und zu leiten, sondern denselben auch so zu gestalten, daß die Bauern und Landarbeiter nicht noch tiefer in Noth und Elend sinken, sondern bereits gegenwärtig eine Besserstellung derselben erzielt wird.

begründet Schultze-Königsberg: In der ländlichen Bevölkerung bestehen scharfe Gegensätze, Gegensätze zwischen Bauern und Gesinde, zwischen Kossäthen, Deputanten, Instleuten und Scharwerkern. Das erschwert unsere Agitation. Die ländlichen Arbeiter sehen die Welt noch mit ganz anderen Augen an wie die Industrie-Arbeiter. Die Industrie-Arbeiter können täglich beobachten, wie gewaltig die Produktivität der Arbeiter gestiegen ist, das können die Landarbeiter nicht! Vollmar und Schoenlank gingen von ganz falschen Gesichtspunkten aus, als sie den Schwerpunkt der Agitation in die Bauernagitation legten, die Bauern müssen uns als Klasse feindlich gegenüberstehen. Der Bauernstand beutet die Arbeiter ebenso schlimm aus wie der landwirthschaftliche Großbetrieb. Wir können die feindliche Klasse nicht gewinnen, ebenso gut könnte man von uns verlangen, wir sollten die Gewinnung des Handwerkerstandes als unsere Hauptaufgabe betrachten. Schoenlank und Vollmar warnten davor, den Bauern vom Achtstundentag zu erzählen. Ich glaube schon, daß der bayerische Bauer es lieber hört, wenn man ihm sagt: der Staat soll dir deine Schulden abnehmen, als wie: du sollst dein Gesinde nur acht Stunden lang arbeiten lassen. Viel eher als der Bauer hat der Großgrundbesitzer noch Verständniß für die achtstündige Arbeitszeit. Auf dem ostpreußischen Parteitage seien etwa drei Rittergutsbesitzer gewesen, die sozialdemokratischen Anschauungen huldigten. Vollmar und Schoenlank verlangen entgegen unserem Programme die Aufrechterhaltung des Privateigenthums. Das wäre doch nur durch Ankauf des Großgrundbesitzes möglich und durch dessen Auftreibung im Rahmen der heutigen Gesellschaft, das wäre ein zweifelloser Rückschritt. Die gewaltsame Enteignung aber wäre durchaus undurchführbar.

Antrag 120:

Die Parteileitung hat unter Mithilfe der Landesorganisation in den ländlichen Bezirken nach Möglichkeit geeignete Genossen in die materielle Lage zu versetzen, damit dieselben die Parteigeschäfte auf dem Lande ordnen und die Agitation dauernd und mit Erfolg betreiben können

wird von Kerrl-Bremen begründet: Wir haben genügend geeignete Genossen, aber die materiellen Mittel fehlen ihnen, um sich selbständig zu machen, dauernd auf dem Lande zu bleiben und von dort aus die Agitation zu leiten.

Zum Antrag 119:

„In Erwägung, daß eine thatkräftige und erfolgreiche Agitation unter der ländlichen Bevölkerung zu Gunsten des Sozialismus nur möglich ist, wenn die der Natur der Sache nach hauptsächlichst dazu berufenen Kreise (die Genossen der Bauern-, Klein- und Mittelstädte) sich dieser Frage energisch widmen;

in fernerer Erwägung, daß jedoch diese Kreise die dazu erforderlichen geistigen und materiellen Mittel leider in den meisten Fällen nicht besitzen, ist der Parteitag der Ansicht, daß die Genossen in den Groß- und Hauptstädten eines Landestheils oder einer Provinz die Pflicht haben, mehr als es bisher der Fall war, die schlechtest gestellten, ärmsten Wahlkreise ihres Gebietes moralisch und materiell in der Agitation zu unterstützen. Die Art

der Unterstützung und Hilfeleistung hat eine jedesmal vor dem allgemeinen Parteitag stattzufindende Landes- oder Provinzkonferenz festzulegen. Ueber die Verhandlungen dieser Körperschaften sind alsdann den Delegirten des allgemeinen Parteitages gedruckte Berichte zur Orientirung und eventueller Verwerthung bei der Frage der Landagitation zu verabfolgen"
bemerkt Trilse-Göttingen: Leider muß ich konstatiren, daß die moralische und materielle Unterstützung der Land-Städte noch viel zu wünschen übrig läßt. Die kleinen Städte sind aber die eigentlichen Zentren der Landagitation. Die großen Städte müssen deshalb moralisch dazu verpflichtet werden, die kleinen Städte im Sinne des Antrages 119 zu unterstützen. Die Großstädter glauben häufig schon genug gethan zu haben, wenn sie sich einmal zur Abhaltung einer Versammlung verstünden, für die sie sich vielleicht auch noch bezahlen ließen.

Hiermit schließt die Begründung der vorliegenden Anträge.

Im Interesse der Beendigung der Geschäfte des Parteitages schlägt Singer vor, heute eine Abendsitzung abzuhalten und heute die Punkte Agrarfrage, Maifeier, Trusts zu beendigen. Morgen sei der Bericht der Neuner-Kommission und die übrigen Anträge zu erledigen.

Der Antrag Singer wird angenommen.

Zur Diskussion hat das Wort

Friedrich-Darmstadt: Ich kenne das Land aus eigener Erfahrung; es ist eine Thatsache, daß der Bauernstand seit einer Reihe von Jahren sich ohne seine Schuld in stetigem Rückgang befindet. Die wirthschaftliche Entwicklung drückt ihn zu Boden, seine mangelnde Einsicht wirkt in derselben Richtung; dazu kommt noch der Einfluß der Gesetzgebung, der Verwaltungsmaßnahmen, die den Kleinen zu Gunsten des Großen erdrücken. Ich habe im Verlaufe von 35 Jahren zahlreiche Dorfgemeinden zu Grunde gehen sehen und über das Bauernland geht jetzt der Dampfpflug. Die früheren selbständigen Bauern sind zu Tagelöhnern geworden. Nach dem Sprichworte: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihren Metzger selber", wählt die Landbevölkerung seit 25 Jahren noch dazu die Gutsbesitzer in die Parlamente u. s. w. Die technische und ökonomische Ueberlegenheit ist in der Landwirthschaft nicht so groß, als daß nicht häufig die billige menschliche Arbeitskraft der Maschine vorgezogen würde, die doch nur eine kurze Zeit des Jahres im Betriebe ist, während des ganzen Jahres aber Kapitalzinsen frißt, wo der Arbeiter doch nur zu essen bekommt, wenn er arbeitet. Erst als die rapide Entwicklung der Industrie die Arbeitskräfte vom Lande in Massen in die Städte zog, fand die Maschine in der Landwirthschaft einen stärkeren Eingang.

Mössinger-Lahr: Wir können uns nur mit dem Landarbeiter und dem Kleinbauern befassen, nicht mit den Mittel- und Großbauern. Es ist falsch, im Allgemeinen zu sagen: wir müssen den Bauernstand als Feind betrachten. Dem Kleinbauer geht es häufig noch schlechter als dem einen Knechte und der einen Magd, die er beschäftigt. Die Industrie dringt auf das Land vor und nimmt dem Kleinbauern den Knecht, der in der Fabrik mehr verdient.

Mittag-Halle: Das Vertrauensmänner-System muß auf dem platten Lande noch mehr ausgebaut werden. Nachrichtenbureaus sollen auf dem Lande eingerichtet werden. Wir müssen die Sprache des Landmannes reden, mü[illegible] wissen, was in den einzelnen Dörfern geschehen ist, damit wir daran anknü[illegible] können. Das Steuerwesen, Bedrückungen der Behörde in den einzelnen O[illegible] müssen kritisirt werden. Unser Programm bietet der Landbevölkerung noch [illegible] wenig. Der Bauer hat immer nur gehört, daß die bösen Rothen ihm sein [illegible] nehmen wollen. Unser Programm muß also erweitert werden, aber es [illegible] nicht verwässert werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Kandt-Rostock bittet im Interesse seiner Auftraggeber, zu P[illegible]

zu konstatiren, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Zu der Resolution 118 ist das Amendement Stadthagen eingelaufen, am Schluß des Antrages (S. 135, Zeile 18 von oben) die Worte „und ergänzt" zu streichen.

Das Schlußwort erhalten die Referenten:

Schoenlank: Die Debatte hat mir gezeigt, daß durchgängig die Ansicht vorherrscht, daß etwas in der Agrarfrage geschehen müßte, und daß die Grundsätze und Forderungen, die Vollmar und ich entwickelten, die Billigung des Parteitages im Allgemeinen gefunden haben. Entschieden muß ich mich dagegen wenden, daß das Stadthagen'sche Amendement, das im letzten Augenblick eingereicht wurde, angenommen wird. Es ist unannehmbar, denn es schneidet uns von der Basis, die wir der Stellung unserer Partei in der Agrarfrage geben wollen, die Hälfte weg. Sowohl der Landarbeiter- wie der Kleinbauernschutz muß programmmäßig von uns verlangt werden, selbstverständlich ohne daß wir unseren prinzipiellen Standpunkt aufgeben. Wenn die Herren aus dem Norden nicht einsehen wollen, daß wir für Süd- und Mitteldeutschland nicht die Schablone anwenden können, die aus den landwirthschaftlichen Zuständen Ostelbiens gewonnen wird, so kann das uns doch nicht hindern, diese besonderen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Es ist die höchste Zeit, daß etwas Praktisches geschieht, daß wir mit dem richtigen Stichwort im richtigen Augenblick auf der Bildfläche erscheinen. Heute, wo die Reaktion einen neuen Anlauf nimmt, um uns zu vernichten, müssen wir ihr den kräftigsten Gegenschlag versetzen, indem wir sie da packen, wo sie am empfindlichsten ist, bei den Bauern, damit, wenn einmal der politische Generalmarsch geschlagen wird, die Bauern nicht gegen, sondern mit uns sind! (Bravo!)

Vollmar: Das Amendement Stadthagen ist unannehmbar und die ganze Resolution wäre es, wenn wir den Bauernschutz nicht mit aufnehmen wollten. Der Agrarausschuß soll nicht ein Universal-Heilmittel schaffen, auch ist es nicht seine einzige Aufgabe, das vorgeschlagene Programm auszuarbeiten. Der Agrarausschuß soll vielmehr eine Studienkommission sein, die das vorhandene Material sichtet und zu schriftstellerischen Arbeiten anregt. Dem Agrarausschusse müssen die Befugnisse gewährleistet werden, geeignete Personen einladen zu können. Die Geldfrage tritt hier ganz in den Hintergrund; die Ausgaben für diese Zwecke wird sich reichlich rentiren. Man hat hier und da gemeint, die Aufgaben dem Vorstande zu überweisen; aber dieser hat ganz andere Aufgaben. Bei der Wahl der Mitglieder handelt es sich darum, so zu wählen, daß die drei hauptsächlichsten Betriebsformen annähernd gleich vertreten sind; deshalb ist auch die Zahl der Ausschußmitglieder auf 15 festzusetzen. Dann werden sich ganz zwanglos drei Sektionen, entsprechend den drei Hauptwirthschaftsformen, herausbilden, die die Vorarbeiten zu leisten haben. Ich glaube nicht, daß die Arbeiten des Ausschusses bis zum nächsten Parteitage beendet sein werden; das ändert aber nichts an der Nothwendigkeit, sofort mit der Gründung der Kommission vorzugehen. Ich bitte nochmals, die Resolution anzunehmen, obschon auch mir nicht Alles darin gefällt, aber es ist wenigstens eine gute Grundlage, die einen Fortschritt [illegible]eutet auf dem Wege zur politischen Macht. (Beifall.)

Ein Amendement Arons zur Resolution, das bisher noch nicht zur Ver[illegible]ung gekommen war, verlangt die Streichung des Absatzes: „Der Bauernschutz [illegible]l den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen wahren".

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. — Das Amendement [S]tadthagen wird gleichfalls abgelehnt. Die Resolution 118 wird mit großer [M]ajorität angenommen. Einige 30 Stimmen sind dagegen.

Der Antrag: eine Agrarkommission von folgenden 15 Mitgliedern: David-

Gießen, Geck-Offenburg, Bock-Gotha, Katzenstein-Leipzig, Baßler-Stuttgart, Liebknecht, Birk, Vollmar, Hug-Bant, Schulze-Kossebaude, Schoenlank, Bebel, Molkenbuhr, Quarck, Schippel, zu wählen, wird mit großer Majorität angenommen.

Auf Antrag Singer's werden alle vorliegenden Anträge dem Agrarausschuß überwiesen mit Ausnahme des Antrages 91, Absatz 1, der angenommen wird. Hiermit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Singer, der jetzt den Vorsitz übernimmt, giebt zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Maifeier**, nachdem alle dazu vorliegenden Anträge die nöthige Unterstützung gefunden haben, dem Berichterstatter über diesen Punkt, Meist-Köln, das Wort: Ich bin der Meinung, daß dieser Gegenstand nicht viel Zeit kosten kann, weil seit dem internationalen Kongreß in Zürich die prinzipielle Stellung, die wir einzunehmen haben, festgelegt ist. Aus der Züricher Resolution wissen Sie, daß die materielle Grundlage eine andere ist als die des Pariser Kongresses, daß sie erweitert worden ist. Es handelt sich nun nicht mehr um den Achtstundentag und um Arbeiterschutz allein, sondern um eine internationale Demonstration für den Klassencharakter der proletarischen Bewegung. Durch den Ausfall der Maifeier in allen Ländern ist bewiesen worden, daß die internationale Solidarität die erfreulichsten Fortschritte gemacht hat. Die würdigste Feier würde die Arbeitsruhe sein. Wir werden alles dazu thun, um sie immer mehr durchzuführen. Unser jetziger Beschluß kann nicht anders lauten als die Kölner Resolution, die folgendermaßen lautete:

„Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern."

Es würde nur eine Wortklauberei sein, wenn wir, wie die Verhältnisse nun liegen, eine neue Resolution ausarbeiten wollten. Wir müssen die ersten sein, die die Beschlüsse hoch halten, und dürfen es nicht unterstützen, daß doch da und dort an einem anderen Tage als am 1. Mai die Demonstration stattfindet. Wenn die Maifeier auch hier und da zu Kollisionen geführt hat, so werden wir ihnen nicht aus dem Wege gehen können. Sie entspringen eben dem Klassencharakter der Demonstration, auch unsere Gegner sind davon überzeugt, daß es nicht Schwäche von uns ist, wenn wir die Arbeitsruhe nur überall da eintreten lassen, wo es ohne Konflikte möglich ist. (Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Anträge 77, 78, 79 und 109 und ein Antrag von Schultze-Königsberg i. Pr.: „Den Parteigenossen aller Orten wird es zur Pflicht gemacht, mit größerem Eifer wie bisher dahin zu wirken, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird."

Antrag 77 wird von Büttner-Berlin, Antrag 78 von Baudert-Apolda begründet. Antrag 79 findet keinen Befürworter. Brand-Frankfurt erklärt, daß der Antrag nur von einzelnen Genossen in Frankfurt und Barn gestellt ist.

Antrag 109 wird von Schultze-Königsberg mit dem Hinweise dar begründet, daß wir, da die wirthschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit d keine Aenderung erfahren werden, energischer wie bisher für Durchführung Arbeitsruhe agitiren müssen.

Zu Antrag 79 ist das Amendement eingegangen, in diesem Antrage Worte „und sämmtlichen" bis zu „zugesichert wird" zu streichen.

Ferner liegt ein Antrag Auer's vor, dem Antrag 79 folgende Form zu geben:

„Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß in allen unter Leitung von Parteigenossen stehenden und dem Parteidienst gewidmeten Parteigeschäften der 1. Mai als Ruhetag erklärt und sämmtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern dieser Tag voll bezahlt wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Grenz-Chemnitz beklagt, daß die Praxis mit der Theorie bei manchen von Sozialdemokraten gegründeten und geleiteten wirthschaftlichen Unternehmungen in Widerspruch gerathe. So giebt es in Sachsen Unternehmungen, wo 50 bis 60 Arbeiter von Arbeitern beschäftigt werden. Als diese Arbeiter die Maifeier begehen wollten, wurde es von den sozialdemokratischen Leitern, von denen einige sogar als Maifeier-Redner figurirten, den Leuten abgeschlagen. Das sei äußerst inkonsequent. Wenn die Gegner solche Fälle gegen die Partei ausnutzten, sei es weiter nicht verwunderlich.

Büttner-Berlin: Der Antrag 79 hat seine Berechtigung. In Hamburg und Berlin haben die Parteigeschäfte ihrem Personal ohne weiteren Antrag den 1. Mai voll bezahlt. Aber in Frankfurt a. M. ist es leider nicht geschehen.

v. Elm-Hamburg: Ich bin ein Gegner der Königsberger Resolution, die eine Reihe wirthschaftlicher Kämpfe heraufbeschwören würde. Noch herrscht die wirthschaftliche Krisis, noch sind unsere Gewerkschaften zu schwach zu diesen Kämpfen. Wollen Sie am 1. Mai völlige Arbeitsruhe, so stärken Sie erst die Gewerkschaften. Der Antrag 79 muß angenommen werden, da er selbstverständlich ist. Redner bringt dazu ein Amendement ein, welches ausspricht, daß der an diesem Feiertage erhaltene Lohn von den in Parteigeschäften angestellten Personen zur Förderung allgemeiner Arbeiterinteressen verwandt werde.

Auer: Wie der Antrag 79 hier steht, scheint er mir unannehmbar, trotz des sympathischen Gedankens, den er ausspricht. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dem Antrage die vorhin verlesene Form zu geben. Wir haben kein Mittel, das zu erzwingen, was wir wünschen. Wir können unmöglich alle die Geschäfte, in denen für die Partei Arbeiten geleistet werden, deren Besitzer aber nichts mit der Partei zu thun haben, zwingen, die Arbeit ruhen zu lassen. Auch gegen die moralische Verpflichtung, den am 1. Mai verdienten Lohn im Arbeiterinteresse zu verwenden, möchte ich mich aussprechen. Der Gedanke ist zwar gewiß sympathisch Der Eindruck nach Außen wäre aber ebenso gewiß kein günstiger; nur wenn die Arbeiter es freiwillig thun, soll es uns recht sein.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/4 Uhr. Vorsitzender: Singer.

In der Diskussion über die Maifeier wird fortgefahren.

Slomke-Bielefeld: Die Bielefelder Genossen sind für die Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses in der Maifeier und gegen den Frankfurt-Barmer Antrag. Wer den 1. Mai feiert, hat ihn so zu feiern, wie alle übrigen Arbeiter. Redner erklärt, er müsse daher auch gegen die Resolution Auer ...men. Wo soll man die Grenze ziehen, wo hört der Begriff „Angestellter" ... „Arbeiter im Dienste eines Parteigeschäftes" auf, gehören dazu vielleicht ...h die gelegentlich Beschäftigten, wie z. B. die Buchbinder, die außerhalb ...er sozialdemokratischen Druckerei für diese die Broschüren binden? Auch von der ...snahme wollen wir nichts wissen, daß diese Angestellten am 1. Mai bezahlt ...rden sollten, die Fabrikarbeiter in kapitalistischen Betrieben werden ja auch ...t bezahlt, wenn sie feiern. Jeder hat die Arbeitsruhe zu erstreben und feiert ... eigene Kosten.

Silberberg-Budapest: Die Deutschen haben in der Maifeier einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht, das erkennen wir Ausländer mit Befriedigung an. Uns ist ein großer Dienst damit geleistet worden. Unsere Genossen können sich nicht mehr damit ausreden, daß die Deutschen auch nicht den 1. Mai innehielten. Wir leben in Ungarn in einem permanenten Ausnahmezustande. Ministerielle Verordnungen, die mit den Ministern wechseln, schränken das Vereins- und Versammlungsrecht ein. Bei solcher Lage brauchen wir die Maifeier zur Aufrüttelung unserer Arbeiter. Wir haben auch schon den Erfolg gehabt, daß letztes Jahr in Budapest fast in keiner Fabrik gearbeitet wurde. Wir haben auch schon die Bauern gewonnen, namentlich die im Unterland; das kommt daher, weil in Ungarn keine weitgehende radikale bürgerliche Partei besteht, der sie sich anschließen können. Sie kennen ja alle die Maikrawalle in Alföld. Der ungarische Bauer ist revolutionär geboren, ist sehr freiheitlich. Früher ging sein revolutionärer Zug gegen Oesterreich, jetzt richtet sich sein Haß gegen die kapitalistische Gesellschaft. Unwissend ist der ungarische Bauer nicht. Als die Regierung von Szegedin agent provocateurs nach dem Alföld schickte, die Auftheilung von Grund und Boden zu predigen, warfen sie diese heraus und sagten, sie wollten keine Auftheilung, sondern die Vergesellschaftung von Grund und Boden. Diese Bauern haben nun auch die Maifeier mitgemacht. Auf die Bauern aber haben wir ganz besonders zu rechnen, denn die Industrie ist nicht entwickelt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort erklärt **Meist**: Die meisten Anträge sprechen zumeist etwas durchaus Selbstverständliches aus, so z. B. die Resolution 79, oder aber sie greifen nur einzelne Punkte aus der Resolution heraus. Lehnen Sie also die Anträge ab und nehmen Sie die Resolution einfach an. Was die Angestellten der sozialdemokratischen Geschäfte anbetrifft, so sollten sie zwar feiern, aber eine Extrawurst solle ihn nicht gebraten werden. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der nächste Appelltag, so nenne er den ersten Mai, als Appelltag der internationalen Sozialdemokratie würdig verlaufen werde. (Beifall.)

Hierauf wird der Antrag einstimmig angenommen, die Resolution des Kölner Parteitages zum ersten Mai auch für 1895 zu bestätigen.

Antrag 77 wird abgelehnt. Der Antrag 78 ist durch die Resolution erledigt. Antrag 79 wird mit dem Amendement Auer abgelehnt. Hierdurch erledigt sich von selbst das Amendement von Elm.

Antrag 109 wird gleichfalls abgelehnt.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: **Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwicklung.**

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

112. Die Kartelle (Trusts, Ringe), wie sie in neuerer Zeit immer mehr in allen Kulturländern der Erde, insbesondere auch in Deutschland, von den Vertretern großkapitalistischer Unternehmungen gebildet werden, sind die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise, die mit stetig sich beschleunigender Schnelligkeit ihrem Höhepunkt entgegeneilt.

Der Zweck dieser großkapitalistischen Produktions-Vereinigungen ist, Interesse der betheiligten Kapitalisten die Produktion zu regulir d. h. durch ihre Anpassung an die Nachfrage die Preisbildung so zu beeinfluß daß der erreichbar höchste Profit den Unternehmern zufällt.

Der immer raschere Untergang des konkurrenzunfähig geworde mittleren und kleineren Unternehmerthums ist die nothwendige F kung dieser Kapitalisten-Organisationen.

Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, den durch die Kartellwirthschaft beförderten großkapitalistischen Entwicklungsprozeß durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stören, weil jeder Fortschritt der Kapitalskonzentration fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes loslöst und die unwiderstehliche Ueberlegenheit der national und international organisirten, einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und augenfälliger lehrt. Diese Entwicklung ist somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus.

Dagegen werden die Kartelle eine Geißel für die Arbeiter durch die Macht, welche die ausbeutenden Kapitalisten mit Hilfe ihrer Organisation gegenüber ihren Arbeitern erwerben. Gesteigerter Lohndruck, gesteigerte soziale und politische Knechtung werden unausbleiblich. Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung und der Menschenwürde für die Arbeiterklasse, nachdrücklich und kategorisch zu verlangen, daß ein den Forderungen der klassenbewußten Arbeiter entsprechender **Arbeiterschutz** gesetzlich festgelegt werde; daß nicht blos alle Schranken der **Koalitions- und Vereinsfreiheit** fallen, sondern auch das Koalitionsrecht durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Uebergriffe des Unternehmerthums gesichert werde, und daß durch fortschreitende **Demokratisirung der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Verwaltungen** immer mehr der Wille der stetig wachsenden Masse der wenig- oder nichtsbesitzenden Konsumenten maßgebend wird, deren Interessen in schneidendem Gegensatz stehen zu den Interessen einer Handvoll übermächtiger Kapitalisten. Schippel.

Als Berichterstatter nimmt das Wort

Schippel: Sie werden Alle das Bedürfniß fühlen, über die noch offenen Punkte der Tagesordnung möglichst rasch hinwegzukommen, und da dieses Bedürfniß ganz und gar zusammenfällt mit meinen persönlichen Wünschen, so werde ich mich darauf beschränken, in meinem Referate einige der Uebertreibungen zu kritisiren, die in unserer Partei noch vielfach umlaufen. Ich kann das um so eher, als die Anschauungen, in denen wir alle übereinstimmen, hinreichend ausführlich in der Resolution niedergelegt sind, die Sie Alle in Händen haben.

Die Befürchtungen, welche die Trusts weckten, waren im Anfang ähnlich übertrieben wie die Hoffnungen, die man eine Zeit lang auf die Boykottkämpfe setzte. Als Ende der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten der große Preßfeldzug gegen die Trusts begann, als Untersuchungskommissionen der Einzelstaaten, des Bundes, Kanada's in allen Industrie- und Handelszweigen monopolistisch herrschende Verbindungen und „Verschwörungen" glaubten aufdecken zu können, da bricht eine Periode der kleinbürgerlichen Angst herein, die auch heute noch nicht ganz überwunden ist und zum Theil auch in der populären sozialistischen Literatur noch spukt. Bellamy ist zum Theil ein Interpret dieser Anschauungen; in einer Menge von Trustgesetzen kommen sie im Bunde und in den Einzelstaaten zum Ausdruck. „Das ganze Waarenlexikon wird nachgerade vertrustet," faßt ein Berichterstatter die damaligen Berichte zusammen, die meistens in Schauergemälden von der Auswucherung der Konsumenten und der Auspressung der Arbeiter schwelgen.

Schon ein Blick auf die Namen der vermeintlich vertrusteten Waaren müßte Einen bedenklich stimmen. In Kanada, einem Agrikulturlande, sollten Bohnen, Erbsen, Eier derart monopolisirt sein können, daß die Bevölkerung ohnmächtig gegen den Ring wäre? Bei der Lieferung von Särgen, die im Nothfall jeder Tischler Hobelspan herstellen kann, soll man der absoluten Willkür

eines Trusts preisgegeben sein? Wenn in ähnlichen Fällen gewisse Firmen oder Firmenverbindungen das Geschäft beherrschen, so kann das nur dadurch geschehen, daß sie durch gewisse Vorzüge die Konkurrenz ausschließen; jede abnorme Preisfestsetzung würde hier zweifellos an allen Ecken und Enden die Konkurrenz aus dem Boden stampfen und den Trust zum Zusammenbruch bringen.

Auch die eingehenderen Schilderungen einzelner Trusts und ihrer Wirkungen müssen unwillkürlich stutzig machen. Redner kritisirt des Näheren die faustdicken Widersprüche in der bekannten Darstellung des pennsylvanischen Anthrazittrusts.

Nun haben einzelne deutsche Arbeiten allerdings die schlimmsten Uebertreibungen vermieden; trotzdem sind sie — wie Großmann in Schmoller's Jahrbuch und Steinmann-Bucher bei Schmoller und in der „Industrie" — zu einer sehr großen Zahl von Kartellen und Trusts in ihren Uebersichten gelangt. Aber auch hier stoppelt man kritiklos alle Fälle zusammen, wo irgend gemeinsame Interessen sonst konkurriren, die Unternehmungen gemeinschaftlich geregelt und wahrgenommen werden. Gewiß sind das alles ökonomisch ganz interessante Erscheinungen, aber von Monopolen und monopolartigen Wirkungen — an die man doch bei der ganzen Erörterung immer denkt — kann hier von vornherein fast niemals die Rede sein. Die „Industrie" zählt „Kartelle des deutschen Kleingewerbes" auf; glaubt man, daß bei Kleinbetrieben, deren Neuanlage nur geringes Kapital voraussetzt, jemals dauernd eine Konkurrenz von außen verhindert werden kann? Da wird ein Maschinenbaukartell aufgeführt: es handelt sich bei näherem Zusehen um weiter nichts wie um übereinstimmende Regelung der dem Käufer eingeräumten Zahlungsbedingungen, der übernommenen Garantie, der Montirung. Das „Kartell" der Kammgarnspinnereien setzt fest: freie Lieferung bis zum Bahnhof des Käufers, dreißig Tage zinsfreies Ziel für den Abnehmer u. s. w.! Wenn das Kartelle der gefürchteten Art sind, dann haben wir sie von jeher zu hunderten und tausenden unter uns gehabt, ohne etwas Besonderes an ihnen zu finden. Dann ist jede Genossenschaftsbank und jeder Raiffeisen'scher Darlehensverein, in denen Berufsgenossen gemeinsame Bedingungen für das Kreditgeben und -Nehmen selber schaffen, ein Kartell. Dann ist jede Genossenschaftsmolkerei, in der die sonst konkurrirenden Bauern ihre Milch nach festen gemeinsamen Regeln verarbeiten lassen, ein Trust. Dann schließen die Tischler- oder Schuhmachermeister ein Kartell, wenn sie eine gemeinsame Innungskrankenkasse oder ein Innungsschiedsgericht errichten. Dann sind bei uns in Deutschland überhaupt die Unternehmer fast aller Produktions- und Verkehrszweige kartellirt, weil sie zur Tragung der Unfallasten in gemeinsame Berufsgenossenschaften zusammengesteckt sind.

Bleiben wir nun bei den an Zahl recht zusammengeschmolzenen Fällen, wo thatsächlich eine Unternehmung oder eine straff organisirte Verbindung von Unternehmungen einen Produktions- oder Handelszweig ausschließlich beherrscht.

Selbst hier werden wir stets eine Menge Beispiele finden, daß zwar thatsächlich ein Monopol besteht, die Wirkung aber ganz die gleiche ist wie bei voller freier Konkurrenz: die Konkurrenz bleibt hier nur eine latente, weil die den Markt beherrschende Firma oder Verbindung wohlweislich die Absatzpreise günstiger stellt, wie irgend welche Konkurrenz es vermöd sowie die Preise abnorm — abnorm gegenüber dem Freien-Konkurrenz-Pr — werden sollten, würde sofort die latente Konkurrenz wirksam in Erschein treten, besonders heute bei der andauernden Ueberfülle des anlagesuchen Geldkapitals. Redner erläutert das an der Erfahrung einzelner amerikanis Trusts und besonders an dem Beispiel der Vereinigten Nürnberger Pin fabriken, die bei lumpigen 2 Millionen Mark Kapital das Aufkommen ei Konkurrenz eben nur dadurch verhindern könnten, daß sie für ihre Abne

so günstige Bedingungen gewähren, wie sie gleich günstig keine Konkurrenz glaubt wagen zu dürfen. Monopole aber, die nur so lange ihre Monopolstellung halten können, als sie mindestens gleich niedrige Preise stellen wie bei freier Konkurrenz, sind wahrhaftig nicht zu fürchten.

Doch schließlich bleiben eine Reihe von Fällen zurück, wo dauernd für das Monopol eine fremde Konkurrenz kaum möglich oder doch thatsächlich nicht zu fürchten ist, wo also die Preise nicht mit Rücksicht auf eine wirklich bestehende oder wahrscheinlich zu erwartende Konkurrenz, sondern lediglich nach den Interessen des Monopols gestellt werden. Was dann? Wird dann die unheimliche Schröpfung der Konsumenten eintreten, wie sie meistens als unvermeidliche Folge der Kartelle erwartet wird?

Eine Grenze findet die Möglichkeit solcher Preissteigerungen schon daran, daß von einer gewissen Preishöhe an für den Abnehmer die Verwendung von Ersatzstoffen und -Fabrikaten anfängt, lohnend zu werden. Mit jeder relativen Preisverschiebung ersetzen sich Petroleum, Gas, Elektrizität als Lichtquellen, die verschiedenen Kohlensorten (amerikanische Hochöfen: Anthrazit- und bituminöse Kohle), Holz, Naturgas, Petroleum, Elektrizität als Kraftquellen u. s. w. Als der Jutetrust unverschämt wurde, beschlossen die amerikanischen Farmen in den Südstaaten, nur Baumwollpackungen zu benutzen. Der Kupferring (der nur vorübergehend möglich war) hat dem Aluminium die Wege bahnen helfen. Bei der ungeheuren Beweglichkeit der kapitalistischen Produktion, bei der erreichten Höhe der Naturwissenschaften würde sich meistens jede „Willkür" bitter rächen.

Weiter steht der Willkür des Monopols entgegen, daß die Abnehmer, die Konsumenten der Monopolsprodukte, meist wieder Großkapitalisten, oft auch wieder Kartelle sind. Dem Preisdruck nach oben steht also meist ein gleich starker Druck nach unten entgegen; das Bild von dem Monopol als Wolf und dem Abnehmer als hilfloses Lämmlein trifft demnach fast nie zu. Redner bespricht die Beziehungen zwischen den Kohlengruben, Eisenhütten, Walzwerken.

Doch alles das bei Seite gelassen: wie stellt ein Monopol, für das die Zügel der freien Konkurrenz wegfallen, die Preise? Es ist lächerlich, hier von einer schrankenlosen Willkür zu sprechen; die Rücksicht auf die Konkurrenz Anderer wird in unserem Falle nur ersetzt durch die ausschließliche Rücksicht auf den erreichbar größten eigenen Profit. Die Preisfeststellung ausschließlich nach dem Gesichtspunkte des erreichbar größten Profits bildet das Charakteristikum des eigentlichen, wirklichen Monopols.

Nun braucht der erreichbar größte Profit nicht zusammenzufallen mit einer Preiserhöhung; er kann sogar erzielt werden durch eine Preisherabsetzung, wenn diese eine mehr wie ausgleichende Steigerung des Absatzes hervorruft. In dem Falle eines dauernden, wirklichen Monopols werden fast immer die Faktoren überwiegen, die mehr in die letzterwähnte Richtung drängen.

Länger dauernd werden Monopole nur dann sein können, wenn — wie etwa im Falle der Privateisenbahnen — das fixe Kapital derart überwiegt und derart langsam sich amortisirt, daß Konkurrenzanlagen ungemein erschwert sind oder sich ganz von selber verbieten. In solchen Unternehmungen muß der Kapitalist stets so rechnen, daß — gleichviel ob viel oder wenig produzirt oder transportirt wird — derselbe Betrag anzusetzen ist für Verzinsung, Amortisation des ungeheuren fixen Kapitals, und daß nur ein kleiner Theil der „Ausgaben" wächst mit der wachsenden Leistung. Bei den Eisenbahnen sind die Anlagen für Dämme, Brücken, Viadukte, Tunnel, Oberbau gegeben, und die Abnutzung, der Verschleiß wächst auch nicht entfernt mit der Transportmenge, nicht einmal mit den Auslagen für Heizung, Schmiermaterial, Bedienung ist das der Fall. Je mehr die „ständigen Ausgaben" sich vertheilen auf eine größere Leistungsmenge, desto geringer die „Kosten" pro Leistungseinheit. Es besteht hier also fast immer der stärkste Anreiz, durch Ausdehnung

des Absatzes diese Kosten zu erniedrigen; die Ausdehnung des Absatzes wird aber geschaffen und ermöglicht durch Preisherabsetzung. Redner erinnert an die Eisenbahntarifpolitik und bemerkt, daß viele unter uns, welche die Trusts so fürchten, andererseits der Meinung huldigen, der niedrigere (Zonen-)Tarif sei für die Eisenbahnen eine Quelle größerer Profite wie bisher die höheren Tarife; das sei bis zu einem gewissen Grade richtig, gelte aber ähnlich für alle Unternehmungen mit ungeheurem fixem Kapital, mit „säkularem Verschleiß" ihrer Anlagen — also für alle Industrieen, die einer dauernderen Monopolisirung verfallen könnten. Die meisten Trusts zeigen daher im Großen und Ganzen überwiegend Preisherabsetzungen, wenn man nicht die vorhergehenden Jahre der furchtbarsten Krisis und des unhaltbaren Preisdruckes zur Basis der Vergleichungen wählt.

Der Konsument hat also im Allgemeinen von den Kartellen nichts zu fürchten. Nun habe ich allerdings in der Resolution gesagt, daß im Staate die Interessen der Konsumenten ausschlaggebend sein sollen, aber nur, damit nicht irgend eine Schröpfung durch Liebesgaben, Steuerprämien, die an sich nichts mit den Monopolen zu thun haben, stattfinden könne. Gegen die Kartellirung an sich, gegen die Zusammenschweißung der kleinen Unternehmungen in große haben wir absolut nichts einzuwenden. Aber wir müssen z. B. verlangen, daß wie bei den Aktiengesellschaften öffentlich Rechnung gelegt werde. Ich komme nun zur Wirkung der Monopole auf die Arbeiterklasse als Produzenten. Hier liegen die schwersten Gefahren. Freilich gehen auch hier die Befürchtungen zu weit. Wir haben zwar in vielen Fällen eine Produktionseinschränkung infolge einer Kartellbildung, aber das ist aus den obenerwähnten Gründen meistens durchaus nichts anderes, als was auch bei freier Konkurrenz nach einer Krisis eintritt. Für die Gewerkschaften ist nichts gefährlicher als das ewige Auf und Ab zwischen Krisis und Ueberproduktion. Viel regelmäßigere Lebensbedingungen haben wir aber, wenn eine größere Stetigkeit der Produktion durch die Kartelle eintritt. Die englischen Arbeiter haben daher öfter an dem mitgewirkt, was wir an den Kartellen tadeln: sie haben oft eine theilweise Stillsetzung der Produktion (4, 5 Tage wöchentlich, Bergwerke, Spinnereien) mit durchsetzen helfen, um nicht die Ueberproduktion noch maßloser zu machen und dann unter dem vollständigen Stillstand aus allen ihren erreichten Gewerkschaftspositionen herausgetrieben zu werden.

Die Arbeiter haben nur zu fürchten, daß sie nicht entschlossen genug sind, die neuen Kampfbedingungen, die ihnen die Monopole auferlegen, rechtzeitig wahrzunehmen. Aber auch das geschieht. Die Monopole organisiren die Arbeiter selbst. Bei voller Koalitionsfreiheit brauchen die Arbeiter die Monopole nicht zu fürchten. Ja, der endliche Sieg des Sozialismus wird durch die Riesentrusts beschleunigt. Es ist ein Weg für die Arbeiterklasse nach oben, jeder Riesenbetrieb ist eine Vorstufe für die sozialistische Organisation der Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte Sie, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen.

Krumm-Dillenburg: Mir scheint es, daß die Konsumenten doch die Monopole zu fürchten haben. Die Pinselpreise sind durch den Einfluß der vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg um 20 pCt. gestiegen. (Hört!) Das Be[illegible] burger Soda-Syndikat, die vereinigten Stärkefabriken haben die Preise ih[illegible] Produkte erhöht. Der Konsument wird geschröpft. Das ist die Absicht [illegible] Gründer der Kartelle. Das zeigt sich auch bei den Petroleummonopolbestrebung[illegible] von Rockfeller und Nobel-Rothschild, die erst süddeutsche Firmen, z. B. in Ma[illegible] heim, kaput machen wollten.

Hué-Essen: In Essen ist der Sitz des rheinisch-westfälischen Kohl[illegible] syndikats. Ich kenne seine Wirkungen genau und kann mit den Ansichten Schipp[illegible] über die Ungefährlichkeit der Kartelle nicht völlig übereinstimmen. Die Ko[illegible]

preise sind durch das Syndikat gesteigert worden. Die Kohlenproduktion kann nicht nach Belieben ausgedehnt werden, besonders nicht, wenn natürliche Rücksichten, wie das nur stellenweise Vorkommen der Steinkohle, den Betrieb beschränken. Auch mit den Ausführungen Schippel's über die Wirkung der Syndikate und Trusts auf die Gewerkschaften und auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter bin ich nicht einverstanden. Ich habe bei Krupp in Essen gearbeitet, der 17000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter ist äußerst gering, dort sowohl wie bei Stumm. In diesen Riesenbetrieben besteht für den Arbeiter die Möglichkeit, allmälig zu besser dotirten Stellen aufzurücken, daher denn Schmarotzerei und Liebedienerei. Der Großkapitalist kann eine stabilere Produktion einführen, das bietet für die Arbeiter die Möglichkeit einer sicheren Existenz. Deshalb fehlt es ihnen an Solidaritätsgefühl, das sie der Theorie nach, weil sie in Großbetrieben zusammengeschweißt sind, haben sollten. Das ist auch der Grund, weshalb ich nur geringe Hoffnung auf die gewerkschaftliche Bewegung habe. (Bebel: Hört! hört! Widerspruch.) Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann niemals einen solchen Aufschwung nehmen wie die englische, die mit dem Kapitalismus zusammen aufgewachsen ist. Auf dem Papier haben wir ja schon die Koalitionsfreiheit, und doch kann Stumm diktiren, daß „seine“ Arbeiter keine Vereine bilden dürfen. Ich hoffe nur auf die Gewerkschaften als Produktionsleiter der Zukunft. (Beifall und Widerspruch.)

Zu der Resolution Schippel (112) ist folgendes Amendement von Schippel selbst eingegangen: An Stelle des vierten Absatzes: „Dieser durch die Kartellwirthschaft beförderte großkapitalistische Entwickelungsprozeß ist unaufhaltsam und kann durch keine reaktionären Gesetzgebungsversuche gehemmt werden“ — folgenden Satz zu setzen:

> Jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration löst fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes los und lehrt die unwiderstehliche Ueberlegenheit der national und international organisirten einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und unwiderstehlicher. Diese Entwickelung ist ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus!

Schoenlank: Bereits die beiden Vorredner haben zwei Punkte hevorgehoben, die Schippel schärfer hätte betonen müssen. Wir haben kein englisches Koalitionsrecht. Unsere Arbeiter können in unserem Polizeistaat von dem Koalitionsrecht zum Theil gar keinen Gebrauch machen. Das aber ist der springende Punkt: Wir müssen erst die politische Macht haben. Wir müssen aufräumen mit den Polizeigesetzen, ehe wir den Kartell ohne Furcht entgegentreten können. Schippel hat mehr die negative Seite der Kartelle hervorgehoben, aber er hat nicht scharf genug betont, daß es sich hier um eine Regelung der Produktion auf sozialistischer Basis handele, daß die Herren nur kollektivistisch produziren, den Profit aber in ihren Privatsäckel stecken wollen; er hätte betonen müssen, daß im Kartell der moderne Großbetrieb sich aller Mittel der modernen Technik bedient, daß ein Ersatz der menschlichen Arbeitskräfte durch technische Hilfskräfte, der qualifizirten Arbeiter durch ungelernte, also auch eine Vermehrung der Reservearmee stattfindet, daß dadurch die Unsicherheit des Erwerbes zunimmt. Der Staat soll eingreifen, sagt Schippel. Ganz recht, aber was haben wir heute für einen Staat? Der Staat der Hammerstein, Stumm und Krupp. Den Polizeistaat, der die theuren inländischen Weine den billigen ausländischen vorzieht, der selber mitten drinsteht im Salinen- und Kalisyndikat, der selber der größte Kartellbruder ist, der durch Berlepsch das Projekt eines Kalimonopols einbrachte, während er die Arbeiter schuhriegelt. Damit der Staat den an ihn gestellten Forderungen entspricht, muß er erst demokratisirt werden; an Stelle der Krupp und Stumm, der Kalikönige und Walzwerkkönige muß dem Volke in Gesetzgebung und Verwaltung die ausschlaggebende Stimme

zufallen. Daher müssen wir zuerst fordern: heraus mit der Koalitions- und Vereinsfreiheit! Daß durch die Kartelle die Krisen beseitigt werden, ist ein unbegründeter Optimismus. Wir müssen mit kühlem Blute eine naturnothwendige Entwicklungsphase des Kapitalismus betrachten. Der Einwand, daß die Großindustrie an sich die Arbeiterorganisationen unmöglich macht, muß dahin eingeschränkt werden, daß die Großindustrie die beste Aussicht zur Entwicklung dort hat, wo die Lage der Arbeiter schlecht ist. Aber die Kartelle werden zu Despoten, die den letzten Rest der Koalitionsfreiheit zu vernichten drohen. Wir müssen deren Despotismus vernichten, indem wir zunächst nach der politischen Macht streben. (Beifall.)

Gebel-Bergedorf führt einige Beispiele aus der Glasindustrie an, wo die Kartellirungen eine sehr große Gefahr für den Arbeiter geworden sind. Selbst das freieste Koalitionsrecht könnte den Arbeitern nicht viel gegen diese Ringe helfen. Besonders verderblich ist für die Glasarbeiter ihre Wohnungsabhängigkeit vom Fabrikanten.

v. Elm-Hamburg: Mit den Ausführungen Schippel's stimme ich vollkommen überein. Schippel hat gar nicht gesagt, daß der Konsument von den Ringen überhaupt nicht geschoren würde. Er hat sie nur nicht auf die Dauer zu fürchten. Was die Stellung der Trusts zu dem Arbeiter als Produzenten betrifft, so glaube ich nicht, daß sie die Gewerkschaftsorganisation unmöglich machen, diese Verhinderung ist nur momentan. Das Wachsen des Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern im Allgemeinen wird auch auf die Arbeiter in Großbetrieben à la Krupp einwirken. Dafür ist die Geschichte der englischen Gewerkschaften ein sprechender Beweis. Das Fehlen eines freien Koalitionsrechtes ist die Ursache für die Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung wird den Staat nöthigen, freiere Vereinigungsgesetze zu erlassen. Je mehr sich die Arbeiter organisiren, desto näher ist das Ziel.

Adler-Wien: Als Fremder hätte ich nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht dazu angeregt würde durch meine Theilnahme an den Verhandlungen des diesjährigen Kongresses für Sozialpolitik zu Wien über denselben Punkt. Dieser Verein ist ein Verein von Professoren, von Kathedersozialisten von ehemals, die, um den Katheder zu behalten, den Sozialismus fortgeworfen haben. (Sehr gut! Heiterkeit.) Auf diesem Kongresse wurde nun über die Kartelle hin und her geredet, ob sie gefährlich oder ungefährlich, nützlich oder verderblich seien. Kurz, es waren lauter Dinge, die ich hier nicht gehört. Während in Wien auf der einen Seite die Furcht vor den Kartellen mit dem Ruf nach dem Polizeistaat die Debatten beherrschte, auf der anderen Seite die Interessenpolitik sich breit machte, haben hier auf diesem Kongreß die Arbeiter eine naturnothwendige wirthschaftliche Entwicklungsphase mit kühlem Blute und sachlicher Objektivität betrachtet. Und darüber habe ich mich außerordentlich gefreut. Dadurch hebt sich die Diskussion hier vortheilhaft ab von den Diskussionen der Professoren. Hier ist die Kartellbildung von vornherein aufgefaßt worden als eine Nothwendigkeit, die man zu verstehen habe, nicht aber als etwas, wobei man nachdenkt, ob man die Polizei dagegen zu Hilfe rufen muß oder nicht. Aus der Diskussion hier ist hervorgegangen, daß die Kartelle die wirthschaftliche Macht des Kapit[...] erhöhen gegenüber dem Konsumenten und dem Arbeiter. Mit vollem Re[...] wurden vom Referenten allzugroße Befürchtungen und phantasievolle V[...] stellungen über die Kartelle zurückgewiesen. Indem er aber die eine Seite [...] Sache zeigte, wurde die andere etwas in den Hintergrund gerückt: die Gefa[...] nämlich, die für die Arbeiter bei den Kartellen wirklich besteht. Es w[...] unrecht, die Augen dagegen zu verschließen. Die Gewerkschaften wer[...] nicht gefördert durch die Kartelle, mit der Konzentration des Kapi[...] geräth die Arbeiterschaft bei ihrem wirthschaftlichen Kampf in Nachtheil [...]

Kapital gegenüber. Daraus folgt, daß sie sich mit um so größerem Gewicht auf die andere Seite des Kampfes legt, auf die politische. (Sehr richtig!) Elm tröstet sich damit, in England hätte die Entwicklung des Großkapitals die Entwicklung der Gewerkvereine nicht verhindert, und daß es ebenso in Deutschland kommen werde; das glaube ich nicht. Die englischen Gewerkschaften sind zu einer Zeit geworden, die für uns für immer vorbei ist. Damals war der Kapitalismus jung, naiv und blind, jetzt ist er alt und erfahren und wehrt sich mit größerer Macht gegen die Arbeiterbewegung. Und liegt nicht die Thatsache vor, daß die englischen Gewerkschaften in letzter Zeit in ihrem wirthschaftlichen Kampf beinahe kapitulirt haben vor dem Unternehmerthum, daß sie sich gesagt haben, der wirthschaftliche Kampf ist unvollständig, deshalb ist der politische Kampf erforderlich! Elm sagt: ja, der Staat wird nicht immer so sein. Ich möchte davor warnen, immer auf dieses letzte Umkippen hinzuweisen. Das Anwachsen der politischen Macht einer Klasse vollzieht sich geschichtlich nicht so, daß sich heute eine Klasse in völliger Ohnmacht und morgen in völliger Allmacht befindet. Das Anwachsen geschieht vielmehr allmälig. Auch die Kartelle werden nicht in ihrer Entwicklung auf einmal von uns geregelt werden, sondern in dem Maße, wie die Sozialdemokratie politische Macht erobert, wird sie gegen die wirthschaftlichen Organisationen vorgehen. Ich habe zu konstatiren, daß wir einig sind darin: Die Kartelle sind die mächtigste Organisationsform des Kapitalismus. Sie sind auf wirthschaftlichem Gebiete unmöglich von der Arbeiterklasse zu bekämpfen, auch auf polizeilichem Wege nicht, denn die Polizei ist in der Hand der Kapitalistenklasse, sondern allein durch die politische Machtentwicklung der Arbeiterklasse! (Bravo.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Schippel nimmt noch kurz das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird zunächst durch Beschluß der Absatz 4 der Resolution in der zweiten Fassung endgiltig akzeptirt. Danach wird die Resolution Schippel mit dieser Abänderung angenommen.

Singer schlägt vor, eine Pause zu machen und in einer um 7¼ Uhr beginnenden Abendsitzung den Bericht der Neuner-Kommission entgegenzunehmen.

v. Vollmar ist gegen die Abendsitzung, man solle lieber fortfahren, um in 2½ bis 3 Stunden die ganze Angelegenheit zu erledigen.

Der Vorsitzende und der Parteitag sind damit einverstanden.

Bericht der Neuner-Kommission.

Den Vorsitz übernimmt Schwarz-Lübeck.

Berichterstatter Blos: Zu erledigen waren sieben Angelegenheiten; alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die meiste Zeit verwendete die Kommission auf die badische Angelegenheit: Rüdt-Dreesbach-Stegmüller-Geck, in der jeder der Betheiligten ein vollgerütteltes Maß der Schuld hat. Nach Meinung der Kommission ist der Streit nicht plötzlich entstanden und von beiden Parteien veranlaßt worden. Die Grundursache war die persönliche Abneigung zwischen Rüdt und Dreesbach. Zwischen Rüdt und Dreesbach herrschte seit Langem eine verbitterte Stimmung. Intriguen und Hetzereien, die in Privatkorrespondenzen uns vorlagen, warteten nur auf den Anstoß, um in einem öffentlichen Zwist auszuarten. Den größeren Theil der Schuld mußten wir Dr. Rüdt beimessen. Der Vorwurf, daß der Offenburger „Volksfreund" ungenaue Berichte über die Landtags-Verhandlungen veröffentliche, war der unmittelbare Anlaß zum offenen Ausbruch des Streites. Die größere Leidenschaftlichkeit, ja Gehässigkeit in der Zeitungspolemik war auf Seiten des Offenburger „Volksfreundes". Zu diesem Zwist kam noch der Fall Stegmüller hinzu. Auf die Beschwerdeschrift der Lörracher Genossen gegen Stegmüller sind wir nicht eingegangen, weil sie betreffs seiner angeblichen Verbindung mit

der Polizei außerordentlich viel Wirthshausklatsch enthält. Dem persönlichen Charakter Stegmüller's wollen wir nicht zu nahe treten, dagegen muß rund heraus gesagt werden: Stegmüller's Auffassung von der Partei und ihren Aufgaben ist unklar und unreif, wenn er z. B. seine Bildung als Unteroffizier betonte oder lieber einen Versammlungs-Vorsitzenden hat, der ein „Häusle" hat, als einen, der „gar nichts" hat. Er hat den Gleichheitsgedanken nicht erfaßt, das Philisterthum der Bourgeoisie nicht abzuschütteln vermocht und deshalb auch als Parlamentarier gegen unsere Prinzipien verstoßen. Das erklärt vollständig seine Haltung im Landtage. Da komme ich auch auf die Lörracher Kirchenangelegenheit; freilich darf dabei das badensische Temperament nicht unberücksichtigt bleiben, das Stegmüller in Gegensatz zu Rüdt brachte. Wie es in Baden Leute giebt, die gern ein „Pfäfflein" in die Pfanne hauen und mit der Fackel der sogenannten Wissenschaft in das Dunkel der Klöster hineinleuchten (Heiterkeit), so giebt es auf der andern Seite auch solche Leute, die in einem Geistlichen noch etwas Anderes sehen als eine Person, die nur eine gewisse Fettleibigkeit zu erreichen trachtet. Von diesem Standpunkt aus hat Stegmüller im gemüthlichen Gespräch mit dem Pfarrer die Befürwortung der Kirchenbaugelder für Lörrach im Landtag abgemacht. Dadurch hat er den weiten Blick nicht bekundet, den ein sozialdemokratischer Abgeordneter haben soll. Daß ihm seine 26 Wahlmänner ihr Vertrauen votirt haben, beweist wenig; es bleibt ununtersucht, ob die 26 auch Sozialdemokraten waren und ob nicht andere Unterströmungen mitspielten. Aus allen diesen Gründen komme ich zu folgendem Antrage:

Der Parteitag erklärt:

1. Die Art und Weise, wie in letzter Zeit die Parteistreitigkeiten unter den badischen Parteigenossen ausgefochten worden sind, entspricht nicht dem Ansehen und der Würde der Partei und ist nach allen Seiten hin entschieden zu mißbilligen.

2. Ganz besonders aber müssen die Intriguen und Hetzereien, deren sich Genosse Rüdt schuldig gemacht hat, verurtheilt werden.

3. Stegmüller ist nicht geeignet, ein parlamentarisches Mandat im Namen der sozialdemokratischen Partei auszuüben.

4. Den badischen Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, das Partei-Interesse höher zu stellen als den persönlichen Zwist. Dies gilt sowohl dem Genossen Geck, als auch den Abgeordneten Rüdt und Dreesbach, welche letzteren durch ihre Uneinigkeit im Landtage wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Parteistreitigkeiten in Baden so heftig und häßlich geworden sind. (Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Stegmüller: Es wurde mir soeben ein Urtheil verkündet, das mich außerordentlich überraschte. Deshalb muß ich doch noch ein paar Worte der Aufklärung zu Ihnen sprechen. Von gewisser Seite hat man mich von vornherein zu stürzen versucht, und von dieser Seite aus hat man mich immer wieder zu verleumden versucht. Redner vertheidigt sich dagegen, als habe er sich je mit dem Unteroffizier-Titel gebrüstet. Er habe auch nicht gegen das demokratische Prinzip verstoßen, denn er habe sich selber emporgearbeitet, obwohl seine Eltern ihm nichts hinterlassen hätten außer einer schlechten Erziehung. Deshalb schaue er auch nicht geringschätzig auf solche herab, die nicht vorsichtig waren in der Wahl ihrer Eltern. Die Kirchenbaukosten anlangend, schweift der Redner auf die Entstehung der Kirchenvermögen durch Urkundenfälschung der Geistlichkeit unter Beihilfe schlitzöhriger Juristen ab. Die Mittel für den Lörracher Kirchenbau waren bereits bewilligt und mit dem Pfarrer habe er nur in seiner Eigenschaft als Gemeindebeamter gesprochen. Außerdem habe ihm der Genosse Geck zur Bewilligung gerathen, derselbe, der ihm dann gestern

hier nachgeäfft habe. Ich habe mein Mandat der sozialdemokratischen badischen Fraktion zurückgeben wollen, das beweist doch meinen Edelmuth. Meine Gutmüthigkeit, meine schwarzwäldische Ursprünglichkeit ist mißbraucht worden, ich bin das Opfer der verworrenen Verhältnisse, die ich in der badischen Fraktion schon vorfand, als ich in sie eintrat. Ich bedauere das harte Urtheil, das die Kommission über mich gefällt hat, und versichere heilig, daß ich die Konsequenzen ziehen werde.

Singer theilt mit, daß Dr. Rüdt als Zeuge einer Gerichtsverhandlung beiwohnen müsse und dadurch am Erscheinen verhindert sei.

Geck: Ich nehme das Urtheil hin mit der gelinden Entschuldigung, daß Sie den allemannischen Charakter des „Volksfreundes" berücksichtigen müssen, der da glaubte, da und dort zur Kennzeichnung der Situation einmal ein derberes Wort zu gebrauchen, wenn es auch nicht im Konversationslexikon stehe. Die mangelhafte Pflichterfüllung der badischen Landtagsabgeordneten ist der Grund dafür, daß die sozialdemokratische Presse auf die gegnerische Zeitung als Quelle für ihre Urtheile angewiesen gewesen ist. Stegmüller hat wieder das Märchen vorgebracht, daß ich ihn zu seiner Kirchenrede veranlaßt habe. Ich bestreite das ganz entschieden; und Stegmüller hat den wahren Sachverhalt in einer gegnerischen Presse selbst zugegeben. Ich habe nur, um die Gewissensbisse, die Stegmüller empfand, weil er dem Pfarrer sein Wort brechen müsse, zu beschwichtigen, darauf hingewiesen, daß die Gelder ja ein früherer Landtag schon bewilligt habe, aber ausdrücklich erklärt, er dürfe nichts für die Kirche bewilligen. Ich hätte geglaubt, daß der Versuch der Beeinflussung des Parteitages durch das Dreesbach'sche Pamphlet mit Entschiedenheit hätte zurückgewiesen werden müssen. Nach wie vor wird die badische Partei einig sein, vorausgesetzt daß nicht versucht wird, die Beschlüsse des Parteitages zu benutzen, neuen Hader in die badische Partei hineinzutragen. Ich werde es zu verhindern trachten und hoffe es von den anderen auch. (Beifall.)

Dreesbach: Als Dritter im Bunde der Angeklagten (Heiterkeit) erkläre ich, daß ich mich dem Beschluß des Parteitages fügen werde und daß ich hoffe, daß der badische Streit beendet ist. Freilich, sollte ich wieder angegriffen werden, so werde ich mich meiner Haut wehren. Geck's Ansicht, daß keine prinzipiellen Unterschiede innerhalb der badischen Fraktion bestünden, ist irrig, wie der vorgestrige Parteitagsbeschluß gegen Rüdt erhärtet. Den falschen Rath an Stegmüller hat Geck in seiner Berichtigung an die Mannheimer „Volksstimme" selbst eingestanden. (Dreesbach verliest diese Erklärung.) Dadurch ließ sich Stegmüller bestimmen, weil Geck Vorstand der Landesorganisation war, und schlug meine Warnung in den Wind. Ich bedauere, daß die Kommission beschlossen hat, daß der Genosse Stegmüller sein Mandat niederlegen soll. Ich bin überzeugt davon, daß Stegmüller das Mandat freiwillig niedergelegt hätte. Ich hätte gewünscht, man hätte sich begnügt, ihm ein Tadelsvotum zu geben. (Beifall.) Das Urtheil gegen ihn ist zu hart. (Sehr richtig.) Da hätte man vielmehr Anlaß gehabt, einem Anderen nahe zu legen, sein Mandat niederzulegen, weil er, wie am Dienstag festgestellt wurde, einen prinzipiellen Verstoß begangen hat. (Beifall.)

Vollmar und Genossen beantragen folgendes Amendement: den den Genossen Stegmüller betreffenden Punkt des Antrages der Neuner-Kommission zu streichen und durch folgenden Absatz zu ersetzen:

> „Der Parteitag spricht dem Abgeordneten Stegmüller wegen seines programmwidrigen Vorgehens in der Kirchenbau-Angelegenheit einen entschiedenen Tadel aus."

Ein Schlußantrag wird gegen Geck's Einspruch angenommen.

Blos erklärt als Referent, daß die Kommission das Urtheil gegen Stegmüller für nöthig hielt, weil der Fall solches Aufsehen gemacht und Anlaß zu

so großen Differenzen gegeben habe, und auch, um Wiederholungen zu verhüten. Unser Entschluß wurde uns nicht leicht. Aber nach so vielen Verstößen, wie sie jetzt vorgekommen, hielten wir es für unsere Pflicht, der einreißenden Verwirrung vorzubeugen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Punkt 1, 2 und 4 nach den Anträgen der Kommission angenommen. Bei Punkt 3 stimmt die Mehrheit dem obigen Abänderungsantrage zu, der, wie Vollmar bemerkt, nicht von ihm ausgegangen, sondern nur mitunterschrieben worden ist.

Blos fährt in der Berichterstattung fort: Die Angelegenheit Darmstadt und Bessungen liegt viel einfacher. Den Bessungern war Darmstadt zu klein (Heiterkeit), sie wollten ihre eigene Organisation, da aber Bessungen mit Darmstadt kommunal verbunden ist, so ist nach den Prinzipien der hessischen Landesorganisation eine Sonderorganisation der Bessunger und die Wahl eines gesonderten Vertrauensmannes unzulässig. Der mit der prinzipiellen Frage verbundene Krakehl war nicht sehr groß, nur die 200 Mark-Affaire des Genossen Müller-Darmstadt kam wieder vor, vermuthlich auf anarchistisches Betreiben. Demgemäß stellt Blos im Namen der Kommission folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt:

Da nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei im Großherzogthum Hessen an einem Orte nicht zwei Mitgliedschaften bestehen dürfen und außerdem die Bessunger Organisation auf der Kreiskonferenz der Landesorganisation ausgeschlossen ist, so verlangt der Parteitag, daß die Bessunger Genossen ihre Sonderorganisation auflösen und sich der Darmstädter Organisation anzuschließen haben. Der Parteitag stellt außerdem fest, daß in der Angelegenheit der an Müller abgelieferten 200 Mk. ordnungsmäßig verfahren ist.

Der Antrag wird angenommen.

Blos: Die dritte Angelegenheit, die uns zu beschäftigen hatte, waren die Solinger Streitigkeiten. (Ruf: Schon wieder da!) — Leider. Die uns vorgelegte Resolution:

„Bei der Wahl der Delegirten ist seitens des Abg. Schumacher-Solingen in Bezug auf unser Organ der Ausdruck gebraucht: „die „Berg. Arbeiterstimme“ muß vernichtet werden, nieder mit der „Berg. Arbeiterstimme“.

Unterzeichnete stellen den Antrag:

„Der Parteitag erklärt: Die Handlungsweise des Abg. Schumacher, welcher in öffentlicher Versammlung der „Berg. Arbeiterstimme“ die Vernichtung androht, ist entschieden zu verurtheilen und ist eines sozialdemokratischen Abgeordneten unwürdig“

zwang uns zu der Erklärung, daß das Vorgehen Schumacher's unzulässig sei. Nur das mangelnde Material hinderte uns daran, weitere Konsequenzen gegen Schumacher, der den Kölner Beschlüssen zuwidergehandelt hat, zu ziehen. Ich lege Ihnen deshalb folgenden Antrag vor:

„Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung darüber aus, daß der Genosse Schumacher-Solingen zugestandenermaßen gegen die „Bergische Arbeiterstimme“ geäußert hat, dieselbe „müsse vernichtet werden“. Der Parteitag nimmt Veranlassung, im Anschluß hieran zu erklären, daß nur der Mangel an ganz ausreichendem Material ihn daran hindert, angesichts der völligen Außerachtlassung des Kölner Beschlusses durch Schumacher das danach eigentlich angebrachte Verfahren gegen denselben anzuwenden.“

Schumacher-Solingen vertheidigt seine Haltung gegen das genannte Blatt. Nach dem Kölner Parteitagsbeschluß, wonach ich und der Redakteur un[s] wieder miteinander vertragen sollten, hat zwar der Redakteur erklärt, von d[er] Unrichtigkeit der gegen mich geschleuderten Verdächtigungen sich überzeugt [zu]

haben, aber dem alten Parteigenossen Stamm wurde die falsche Beschuldigung, 300 Mk. unterschlagen zu haben, nicht abgenommen. Wir haben uns auch nicht geweigert, eine Preßkommission einzusetzen, sondern wir wollten nur erst Erklärungen über Abonnentenzahl und ähnliche Dinge. In Solingen geht es noch rüber zu als in Baden, was die Intriguen anbetrifft. Das Zentrum reibt sich die Hände. Ich wäre längst vom Mandat zurückgetreten, wenn ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß mein etwaiger Nachfolger ebensosehr angefeindet werden würde. Die „Bergische Arbeiterstimme" verstößt gegen den Programmsatz des privaten Charakters der Religion, sie proklamirt den Atheismus. Die freireligiösen Thümmel in Solingen lassen die Partei nicht zur Ruhe kommen. Wie soll dabei das Rheinland gewonnen werden! Wie oft hat die „Bergische Arbeiterstimme" geschrieben: Fort mit Schumacher! Dazu kam der Streit des Blattes mit den alten Arbeiterorganisationen der Schleifer, von denen es sagt, sie müßten auf Tod und Leben bekämpft werden. Damit wird den Gegnern in die Hände gearbeitet. Meine Familienehre wird nach wie vor von dem Blatte beschmutzt. Die Herren von der Redaktion sammeln für Anarchisten und nicht für die sozialdemokratische Arbeiterpartei. (Unruhe.) Ja, für anarchistische Umtriebe. (Große Unruhe.) An meinem Verhalten wird Ihr Mißtrauensvotum nichts ändern.

Eichholz-Solingen bekämpft das Auftreten Schumacher's und giebt eine andere Darstellung der Vorgänge, als sie dieser gegeben hat. Schumacher hat die Solinger Gewerkschaften so weit gebracht, daß sie nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Er sucht die „Bergische Arbeiterstimme" durch die „Rheinische Zeitung" zu verdrängen. Wir fügen uns den Beschlüssen der Parteitage, Schumacher nicht.

Dr. Lütgenau-Dortmund beantragt Einsetzung einer besonderen Kommission für den Solinger Fall. Der Antrag wird abgelehnt, dagegen ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag der Neuner-Kommission wird angenommen.

Der nächste Fall, den die Kommission zu erledigen hatte, ist der Streit zwischen dem Genossen Bürgel in Schlesien und dem Genossen Kühn.

Blos: Kühn hat eine Geldforderung an Bürgel, einen sonst sehr wackeren Genossen. Bürgel bittet um eine Unterstützung, die Kommission stellt die Gewährung einer solchen ins Ermessen des Partei-Vorstandes.

Folgender Kommissions-Antrag wird angenommen:

„Der Parteitag beschließt: Da die Sache örtlicher und persönlicher Natur ist und Parteigrundsätze nicht in Frage kommen, kann der Parteitag in dieser Angelegenheit keinen Beschluß fassen. Weil Bürgel um eine Unterstützung bittet, so ist der Partei-Vorstand zu ersuchen, zu prüfen, ob eine solche an Bürgel gegeben werden kann."

Der Fall der Genossin Gotthusen wird durch Annahme folgender Resolution erledigt:

„Der Parteitag beschließt, über die Beschwerde der Frau Gotthusen wird zur Tagesordnung übergegangen. Frau Gotthusen will von den gegen sie ausgestreuten Verleumdungen gereinigt sein, was aber nicht Sache des Parteitages ist."

Bei der Begründung der Resolution hatte Blos die Mahnung an die Männer gerichtet, unbewiesene Erzählungen nicht weiter zu verbreiten und nicht Gerüchte herumtragen zu helfen, die weit kleinlicher und gehässiger sind als der ärgste weibliche Kaffeeklatsch. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt der Streitfall: Lothringen-Saarrevier.

Blos: In dieses ungeheure Wirrwarr, woran vielleicht die reichsländischen Gesetze mit schuldig sind, können wir unsere Hände nicht stecken. Eine Klärung scheint zunächst unmöglich. Erst im letzter Augenblick ist über-

haupt Material zu der Angelegenheit, dann aber gleich haufenweise, eingetroffen. Wir schlagen folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt: Die vorliegenden Streitigkeiten der lothringischen Genossen sind so kleinlicher Natur, daß der Parteitag es ablehnen muß, sich mit ihnen zu beschäftigen. Zum Theil mag die arbeiterfeindliche Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung der Reichslande an den vorliegenden Streitigkeiten Schuld tragen."

Ein Schlußantrag, den Slomke stellt und Schleicher bekämpft, wird abgelehnt.

Schleicher tritt der Resolution entgegen. Die Metzer Genossen wollen ihre Angelegenheit von dem Parteitag geregelt wissen. Von der Kommission sind die Kläger als Angeklagte behandelt worden und deshalb fand sie auch das Material nicht. Emmel-Saargemünd hat mit Elementen, die von den Metzer Genossen ausgeschlossen waren, konferirt, ohne daß der Metzer Vertrauensmann davon wußte, und ließ sich für Lothringen zum Delegirten wählen. Wäre Emmel zufällig in Petersburg gewesen, hätte er sich für ganz Rußland wählen lassen. (Stürmische Heiterkeit.) Es liegt ein Verstoß Emmel's gegen das Organisationsstatut der Partei vor. Die Beschlüsse der Konferenz können deshalb nicht giltig sein. Ebenso wie hier liegt auch bei der Wahl Emmel's eine Verletzung der Organisation vor und dazu muß der Parteitag eine entschiedene Stellung einnehmen.

Böhle-Straßburg vertheidigt die Abhaltung der Konferenz.

Ein Vertagungsantrag, den Emmel bekämpft, wird abgelehnt.

Jäckh-Mülhausen glaubt nicht, daß der Augiasstall werde gereinigt werden können. Die einfachste Lösung erscheint uns die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Brucker: Die Streitigkeiten bei uns liegen tiefer, als man hier darzustellen versucht. Die Polizei sät Zwistigkeiten in die reichsländische Sozialdemokratie. Das Spitzelthum ist nirgends größer. Was uns in Metz in dieser Beziehung verdächtig war, wurde ausgeschlossen. Emmel aber zieht diese Elemente wieder heran. (Große Unruhe.) Der Parteitag sollte einen Unparteiischen nach Metz zur Untersuchung der Dinge senden. Für die Bezirkswahl, an der wir uns nicht zu betheiligen beschlossen hatten, hatte der Emmel'sche Kandidat, einer der von uns Ausgeschlossenen, ein Wahlkomité zweifelhafter Elemente. (Unruhe.)

Emmel: Die Lothringer Verhältnisse liegen folgendermaßen. Im Sommer vorigen Jahres war ich zu einer Landeskonferenz nach Straßburg eingeladen worden, obwohl ich damals noch nicht in Lothringen wohnte. Unter Hinblick auf die Metzer Streitigkeiten sah man von der Wahl einer Agitationskommission ab. Als bei der 1893er Reichstagswahl im Saarrevier die Stimmenzahl wuchs, faßten wir in Saargemünd eine Resolution, daß in Lothringen die Agitation von Lothringern zu betreiben sei und sie sich unserer Organisation anzuschließen haben. Danach wurde nicht gehandelt, und als sich Genossen (Ruf: Die Ausgeschlossenen!) an mich wandten, die Landesorganisation in d[...] Leben zu rufen, habe ich Diejenigen nicht zur Konferenz eingeladen, die si[...] von vornherein ablehnend verhalten hatten. Mit den angeblich „Ausgeschlossenen von Metz hat der Partei-Vorstand noch bis in die letzte Zeit korrespondir[...] Sie seien nicht rechtmäßig ausgeschlossen. Um Schleicher's Vertrauensman[...] Stellung habe ich mich nicht gekümmert, da ich sie nicht kannte.

Ein Schlußantrag und der Kommissions-Antrag werden angenommen.

Es folgt die Dresdener Angelegenheit.

Blos begründet folgenden Antrag der Kommission:

„Der Parteitag erklärt: Eine Beschwerde aus Dresden, welche sich gegen den Beschluß eines von den Genossen in Dresden eingesetzten Schiedsgerichts wendet, wird, weil keine Beweise für die Beschwerden vorliegen und Erhebungen seitens der Neunerkommission nicht angestellt werden können, dem Partei-Vorstande zur weiteren Untersuchung überwiesen."

Die Resolution wird angenommen.

Nach Verlesung von Telegrammen wird die Sitzung nach $8^1/_4$ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 27. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Vorsitzender Singer.

Zur Berathung steht Punkt 7 der Tagesordnung: **Anträge zu Programm und Organisation.**

Zur Diskussion stehen die Anträge 3—8, 10—17 der Vorlage.

Frau Zetkin beantragt, über alle Anträge zur Abänderung des Programmpunktes „Religion ist Privatsache" zur Tagesordnung überzugehen. Diese Anträge sind nur der freidenkerischen Ketzerriecherei entsprungen. Weil die Freidenker wissen, daß sie allein nichts vermögen, so drängen sie sich an die Sozialdemokratie heran.

Helbing-Düsseldorf: Wenn man so allgemeine Schlüsse zieht, wie Frau Zetkin, so haut man nur in die Luft. Die Anträge sind den wirklichen Bedürfnissen entsprungen.

Es wird dem Antrage der Frau Zetkin entsprochen und über die Anträge 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, die sich gegen den Punkt des Programms; „Erklärung der Religion zur Privatsache" richten, zur Tagesordnung übergegangen.

Beantragt ist unter Nr. 128: Punkt 9 des Programms (Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung) durch folgende Worte zu ergänzen: „Unentgeltlichkeit der thierärztlichen Hilfeleistung und genügende Anstellung von Thierärzten in den ländlichen Bezirken."

Sittig-Hannover erklärt, daß dieser Punkt eigentlich zur Agrarfrage beantragt worden war. Er ist dem Wunsche entsprungen, dem Bauer etwas Positives zu bieten. Er beantrage: Ueberweisung an die Agrar-Kommission.

Der Antrag wird durch Tagesordnung erledigt.

Singer fordert auf, Vorschläge zur Wahl des Vorstandes und der Kontroleure am Bureau abzugeben.

Hierauf wird in die Berathung der die Organisation betreffenden Anträge eingetreten.

Frau Ihrer begründet den Antrag 11: Nur zwischen Weihnachten und Neujahr könnten bewährte Genossen, die in einem Abhängigkeitsverhältniß zu einem Unternehmer stehen, sich an den Arbeiten der Parteitage betheiligen.

Georgi-Berlin III tritt aus denselben Gründen für die Pfingstwoche ein. Es werden sonst zu viel Leute gewählt, die schriftstellerisch thätig sind. Wir wollen Arbeiter auf dem Parteitage. Es kommt heute vor, daß Leute einfach auf Empfehlung hin zum Parteitage delegirt werden.

Wiegleb-Hildesheim: Das Weihnachtsfest gehört der Familie, man lasse es so lassen wie es ist.

Metzner-Berlin I: Der Antrag wird immer wiederkehren, eben aus den Gründen, die Frau Ihrer anführte. Ich empfehle deshalb die Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Antrag 12 wird zurückgestellt.

Der Antrag 13 wird von Caspar-Steglitz begründet: Je mehr Abgeordnete wir haben, eine um so größere Geldvergeudung ist es, die Abgeordneten auf Kosten der Parteikasse nach den Parteitagen zu schicken; wenn ein Abgeordneter auf dem Parteitage sich zu verantworten habe, könne er ja telegraphisch berufen werden.

Stadthagen bekämpft den Antrag. Die Abgeordneten sollen nicht als Delegirte, sondern in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete erscheinen.

Fleischmann bekämpft den Antrag, der den besser bemittelten Abgeordneten ein Vorrecht gebe.

Mittag: Der Antrag ist der Ersparniß wegen ganz zeitgemäß.

Der Antrag 13 wird abgelehnt.

Antrag 14 wird von Döringk begründet, von Gerisch bekämpft und hierauf abgelehnt.

Antrag 15 wird zurückgestellt.

Der Antrag 16 wird v. Elm begründet: Die Abgeordneten seien gewissermaßen Beamte der Partei, die der Kontrole des Parteitages unterliegen, demgemäß also auch nicht als Delegirte fungiren dürften. Es sei die Pflicht der Abgeordneten, sämmtlich auf dem Parteitage zu erscheinen.

Mit Stimmenmehrheit wird der Antrag angenommen.

Antrag 17 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgen die Anträge zur Abtheilung: Allgemeines, Anträge 28—40.

Antrag 28 wird ohne Debatte abgelehnt.

Den Antrag 29 begründet Stein-Hanau: Die ländlichen Wahlkreise hätten selbst Geld nöthig, erst wenn Gelder überflüssig seien, könnten sie an die Parteikasse denken.

Auer: Nach den Worten des Vorredners sollte man glauben, daß die einzelnen Wahlkreise die Parteikasse überschwemmen, aber nach dem Parteiberichte ist das Gegentheil der Fall. Wir erhalten eben immer weniger. Wenn wir nicht Ueberschüsse aus unseren Betrieben hätten, wäre die Partei längst bankrott. Wenn Sie aus dem Antrage die Anregung schöpfen wollen, sich zu erinnern, daß wir auch einen Zentralkassirer haben, wären wir den Hanauer Genossen dankbar.

Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Reihe von weiteren Anträgen (30—34, 36, 39 u. 40) findet nicht die nöthige Unterstützung.

Der Parteitag tritt in die Berathung der Anträge, welche die Theilnahme der Frau an den Parteitagen betreffen (35, 37, 38).

Zetkin-Stuttgart: Auf Antrag der Berliner Genossinnen ist s. Z. die Bestimmung des Organisationsstatuts über das Recht der Frauen, einige Delegirte zu wählen, gestrichen worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Streichung nicht zweckmäßig war. Die Frauen sind nun einmal rechtlos, und es ist ihnen beim be[sten] Willen unmöglich, an der Organisation der Männer theilzunehmen. Die Masse der Frauenwelt ist im Allgemeinen rückständiger als die Männerwelt, die weiblichen Delegirten können in gemeinsamen Versammlungen häufig nicht konkurriren mit den Männern, das führt zu Reibereien.

Slomke-Bielefeld erklärt sich gegen den Antrag: Die Genossinn[en] haben sehr wohl Gelegenheit, sich im allgemeinen Rahmen bethätigen zu könne[n].

Auer: Theoretisch hörte sich's sehr schön an, als die Berlinerinnen d[ie] Streichung der früheren Bestimmung beantragten. Praktisch ist die Geschich[te] anders gekommen. Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung G[e]legenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne daß sie dabei v[on] der Gnade der Männer abhängig sind. Diese Abhängigkeit hat sich n[icht] bewährt. Der Antrag ist gut, denn er stellt einen Beschluß von Halle wi[eder]

her, auf den die Frauen im Vertrauen auf die Loyalität so unvorsichtig waren, im Berliner Parteitage zu verzichten. Hoffentlich sind die Frauen künftig nicht mehr so unvorsichtig. (Heiterkeit.)

Singer: Ich nehme an, daß die Antragsteller die Wiederherstellung der alten Organisationsbestimmung wünschen und fasse dahin ihre Anträge zusammen.

Frau Wengels erklärt sich damit einverstanden; in diesem Sinne werden die Anträge genehmigt.

Hierauf wird in die Berathung der die Presse betreffenden Anträge eingetreten (41—57).

Neu hinzugekommen sind folgende Anträge:

111. An Stelle des auf dem vorjährigen Parteitage in Köln bewilligten Flugblattes in französischer Sprache, welches bis heute noch nicht herausgegeben ist, soll nunmehr ein Wochenblatt in deutscher und französischer Sprache für die französisch sprechenden Landestheile Deutschlands herausgegeben werden.

115. Die Parteigenossen von Mülhausen i. E. stellen den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß der Partei-Vorstand ermächtigt werde, in Mülhausen ein Parteiorgan für Elsaß-Lothringen, wenn nöthig unter Zuschuß von Parteigeldern, zu gründen, eventuell, so lange dies nicht möglich ist, in Mülhausen ein Korrespondenzbureau zu unterhalten, welches die Berichterstattung an den Offenburger „Volksfreund" besorgen soll und in dessen Händen zugleich die Expedition für Mülhausen liegen würde.

Die Anträge 41—46 finden nicht die nöthige Unterstützung.

Gegen den Antrag 47 spricht Bérard-Hamburg: Wir schaffen uns, wenn wir den Antrag annehmen, nur selber eine Konkurrenz. Schon jetzt haben die zahlreichen Provinzialkalender bewirkt, daß wir mit einem Theil der Auflage des Neuen Welt-Kalenders, der einen nicht unbeträchtlichen Ueberschuß bisher abgeworfen hat, sitzen bleiben werden. Es sei eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Genossen, die doch nach dem Programm die Produktion regeln wollten, sich auf dem Gebiete der Presse immer Konkurrenz machen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu 48 reicht die Unterstützung nicht aus.

Der Antrag 49 wird nach Befürwortung durch Kiesel und Bérard angenommen.

Den Antrag 50 begründet Stolpe: Er bittet, ihn dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dies geschieht.

Antrag 51 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 52 wird von Reichel-Leipzig begründet: Man muß die Parteitags-Verhandlungen der breiten Masse des Volkes zur Kenntniß unterbreiten. Krumm spricht dagegen. Die Parteikasse werde dadurch einen Schaden erleiden. Kiesel spricht dafür.

Fischer: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Preis ist von Jahr zu Jahr herabgesetzt worden und das wird, wenn möglich, auch in diesem Jahre geschehen. Die Parteigenossen gehen immer von der Meinung aus, daß wir an unseren Broschüren ungeheuer viel verdienen. Das ist nicht der Fall. Im Allgemeinen schlagen wir bei unserer ganzen kleinen Broschürenliteratur nicht viel mehr als die Umsatzkosten heraus, bei sehr vielen Broschüren setzen wir noch zu und nur die Massenartikel decken den Ausfall.

Schumann unterstützt diese Ausführungen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag 55 kommt mit dem oben angeführten Antrag 115 zusammen zur Verhandlung.

Jäckh-Mühlhausen bittet den Antrag anzunehmen, die gestrige Debatte beweist, wie nothwendig ein eigenes Organ für Elsaß-Lothringen sei. Besonders angebracht erscheint mir die Ausgabe eines Kopfblattes des Offenburger „Volksfreundes", das von einem besonderen Korrespondenzbureau in Mülhausen bedient wird. Im Ober-Elsaß sind 70 000 Arbeiter, für die etwas geschaffen werden müsse. Obwohl nun der Partei-Vorstand bereits sein vollgerütteltes und geschütteltes Maß für das Elsaß geleistet habe, dürfe man die Arbeiter doch jetzt nicht im Stiche lassen. Es handelt sich um eine monatliche Ausgabe von vielleicht 100 M., und so viel sei die Agitation im Elsaß schon werth.

Singer unterbricht die Verhandlungen, um die Liste der Vorschläge für den Partei-Vorstand und die Kontroleure zu verlesen.

In der Diskussion über die Anträge 55 und 115 ergreift zunächst Böhle-Straßburg das Wort: Die Elsaß-Lothringer haben zu wenig Einfluß auf die Redaktion des Offenburger „Volksfreundes". Die Verhältnisse in Baden und Elsaß-Lothringen sind grundverschieden von einander und der Offenburger „Volksfreund" kennt die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen recht wenig. Wir dürfen nicht aus den Augen lassen, daß Elsaß-Lothringen, selbst auf dem Lande, ein ausgezeichnetes Feld für den Sozialismus ist, deshalb darf es vom Partei-Vorstande und dem Parteitage nicht im Stiche gelassen werden.

Es ist der Antrag eingegangen, 55 und 115 dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu überweisen.

Klingenhagen-Herford ist der Meinung, daß vorläufig mit der Gründung von Parteiblättern Einhalt gethan werden müßte. In derselben Lage wie Elsaß-Lothringen befinden sich auch Parteigenossen anderwärts.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Anträge 55 und 115 werden dem Partei-Vorstande zur Erledigung überwiesen.

Antrag 111 wird begründet von Brucker-Metz, der das Bedürfniß eines in französischer und deutscher Sprache erscheinenden Wochenblattes für die französisch sprechenden Landestheile nachweist.

In der Diskussion erklärt sich Schleicher-Diedenhofen für diesen Antrag. Der Kostenpreis sei nicht so hoch. Die Franzosen verwahren sich dagegen, den Sozialismus als Germanisirungsmoment aufgezwungen zu erhalten, sie sind mißtrauisch gegen alles Germanische, man muß in französischer Sprache an sie herantreten.

Es ist ein Antrag eingegangen, den Antrag 111 dem Partei-Vorstand zu überweisen.

Bebel: Es ist eine falsche Auffassung, als hätte der Vorstand nicht das Aeußerste gethan, die elsaß-lothringischen Genossen in ihrem Zeitungsunternehmen zu unterstützen. Ich begreife den Wunsch der Lothringer nach einem sozialistischen Blatt in französischer Sprache, zumal die sozialistische Presse Frankreichs ihnen verboten ist, aber wir werden das Blatt nicht in Lothringen in französischer Sprache erscheinen lassen dürfen. Die Regierung zwingt dort auch die bürgerlichen Parteien, den Text ihrer Zeitungen deutsch und französisch zu geben. Dann bleibt blos der Ausweg, das Blatt im die[...] seitigen Deutschland erscheinen zu lassen. Dann wird es aber wahrscheinl[...] auf Grund des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen verboten werde[...] Tausende von Mark würden erforderlich sein, denn wir brauchten ja a[...] einen französisch sprechenden und schreibenden Redakteur. Der Antrag [...] Ueberweisung an den Vorstand zur Erwägung ist die beste Lösung.

Der Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Hierauf folgt der eben eingebrachte Antrag Lütgenau und Genoss[...]

„Wir beantragen, eine Kommission einzusetzen, welche prüft, ob die „Bergi[...]

Arbeiterstimme" die Grundsätze und die Interessen der Partei vertritt, und eventuell in Verbindung mit dem Partei-Vorstande die etwa gebotene Aenderung bewirkt."

Lütgenau-Dortmund begründet ihn: In den Kreisen, in denen man das Blatt liest, wird eine Prüfung für dringend nothwendig gehalten. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Es genügt, zu wissen, daß der Antrag von 20 Delegirten Rheinland-Westfalens unterzeichnet ist.

Auer bittet, den Parteitag nicht mehr weiter mit der Solinger Angelegenheit zu belästigen. Was soll denn die Einsetzung einer Kommission? Uebrigens liegt auch darin indirekt ein gewisses Mißtrauensvotum gegen den Partei-Vorstand, daß er die „Bergische Arbeiterstimme" nicht genügend kontrolirt habe. Ueberweisen wir den Antrag der rheinischen Agitationskommission.

Hülle-Erfurt schließt sich den Ausführungen Auer's an. Der Antrag erscheine wie ein Schachzug gegen den gestern in der Solinger Angelegenheit gefaßten Beschluß.

Helbing-Düsseldorf vertheidigt den Antrag.

Die Antragsteller erklären sich mit dem Antrage Auer's einverstanden, und es wird dem Antrage durch Beschluß entsprochen.

Es folgen die Anträge zur Agitation 58—65.

Die Anträge 58, 59, 60, 62, 63, 65 finden nicht genügende Unterstützung.

Antrag 61 wird ohne Diskussion angenommen.

Antrag 64 begründet Metzger-Hamburg.

Es ist nothwendig, die Agitation unter die Seeleute hineinzutragen, weil diese unter den schwierigsten gesetzlichen Bestimmungen zu leiden haben. Die Schiffer können nicht blos vom Arbeitgeber, sondern auch von den Beauftragten der Arbeitgeber, den Schiffsoffizieren, geprügelt werden, ohne daß die Prügelhelden zur Verantwortung gezogen werden können.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Bruhns ist beschimpft worden, weil er den Bremer Lloyd im Reichstage gekennzeichnet hatte, aber Bruhns hatte den Lloyd noch viel zu günstig beurtheilt. Auf dem Dampfer „Bayern" ist auf hoher See folgender Fall vorgekommen: Ein Matrose erhielt den Auftrag, beim Sturm ein Segel zu reffen. Er konnte sich nicht halten und hatte die Wahl, ins Meer oder auf das Sonnendeck zu springen. Er that das letztere und hatte das Unglück, dabei Kajütenpassagiere der ersten und zweiten Klasse angeblich zu belästigen. Für diese Frevelthat ließ ihn der Kapitän einen Tag lang zu Spott und Schande der Reisenden an den Mast angebunden ausstellen. Am nächsten Tage mußte er seine Arbeit thun. Dann wurde er abermals angebunden. Der Mann war natürlich erregt darüber. Zur Strafe mußte er eine Nacht auf den kalten Fliesen des Waschhauses der Offiziere gebunden und ohne Decken zubringen. Auf meine Veranlassung wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Was aber geschah? Nicht der Kapitän, sondern der unglückliche Matrose wurde eingesteckt. Und wenn wir nicht für einen tüchtigen Anwalt gesorgt hätten, hätte er Monate lang sitzen können. Jetzt, wo die Dividenden des Lloyd heruntergehen, werden 5 pCt. Lohnreduktion vorgenommen und Arbeiter entlassen. Sie sehen, in welch' schlimmer Lage die Seeleute sind. Nehmen Sie den Antrag an.

Der Antrag wird angenommen.

Hierauf kommt der Antrag 116 zur Debatte:

Der Parteitag fordert die Genossen auf, in nächster Zeit bei Abhaltung von Versammlungen entweder die Tabaksteuer auf die Tagesordnung zu setzen, oder die Tagesordnungen so zu wählen, daß die Besprechung der Tabaksteuer eine besondere Berücksichtigung erfährt.

Der Antrag wird von Kerrl-Bremen begründet: Die Tabak-Fabrikatsteuer ist zwar abgelehnt worden, aber hinter den Koulissen scheint etwas anderes

vorzugehen. Wir haben vom Ministertische das Wort fallen hören, daß wir das Tabakmonopol bekommen werden in einem Augenblicke, wo wir es gar nicht erwarten. Da mindestens 20—30 000 Tabakarbeiter brotlos werden würden, so haben die Parteigenossen das lebhafteste Interesse daran, in die Agitation gegen die Tabaksteuer einzutreten. Sorgen Sie dafür, daß der Tabak nicht mit Haut und Haaren verschlungen wird.

Hofmann-Chemnitz: Großfabrikanten haben offen ausgesprochen, daß die Tabakarbeit in die Hände der Frauen übergehen müsse, andererseits ist in weiten Kreisen das Wort ausgesprochen worden: Es sei besser, daß Tausende von Zigarrenarbeitern als Sozialdemokraten brotlos werden, als daß der Tabakbauer geschädigt werde.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgen die Anträge zur Taktik.

Antrag 66 wird ohne Diskussion angenommen.

Antrag 71 wird von Sittig-Hannover begründet. Der Beschluß, bei Stichwahlen für einen bestimmten Gegner zu stimmen, hat Verwirrung in unsere Reihen getragen.

Stadthagen: Theoretisch ist der Antrag recht schön gemeint, in der Praxis kämen wir aber zu den gefährlichsten Konsequenzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 72 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Vorgeschlagen werden Breslau, Bochum, Leipzig, Hamburg, Halberstadt, Hannover und Gotha.

Ehrhardt-Ludwigshafen wünscht eine Stadt in der Mitte Deutschlands, um eine gleichmäßige Beschickung aus dem Süden und Norden herbeizuführen.

Es sprechen noch Geiser für Breslau, Bömmelburg gegen Hamburg und für Bochum.

Liebknecht befürwortet die Wahl von Breslau, wenn es auch nicht so günstig liege wie Gotha. Aber wegen der agitatorischen Bedeutung empfehle er Breslau; von einem schlesischen Parteitage aus würden die Delegirten nach Oberschlesien ausschwärmen, das sich ja immer beklage, daß keine Agitatoren dorthin kämen. Der Parteitag würde also in eine neue Epoche für die sozialdemokratische Bewegung eintreten.

Frau Kühn tritt für Leipzig ein.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Wahlen finden durch Stimmzettel statt.

Als Sitz der Parteileitung wird Berlin gewählt.

Es tritt eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden die Stimmzettel eingesammelt.

Fischer-Berlin giebt die Erklärung ab, daß die Behauptung Vollmar's, eine Stelle aus der Rede Bebel's in Erfurt sei im Protokoll unterdrückt worden, unrichtig sei. Vollmar werde zugeben, daß er sich selber davon überzeugt habe, daß die Stelle im Protokoll auf Seite 281 enthalten sei.

Vollmar bejaht es.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Resolutionen kommen zur Berathung, außerdem folgender Antrag Greiner und Genossen:

> Da wir uns im Prinzip gegen jede Akkordarbeit wenden, so möge der Parteitag beschließen, daß in allen Druckereien, in welchen Parteiblätter hergestellt werden, die Akkordarbeit abgeschafft werden muß.

Resolution Löwenherz:

> 126. In Anbetracht, daß das wachsende Eindringen der Frauen in die Industrie die wachsende Verdrängung der Männer aus derselben zur Folge hat;

Ferner in Anbetracht, daß diese Konkurrenz der Frauen ein stetes Sinken der Löhne bei gleicher Leistung der männlichen Arbeiter herbeigeführt hat, und daß diese Bewegung nur zur Ruhe gelangen kann, wenn entweder die Entlohnung der Arbeiterin auf das Niveau der Entlohnung des Arbeiters endgiltig hinaufgehoben oder aber die Entlohnung des Arbeiters zu dem Niveau derjenigen der Arbeiterin endgiltig herabgedrückt ist, die Beschleunigung der Frauenorganisation also eine Nothwendigkeit geworden ist, verpflichtet der Parteitag die Genossen in Gemäßheit des Erfurter Programms, welches die Gleichberechtigung der Frauen als eines unserer Ziele ins Auge faßt, mit aller Kraft in die Frauenagitation einzutreten und besonders die Presse zu veranlassen, diese unsere Bestrebung mehr als bisher zu unterstützen.

Ferner sind, wo es irgend geht, auch weibliche Vertrauenspersonen zu ernennen und mehr als bisher die Agitation unter den Frauen durch Frauen zu fördern. Ganz besonders aber ist der Anschluß der Frauen an die Organisation der Männer thunlichst zu bewerkstelligen.

Resolution Hülle:

130. Der Parteitag versichert den italienischen Genossen, welche soeben von einem brutalen Gewaltstreich des Renegaten Crispi betroffen wurden, seine brüderliche Sympathie. Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß die italienischen Genossen aus dem Kampfe gegen die rohe Unterdrückung nach Bismarck'schem Muster als Sieger hervorgehen werden.

Alle übrigen Resolutionen kommen wegen mangelnder Unterstützung nicht zur Diskussion.

Der Antrag Greiner und Genossen wird ohne Diskussion angenommen.

Die Resolution 126 wird von Frl. Löwenherz-Neuwied begründet: In vielen Orten wird die Agitation unter den Frauen von den männlichen Genossen nicht nur nicht unterstützt, sondern geradezu bekämpft. Genosse Liebknecht hat uns in der Frauenkonferenz das Versprechen gegeben, uns auf das Lebhafteste zu unterstützen. Wir hoffen, daß diese Unterstützung uns in unseren Bestrebungen fördern wird. Wenn Sie uns unterstützen, selbst die unvollkommenste Frauenorganisation fördern, wird die Frau auch ihrerseits die Partei fördern.

Die Resolution 126 wird sodann angenommen.

Die Resolution 130 wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

Zum Zwecke der Feststellung der Wahlresultate tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen theilt der Vorsitzende mit, daß bei der Wahl zum Vorstande 219 Stimmen abgegeben worden sind. Es erhielten: Bebel 211, Singer 214 Stimmen; sie sind somit zu Vorsitzenden gewählt. Außerdem erhielten noch Stimmen: Vollmar 2, Stegmüller 2, Grillenberger 1. Zu Sekretären wurden gewählt: Auer mit 213, Pfannkuch mit 211 Stimmen. Außerdem erhielt noch Dreesbach 1 Stimme. Zum Parteikassirer wurde Gerisch mit 212 Stimmen gewählt. Außerdem erhielt noch Storch eine Stimme. Zu Kontroleuren wurden gewählt: Meister mit 165, Kaden mit 130, Oertel mit 109, Könen mit 102, Klees mit 96, Meist mit 88, Metzner mit 77 Stimmen. Außerdem erhielten noch Stimmen: Legien 63, Grillenberger 62, Joest 62, Zetkin 61, Herbert 57, Bock 53, Ewald 49, Pinkau 47, Kunert 31, Ehrhardt 29, Pfarr 29, Martikke 22, Kandt 21, die übrigen Stimmen sind zersplittert.

Als Vorort für den nächsten Parteitag wurde mit 115 Stimmen Breslau gewählt.

Das Wort erhält hierauf Leßner-London: Ich überbringe Ihnen die guten Wünsche und die Anerkennung der englischen und der in England lebenden deutschen Sozialisten. Auf dem nächsten internationalen Kongresse

werden die großen Resultate, die aus dem Anschluß der Trades-Unions an die sozialdemokratische Bewegung hervorgehen müssen, bereits sichtbar sein. Den jungen Leuten hier rufe ich zu: Es hat hier einige Reibereien gegeben, aber bei einer Bewegung wie der unseren sind äußere und innere Stürme nichts Wunderbares. Wer da glaubt, es müsse alles glatt bei uns gehen, der bleibe lieber gleich weg. Verliert den Muth nicht, Ihr jungen Leute, räumt die Verkehrtheiten weg; faßt das Neue. Ueberall in der ganzen Welt dringen unsere Ideen siegreich vor. Wir fürchten die Reaktion nicht. Wir brauchen das Licht nicht zu scheuen; wir arbeiten im Licht. Lebte Marx noch, er würde jetzt das Wort Voltaire's ausrufen: „Die jungen Leute, die jetzt leben, werden große Dinge sehen! (Stürmischer Beifall.)

Auf Anregung von Thiel-Oppeln erheben sich die Delegirten zum Dank für die präzise Leitung der Geschäfte durch das Bureau von ihren Plätzen.

Sodann ergreift Singer das Schlußwort: Wir sind am Schlusse unserer Arbeiten angelangt. Nach einer arbeitsreichen Woche gehen wir auseinander mit dem Bewußtsein, unserer Sache gute Dienste geleistet zu haben. Ich danke Ihnen für die Anerkennung, die Sie dem Bureau des Parteitages ausgesprochen haben, eine Anerkennung, die ich auch auf die Mitglieder der Kommissionen, die uns in unseren Arbeiten so eifrig und erfolgreich unterstützt haben, ausdehnen möchte. Dann spreche ich Namens des Parteitages den Frankfurter Genossen, welche es den Delegirten in Frankfurt heimisch gemacht haben, herzlichen Dank aus. Wenn wir in Bezug hierauf die freundlichsten Erinnerungen mit in die Heimath nehmen, so ist dies nur den Frankfurter Genossen zu danken, die auch sonst durch ihre umsichtige und andauernde Hilfeleistung die Arbeiten des Parteitages wesentlich gefördert haben. Der Frankfurter Parteitag wird gleich seinen Vorgängern einen Denkstein in der Entwicklung der Sozialdemokratie bilden. In einer Reihe von Verhandlungen haben wir die Marschroute für unsere weitere Thätigkeit festgelegt, wir haben den Grundstein gelegt für den stolzen Bau, den wir unserer Agitation und Propaganda auf dem Lande errichten wollen. Die Verhandlungen, die in lebendiger Aussprache sich vollzogen, waren getragen von dem Bestreben nach Verständigung, waren erfüllt von brüderlicher Verträglichkeit und konzentrirten sich bei aller Entschiedenheit, mit der die verschiedenen Ansichten vertreten wurden, doch stets in dem Bemühen, der gemeinsamen Sache zu dienen, und treu den Prinzipien der Sozialdemokratie, auf dem Boden des Klassenkampfes die Interessen der breiten Volksmassen zu vertreten.

Die Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung sind wieder zu nichte geworden. Wer da glaubt, daß eine Spaltung eintreten werde aus Gründen, wie sie vor dem Parteitage in der bürgerlichen Presse erörtert worden sind, beweist, daß er das Wesen der Sozialdemokratie nicht kennt, beweist, daß er sie nicht zu verstehen vermag. Er weiß nicht, daß in der Sozialdemokratie jeder das Recht seiner freien Meinung hat, daß aber vor allen persönlichen Meinungen stets der Gedanke an das große Ziel steht, der Wille, die Gesammtpartei zu fördern und ihrem Ziele näher zu bringen.

So wenig berechtigt die Hoffnung unserer Gegner auf eine Spaltung ist, so selbstmörderisch wäre es, eine Spaltung eintreten zu lassen in ein Zeit, wo, wie jetzt, sich Alles gegen uns vereinigt, wo, wie es heißt, ? Minister in Berlin zusammengetreten sind, um das Heilmittel zu entdecke gegen die Sozialdemokratie.

Was haben die Herren erreicht?

Eine Ministerkrise ist eingetreten. Der Reichskanzler Graf Caprivi zurückgetreten. Graf Eulenburg hat demissionirt und noch andere Gerüch von Demissionen schwirren in der Luft. Ich will nicht daran denken, irge·

welche Kombinationen über die künftige Gestaltung der Reichsregierung zu machen; für die Sozialdemokratie tritt vielleicht eine Verschiebung im Tone ein, aber im Grunde ist es für uns ganz gleichgiltig, wer auf den Ministersesseln sitzt: sie alle sind Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, sie alle schließen sich zusammen, um die kapitalistische Gesellschaft zu schützen, gegen die wir im Kampfe stehen. Wir haben den alten Kurs unter Bismarck gehabt, er ist gegangen, wir haben einen neuen Kurs gehabt, auch Caprivi geht vor der Sozialdemokratie. Jetzt haben wir den neuesten Kurs; mit derselben Ruhe und Gelassenheit sehen wir ihm entgegen: aber auch mit derselben Energie und Entschlossenheit werden wir ihn bekämpfen. Und wenn ein allerneuester Kurs kommen sollte, die Sozialdemokratie wird auch ihm gerüstet und gewappnet gegenüberstehen.

Ueberall, wo eine Sozialdemokratie vorhanden ist, in allen Ländern steht sie im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft in geschlossener Phalanx und internationaler Einigkeit. Unter diesem Umständen können wir getrost dem Feinde ringsum entgegentreten. Wir fürchten ihn nicht, wir haben ihn nicht zu fürchten, Schach dem Feinde — wir setzen ihn matt! (Stürmischer Beifall.)

Und so laßt uns denn schließen mit dem alten Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Begeistert erheben sich die Delegirten von ihren Plätzen, stimmen stürmisch dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Berichtigung. Auf Seite 65, Zeile 16 von unten, muß es heißen: 18—27 (statt 17—28). Seite 86 fehlt in der letzten Zeile der Satz: Ueber die Magdeburger Resolution wird zur Tagesordnung übergegangen.

Zusammenstellung
der
vom Parteitag gefaßten Beschlüsse.

I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontroleure, Parteibeamte, Parteigeschäfte.

Angenommene Anträge (S. 84).

Antrag Meister im Namen der Kontroleure:

Dem Partei-Vorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Antrag 23 und 26 (der Vorlage).

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Angenommene Anträge (S. 98, 99 u. 107).

Antrag Mittag-Halle:

Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Fraktion möge im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages stellen.

Antrag der Parteigenossen von Villingen:

Die Fraktion soll die Regierung darüber interpelliren, ob nicht eine Statistik herauszugeben, worin die Ausgaben und Einnahmen bei der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung klar und übersichtlich besonders in Bezug auf die Verwaltungskosten zusammengestellt sind.

Antrag vom 3. Hamburger Wahlkreis:

In Erwägung, daß das Bestreben des Unternehmerthums auf immer weitere Kürzung des Arbeitslohnes gerichtet ist; in weiterer Erwägung, daß außerdem der Arbeiter in vielen Fällen von nicht zahlungsfähigen Unternehmern noch um seinen Arbeitslohn betrogen wird, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn des Arbeiters sichergestellt wird.

Antrag der Genossen des 1. Hamburger Wahlkreises:

In Erwägung des Umstandes, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um den Arbeitern, die bei nicht zahlungsfähigen Unternehmern arbeiten in allen Fällen ihren Lohn zu sichern, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen: dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn der Arbeiter sichergestellt wird.

Antrag der Genossen Frankenhausens am Kyffhäuser:

Die Fraktion soll bei Wiederzusammentritt des Reichstages sofort beantragen, daß von Reichswegen eine Enquete über die vorhandene Arbeitslosigkeit veranstaltet wird.

Antrag 80 (der Vorlage).

Antrag 81, vom 1., 2., 3. und 4. Berliner Wahlkreis, amendirt durch Quarck und Genossen:

Der Parteitag fordert zur lebhaften Agitation für die Verbesserung der Gewerbeinspektion auf und ersucht zu diesem Zwecke

1. die Reichstagsfraktion bei geeigneter Gelegenheit die reichsgesetzliche Regelung oder wenigstens eine reichsgesetzliche Zentralstelle für die Gewerbeinspektion, die Erweiterung der Aufsicht auf das ganze Handwerk und die Hausindustrie, sowie die Anstellung weiblicher Inspektoren zu beantragen;
2. die Genossen in den einzelnen Bundesstaaten für Anstellung zahlreicherer Beamten, für Trennung der Dampfkesselrevision von der Gewerbeaufsicht, für Aufhebung der bundesstaatlichen Verordnungen, welche den Inspektoren die polizeiliche Befugniß nimmt, für prompte Herausgabe billiger Jahres-Berichte, öffentliche Kritik derselben und für Bildung gewerkschaftlicher Beschwerde-Kommissionen zum Verkehr mit den Gewerbeinspektoren zu wirken."

Antrag 82. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises:

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen auszudehnen —

mit Zusatzantrag Dr. Quarck und Genossen:

Auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes sollen zu diesem Zwecke bei den Gewerbegerichten der Städte mit mehr als 10000 Einwohnern Kammern für kaufmännische Streitigkeiten gebildet werden, die aus Handelsprinzipalen und Handlungsgehilfen bestehen und deren Beisitzer von den Angehörigen des Handelsgewerbes gewählt werden.

Antrag 83, 85, 87, 88, 91 erster Absatz, 91_2, 91_3, 94, 95_2 (der Vorlage).

Antrag Hoch und Genossen:

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, das Vorgehen des Amtsgerichts Langenselbold, durch welches Vätern, welche sich weigerten, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus sozialdemokratischen Vereinen zu zwingen, das Erziehungsrecht entzogen worden ist, im Reichstage in gebührender Weise zur Sprache zu bringen und alles zu thun, um eine derartige Maßregelung für die Zukunft unmöglich zu machen.

Antrag Brandt, Jochem und Genossen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden beauftragt, in einer der nächsten Sessionen des Reichstages zu beantragen, daß in Bezug auf die Wahlen zu Gewerbegerichten die gesetzlichen Bestimmungen auch auf die Arbeiterinnen ausgedehnt werden.

Antrag 68_1 (der Vorlage).

III. Agrarfrage.

Angenommene Anträge (S. 134, 154 ff.).

Resolution 118 (siehe S. 134 f.):

Die Agrar-Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern Dr. David-Gießen; Geck-Offenburg; Bock-Gotha; Katzenstein-Leipzig; Baßler-Stuttgart; Liebknecht; Birk-München; v. Vollmar; Hug-Bant; Schulze-Kossebaude; Schoenlank; Bebel; Molkenbuhr; Dr. Quarck; Schippel.

Antrag 91_1 (der Vorlage).

Der Agrar-Kommission werden zur Berücksichtigung überwiesen die Anträge und Resolutionen:

Antrag 1, 2, 9, 80b, 97, 98, 99, 108 (der Vorlage); ferner Antrag 110 (S. 154); 119 (S. 155); 120 (S. 155); 121 (S. 154) und Antrag 117 C. Stich:

Der Parteitag wolle beschließen: den Bericht des Partei-Vorstandes und den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion zur Massenverbreitung unter der Landbevölkerung im Druck erscheinen zu lassen, und denselben kostenlos an die Vertrauensmänner abzugeben.

IV. Maifeier.

Kölner Beschluß (S. 158.)

V. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle.

Angenommene Anträge (S. 160).

Resolution 112 (siehe S. 160) mit Amendement auf Seite 167.

VI. Bericht der Neuner-Kommission.

Angenommene Anträge (S. 168—173).

Zum Badischen Streit.

Resolution. Der Parteitag erklärt:

1. Die Art und Weise, wie in letzter Zeit die Parteistreitigkeiten unter den badischen Parteigenossen ausgefochten worden sind, entspricht nicht dem Ansehen und der Würde der Partei und ist nach allen Seiten hin entschieden zu mißbilligen.

2. Ganz besonders aber müssen die Intriguen und Hetzereien, deren sich Genosse Rüdt schuldig gemacht hat, verurtheilt werden.

3. Der Parteitag spricht dem Abgeordneten Stegmüller wegen seines programmwidrigen Vorgehens in der Kirchenbau-Angelegenheit einen entschiedenen Tadel aus.

4. Den badischen Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, das Partei-Interesse höher zu stellen als den persönlichen Zwist. Dies gilt sowohl dem Genossen Geck, als auch den Abgeordneten Rüdt und Dreesbach welche letzteren durch ihre Uneinigkeit im Landtage wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Parteistreitigkeiten in Baden so heftig und häßlich geworden sind.

Zum Streitfall Beffungen-Darmstadt: Resolution (S. 170).
Solinger Streit: Resolution (S. 170).
Streit zwischen Bürgel und Kühn: Resolution (S. 171).
Beschwerde der Frau Gotthusen: Resolution (S. 171).
Streitfall Lothringen-Saarrevier: Resolution (S. 172).
Dresdner Angelegenheit: Resolution (S. 173).

VII. Anträge zu Programm, Taktik und Organisation.

a) Angenommene Anträge (S. 174 u. ff.).

Anträge 16, 35, 37, 38, 49, 61, 64 und 66 (der Vorlage), ferner 116 (S. 177).
Antrag Greiner (S. 178).
Antrag 126 (S. 178/79), 130 (S. 179) und
Antrag Geiser (S. 179):

Als Ort des nächsten Parteitages wird Breslau bestimmt.

b) Dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen (S. 175).

Antrag 50 (der Vorlage).

c) Dem Partei-Vorstand zur Erledigung überwiesen (S. 175).

Antrag 55 (der Vorlage) und Antrag 115 (S. 175).

d) Dem Partei-Vorstand zur Erwägung überwiesen (S. 176).

Antrag 111.

e) Der Rheinischen Agitations-Kommission überwiesen.

Antrag Lütgenau (S. 177).

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Adler, Ernst	Lobenstein	Reuß jüngere Linie
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg i. d. N.
Arons, Dr., Leo	Berlin	Frankfurt-Lebus
Auer, Ignaz	Berlin	
Bäuerle, Johann	Freiburg i. B.	Freiburg-Emmendingen
Bamberger, Jakob	Berlin	Erlangen-Fürth
Baudert, August	Apolda	1. und 3. weimarische Wahlkreis
Baumann, Adolf	Frankfurt a. M.	3. nassauische Wahlkreis
Bebel, August	Berlin	
Bérard, R.	Hamburg	11. württembergische Wahlkreis
Birk, Georg	München	München
Blos, Wilhelm	Stuttgart	10. württembergische Wahlkreis Schwäbisch-Gmünd, Göppingen
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha, Schwarzburg-Sondershausen
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg (Stadt)
Bömmelburg, Theod.	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Bonitz, Emil	Grumbach	17. sächsische Wahlkreis
Brand, Ignaz	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M. Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Braunsdorf, Wilh.	Vetschau	Calau-Luckau
Bräu, Joh.	Eresing	Landsberg a. Lech
Breder, Karl	Augsburg	Donauwörth-Nördlingen, Kempten-Immenstadt, Augsburg-Wertingen, Illertissen, Kaufbeuern, Aichach-Friedberg-Lechhausen
Breil, Ernst	Hagen	Hagen
Brey, August	Hannover	Hameln-Springe
Brucker, Peter		Metz
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bruhns, Julius	Bremen	Bremen
Brunner, Joh.	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg
Büttner, Paul	Berlin	Berlin III.
Caspar, Fritz	Steglitz	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Cramer, Balthasar	Darmstadt	Darmstadt, Worms-Heppenheim Erbach-Bensheim
Craß, Carl	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
David, Dr., Eduard	Gießen	Friedberg-Büdingen
Deinhardt	Köln a. R.	Coblenz-St. Goar
Döringk, v.	Barmen	Barmen-Elberfeld
Dreesbach, A.	Mannheim	11. badische Wahlkreis
Drunsel, Adam	Dresden	Dresden-Neustadt mit Land
Eckstein, Wilhelm	Solingen	Solingen
Ehrhardt, Franz J.	Ludwigshafen	Ludwigshafen-Frankenthal-Spe

Name	Wohnort	Wahlkreis
Eichhorn, Auguste	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Eichholz, Fritz	Wald	Solingen
Eims, Eduard	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Elm, v., A.	Hamburg	3. u. 6. schleswig-holstein. Wahlkreis
Emmel, Leopold	Saargemünd	Saarbrücken, Saargemünd-Lothringen
Engels, Joh.	Brück	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Ernst, Maximilianus	München	Passau
Ewald, Ferdinand	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland, Jüterbog-Luckenwalde
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Oberlangenbielau	Reichenbach-Neurode, Freiburg-Striegau-Schweidnitz
Feustel, Fr.	Greiz	Reuß ältere Linie
Fischer, Ernst	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fischer, Richard	Berlin	
Fischer, Robert	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Fleischmann, Emil	Frankfurt a. M.	2. nassauer Wahlkreis
Fleißner, Hermann	Pirna	Pirna-Sebnitz
Forschner, Anna	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Gr. Gerau
Frohme, Karl	Hamburg	8. und 10. holsteinischer Wahlkreis
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg, Bamberg
Galm, Josef	Seligenstadt	Offenbach-Dieburg
Garbe	Cassel	Cassel-Melsungen
Geck, Adolf	Offenburg	3. badische Wahlkreis
Gebel, Albert	Bergedorf	3. Hamburger Wahlkreis
Geiser, Bruno	Breslau	Breslau
Geis, Anton	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Gerisch, Albin	Berlin	
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Georgi, Wilhelm	Berlin	3. Berliner Wahlkreis
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gockel, Joh.	Bonn	Bonn-Rheinbach
Gottschald, Ottomar	Lößnitz	19. sächsischer Wahlkreis
Gradnauer, Dr., G.	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Chemnitz	16. und 21. sächsischer Wahlkreis
Greß, Carl	München	2. Münchener Wahlkreis
Grillenberger, Carl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Gruhl, Carl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Grunewald, Gottlieb	Seifhennersdorf	1., 2. und 3. sächsischer Wahlkreis
Güntheroth, Friedr.	Verden	6. hannoverscher Wahlkreis
Heinß, Karl	Nauen	Spandau-Potsdam-Osthavelland
Henschel, Rich.	Döbeln	10. sächsischer Wahlkreis
Helbing, Herm.	Düsseldorf	Düsseldorf
Herbert, Fritz	Stettin	
Herrmann, Fried.	Stuttgart	1. Württemberger Wahlkreis
Herzfeld, Josef	Berlin	Züllichau-Crossen
Heine, J.	Ottensen	6. schleswigholsteiner Wahlkreis
Hoch, Gust.	Frankfurt a. M.	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Hoffmann, A.	Saalfeld	Coburg
Hofrichter, Ad.	Köln	Köln (Stadt), Kreuznach-Simmern
Hüber, Adolf	Karlsruhe	10. badischer Wahlkreis
Hübner,	Berlin	5. Berliner Wahlkreis
Hülle, Gust.	Erfurt	1. Meining. Wahlkr., Erfurt-Schleus.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Oldenburger Wahlkreis, Fürstenthum Lübeck
Hugo, Wilh.	Eschwege	Eschwege=Witzenhauf.=Schmalkalden und Rotenburg=Hersfeld
Hué, Otto	Essen	Essen a. d. R.
Jäckh, Gustav	Mülhausen	Mülhausen (Elsaß), St. Ludwig
Jahn, Paul	Berlin	3. Berliner Wahlkreis
Janiesch, C.	Jabel	15. und 16. hannov. Wahlkreis
Ihrer, Emma	Pankow	Nieder=Barnim, Ober=Barnim
Jochem, Otto	Danzig	Danzig (Stadt)
Kaden, August	Kötzschenbroda	
Kämpchen, H.	Linden a. d. Ruhr	Bochum
Kant, Ferd.	Rostock	5. mecklenburg. Wahlkreis
Kerrl, Alwin	Bremen	18. hannov. Wahlkreis
Kimmel, Gg.	Aschaffenburg	Aschaffenburg
Kiesel, Max	Berlin	6. Berliner Wahlkreis, West=Priegnitz
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Klemm, Rich.	Cotta (Dresd.)	6. sächsischer Wahlkreis
Klement, Eduard	Kaiserslautern	Kaiserslautern
Klingenhagen, Heinr.	Herford	Halle=Herford
Kobel, Hch.	Drebkau	Kottbus=Spremberg
Koenen, Hch.	Hamburg	4. schlesw.=holst. Wahlkreis
Kölblinger, Margar.	Nürnberg	Nürnberg
Krewinkel, Hub.	Aachen	Aachen=Eupen
Krohn, Aug.	Konstanz	1. und 2. badischer Wahlkreis
Krumm, Eduard	Gießen	Dillenburg=Herborn
Kühn, Anna	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Künzel, Julius	Wurzen	11. sächsischer Wahlkreis
Kunert, Fritz	Friedrichshagen	Halle a. S.
Kurz, Theod.	Neckarau	11. badischer Wahlkreis
Legien, Karl	Hamburg	2. Hamburger Wahlkreis
Lesche, Fried.	Altona	8. und 10. schlesw.=holst. Wahlkreis
Liebknecht, Wilhelm	Berlin	
Löwenherz, Johanna	Neuwied	Neuwied
Löwenstein, G.	Nürnberg	Nürnberg
Lohmar, Hch.	Ohligs	Sollingen
Lorenz, Hch.	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Lütgenau, Dr. F. R.	Dortmund	Mecklenburg=Strelitz und Dortmund
Lusbrink, Emil	Ronsdorf	Lennep=Mettmann
Lutz, Theod.	Baden=Baden	8. badischer Wahlkreis
Lux, Dr. Hch.	Berlin	Sorau=Forst
Mahlke, Hch.	Flensburg	Apenrade=Flensburg
Maier, Dr. F.	Tübingen	5. und 6. württemberg. Wahlkreis
Marquardt	Lörrach	4. badischer Wahlkreis
Martikke, Hch.	Hamburg	5. schlesw.=holst. Wahlkreis
Mattutat, Herm.	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Meier, Wilh.	Magdeburg	Magdeburg
Meist, Carl	Köln	
Meister, Heinrich	Hannover	
Metzger, F. W.	Hamburg	
Metzner, Theod.	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Michaelis, Emil	Waldenburg	Waldenburg (Kreis)
Michels, Wilh.	Kalk	Köln (Land)
Mittag, Otto	Halle a. S.	Merseburg
Möller, Heinrich	Weitmar	
Mössinger, Karl	Lahr	6. badischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Wahlkreis
Müller, Gg.	Bayreuth	Bayreuth
Müller, H.	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Ph.	Arheilgen	Darmstadt
Nathusius, Carl	Grabow a. O.	Randow-Greifenhagen
Neumann, August	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Nixdorf, Carl	Görlitz	Görlitz-Lauban
Och, Balthasar	Langen	Offenbach-Dieburg
Oertel, Carl	Nürnberg	Bamberg
Opificius, Reinhold	Bockenheim	Aschaffenburg
Opificius, Wilhelm	Pforzheim	2. pfälzischer Wahlkreis
Orb, Johannes	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Orbig, Carl	Gießen	Gießen-Grünberg, Siegen-Wittgenstein und Alsfeld Lauterbach
Ostfeld, H.	Hamburg	3. Hamburger Wahlkreis
Paul, Albert	Hannover	14. hannov. Wahlkreis
Peemüller	Billwärder	3. Hamburger Wahlkreis
Peus, Heinrich	Dessau	Anhalt 1 u. 2 u. Dilitzsch-Bitterfeld
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Pfarr, Johann	Berlin	6. Berliner Wahlkreis
Pinkau, Carl	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Pohl,	Hainichen	Freiberg-Hainichen-Oederan
Poller, Wilhelm	Kiel	Kiel-Neumünster
Prinz, Heinrich	Frankfurt a. M.	Friedberg-Büdingen
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Raue, Carl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Rausnitz, Alexander	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Reichel, Georg	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Reichert, Peter	Finten-Mainz	Mainz-Oppenheim
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Richter, Max	Löbtau b. Dresd.	6. sächsischer Wahlkreis
Ricke, Heinrich	Braunschweig	1., 2 und 3. braunschw. Wahlkreis
Röhrle, Peter	Heilbronn	3. württemb. Wahlkreis
Rosenow, Emil	Chemnitz	15. sächsischer Wahlkreis
Rüdt, Dr. Ph.	Heidelberg	9. und 12. badischer Wahlkreis
Sauer, Andreas	Homburg	Höchst-Usingen-Homburg
Schätzle, Heinrich	Bulach	10. badischer Wahlkreis
Schippel, Max	Berlin	
Schleicher, Anton	Metz	Diedenhofen
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmid, Eduard	München	1. Münchener Wahlkreis
Schmidt, Fritz	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Schmidt Gustav	Hastedt	Bremen
Schmidt, Michael	Pirmasens	Zweibrücken-Pirmasens
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	
Schoenlank, Dr. B.	Leipzig	
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück-Iburg
Schütz, Oskar	Breslau	Breslau
Schulze, Karl	Königsberg	
Schulze, Ernst	Cossebaude	9. sächsischer Wahlkreis
Schulze, Franz	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Schumacher, Georg	Solingen	
Schumann, Bruno	Bielefeld	1. u. 5. westfälischer Wahlkreis Lippe-Detmold
Schwarz, Theodor	Lübeck	Lübeck
[illegible]idl, Lorenz	Rosenheim	Rosenheim-Traunstein

Name	Wohnort	Wahlkreis
Seige, Paul	Poeßneck	2. meiningischer Wahlkreis
Sennekamp, Heinrich	Neuwied	Neuwied
Sindermann, Karl	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Singer, Paul	Berlin	
Sittig, David	Hannover	8. und 11. hannoverscher Wahlkreis
Slomke, G.	Bielefeld	Minden-Lübbecke, Bielefeld-Wiedenbrück
Sonnenburg, Herm.	Friedrichshagen	Niederbarnim
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Stamm, Hermann	Cannstatt	2. württembergischer Wahlkreis
Stegmüller	Lörrach	4. badischer Wahlkreis
Stein, Philipp	Hochstadt	Fulda und Hanau-Gelnhausen-Orb
Stich, Claudius	Rendsburg	7. u. 9. schleswig-holstein. Wahlkreis
Stock, Johann	Mainz	Mainz Stadt
Stolpe, Hermann	Glogau	Bunzlau-Lüben, Grünberg-Freystadt, Glogau
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Streune, Ernst	Lunzenau	14. sächsischer Wahlkreis
Stücklen, Daniel	Hof	Hof-Rehau-Sebb, Bayreuth-Wunsiedel Kronach-Lichtenfels
Theurich, Hermann	Lommatzsch	7. sächsischer Wahlkreis
Thiel, Karl	Oppeln	Oppeln
Timm, Johannes	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Trilse, Hermann	Göttingen	12. hannoverscher Wahlkreis
Ulrich, Karl	Offenbach a. M.	
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, Lina	Netzschkau	22. sächsischer Wahlkreis
Vogenitz, Adolf	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Vogt, Gustav	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Vollmar, Georg von	Soiensaß	
Wächter, Rudolf	Hüttensteinnach	2. Meininger Wahlkreis
Wächter, Theod. von	Laer bei Bochum	Essen
Wengels, Margaret.	Berlin	Grimmen-Greifswald, Ost-Priegnitz
Weniger, Karl	Hamburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Werner, Hermann	Berlin	2. Berliner Wahlkreis
Wesch, Karl	Krefeld	Duisburg, Krefeld-Kempen-Cleve
Wiegleb, Karl	Hildesheim	10. hannoverscher Wahlkreis
Wiehle, Richard	Linden (Hannov.)	8. und 7. hannoverscher Wahlkreis
Wiemer, Ph.	Nürnberg	Forchheim-Kulmbach
Wilke, Fritz	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Winkler, Paul	Lütgendortmund	Dortmund
Wörner, Heinrich	Berlin	2. Berliner Wahlkreis
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zetkin, Klara	Stuttgart	7. badischer Wahlkreis, 1. württembergischer Wahlkreis
Zick, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen

Als Gäste anwesend:

Adler, Dr., Viktor, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs,
Silberberg, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Ungarns,
Leßner, Fred., London, Vertreter des Arbeiter-Bildungs-Vereins London,
van Col, Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Hollands.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Genossen.
Annen. Volksversammlung.
Aschersleben. Die organisirten Bergarbeiter.
Augsburg. Genossen.
Baden-Baden. Sozialdemokratischer Verein.
Barmen. Zielbewußte Brauereiarbeiter.
Beiertheim. Genossen.
Berlin. Die Bekannten aus dem Ost.
Berlin. Organisirte Gastwirthsgehülfen.
Berlin. Landsberger.
Berlin. Organisirte polnische Genossen.
Blankenburg. Genossen.
Bramsche. Genossen.
Bukarest. Die deutschen Genossen.
Bukarest. Partei-Vorstand der rumänischen Sozialdemokratie.
Cöln. Zimmerer.
Crimmitschau. Familienabend des Bildungsvereins.
Diedenhofen. Genossen.
Döbeln. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Döhlen. Parteigenossen.
Dolhain. Deutsche sozialistische Hutmacher.
Dortmund. Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins.
Dresden. Verein der Gastwirthsgehilfen.
Dresden. Genossen von Altstadt.
Eimsbüttel. Die rothe Bude.
Eisenach. Parteigenossen.
Gera. Paar Genossen.
Grimma. Parteiversammlung auf dem Weinberg.
Großenhain. Volksversammlung.
Hagen. Genossen.
Hamburg. Genossen vom Bau der Realschule Eimsbüttel.
Hamburg. Arbeiterstenographen-Vereine.
Hersfeld. Parteigenossen des 6. hessischen Wahlkreises.
Kalk. Genossen.
Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.
Konstanz. Gesangverein Vorwärts.
Lemberg. Genossen.
Leutewitz. Genossen.
London. Sozialdemokratische Federation.
London. Engels, Louise Kautsky, Aveling.
London. Verband polnischer Sozialisten.
Magdeburg. Genossen.
Mannheim. Fachverein der Dockarbeiter.
Mariendorf. Arbeiter-Bildungsverein.
Mastricht. Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederland.
Mittweida. Genossen.
Morgenroth. Oberschlesische Bergleute.
Mülhausen. Organisirte Arbeiter.
Mülheim. Genossen.
München. Genossen vom Schlachthausviertel.
Mylau. Genossen.
Netzschkau. Genossinnen.
Nortorf. Genossen.
Paris. Genossen.
Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub.
Paris. Nationalrath der franz. Arbeiterpartei.
Pößneck. Klub Burgschaft.
Rathenow. Genossen.
Rendsburg. Genossen.
Rendsburg. Vorsteher Genossen.
Salemerthal. Aus dem Winterschlaf erwachte Bauern.
Schönau. Genossen.
Schwedt a. O. Parteigenossen des Prenzlau-Angermünder Wahlkreises.
Segeberg. Genossen.
Sonneberg. Genossen.
Stettin. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Tilsit. Genossen an der russischen Grenze.
Wattenscheid. Genossen.
Wilhelmsburg. Volksversammlung.
Witten. Volksbildungs-Verein.
Zwönitz. Genossen.

Sprech-Register.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.